



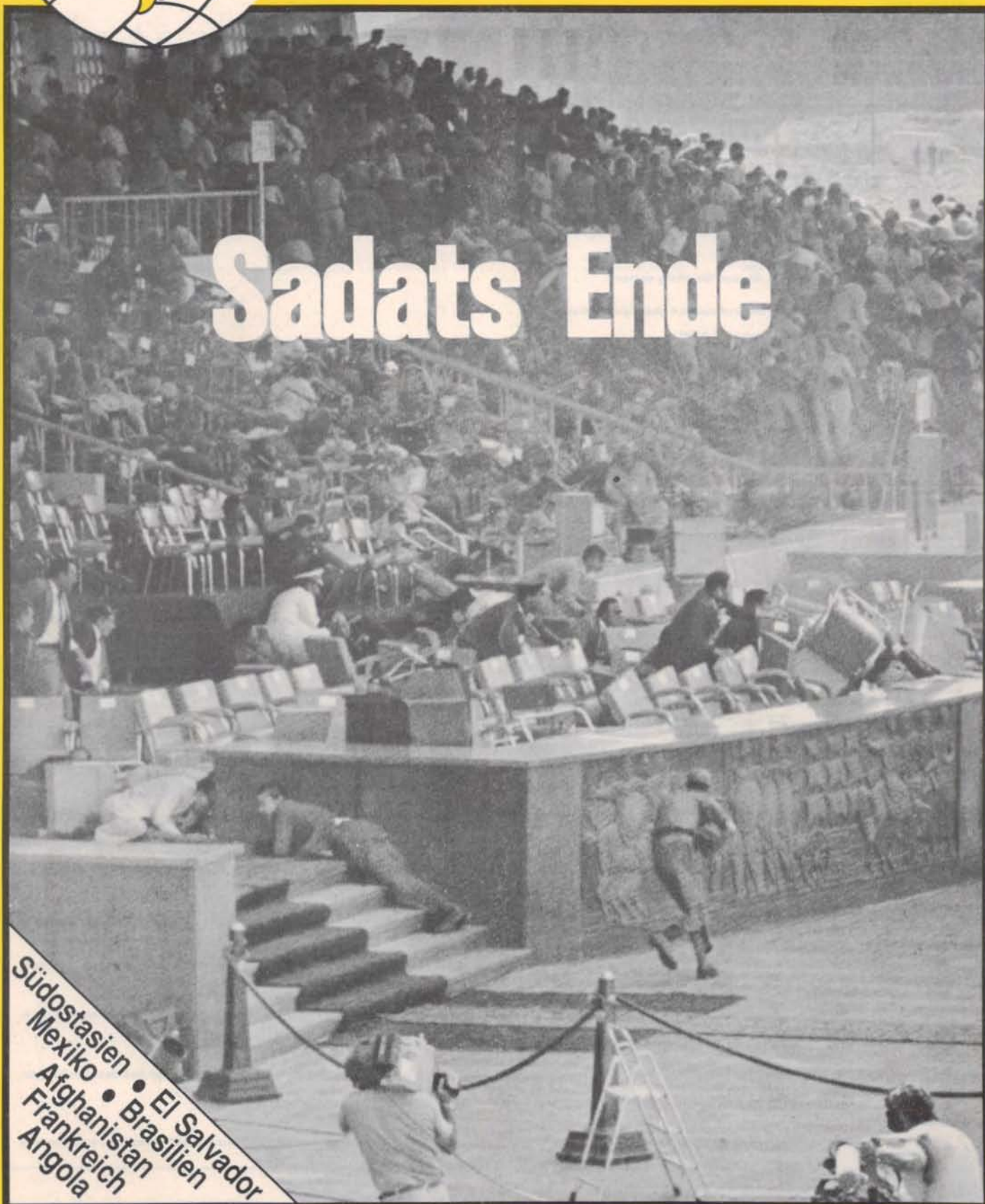
AIB

2V 7426 E
4,50 DM

Nov. - Dez.
Nr. 11-12/1981
12. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Sadats Ende



Südostasien • El Salvador
Mexiko • Brasilien
Afghanistan
Frankreich
Angola

Inhalt:

AIB-Aktuell: Giftküche Washington	3
Ägypten	
Wolfram Brönnner: Sadats Ende – ein Schock für Washington	4 – 7
Saad ed-Din Shasli: Wir werden das Kairoer Regime kippen	5
Palästina – Libanon	
Yassir Arafat: Die Amerikaner testen uns!	8 – 10
Yassir Arafat: Unsere Bilanz des 6. israelisch-palästinensischen Krieges	9
Interview mit Taysir Kuba: Die Verschwörung im Libanon hat mit Camp David zu tun	11 – 12
Tunesien	
Salah el-Khoudja: Öffnung mit gezinkten Karten	14 – 15
Südliches Afrika	
Hans Mayer: Südafrikas Angolakrieg geht weiter	16 – 18
Hans Quaas: Im zerbombten Cahama. Augenzeugenbericht von Südafrikas Angolaüberfall	17
Türkei	
Interview mit Agha Alan: Die besondere Situation der Kurden in Türkisch-Kurdistan	19 – 21
Resolution des 5. Kongresses der FIDEF	20
Afghanistan	
Mohammed Sarkash / Seamus O'Faolain: Afghanische Rebellen und die Aussicht auf Frieden (3. Teil)	22 – 25
Erklärung der afghanischen Regierung: Ja zu einer politischen Lösung	24
Sadats Eingeständnis	23
Südostasien	
Rainer Falk: ASEAN – Neutralitätszone oder Spielball neokolonialer Interessen?	26 – 30
Erklärung der indochinesischen Außenminister vom Juni 1981	28
Indonesien	
Joel Lacamora: Geheimer Weltbankplan für Indonesien	31 – 33
Indonesien-Daten	32
Miges Baumann: Widerstandsformen in Indonesien. Z. B. Cibirong-Citeurep	40 – 41
Vietnam	
Peter Dietzel: Im Umerziehungslager Ha Tay	42 – 44
Interview mit Nguyen Khac Vien: Kräfte, die einen Bürgerkrieg ansteuern	43
El Salvador	
Erklärung des FMLN-Oberkommandos: Der revolutionäre Volkskrieg schreitet voran	45 – 49
Eindrücke aus Morazan	48
Erklärung der Sozialistischen Internationale vom 25. 9. 1981	49
Mexiko	
Mexikanische Linksparteien: Erklärung der Einheit	50 – 51
Dominika	
Jürgen Walter: Die „grüne Insel“ der Karibik	52 – 53
Dominika-Daten	52
Interview mit Rosie Douglas: Grenada war ein Meilenstein	53
Haiti	
Hanne Denk: Anklage gegen das Duvalier-Regime	54 – 55
Resolution der Haiti-Solidaritätskonferenz	55
Brasilien	
Peter Garcia: Das neue Gesicht Brasiliens	56 – 58
Frankreich	
Rainer Falk: Mitterrands Wahlsieg – Chance für ein neues Verhältnis zur Dritten Welt (2. Teil)	60 – 62
François Mitterrand: Rede vor der UN-Konferenz der LLDCs	61
Kultur	
Rede Armando Harts auf dem Kongreß lateinamerikanischer Intellektueller: Unsere kulturelle Identität verteidigen!	63 – 64
Gespräch mit Mikis Theodorakis: Lateinamerikas Völker brauchen eine alternative Volkskunst	65
Rückblick: Das Vermächtnis Frantz Fanons	66
Rezensionen / Filme: Von Banya, Pedro und Manuel – Kinderbücher zur Dritten Welt	67
Infodienst: Theater zu El Salvador, Aktivitäten für Angola / Namibia, Ausländerwoche der Freundschaft, Boykott gegen Vietnam beenden, Medienhandbuch Dritte Welt, Platten- und Buchtitel: Südafrika, Nicaragua	68
Kurzinformationen: Südafrika – USA, Naher Osten, Palästina, Sudan, Türkei – BRD, Panama, Nicaragua, Belize, Argentinien, Kolumbien, Bolivien, Lateinamerika – Menschenrechte, Iran, China, Weltbank – IMF, Olympische Bewegung	69 – 71
Kommentar: Genschers Rendezvous mit Peking	72



AIB
Antiimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM; Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel.: 06421-24672

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, PschA Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Konto 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatkowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Franz Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantw.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

Mitarbeiter dieses Heftes: A. J. Arndt, R. Baben, M. Baumann, N. Biver, K. Damschen-Warnatsch, B. Dolle, K. Freitag, P. Garcia, P. Grund, L. Heinrich, R. Hegewald, U. Hochmuth, C. Klotz, A. Krajczek, P. Maaskoia, H. Mayer, H. Meinke, D. Mies, R. Münch, U. Rupp, H.E. Schäfer, H. Vortisch, J. Weber, B. Weng

Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund

Druck: Plambeck & Co, Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 14. 10. 1981

Anzeigen: konkret, Hammer Verlag, Plambeck & Co, Südwind, SCI, Das Argument, FDCL, Hilfsaktion Vietnam, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, MERIP Reports, Informationsbüro Nicaragua, illa

AIB-Aktuell: Giftküche Washington

Mit einem Anklagepunkt von besonderer Öffentlichkeitswirksamkeit glaubte US-Außenminister Alexander Haig bei seinem Westberlin-Besuch Mitte September d.J. aufwarten zu können. Vor der Kulisse der 80.000 Demonstranten, die gekommen waren, um ihren Protest gegen die Neutronenbomben- und Atomraketenpolitik Washingtons auszudrücken, behauptete A. Haig am 13.9.1981, die Sowjetunion und ihre Verbündeten hätten „tödliche chemische Waffen in Laos, Kambucha und Afghanistan benutzt“. Für den nächsten Tag kündigte er in Washington eine Pressekonferenz an, auf der „handfeste Beweise“ für diese Behauptung vorgelegt werden sollten.

Der Propaganda-Coup erwies sich schnell als nur allzu vordergründig angelegtes Manöver, mit dem von der Diskussion um die hiesige Stationierung von Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen und um die Entscheidung des US-Präsidenten Ronalds Reagan, die Neutronenbombe jetzt doch bauen zu lassen, abgelenkt werden sollte. Als einziges Beweisstück führten die auf der erwähnten Pressekonferenz vorgestellten „Experten“ ein vergilbtes Blatt mit Stengel vor, das aus der Grenzregion zwischen Thailand und Kambucha stammen und an dem Mykotoxine (Pilzgifte) gefunden worden sein sollen.

Nun leidet die ganze Region heute noch an den Naturverwüstungen aus der Zeit des US-Indochinakrieges (1964-73), als die Luftwaffe der USA über der Region tonnenweise hochgiftige Stoffe abwarf. Abgesehen davon, daß selbst Springers Welt davon sprach, die USA seien möglicherweise „zu voreilig mit ihren Indizien, die noch eingehender Prüfung bedürfen, vorgeprescht“, und die Süddeutsche Zeitung feststellte, es gebe „nicht die Spur eines Beweises“ für den sowjetischen Einsatz bakteriologischer Waffen in Afghanistan, ist die westliche Führungsmacht doch wohl die letzte, die Grund hätte, sich als Wächter der Moral aufzuspielen.

Es gibt jedoch noch einen gewichtigen Grund, weswegen den USA an einem erfolgreichen Ablenkungsmanöver, wie es von Alexander Haig nur versucht wurde, gerade jetzt gelegen wäre. Seit dem 26. Juli d.J. wirft die kubanische Regierung dem US-Geheimdienst CIA vor, einen gezielten bakteriologischen Krieg gegen Kuba zu führen. Und Washington tut sich sichtlich schwer, die in diesem Zusammenhang vorgelegten Beweise zu entkräften. Zu plausibel ist das Indizienmaterial. Kuba, dessen Gesundheitswesen selbst Gegner der Revolution als vorbildlich für die Dritte Welt anerkennen, war in den letzten zwei Jahren Opfer von vier Seuchen und bekämpft gegenwärtig gerade eine fünfte. Erst raffte die Schweinepest über 100.000 Schweine dahin. Dann führte der Tabakschimmel zu großen Ernteausfällen, gefolgt vom Zuckerrohrpilz, durch den 1/3 des Zuckerrohrbestandes vernichtet wurde. Seit Anfang Juni d.J. erkrankten dann innerhalb von nur sieben Wochen 273.404 Menschen an Dengue-Fieber; 113, darunter 81 Kinder, starben. Genauso plötzlich – und wieder zuerst in der Hauptstadt Havanna – erkrankten seit dem 3. September d.J. 1.815 Menschen an einer blutenden Bindehautentzündung, die niemals zuvor in Kuba aufgetaucht war.

US-Militärs schätzen den „Vorteil“ bakteriologischer Waffen vor allem deshalb, weil ihr Einsatz kaum nachzuweisen ist, da ähnliche Krankheitserreger auch in der Natur vorkommen. Das Dengue-Fieber wird aber ausdrücklich in der bei der US-Army vorhandenen Liste der „vorrätigen Krankheiten“ geführt.

Wie US-amerikanische Armeedokumente, die am 29.10.1980 erstmals für die Öffentlichkeit freigegeben wurden, bezeugen, haben die USA die Dengue-erzeugende Mücke *Aedes Aegypti* seit 1956 im großen Maßstab für den Einsatz getestet. In einem im August d.J. erschienenen Buch schreibt der ehemalige FBI-Agent William W. Turner, daß bereits in der Nixon-Ära biologische Waffen zum gegen Kuba gerichteten Einsatzarsenal gehörten. Er schreibt, daß auch der Einsatz des Afrikanischen Schweinefiebers und die Herbeiführung von Veränderungen in der Atmosphäre über Kuba zu „Nixons schmutzigen Tricks“ gehörten.

In einer Erklärung der Regierung Kubas aus der zweiten Septemberhälfte 1981 heißt es: „Die seltsame und unerklärliche Art, auf die die Krankheit (die blutende Bindehautentzündung; d. Red.) in Kuba aufgetaucht – plötzlich wie das Dengue beginnend in der Hauptstadt der Republik – erhärtet, zusammen mit früheren Aktivitäten, die durch Kuba wiederholt verurteilt und von den Yankee-Imperialisten selbst zugegeben wurden, unseren tiefen Verdacht, daß die imperialistische Regierung der Vereinigten Staaten bakteriologische Waffen gegen unser Land einsetzen.“

Die Enthüllungen über die bakteriologische Kriegsführung der USA gegen Kuba passen in das aggressive Konzept, das die Reagan-Administration gegen die fortschrittlichen Entwicklungen in der Karibik und Mittelamerika ausgearbeitet hat. Wie die jüngsten Entwicklungen beweisen, setzen die USA dabei mehr denn je auf den Einsatz militärischer Machtmittel. Interventionsübungen gehören wieder zum festen Bestandteil US-amerikanischer Kriegsspiele in der Region, seit



die USA am 1. Oktober 1979 ein „Ständiges Operationskommando Karibik“ mit Sitz in Key West (Florida) geschaffen haben, das jetzt einen integrierten Bestandteil der Schnellen Eingreiftruppe darstellt. Einen Höhepunkt erreichte diese interventionistische Generalprobe im Rahmen des weltweiten NATO-Manövers „Ocean Venture 81“. Bemerkenswert und als Wiederbelebung der Versuche, einen Südatlantikpakt als südliches Pendant zur NATO zu schaffen, ist die Tatsache, daß in diese Kriegsspiele auch Marineeinheiten aus Argentinien, Kolumbien, Uruguay und Venezuela mit einbezogen wurden.

Es begann mit einer Interventionsübung gegen Kuba auf dem US-Stützpunkt Guantánamo im Südosten der Insel. Eine weitere Demonstration militärischer Stärke führten die USA auf der ihrer Kolonie Puerto Rico östlich vorgelagerten Insel Vieques durch. Die Übung war die größte im karibischen Raum seit dem Ende des 2. Weltkrieges und richtete sich gegen eine fiktive Inselgruppe mit Namen „Amber and the Amberines“. So fiktiv war das Planspiel allerdings auch wieder nicht, denn der Deckname der Inselgruppe weicht nur unwesentlich ab von einem entsprechenden Landstrich auf Grenada. Und die spezifische Aufgabenstellung bestand darin, wie in Grenada enthüllt wurde, die als „nichtbefreundet“ beschriebene Regierung „Ambers“ zu entmachten, um eine Regierung nach dem Geschmack Washingtons zu inthronisieren.

Ähnlich wie Grenada durch die Übung auf Vieques fühlte sich dann Nicaragua bedroht durch die von den USA und Honduras am 7. und 9. Oktober d.J. gemeinsam in der Nähe der honduranischen Basis Puerto Cortés entlang der Atlantikküste durchgeführten Seemanöver unter dem Codenamen „Falcon Vista“. Just im Nachbarland Nikaragua und El Salvadors wurde geprobt, wie Tausende von Marines an Land gehen und die Macht im Lande übernehmen.

Kuba, Grenada und Nicaragua, was für US-amerikanische Regierungs-offizielle ein und dasselbe ist, gelten in der Sicht Washingtons auch als größtes Hindernis bei einer Lösung der El-Salvador-Frage zu ihren Gunsten. Nach der mexikanisch-französischen Erklärung, mit der die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) als „repräsentative politische Kraft des Landes“ anerkannt wurde, sichtlich in die internationale Isolierung gedrängt, suchen die USA gleichzeitig nach neuen Verbündeten in der Region, die Stellvertreteraufgaben im Rahmen der US-Strategie wahrnehmen können, falls sich ein direkter Interventionismus als international zu prestigeführend erweisen sollte. Dennoch, der Widerstand in der Region gegen die neue Aggressivität Washingtons ist im Wachsen begriffen, wie die machtvollen Demonstrationen in Nicaragua und auch in Mexiko gegen die Interventionsprobe an der honduranischen Küste anzeigten. „Niemand braucht zu protestieren“, sagte Sandinista-Kommandant Daniel Ortega angesichts der jüngsten Entwicklung, „wenn wir im Oktober unser Volk darauf vorbereiten, sich gegen jeden Angriff zu verteidigen.“

Es zeigt sich nicht nur im mittelamerikanisch-karibischen Raum, daß die aggressive Politik der Reagan-Administration nicht widerstandslos durchzusetzen ist. Vier Wochen nach dem eingangs erwähnten Ablenkungsspielen A. Haigs fanden sich in Bonn 300.000 Menschen aller Weltanschauungen und politischen Richtungen zur größten Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik zusammen. Der weltweite Widerstand gegen den abenteuerlichen Konfrontationskurs Washingtons wird weitergehen.

Wolfram Brönner

Sadats Ende – ein Schock für Washington



6. 10. 1981: A. Sadat und H. Mubarak (l.) auf der Tribüne des Paradeplatzes ...

Das Attentat vom 6. Oktober 1981 gegen Ägyptens Präsidenten Anwar al-Sadat schockte die arabische Welt nicht wie dies das Herzversagen seines Vorgängers Gamal Abdel Nasser (1956-70) am 28. September 1970 getan hatte. Damals gaben in Kairo 10 Mio Menschen G.A. Nasser, der unbestrittenen Führerfigur des panarabischen Befreiungskampfes und der ägyptischen Revolution, das letzte Geleit, und ihren Gefühlen freien Lauf.

Nun, am 10. Oktober 1981 nahm unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen am Rande Kairo nur eine kleine Schar erlesener „Freunde“ Abschied von A. Sadat, darunter Israels M. Begin und mit R. Nixon, G. Ford und J. Carter drei Expräsidenten der USA. Aus der arabischen Welt aber kamen ganze drei hochrangige Staatsmänner (des Sudan, Omans und Somalias). Und die rund 43 Mio Ägypter reagierten nicht mit spontanen Gefühlsausbrüchen, sondern mit einer – so ein Beobachter – „augenfälligen allgemeinen Gleichgültigkeit“¹ bzw. abwartenden Haltung.

Geschockt und mit selten aufwendigen Trauerbekundungen reagierten hingegen die herrschenden Kreise in Washington. Präsident Sadat war für sie seit ihrem Separatfriedensschluß von Camp David im September 1978 „der Anker, das Zentrum unserer Nahostpolitik gewesen... Niemand weiß nun, was kommt“. So Zbigniew Brzezinski, der damals in Camp David die Feder führte. Außenminister Alexander Haig, der die US-Delegation zu den Trauerfeierlichkeiten nach Kairo geleitete, sprach von Ägypten „als unserem wichtigsten Verbündeten im Nahen Osten“ – neben dem teuersten „Freund Israel“ versteht sich.

Das ad-hoc-Rezept lautet auf neuerliche Ausweitung der US-Militärpräsenz in der Region sowie Rückenstärkung für befreundete Regime. A. Haig: „Von Zeit zu Zeit müssen wir einfach Flagge zeigen... Es ist wichtig, zu demonstrieren, daß es keineswegs tödlich ist, Verbündeter der USA zu sein.“ Dies glaubhaft zu machen, fällt seit dem Aus für den iranischen Schah und A. Sadat freilich schwer, traf es doch

mit ihnen gerade die mit der US-Strategie am innigsten verwobenen unter den prowestlichen Regimes des Nahen und Mittleren Ostens. Die Ermordung Präsident Sadats ist gesehen eher eine Warnung an die Dynastien Saudi Arabiens oder Jordaniens, die Umarmungen mit Washington nicht gleich zu weit zu treiben, um den arabischen Volkswiderstand nicht unnötig herauszufordern.

Genau dies aber tun augenblicklich die Regimes Ägyptens, des Sudan und Omans, die ihre Teilnahme an „sehr ausgedehnten gemeinsamen Manövern“ (A. Haig) im November/Dezember d.J. mit dem Kern der Schnellen Eingreiftruppe der US-Armee zusagten. Die Reagan-Administration signalisierte ihren besonderen „Schutz“ für die Regimes Mubaraks und Numeiris ferner, indem sie noch am Tag des Attentats erhöhte Alarmbereitschaft für die im Mittelmeer stationierte 6. US-Flotte und für den Raum nördlich von Alexandria die bislang größte Konzentration (darunter der Flugzeugträger Nimitz) anordnete. Am 15. Oktober erreichten dann zwei fliegende Überwachungsanlagen des Typs AWACS den ägyptischen Luftraum, um für unbestimmte Zeit die US-amerikanische Kontrolle insbesondere der Grenzgebiete Ägyptens und des Sudan zum benachbarten Libyen ins Visier zu nehmen.²

Unmittelbar bevor steht ferner die Bildung einer gemeinsamen ägyptisch-sudanesischen Militärkommission, die vom



... und drei Attentäter beim Angriff auf ihren Standort

Magazin Newsweek als letztes Gemeinschaftsprojekt Anwar al-Sadats mit den USA und als „ambitiöse neue Strategie des Umgangs mit Libyens Oberst Muḥammad Ghaddafi“ gekennzeichnet wurde. Diese Militärkommission soll Pläne für eine „kombinierte Antwort“ auf eine vorgebliche „libysche Attacke oder andere sowjetisch gestützte Aggressionen in Nordafrika“ anfertigen, Operationspläne also, „die eine mögliche ägyptische Invasion in Libyen mit einschließen“.³ Um die Öffentlichkeit auf eine solche Aggression zeitig einzustimmen, hatte die Reagan-Administration seit Juli/August d.J. eine Medienkampagne gegen „Ghaddafi, den gefährlichsten Mann der Welt“⁴ lanciert. Und um die Reaktion Libyens zu „testen“, hatten es die USA am 19.8.1981 mit dem Abschluß zweier seiner Flugzeuge und gleichzeitigen Manövern der 6. Flotte in libyschem Hoheitsgebiet des Golfes von Syrte herausgefordert. Derartige Kriegsspiele zielten, wie wiederum Newsweek zu berichten wußte, auf die Destabilisierung und den Sturz des Ghaddafi-Regimes ab. Dabei sollte namentlich Ägypten, das bereits 1977 mit einem Überfall gegen Libyen Erfahrungen gesammelt hatte, assistieren; „Washingtons Staatsbeamte möchten zusätzlich gerne sehen, wie Ghaddafi das verdauen wird, was sie mit Nachdruck als 'Zufall' bezeichnen: Ägyptische Truppen werden an der libyschen Grenze Manöver abhalten – genau zur selben Zeit.“⁵

Gemeinsames Angriffsziel Libyen

Libyen lautet auch das Angriffsziel Nr. 1 des gemeinsamen Militärmanövers „Bright Star“, bei dem u.a. direkt aus den USA anfliegende strategische B-52-Kommandos im ägyptisch-libyschen Grenzgebiet den gezielten Bombenabwurf proben werden. Als Reaktion auf Sadats Tod will Washington nun die Waffenhilfe für Ägyptens 395.000-Mann-Armee (Libyen: 50.000), die sich derzeit schon auf über 1 Mrd Dollar beläuft, weiter anheben. Begleitend zu verstärkter US-Militärhilfe auch an den Sudan (Facon-Raketen, Panzerfahrzeuge, panzerbrechende Waffen und Kampfflugzeuge) ist weiter an die Entsendung eines ägyptischen Armeekontingents in den Sudan gedacht. Sie soll für zusätzlichen Druck gegen Libyen und für das Überleben des angeschlagenen Numeiri-Regimes bürgen.⁶

All dies läuft darauf hinaus, Ägypten für die Rolle als stellvertretende US-Sturmtruppe gegen Libyen auszustaffieren, die der Stellvertreterrolle Israels im 1981 neubelebten Zermürbungskrieg gegen die palästinensische Befreiungsbewegung (PLO), die Libanesische Nationalbewegung und Syrien auf libanesischem Boden⁷ nahekäme. Andererseits fand sich das Kairoer Regime, gegen eine jährliche US-Wirtschaftshilfe von derzeit über 1,15 Mrd Dollar, zur Überlassung von Militärbasen in Ras Banas und auf dem Sinai für die US-Eingreiftruppe bereit; jetzt, nach A. Sadats Ende, auch noch zur Stationierung von AWACS-Maschinen im Zentrum der Nahostregion.

A. Haig nannte als weitere Nahziele der aktuellen US-Nahostpolitik eine Annäherung zwischen Ägypten und Saudi Arabien sowie eine gemeinsame militärische Planung mit Israel.

Während die Reagan-Administration so seit ihrem Amtsantritt vom Januar 1981 einiges zur Schaffung „heißer Konfrontationslinien“ (Libanon, Libyen!) tat, unternahm sie – ganz im Sinne der Regierung Begin – nichts, um den seit Ende 1979 auf der Stelle tretenden israelisch-ägyptischen Separatgesprächen zur sog. Autonomie für das palästinensische Westjordan- und Gazagebiet neuen Schwung zu geben.

Damit aber wurden die Separatfriedensabkommen von Camp David (September 1978) und Washington (März



US-Luftmanöver über Ägyptens Pyramiden im November 1980 und 1981

1979)⁸ insgesamt in Frage gestellt, wengleich die israelischen Besatzungstruppen vereinbarungsgemäß im April 1982 das Reststück der ägyptischen Sinai-Halbinsel räumen sollten. In Washington melden sich heute kritische Stimmen zu Wort, man habe mit Schuld an Sadats Tod, weil man nicht genug Druck zu seinen Gunsten gegenüber dem un-nachgiebigen Israel geltend gemacht habe.

Damit wären wir bei den Ursachen des Endes Anwar al-Sadats. Der Präsident hatte sein politisches Schicksal mit dem Verheißten eines „Friedens für alle Ewigkeit“ verknüpft und zugleich vorgegeben, sein Ausscheren aus dem arabischen Lager werde eine gerechte Lösung der Palästinafrage näherrücken lassen. Und dieser, laut A. Sadat, nur mit Hilfe der USA machbare (Separat-)Frieden werde für die ägyptischen Massen auch einen Ausweg aus der sozialen Not bescheeren. Immerhin hatten sich noch im Januar 1977 Millionen Ägypter gegen A. Sadats Öffnungspolitik, die Bereicherung einer parasitären Oberschicht und gegen den geplanten Sozialabbau (Streichung der Nahrungsmittelsubventionen) erhoben. Letztere mußte das Regime zurücknehmen. Und mit den Separatfriedensverheißungen 1977/78 erlangte der Präsident erst einmal breite Zustimmung.

Das änderte sich freilich eingangs der 80er Jahre. Mehr und mehr Ägyptern wurde klar: Camp David hatte dem eigenen Land zwar äußerlich wirtschaftlichen Nutzen (jährliche Suez-Kanal-Einnahmen von zuletzt 800 Mio Dollar, Erlössteigerungen aus den Erdölexporten mithilfe des Sinai-Öls auf 2,15 Mrd Dollar 1980/81, westliche Finanzhilfe 2,5 Mrd Dollar) und eine jährliche Wachstumsrate von rund 8% (1975-81) eingebracht. Aber die prokapitalistische Öffnung hatte die soziale Kluft vertieft, nämlich den Reichtum der parasitären Bourgeoisie aufgebläht, ohne die Lebenslage der werktätigen Massen zu verbessern. Die erhoffte Abtragung der Arbeitslosigkeit war ausgeblieben, die Inflation auf offiziell 21% (1980) geklettert, die Entwurzelung der Bauern beschleunigt, die Wohnungsnot vergrößert worden. Rund 28% der Bevölkerung leben nach einer behördlichen Studie des Jahres 1980 mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 350 Dollar unter dem Existenzminimum.

Mit dem Hereinströmen von Auslandskapital (Stand 1979: 550 Mio Dollar) wurden Teile der einheimischen Bourgeoisie ruiniert, die neokolonialistische Abhängigkeit des Nillandes vorangetrieben. Ägypten, vormals nahezu Selbstversorger an Nahrungsmitteln, muß diese heute zu 50% importieren. Die soziale Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten war die Folge.⁹

Zusehends größer wurde in Ägypten auch die Schar jener, die die wahre Natur des Sadat'schen „Friedens“ durchschauten. Denn nach Camp David überzog Israel zweimal den Libanon und die dort ansässigen Palästinenser mit Krieg,

Saad ed-Din Schasli

Wir können das Kairoer Regime kippen



General Schasli (l.) bei der Oktoberkriegsplanung 1973 mit A. Sadat (M.)

Saad ed-Din Schasli (60), fungierte im Oktoberkrieg 1973 als Generalstabschef der ägyptischen Armee und wurde als „Held der Überquerung“ des Suezkanals weltbekannt. Als Gegner der anschließenden Annäherung Anwar al-Sadats an die USA wurde General Schasli seines Postens enthoben und auf Botschafterposten nach London und Lissabon abgeschoben. A. Sadats Jerusalemreise im November 1977, die Ägyptens Ausscheren aus der arabischen Front einleitete, war für ihn Anlaß, sich vom Sadat-Regime öffentlich loszusagen und im Exil (Algerien, Libyen) auf seinen Sturz hinzuarbeiten.

Im April 1980 gab Saad ed-Din Schasli in Beirut die Konstituierung einer Ägyptischen Nationalen Front bekannt, in der sich Nasseristen, islamische Kräfte, Kommunisten und unabhängige Nationaldemokraten zusammenfanden. Diese Einheitsorganisation der ägyptischen Opposition arbeitet vornehmlich im Untergrund und hat offenbar auch viel mit der quasilegalen Oppositionspartei der Nationalprogressiven Unionistischen Sammlung (Vorsitz Khaled Moheddienne) gemein. Mitte Oktober 1981 bezog General Schasli in Libyen im einzelnen Position:

FRAGE: Wer tötete Präsident Anwar al-Sadat?

S.D. SCHASLI: Ich habe Ihnen schon erklärt, daß ich das nicht diskutieren kann.

FRAGE: Wie empfanden Sie den Mord an Sadat?

S.D. SCHASLI: Ich bin froh. Ich bin von Genugtuung erfüllt. Aber Sadat war nicht unsere Hauptzielscheibe. Die Zielscheibe ist das autokratische Regime Ägyptens. Sadat loszuwerden ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber es müssen noch viele mehr getan werden.

FRAGE: Wer opponiert gegen das was Sie Ägyptens „autokratisches Regime“ nennen?

S.D. SCHASLI: Das kann niemand mit Bestimmtheit sagen, weil es keine Demokratie im Lande gibt. Es gibt keine freie Presse, keinen Zugang zu den Medien und alle oppositionellen politischen Parteien sind geächtet. Aus der Tatsache, daß Sadat selbst die Inhaftierung von 5.000 „Oppositionsführern“ anordnete, können Sie sich eine Vorstellung von deren Anzahl machen. (Die offizielle ägyptische Zahl ist 1.536.)

Ich kann Ihnen versichern, daß sich die Opposition gegen das Regime von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken erstreckt, mit Vielen dazwischen. Inbegriffen sind die Nasseristen, Marxisten, Liberalen und die fundamentalistische Gruppe Tagfir wal Higma (Sühne und Flucht).

FRAGE: Was eint diese Gruppierungen?

S.D. SCHASLI: Was uns zusammenhält ist die Idee der Demokratie, die Idee, Sadat zu kippen. Wir wollen das autokratische Regime loswerden, die Presse- und Redefreiheit wiederherstellen und echte

Wahlen abhalten.

FRAGE: Wenn die Opposition die Macht übernehme, würde sie dann geeint bleiben?

S.D. SCHASLI: Jede Gruppierung würde zu ihrem Recht kommen und ihre eigene Partei aufbauen. Und jede würde den Anteil der Macht erhalten, den sie bei den Wahlen erringt.

FRAGE: Das klingt wie eine feine demokratische Zielsetzung, aber sie benutzen gewaltsame Mittel um sie durchzusetzen. Wie rechtfertigen Sie das?

S.D. SCHASLI: Was können wir sonst tun? Ich heiße die Gewalt nicht gut, aber das Regime Sadats und Mubaraks läßt uns keine Wahl.

Ich frage Sie aufrichtig, wie es eine friedliche Opposition mit all den repressiven Gesetzen geben soll? Wie sonst sollen wir uns äußern? Natürlich glauben wir, daß der beste Weg zur Errichtung einer Demokratie demokratische Mittel sind. Was Sie jetzt in Ägypten sehen, ist die Selbstverteidigung der Opposition. Wir sind zu ihr gezwungen worden.

FRAGE: Unterstützt Sie die Armee?

S.D. SCHASLI: Sie müssen bedenken, daß die Armee zusammengesetzt ist aus Söhnen des Volkes, Söhnen von Bauern und Arbeitern, auch aus der Intelligenz (sie ist eine Wehrpflichtigenarmee; d. Red.). Wenn die Zeit für sie gekommen ist, für das Volk aufzusteigen, dann – so glaube ich – werden sie die richtige Wahl treffen.

FRAGE: Wann wird das passieren? In Wochen oder Monaten?

S.D. SCHASLI: Das kann niemand sagen. Die Haltung der Armee ist der entscheidende Faktor.

FRAGE: Wie sind die Verbindungen der oppositionellen Gruppen zu Libyen?

S.D. SCHASLI: Unsere Beziehungen zu Libyen sind nicht besser als jene, die wir zu Syrien, Aden (Südjemen; d. Red.) oder zur Palästinensischen Befreiungsorganisation haben. Wir haben ein ausgezeichnetes Verhältnis zu allen Mitgliedern der Standhaftigkeitsfront. Bedenken Sie, ich lebe in Alger. Ich bin seiner Zeit deshalb hierher nach Libyen gekommen, weil es da eine gemeinsame Grenze gibt, weil Libyen näher an Ägypten liegt als Algerien. (...)

Oppositionelle Gewalt ist Selbstverteidigung

FRAGE: Ist die Nichtanerkennung der Vereinbarungen von Camp David (vom September 1978 zwischen den USA, Israel und Ägypten; d. Red.) ein grundlegendes Ziel Ihrer Bewegung?

S.D. SCHASLI: Wir glauben, daß Camp David ein Irrweg war. Falls es in Ägypten demokratische Verhältnisse gegeben hätte, hätte Camp David nie eine Chance gehabt. Sadat organisierte ein Referendum in dieser Angelegenheit, aber das Votum war manipuliert. Die Kandidaten für das Parlament hatten ihre Unterstützung für die Vereinbarungen von Camp David auszudrücken, oder sie büßten ihre Nominierung durch die einzige politische Partei im Lande ein. (...)

FRAGE: Was denken Sie über Hosni Mubarak?

S.D. SCHASLI: Ich gab Mubarak eine Chance. Ich sagte öffentlich, daß ich ihn nicht für alle Fehler Sadats verantwortlich mache. Ich brachte drei Bedingungen vor: die sofortige Entlassung der politischen Gefangenen, die Beendigung des 'Kriegsrechts' und das Einfrieren von Sadats repressiven Gesetzen.

Jetzt können Sie ja sehen, was Mubarak getan hat. Er setzte die Wahl diese Woche, gerade drei Tage nach Sadats Beisetzung an. Ich frage Sie: Ist das Demokratie?

FRAGE: Was sind Ihre nächsten Pläne?

S.D. SCHASLI: Ich werde nach Alger zurückgehen. Wir werden den Kampf fortführen, um das ägyptische Volk zu kontaktieren. Wir werden alles tun, um das Regime zu kippen.

FRAGE: Werden Sie oder Ihre Verbündeten eine Exilregierung installieren?

S.D. SCHASLI: Ich will das nicht ausschließen. Aber das ist noch nicht geklärt. Wir wollten erst abwarten und sehen, wie sich Mubarak verhält.

FRAGE: Jetzt haben Sie es gesehen.

S.D. SCHASLI: Ja, Mubarak hat uns keine Chance gegeben. (...)

(Quelle: Newsweek, New York, 19.10.1981)

verschärfte es noch die Unterdrückung in den besetzten arabischen Gebieten, forcierte es noch seine Siedlungsexpansion und annektierte es das arabische Ostjerusalem. Eine Lösung der Palästinafrage aber war seither in weitere Ferne gerückt. Selbst unter den im Parlament geduldeten Parteien mehrten sich jetzt Distanzierungen vom Camp-David-Kurs, voran von I. Schukris Sozialistischer Arbeiterpartei.

Obendrein hatte Ägypten mit seiner Anlehnung an die USA und Israel wieder fremde Militärbasen, bestimmt für die beliebige Nutzung gegen die arabische Befreiungsbewegung, bereitgestellt – und so ein Stück nationaler Souveränität preisgegeben – und so ein Stück nationaler Souveränität preisgegeben, sich in der arabischen Welt isoliert. Dies und das Hereinströmen westlichen Kapitals und Kommerzes weckte antiimperialistische Stimmungen, gerade auch unter der vom Beispiel der iranischen Revolution beflügelten islamischen Bewegung des Nillandes.

Anwar al-Sadat suchte, und dies ist eine weitere Ursache seines Endes, das zunehmende Aufbegehren mit immer rigideren Unterdrückungsgesetzen und Säuberungsaktionen einzudämmen. „Ägypten wird kein zweiter Iran“, verkündete er Anfang September 1981.

Sadats Kahlschlag gegen die Opposition

Journalisten aus den USA und Frankreich wurden wegen solcher Vergleiche ausgewiesen, Zwistigkeiten zwischen Moslems und christlichen Kopten (rund 6 Mio Gläubige) zum Vorwand für den größten Kahlschlag des Regimes gegen die gesamte politische und religiöse Opposition genommen. Rund 5.000 Personen (offiziell 1536) wurden inhaftiert, darunter Führungspersonlichkeiten der Sozialistischen Arbeiterpartei, der Partei der Nationalprogressiven Unionistischen Sammlungsbewegung, der Moslembrüder, der wieder verbotenen Neuen Wafd-Partei oder der bekannte Nasser-Berater M. Hassan Heikal. Der koptische Papst, Schenuda III., wurde verbannt, 13 religiöse Vereinigungen verboten, 40.000 private Moscheen unter staatliche Aufsicht gestellt.

Am 15. September d.J. schob das Regime die übliche Version einer „sowjetischen Verschwörung“ nach (man wies den Sowjetbotschafter und andere Sowjetbürger aus), um die breite Protestbewegung als außengesteuert zu diskreditieren.

Und A. Sadat ließ wieder einmal eines seiner Volksreferenden zur Sanktionierung von Massenrepressalien folgen, „bei denen“ – so der Stern vom 15.1.1981 – „freilich nur wenige Wahlberechtigte ihre Stimme abgaben. So steckten Feuerwehrleute und Polizisten Ja-Zettel gleich bündelweise in die Urnen, bis Zustimmungen von 99% erreicht waren“.¹⁰

Der Anführer der Offiziere, die während einer Militärparade am 6. Oktober 1981 das Attentat gegen A. Sadat ausführten, war ein Betroffener des vorausgegangenen Kahlschlags des Regimes. Sein Bruder, ein Aktivist der islamischen Be-



wegung, zählte zu den Verhafteten. Entgegen der offiziellen Version des neuen Präsidenten Hosni Mubarak aber war dies gewiß keine isolierte Aktion einer islamischen Randgruppe. Vielmehr hat sie offenbar zu tun mit einer relevanten Widerstandsströmung innerhalb der Streitkräfte und dem generellen Stärkezuwachs einer breitgefächerten politisch-religiösen Opposition. Innerhalb beider Komponenten dürfte der im April 1980 gegründeten **Ägyptischen Nationalen Front** (siehe Interview ihres Sprechers General Schasli) eine tragende Rolle zukommen. Zu den damals formulierten Zielen der Front gehörten: der Sturz des herrschenden Regimes; die Annullierung des Abkommens mit Israel, die Auflösung der US-Stützpunkte, die „sofortige Vorbereitung für die Befreiung der besetzten Gebiete“ und die volle Unterstützung der PLO; die „Befreiung der nationalen Wirtschaft von der Herrschaft des ausländischen und parasitären Kapitals“ und die „Verwirklichung der wahren Demokratie“.¹¹

Der am 13. Oktober d.J. per Referendum bestätigte Nachfolgepräsident Mubarak hat unterdessen mit seiner Anordnung einer neuen Verhaftungswelle und einer Säuberung der Armee von „Extremisten“ (offiziell 134, davon 30 Offiziere) selbst angezeigt, daß mit der Volksopposition auch nach dem Scheitern des Aufstandsversuchs in der Provinzhauptstadt Assiut (in der ersten Oktoberhälfte) zu rechnen ist. Das meint auch der gestandene Militärexperte Adelbert Weinstein: „Ob allerdings die Streitkräfte Ägyptens mit der Einlösung der amerikanischen Verpflichtungen zum sicheren Partner des Westens werden, bleibt ungewiß. Die Ägypter haben eine Wehrpflichtarmee. Das heißt, jede Unruhe, die in der Bevölkerung aufkommt, teilt sich der Truppe mit. Nach Sadat ist diese Armee eine Sphinx.“¹²

Anmerkungen:

- 1) Le Monde, Paris, 13.10.1981
- 2) Zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 8. und 13.10.1981; Der Spiegel, 19.10.1981 und International Herald Tribune (IHT), Zürich, 12.10.1981
- 3) Newsweek, New York, 19.10.1981
- 4) So die Titelstory der Newsweek, 20.7.1981
- 5) Ebenda, 31. und 19.8.1981
- 6) Daten nach: U.S. News & World Report, Washington, 10.8.1981; FAZ, 14. und 16.10.1981 und Süddeutsche Zeitung, 16.10.1981
- 7) Siehe ausführlich: AIB 7-8/1981, S. 4ff. und 9/1981, S.3
- 8) Vgl. AIB 6/1979, S. 20-23
- 9) Daten nach: Le Monde Diplomatique, Paris, Oktober 1981; Time, New York, 19.10.1981 und FAZ, 8.10.1981
- 10) Daten nach: IHT, 10.9.1981; Der Spiegel, 14.9.1981; Afrique Asie, Paris 28.9.1981 und Stern, 24.9.1981
- 11) Voller Wortlaut des Gründungsdokuments in: AIB 6/1980, S. 16-18
- 12) FAZ, 15.10.1981



Zwei Betroffene des Kahlschlags: Moslembrüder-Führer Taimassani (l.) und Koptenpapst Schenuda III.

Palästina - Libanon

Mit spektakulären Bombenanschlägen auf die Hauptquartiere der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und der Libanesischen Nationalbewegung in Beirut und Saida, bei denen zusammengenommen 83 Personen getötet und über 300 verwundet wurden, bekräftigte die israelische Begin-Regierung im September d.J. das Festhalten an ihrer Kriegsführung auf libanesischem Boden. Ein Spitzenberater Menachim Begin umriß – laut Newsweek vom 28.8.1981 – dieses „Befriedungs“ziel so: „Wir werden einen erneuten Abnutzungskrieg (der PLO; d. Red.) an unserer nördlichen Grenze nicht dulden. Wenn das passiert, werden wir etwas sehr drastisches tun, die Besetzung des gesamten Libanon eingeschlossen.“ Als ob die israelische Kriegsführung während der neuen Libanonkrise vom April bis Juli d.J. (siehe AIB 7-8/1981, S. 4-9) nicht „drastisch“ gewesen wäre! Der Ausgang dieses „6. israelisch-palästinensischen Krieges“ wird hier von Yassir Arafat, dem Vorsitzenden der PLO, bilanziert. Hintergründe der Libanonkrise und die Sicht der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP, gegr. 1967 unter Vorsitz von Georges Habbash) zur aktuellen Strategie der PLO beleuchtet das anschließende Interview mit Taysir Kuba. Mit T. Kuba, dem Leiter der internationalen Abteilung der PFLP, sprach in Beirut Harald Meinke für das AIB.

Yassir Arafat

Die US-Amerikaner testen uns!



Opfer der israelischen Juli-Bombardements in Beirut

FRAGE: Indem Sie einem durch die UNO vermittelten Waffenstillstand zugestimmt haben, haben Sie die Anerkennung Israels umgangen. Aber ist die Umkehrung nicht genauso richtig?

Y. ARAFAT: Was ich getan habe, ist, einer dringenden Bitte des Vorsitzenden des UN-Sicherheitsrates und des UN-Generalsekretärs Dr. Waldheim durch General Callaghan, den Chef der UNIFIL (UN-Truppe im Südlibanon; d. Red.), zu entsprechen. Ganz einfach, ohne Komplikationen.

FRAGE: Glauben Sie, daß die letzte Konfrontation die feindlichen Parteien einander näher gebracht hat?

Y. ARAFAT: Sie müssen in Betracht ziehen, daß wir in einen Dialog mit Waffen verwickelt sind. Die Amerikaner und ihre Werkzeuge müssen begreifen, daß sie nicht gegen Gespenster kämpfen, sondern gegen palästinensische Freiheitskämpfer, die entschlossen sind, ihre nationalen Rechte zurückzugewinnen.

FRAGE: Gab es nur einen Vermittlungsversuch, oder gab es nicht zwei parallel laufende Versuche durch die UNO und die USA – einer auf Israel gerichtet, der andere auf die PLO?

Y. ARAFAT: Die einzige Partei, die mit mir ein Waffenstillstandsabkommen ausgehandelt hat, war die UNO. Aber wir können auch sagen, daß Saudi Arabien nach unseren Informationen nach besten Kräften geholfen hat, einen Waffenstillstand zu erreichen, besonders König Khalid und Kronprinz Fahd.

Ich baue keine Sandburgen

FRAGE: Die letzte Konfrontation, die sie den sechsten israelisch-palästinensischen Krieg nennen, ist auch der palästinensische Ramadan-Krieg getauft worden. Der Ramadan-Krieg von 1973 zielte auf eine Reaktivierung der diplomatischen Front ab. Glauben Sie, daß dieser die gleiche Wirkung haben wird?

Y. ARAFAT: Ich bezweifle es, weil ich keine Sandburgen baue. Lassen Sie mich erklären. Der palästinensische Sieg in dieser Konfrontation ist eine Tatsache, die in den politischen Bereich übertragen werden wird.

Wir waren siegreich in dem Sinne, daß die israelische Strategie, die darauf abzielte, die palästinensische Infrastruktur zu zerstören und die Beziehungen zwischen Libanesen und Palästinensern zu schwächen, zweimal innerhalb von drei Jahren fehlgeschlagen ist (1978 und diesmal). Trotzdem könnten die Amerikaner versuchen, den Annäherungsversuch von Camp David mit einigen kosmetischen Abänderungen weiterzuverfolgen, einen Annäherungsversuch, der erkanntermaßen zu einem Ende gekommen ist aufgrund der

palästinensischen Zurückweisung, die eine arabische Opposition gegen Camp David ausgelöst hat.

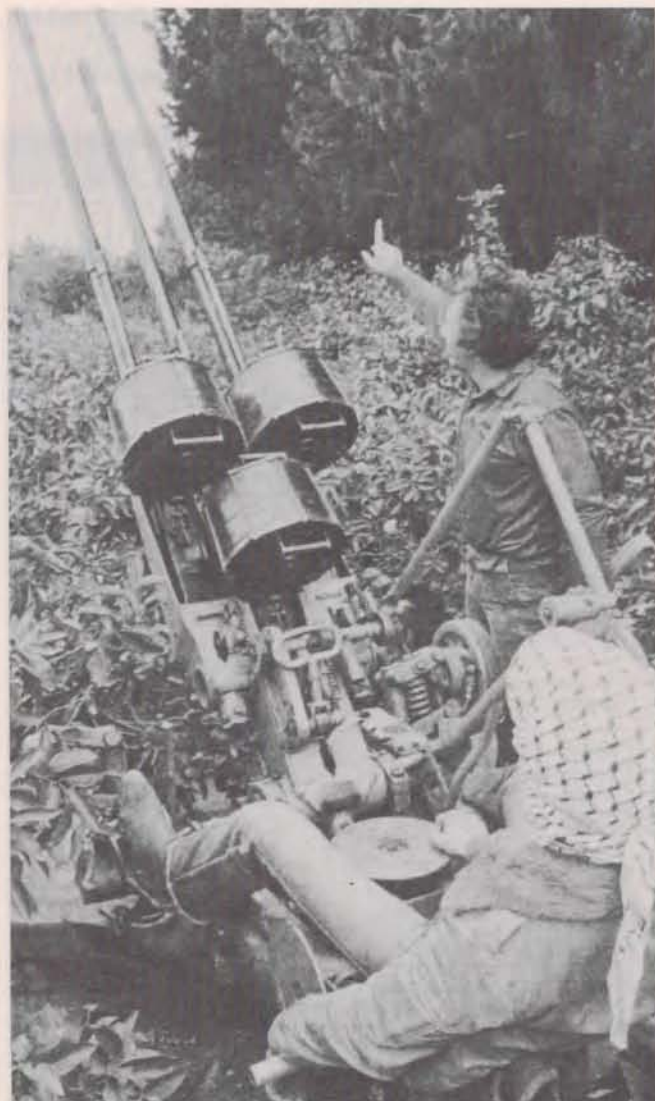
Deswegen ist es für jede neue politische Initiative erforderlich, dem Kern des Problems, der Palästinafrage und der Führungsrolle der PLO bei deren Lösung, Rechnung zu tragen. Ich habe immer gesagt: Kein Friede im Nahen Osten ohne Berücksichtigung der palästinensischen Sache. Der letzte Krieg hat diesen Palästinafaktor mehr als je zuvor be- stärkt.

FRAGE: Dennoch haben Sie einmal einen Brief von Henry Kissinger erhalten, der an Sie gerichtet war in seiner und Ihrer offiziellen Funktion.

Y. ARAFAT: Tatsächlich habe ich während der Libanon- krise 1975-76 zwei Briefe von Kissinger (damals US-Außen- minister; d. Red.) erhalten, in denen er mir dankte, weil wir bei der Evakuierung amerikanischer Staatsbürger aus dem Libanon geholfen hatten, einmal auf dem Seeweg und das zweite Mal durchs Gebirge nach Damaskus. Sie wurden mir durch das ägyptische Außenministerium überbracht.

FRAGE: Welche Rolle sollten Ihrer Meinung nach die Ver- einten Nationen übernehmen?

Y. ARAFAT: Nachdem ich eingeladen worden war, eine Ansprache vor der UN-Vollversammlung zu halten, wurde 1974 eine Resolution angenommen, die Resolution 3236, die die Souveränität und nationale Unabhängigkeit in Pa- lästina forderte. Die Suche danach muß über die Vereinten Nationen erfolgen. Wir würden es gerne sehen, wenn die UNO eine wesentliche Rolle einnehmen würde, gerade auch in der Interimsperiode zwischen israelischer Okkupation



Palästinensische Flugabwehr nördlich der Litani

Yassir Arafat Unsere Bilanz des 6. israelisch- palästinensischen Krieges

Was im Krieg der letzten Tage (im Juli d.J.; d. Red.) geschah und 15 Tage dauerte, war gegen das libanesische und palästinensische Volk, gegen die palästinensische Revolution und die PLO gerichtet. Es war ein Vernichtungskrieg auf eindeutigen Befehl der USA gegen die palästinensische Revolution und die PLO sowie gegen das palästinensische und das libanesische Volk.

Das kam in den Erklärungen der Verantwortlichen in den USA sehr klar zum Ausdruck. Sicherheitsberater Richard Allen sagte, daß die israelische Armee ein Recht auf eine „heiße“ Verfolgung der Palästinenser habe und daß sich die Zentren des internationalen Terrorismus in der Sowjetunion, bei der PLO und in Kuba befänden. Sie haben geglaubt, daß die PLO der schwache Punkt sei, und sie haben deshalb ihre Politik, das Militär, die Diplomatie und die Massenmedien gegen die PLO konzentriert.

Wir sahen uns mit einem zermürbenden und heftigen Krieg konfrontiert. In diesem Krieg wurden die modernsten US-Waffen benutzt, sogar solche, die international verboten sind.

Doch da sind nicht allein die israelischen Streitkräfte, sondern da sind ihre Bewaffnung durch die USA und die Befehle aus den USA, die von Israel ausgeführt werden. Während der 15 Tage andauernden heftigen Angriffe waren 2.600 Tote und Verletzte zu beklagen, libanesische und palästinensische Zivilisten. Die Zerstörungen in Beirut, Saida, Tyr, Nabatiyeh, Hasbia, in mehr als 100 libanesischen Dörfern und in den palästinensischen Flüchtlingslagern haben Sie selbst gesehen.

Die Ziele waren folgende: die palästinensische Führung zu zerschlagen, durch Bombardierung der Brücken im Süden sowie der Verbindungswege die Versorgung abzuschneiden, die Infrastruktur unserer Streitkräfte zu zerstören und schließlich Zwietracht zwischen den Libanesen und Palästinensern zu säen.

Doch trotz dieser Hölle, die wir erleben mußten, kann ich Ihnen sagen, daß diese vier Ziele nicht erreicht wurden. Wir haben den Israelis eine Niederlage zugefügt – eine militärische. Fünf ihrer Versuche, verschiedene Punkte zu besetzen, haben wir vereitelt: Es waren drei Versuche vom Meer aus, einer mit Fallschirmspringern und ein anderer mit Panzerspähwagen.

Doch das ist nicht alles. Angesichts des so heftigen Überfalls mußte die Führung der Revolution Befehle erteilen, um das israelische Feuer zum Schweigen zu bringen. So geschah es zum ersten Mal in der Geschichte der arabisch-israelischen Krise, daß wir den Krieg in die israelischen Gebiete hineingetragen haben.

Nach unseren Informationen bestehen israelische Truppenkonzentrationen im Süden des Libanon, und Begin hat mit aller Unverschämtheit behauptet, daß es nur einen zeitweisen Waffenstillstand gäbe. Der Verteidigungsminister Sharon will jetzt seine „Muskel“ spielen lassen, und die US-Regierung will Palästina ausradieren. Doch ich sage Ihnen: Wir werden sie heiß empfangen. Wie das letzte Mal, so werden sie auch diesmal geschlagen werden.

Es gibt eine arabische Antwort, die aber geringer ist als die Herausforderung, mit der sich die arabische Nation konfrontiert sieht. Das haben wir klar zum Ausdruck gebracht. Wir können nicht vergessen, daß Beirut die zweite arabische Hauptstadt nach Bagdad ist, die bombardiert wurde. Dort wurde das irakische Atomzentrum bombardiert. Es sind also zwei arabische Hauptstädte innerhalb eines Monats (im Juni/Juli 1981; d. Red.) bombardiert worden.

Die arabische Nation sieht sich einer bedeutenden Herausforderung gegenüber. Sie ist jetzt von drei US-Flotten umgeben: der 6. Flotte im Mittelmeer sowie der 5. und 7. Flotte im Roten Meer, im Arabischen Golf und im Indischen Ozean, außerdem von schnellen Eingreiftruppen. Leider konnten sie Stützpunkte in Ras Banas (Ägypten), Berbera (Somalia) und auf der Insel Masirah (Oman) finden. Daneben gibt es noch die atomare Basis auf der Insel Diego Garcia.

Unsere arabische Nation steht vor dieser Herausforderung, wobei es um Sein oder Nichtsein geht. Es besteht noch eine weitere Gefahr: Unsere Kinder sind bedroht, unsere Zukunft ist bedroht. Noch wichtiger ist, und das sage ich allen freien und ehrlichen Menschen auf dieser Welt, daß die Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten und der Welt bedroht ist. Die Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten ist die Sicherheit von Europa, Afrika, Asien und sogar der Karibik. (...)

(Quelle: Granma, Havanna, 15.8.1981)

und palästinensischer Souveränität.

FRAGE: Für wie lange?

Y. ARAFAT: Drei bis sechs Monate können wir akzeptieren, aber nicht mehr. (...)

FRAGE: Anscheinend glaubt jeder neue amerikanische Präsident, er müßte die PLO abschätzen und testen. Welche Schlußfolgerungen, glauben Sie, haben die Amerikaner aus den letzten 15 Tagen der Feindseligkeiten gezogen?

Y. ARAFAT: Ja, ich glaube, daß die letzte Konfrontation diese Absicht verfolgte. Unser Volk hat in seinem Kampf um Unabhängigkeit, Souveränität und einen eigenen Staat bis jetzt acht amerikanische Präsidenten überlebt, angefangen mit Truman und hoffentlich endend mit Reagan. Im letzten Jahrzehnt haben auch Nixon und Carter uns getestet.

Ich frage mich, wann Präsident Reagan eingestehen wird, daß unser Volk unbeugsam ist und daß die PLO ein unwiderrüfliches Phänomen ist. Ich bin zuversichtlich, daß wir die Brücke überschritten haben. (...)

Verhandlungsbasis ist die UN-Position

FRAGE: Es gab einige Gerüchte über offizielle und direkte Kontakte zwischen der PLO und den USA und auch über direkte, aber inoffizielle Kontakte zu Ihnen. Welche Bedingungen gibt es für direkte und offizielle Kontakte?

Y. ARAFAT: Ich habe eine Bedingung: Sie müssen unsere Rechte gemäß dem internationalen Recht anerkennen. Sie sind eine Supermacht und müssen die UN-Organisation anerkennen, ihre Charta und alle Resolutionen, die für die Palästinafrage bedeutsam sind. Nichts weiter.

FRAGE: Und was sind die amerikanischen Bedingungen?

Y. ARAFAT: Das weiß ich nicht, weil ich keinen direkten Kontakt habe.

FRAGE: Die Europäer haben noch keine Initiative im Nahen Osten gezeigt. Glauben Sie, daß sie noch zu Maßnahmen greifen werden, oder werden sie untätig bleiben?

Y. ARAFAT: Lassen Sie mich zunächst sagen, daß es nichts gibt, was man eine Initiative nennen könnte. Es gab die Erklärung von Venedig (der EG vom Juni 1980, siehe AIB 7-8/1980, S. 5; d. Red.) in der wir eine relative und positive Veränderung bemerkt haben, aber sie muß noch weiter entwickelt werden. Meiner Ansicht nach gibt es den europäischen Wunsch eine Rolle zu spielen, aber sie haben noch nicht die Fähigkeit, dies in die Realität umzusetzen. Wir erwarten, daß sie es weiter verfolgen, aus einer Reihe von Gründen, u.a. deshalb, weil sie als Europäer dem Gebiet näher, sich über dessen Potential und Geschichte bewußt sind. Ich muß Sie an die Rolle Großbritanniens in der Palästina-Katastrophe (als Kolonialmacht 1918-48; d. Red.) erinnern.

FRAGE: Großbritannien bestreitet diese moralische Verantwortung und beharrt darauf, daß es Verantwortung in Bezug auf die Palästinafrage einzig als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats hat.

Y. ARAFAT: Das ist eine Travestie (Verwandlung bzw. Verkleidung; d. Red.) der Geschichte. Die britische Regierung mag hoffnungslos versuchen, sich von der Verantwortung in der Tragödie der Palästinenser freizusprechen.

Aber ich habe festgestellt, daß einzelne Engländer und englische Organisationen sich aktiv im Prozeß der Wiedererlangung der Rechte des palästinensischen Volkes engagiert haben. Ich erwarte, daß die letzteren in Großbritannien schließlich die Oberhand gewinnen werden und daß die britische Regierung daher ihre Verantwortung im Sicherheitsrat und in der UNO übernehmen wird.

FRAGE: Lord Carrington (britischer Außenminister; d.

Red.) hat oft seine Bereitschaft erklärt, sich mit Ihnen zu treffen, wenn ein solches Treffen einen Fortschritt im Friedensprozeß herbeiführen würde. Wie könnte ein solches Treffen das Gebiet dem Frieden näher bringen?

Y. ARAFAT: Lord Carrington weiß, daß der Krieg in Palästina ausbrach und daß der Frieden von Palästina ausgehen wird. Folgerichtig drehen sich Krieg und Frieden um die Palästinafrage.

Darf ich Sie bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß die Völker des Nahen Ostens und die Europäer historisch miteinander verbunden waren, sie im Norden, wir im Süden des Mittelmeers. Was immer unsere Seite berührt, betrifft die andere.

FRAGE: Nicht nur Israel, sondern ebenso gewisse Kreise im Westen bestehen darauf, die PLO und einen zukünftigen palästinensischen Staat als Sowjetsatelliten zu betrachten. Wie ist Ihre Reaktion?

Y. ARAFAT: Wir sind eine nationale Befreiungsbewegung, die sich der Wiedererlangung ihrer nationalen Rechte und der Errichtung eines demokratischen palästinensischen Nationalstaats widmet. Unsere Philosophie und Nationalpolitik werden von unserem Volk bestimmt. Als solche sind wir ein Mitglied der Bewegung nichtpaktgebundener Staaten und sehr aktiv in der Förderung dieser Politik in der Welt.

FRAGE: Beim letzten Treffen des Palästinensischen Nationalrats (1981; d. Red.) in Damaskus haben Sie ausführlich Nahum Goldmanns (ehemaliger Präsident des Jüdischen Weltkongresses; d. Red.) letzte Artikel zitiert. Goldmann hat oft den Wunsch ausgesprochen, Sie zu treffen. Sind Sie ebenso dazu bereit wie er?

Y. ARAFAT: Ja, ich bin bereit, ihn zu treffen und ich hoffe, daß ich Gelegenheit dazu haben werde.

(Quelle: The Middle East, London, September 1981)

AIB - Sonderhefte



SH 1/1981 gibt einen komprimierten Überblick über die Hauptschauplätze des Befreiungskampfes. 80 S., 4,- DM

SH 2/1981 bietet eine Grundlageninformation über den Apartheidstaat. 32 S., 2,- DM

- Ich bestelle SH 2/1981.
- Ich bestelle SH 1/1981.
- Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.
- Ich abonniere das AIB ab Nr.

Name:

Adresse:

Datum und Unterschrift:

Bitte ausfüllen und einsenden an:
AIB, Liebigstr. 48, 3550 Marburg 1, Tel. 06421/24672



Interview mit Taysir Kuba

Die Verschwörung im Libanon hat mit Camp David zu tun

AIB: Was ist Ihre prinzipielle Position zur Lage im Libanon?

T. KUBA: Wir von der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) haben immer daran festgehalten, daß es sich im Libanon um einen Klassenkonflikt zwischen einer Mehrheit von Ausgebeuteten und den 5% Ausbeutern handelt. Dies ist die wahre Natur des Libanon-Konflikts.

Natürlich liegt die Offenbarung dieser Tatsache nicht im Interesse der Ausbeuter. So behaupten sie, es handle sich um einen religiösen Konflikt, der von einer Gruppe von Außenseitern, den Palästinensern, verursacht würde. Es gibt keinen Zweifel, daß die Palästinafrage und die Anwesenheit revolutionärer palästinensischer Kräfte den Kampf beschleunigt haben, aber sie stellen nicht die eigentliche Ursache dar.

Wir glauben, daß die Libanesische Nationalbewegung die einzige Partei ist, die den Kampf gegen die faschistischen Kräfte führen sollte. Sie ist auch die einzige Partei, die über die Wege, wie den faschistischen Plänen entgegenzutreten ist, und die notwendigen Mittel zur Durchführung dieser Aufgabe zu entscheiden hat.

Im augenblicklichen Stadium – so glauben wir – zielt der nächste Schritt der imperialistischen, zionistischen und reaktionären Verschwörung auf die Zerschlagung des palästinensischen Widerstands und der Libanesischen Nationalbewegung ab. Und sie richtet sich gegen die feste und patriotische Haltung Syriens. Diesem Komplott kann nur dadurch begegnet werden, daß die drei Kräfte ihre Positionen auf allen Ebenen koordinieren und ihre Zusammenarbeit auf einer aktiven Konfrontierung der zionistisch-faschistischen Allianz basiert.

AIB: Wie stehen Sie zur politischen Linie der PLO?

T. KUBA: Die PFLP ist eine Hauptmitgliedsorganisation der PLO. Wir haben uns 1974 aufgrund politischer Differenzen im Zusammenhang mit der Frage um das kapitulationistische Friedensabkommen im Nahen Osten aus dem Exekutivkomitee zurückgezogen. Jedoch haben sich die Widerstandsorganisationen 1977, während der ersten Konferenz der Standhaftigkeit im Anschluß an den Besuch Sadats im besetzten Palästina auf das Programm von Tripolis (Wortlaut in: AIB 1/1978, S.10; d. Red.) geeinigt, das allen Organisationen ein minimales Arbeitsprogramm als Grundlage bot. Auf der 14. Tagung des Palästinensischen Nationalrats (PNC) 1979 stimmten alle Widerstandsgruppen einem gemeinsamen organisatorischen und politischen Programm zu. Allerdings brachte die PFLP Vorbehalte gegenüber einem Punkt zum Ausdruck, der einen Dialog mit dem reaktionären Regime im Jordanien forderte. Wir stützen uns dabei auf unser Verständnis über den reaktionären Charakter des Regimes und seine Rolle in der imperialistisch-zionistischen Verschwörung gegen unser Volk. Das jordanische Regime schützt das zionistische Staatswesen und behindert den Kampf unseres Volkes. Darüber hinaus unterdrückt es die Massen in Jordanien und hindert sie an der Teilnahme am Kampf gegen unsere Feinde.

Ein anderer Punkt, für den wir innerhalb der PLO eintreten, betrifft die Haltung gegenüber reaktionären arabischen Re-



Taysir Kuba, Führungsmitglied der PFLP

gimes. Wir von der PFLP haben einen klaren Standpunkt gegen die arabische Reaktion, die wir als integralen Bestandteil des Feindeslagers betrachten.

Was diplomatische Aktivitäten anbelangt, so hat die PFLP klargestellt, daß sie, soweit dadurch nicht strategische Rechte der palästinensischen Revolution aufs Spiel gesetzt werden, nicht gegen derartige Aktivitäten ist. Wir verstehen darunter, daß die in unserem bewaffneten Kampf erreichten Positionsgewinne die Quelle unserer politischen Gewinne darstellen. Bezüglich der sog. Europäischen Initiative hat die 15. PNC-Tagung vom April 1981 festgestellt, daß es eine derartige unabhängige Initiative nicht gibt. Sie zielt vielmehr auf ein neues Camp David mit anderem Namen. Der PNC stellte auch fest, daß die „Europäische Initiative“ an die Grenzen der US-Politik in der Region gebunden bleibt. Wir stimmen mit dieser Position überein.

Die PFLP wird kontinuierlich für die Erfüllung der organisatorischen und politischen Resolutionen des PNC kämpfen, denen alle Widerstandsorganisationen zugestimmt haben. Unsere Rückkehr in das Exekutivkomitee auf dem 15. PNC-Kongreß wird diesen Kampf erleichtern.

AIB: Wie unterscheidet sich die politische Linie der PFLP im Jahr 1981 von der im Jahr 1971?

T. KUBA: Wenn wir uns über die politische Linie und politischen Ziele unterhalten, ist es notwendig zwischen taktischen und strategischen Positionen zu unterscheiden.

Die strategischen Ziele der Revolution werden sich bis zu ihrer vollständigen Verwirklichung nicht verändern. In unserem Fall ist dies die Befreiung unseres Heimatlandes und die Schaffung eines demokratischen Staates in Palästina. Es gibt darüber hinaus konstante Fakten, auf die sich unser politi-



sches Verständnis gründet. Dies schließt die Definition des Feindeslagers ein, das sich aus dem Weltimperialismus, angeführt von den USA, dem Zionismus und der lokalen Reaktion zusammensetzt. Ein anderer konstanter Faktor ist das Freundeslager, das aus der sozialistischen Gemeinschaft, den nationalen Befreiungsbewegungen und den demokratischen Kräften in den kapitalistischen Ländern besteht. Für jede politische Organisation leitet sich die taktische Position zu jeder beliebigen Zeit aus den bestehenden objektiven Bedingungen ab. Im Fall unserer Revolution hat das Camp-David-Abkommen (vom September 1978; d. Red.) den Kampf unseres Volkes in ein neues Stadium geführt, das sich von allen vorherigen qualitativ unterscheidet.

Die dringendste Aufgabe bleibt, die Camp-David-Verschwörung zu Fall zu bringen

Es ist durch die Verwandlung Ägyptens in ein Mitglied des Lagers der Feinde, durch seine offizielle und erklärte Allianz mit dem Imperialismus, dem Zionismus und der arabischen Reaktion gekennzeichnet. Es ist daher die dringende Aufgabe der Revolution, dem Camp-David-Abkommen und all seinen Erscheinungen entgegenzutreten. Auf der arabischen Ebene wurde die Front der Standhaftigkeit und der Konfrontation gegründet. Im besetzten Heimatland wurde der Kampf unseres Volkes gegen den Autonomie-Plan intensiviert.

Die dringende Aufgabe der palästinensischen Revolution und der nationalen Befreiungsbewegung ist heute immer noch, die Camp-David-Verschwörung zu Fall zu bringen. Wir in der PFLP geben diesem Kampf höchste Priorität, und wir scheuen keine Mühe den patriotischen Standpunkt auf der palästinensischen, auf der arabischen und auf der internationalen Ebene zu stärken.

AIB: Wie steht die PFLP zu den Stellungnahmen der US-Administration, in denen die PLO der „Förderung des Terrorismus“ angeklagt wird?

T. KUBA: Der US-Imperialismus hat nicht allein die PLO bezichtigt, Teil des internationalen Terroristennetzes zu sein. Die sozialistische Gemeinschaft, insbesondere die Sowjetunion, Kuba und andere revolutionäre Kräfte in Lateinamerika, vor allem El Salvador, und die nationalen Befreiungskräfte in Afrika, in erster Linie die SWAPO von Namibia, wurden vom US-Imperialismus als „Terroristen“ bezeichnet.

Die führende Rolle, die die PLO, Kuba und die Sowjetunion in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und seinen Verbündeten spielen, erklärt, warum der Hauptangriff der imperialistischen Rhetorik gegen sie gerichtet ist. Hinter dem Wahlspruch „Kampf dem internationalen Terrorismus“ versucht der US-Imperialismus seine Natur als aggressive Kraft und als Kopf des vom Imperialismus und seinen Verbündeten, den weltweiten rassistischen und reaktionären Kräften, ausgeübten Staatsterrorismus zu verbergen.

Das derzeitige Problem Nr. 1 im Libanon ist Israel

Die palästinensische Revolution kämpft einen rechtmäßigen nationalen Befreiungskrieg gegen das zionistische Staatswesen, gegen die vorgeschobene Basis des Imperialismus im Nahen Osten. Unser rechtmäßiger bewaffneter Kampf kann nicht mit dem Völkermord auf eine Stufe gestellt werden, den die Zionisten, mit der vollen Unterstützung des Imperialismus und von ihm bis an die Zähne bewaffnet, an unserem Volk begehen.

AIB: Weshalb gibt Washington der israelischen Begin-Regierung Rückendeckung bei deren neuer Eskalierung der Libanonkrise Mitte 1981?

T. KUBA: Die US-Politik im Nahen Osten zielt darauf ab, eine totale Vorherrschaft über die Ressourcen und die strategischen Anlagen der Region zu gewinnen. Obwohl das Camp-David-Abkommen diesbezüglich gewisse Erfolge brachte, ist sich der Imperialismus völlig bewußt, daß dies zur Erlangung der völligen Vorherrschaft unzureichend ist. Dies gilt insbesondere deshalb, weil Camp David in seiner Palästina-Komponente zu einem Stillstand geführt hat. Der Imperialismus weiß auch, daß die palästinensische Revolution, die Libanesische Nationalbewegung und Syrien die wirklichen Hindernisse sind, d.h. sie blockieren das Camp-David-Abkommen. Der nächste Schritt der Camp-David-Verschwörung kann nicht ausgeführt werden, es sei denn die lokalen Statthalter des Imperialismus, einschließlich Israels, brechen die Verbindung der patriotischen Standhaftigkeit im Libanon.

Das aktuelle Problem im Libanon sind folgerichtig die laufenden und täglichen Angriffe Israels gegen den Libanon. Israel hat z.B. kein Recht, täglich Spionage- und Bombenflugzeuge in den Libanon zu schicken.



WHAT IS HAPPENING IN THE MIDDLE EAST?

MERIP Reports is for anyone who wants to understand the changing character of the Middle East and its global implications. It offers the most incisive coverage available in any language. Nine times a year we bring you issues like these:

1. **The Vietnam Syndrome** - why & how the role of the military-industrial complex in Israel's economic and political crisis; strategy and strategy of the settlement movement.
2. **What Were Living in Afghanistan?** Inside look at political and social dynamics leading to Soviet military intervention.
3. **Saudi Arabia on the Brink** - Hailed in university and government circles as the best account of the transformation of a family's tribal hegemony into the apparatus of a modern state.
4. **Israel's Uncertain Future** - Analysis of Israel's economic and political crisis; strategy and strategy of the settlement movement.
5. **Turkey: The Generals Take Over** - Feroz Ahmad explores developments leading to the military coup of September 1980 and examines the party's agenda.

MERIP REPORTS

Subscribe now! Save two dollars off the regular subscription price. And choose a free back issue.

1 enclosure \$12.00 for a year's subscription to MERIP Reports. Please send me the free back issues (circles 1 2 3 4 5)

Name: _____
 Address: _____
 City: _____ State: _____ Zip: _____

Please send check or money order to MERIP, Dept. B, PO Box 1247, New York, NY 10025. US currency please. Outside US, add postage: Canada, Mexico, overseas surface, \$4. Europe, N. Africa, Latin America air \$16.50. All other areas \$12.00.

Umweltschutz kalender 1982

Kann man sich und anderen schenken!

Beide Kalender entstanden unter maßgeblicher Mitarbeit von Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen. Engagierte Fotografen zeigen Landschaften, die es vielleicht morgen schon nicht mehr gibt.



ERHALTENSWERTES
**WATTEN
MEER**

Das Wattenmeer ist der Lebensraum einer vielfältigen Tierwelt. Es knistert und wispert im Schlick. Millionen von Muscheln und Schnecken, Krebsen und Würmern leben hier auf dem Boden oder verborgen im Grund. Dieser Lebensraum ist in Gefahr.

Jeder Kalender besteht aus 15 Blättern. Große farbige Fotos ergänzen sich mit informativen Texten und einem übersichtlichen Kalendarium zum praktischen Wandschmuck.

Jeder Kalender enthält zusätzlich 8 farbige Umweltschutzpostkarten. Kalenderformat: 50 x 42 cm mit praktischer Spiralbindung, sicher im Pappschuber verpackt.

Und das alles für

nur 24,90



das
**RUHR
GEBIET**

Ruhrgebiet – das ist Landschaft und menschlicher Lebensraum, das ist Natur und Industrie. Beide Seiten wollen wir mit diesem Kalender ins Bild setzen. Auch um unser aller Augen zu schärfen für die Veränderung der Landschaft durch Industrie und Wirtschaft. Und für das, was es zu erhalten bzw. wiederherzustellen gilt.

Die Bestelladresse für Kurzenschlossene und Sammelbesteller:

Collectiv-Versand

Postfach 1928

4000 Düsseldorf

Informationen für Sammelbesteller:

Telefon 0211 / 35 04 73

**Kontonummer PSchA Essen 35846-436
BLZ 36010043 (Bitte Vorauskasse)**

Diese nagelneue Kalenderidee ist noch nicht überall vorrätig*, kann aber über jede Buchhandlung bestellt werden.

Also gleich den Verlag und den exakten Kalendertitel notieren!



**Garantiert in
jeder collectiv-
Buchhandlung**

...für Umweltschutz
EDITION PLAMBECK

Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH,
Postfach 920, D-4040 Neuss 13,
Telefon 02101/57081

Salah el-Khoudja

Öffnung mit gezinkten Karten

In den letzten 25 Jahren seit der Unabhängigkeit Tunesiens beherrschte die Sozialistische Destour-Partei (PSD bzw. Neo-Destour) mit Staatspräsident Habib Bourguiba an der Spitze Wirtschaft, Politik und gesellschaftliche Entwicklung des Maghreb-Landes. Die Opposition wurde aus dem öffentlichen Leben gedrängt, mit allen Mitteln verfolgt und per Dekret wurden ihr alle Aktivitäten untersagt sowie die Legitimität entzogen. Am 18.1.1963 wurde schließlich die Kommunistische Partei Tunesiens (PCT) verboten.

Der populäre Präsident Bourguiba nutzte all seine Macht, um seine Alleinherrschaft zu konsolidieren. Um den Sinn dieser Vorgänge zu verstehen, muß man sich in die Lage Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre in Tunesien versetzen.

Die Neo-Destour – Partei aller „sozialen Klassen“?

Verschiedene Gründe lagen den Spannungen zwischen Oppositionskräften und der Neo-Destour zugrunde:

- Eine verbreitete Unzufriedenheit schon kurz nach der Unabhängigkeit mit der prowestlichen Politik der Regierung und der Haltung gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich.
- Ende 1962 war es zu einer Verschwörung nationalistischer Kräfte gekommen, die diese Unzufriedenheit nutzten.
- Die PCT formulierte in ihrer Presse und in ihren Versammlungen konstruktive Kritik, was die Neo-Destour störte.

Ziel der Neo-Destour war es, daß entsprechend der bourguibistischen nationalen Ideologie die Neo-Destour zur Partei aller „sozialen Klassen“ erklärt wurde. Die Militanten der Einheitspartei besetzten die Schlüsselpositionen des Staatsapparates. Mit dieser Politik des Einparteiensystems waren alle legitimen Wege von Organisationen zur Teilhabe an der Herrschaft versperrt.

Seitdem plädierte H. Bourguiba für eine wirtschaftliche Liberalisierung im Rahmen des kapitalistischen Systems, die aber nur der Bourgeoisie diene. Vor allem seit 1970 wurden tunesische und ausländische Privatinvestitionen gefördert, die nach den bourguibistischen Vorstellungen eine wichtige Stütze für die weitere Entwicklung des Landes darstellten. Dagegen wurde der seit 1961 geförderte Staatssektor in den 70er Jahren sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft geschwächt bzw. abgebaut unter dem Vorwand, Fehler zu korrigieren und den kooperativen Sektor im Handel und in der Landwirtschaft zu sanieren. Die Folgen der Privatisierungen und der „Sanierungen“ der Kooperativen waren massive Entlassungen im öffentlichen Sektor und die Verschleuderung der Domänen-Ländereien an zahlungskräftige Großbauern (Gesetze vom Mai 1970). Die Bourgeoisie erntete die Früchte der Verstaatlichungen, indem sie die Reprivatisierung der „Kooperativen“ durchsetzte.

Bereits Anfang der 70er Jahre wurde das Land im Namen der „natürlichen Gesetze der Konkurrenz“ den Affairisten

weit geöffnet. Dieser Wirtschaftsliberalismus stieß nicht nur auf Kritik seitens der tunesischen Opposition, sondern auch seitens westlicher sozialdemokratischer Kreise. Beispielsweise wurde im Organ der SPD über die Nouira-Ära (Ministerpräsident bis 1980) folgendes ausgesagt: „Hedi Nouira setzt auf die neue Generation von Technokraten zuungunsten der alten Politikergarde und verfolgt eine Politik der Öffnung und des Dialogs. Ein Kurs mit vor allem grenzenloser Öffnung gegenüber ausländischen Investitionen, um die mit Steuerbefreiung oder -reduzierung, unbeschränktem Transfer der Gewinne und niedrigen Löhnen geworben wird.“¹

Die tunesische Führung stellte während des IV. Plans (1973-1976) 1/3 der Steuereinnahmen zur Ermutigung lokaler und ausländischer Unternehmensansiedlungen bereit, und zwar durch direkte und indirekte Kapitalsubventionen auf Kosten der nationalen Ausstattung und unter dem Deckmantel des „wirtschaftlichen Aufstiegs“.

Eines der Ziele des IV. Plans war die Lösung des Beschäftigungsproblems. Trotzdem wurde lediglich die Schaffung von 120.000 neuen Arbeitsplätzen vorgesehen, d.h. Arbeit nur für 50-60% der Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt. Dazu rechnete man mit der Emigration tunesischer Arbeiter ins Ausland.²

Die Öffnung – eine „psychische Niederlage“

Die Zentrale der Generalunion der Tunesischen Arbeiter (UGTT) warnte vor den bedrohlichen Konsequenzen der damit angelegten Arbeitslosigkeit und stellte Gegenforderungen auf. Sie wurde dabei von allen Gruppen der Opposition unterstützt. Sogar der linke Flügel der Neo-Destour, dessen Vertreter schließlich aus der PSD austraten oder ausgeschlossen wurden, stellte sich hinter die Forderungen der UGTT.

Im Verhältnis zwischen UGTT und Regierungspartei, das bis zu diesem Zeitpunkt durch Bevormundung seitens der Neo-Destour gekennzeichnet war, begann sich eine neue Ära anzudeuten. Der **Generalstreik vom 26.1.1978** war der Höhepunkt dieser Auseinandersetzung, in der die Gewerkschaft die Anerkennung ihrer sozialen Forderungen (Beibehaltung der Kaufkraft, Verbesserung der Arbeitsbedingungen usw.) sowie ein Ende der Provokationen seitens der Regierung, die Regierungspartei ein für allemal ihren Führungsanspruch über die Gewerkschaftsbewegung durchsetzen wollte.

Die blutigen Ereignisse am 26.1.1978 zeigten das wahre Gesicht des Bourguiba-Regimes und kosteten es das letzte Vertrauen des Volkes. Der Versuch, durch Absetzung, Inhaftierung und Verurteilung der bisherigen Gewerkschaftsführung und durch die Einsetzung gefügiger Funktionäre die Gewerkschaft handlungsunfähig zu machen, mißlang.

Als es in der Bergbaustadt Gafsa 1980 zum bewaffneten Konflikt kam und zum ersten Versuch, das Regime mit

Waffengewalt zu stürzen, erkannte Habib Bourguiba die Gefahr, in der sein System schwebte. Anfang der 80er Jahre war die Neo-Destour-Partei weitgehend isoliert. Die Zentralgewerkschaft und die politische Opposition erzwangen die innere Öffnung.

Mohammed M'Zahli, Nachfolger Hedi Nouiras im Ministerpräsidentenamt, brachte in den offiziellen Sprachgebrauch den Begriff der „demokratischen Öffnung“ ein. Man kann von einem Versuch sprechen, das verlorengegangene Vertrauen in das Bourguiba-System zurückzugewinnen.

Die Freilassung der politischen Gefangenen und der verhafteten Gewerkschafter sowie die Eliminierung einiger Scharfmacher in Partei und Regierung waren zweifellos positive Schritte in Richtung einer echten Demokratisierung im Lande. Indessen stellt sich acht Monate nach der Regierungsbildung M. M'Zahli die Frage, was sich real in Tunesien geändert hat, behauptet doch das offizielle Organ der Destour-Partei, die Zeitschrift Dialogue, daß die demokratische Öffnung eine kontinuierliche Methode des Bourguibismus sei.³

Die Benutzung des Begriffes „demokratische Öffnung“ durch die Neo-Destour zeigt deutlich die Demagogie nach 25 Jahren Parteiherrschaft mit permanenter Verfolgung der Opposition, Einmischung in die gewerkschaftliche Arbeit, Verhaftungen usw.

Ministerpräsident M'Zali selbst bekannte vor dem PSD-Partei Kongreß im April 1981 mit aller Deutlichkeit die unmittelbare Verantwortung des Systems gegenüber den Mißerfolgen der letzten Jahre, als er die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten als „psychische Niederlage“ für die Regierung bezeichnete.

Das Scheitern der Neo-Destour führte dazu, daß Habib Bourguiba am 10. April 1981 in seiner Eröffnungsrede zum 11. PSD-Kongreß ein Ende des Einparteien-Systems ankündigte, das den Weg Tunesiens seit seiner Unabhängigkeit geprägt hat.

Am 18. Juli 1981 wurde das seit Januar 1963 geltende Verbot der PCT von Bourguiba aufgehoben. Damit hörte das Einparteien-System auf zu existieren.

In seiner ersten Pressekonferenz am gleichen Tag erklärte PCT-Generalsekretär Mohamed Harmel seine Vorbehalte gegenüber der neuen Politik. Er teilte aber gleichzeitig mit, daß es trotz der weiteren bestehenden negativen Aspekte Hauptaufgabe der Partei sei, den demokratischen Prozeß zu bestärken, in dem sich Tunesien befände.

Als einzige Partei außer der Neo-Destour fällt die PCT bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 1. November 1981 nicht unter die 5%-Klausel, da sie vor 1963 eine legale Partei



18. Juli 1981: Präsident Bourguiba (r.) empfing PCT-Generalsekretär Harmel anlässlich der Wiederzulassung der Partei

war. Sie strebte dennoch eine gemeinsame Wahlplattform aller Oppositionsparteien an. Ihrer Auffassung nach sollen alle Parteien ausnahmslos zugelassen werden und Meinungsunterschiede im Dialog mit demokratischen Mitteln unter Anerkennung anderer Strömungen ausdiskutiert werden. Sie fordert außerdem eine Generalamnestie, ein Ende der Repression gegen verschiedene politische Strömungen, die Zulassung aller Zeitungen (ihre Parteizeitung Ettarik El Jadid erscheint seit dem 3.10.1981) sowie u.a. eine Agrarreform. Da sich die anderen Oppositionsparteien allerdings nicht zur Aufstellung gemeinsamer Wahllisten bereitfanden, wird die PCT ihre Wahlkampfführung auf einige Stimmbezirke (Tunis und voraussichtlich Gafsa, Gabes) beschränken müssen.⁴ Außer ihr sind zum Wahlgang am 1. November 1981 geduldet die **Bewegung Demokratischer Sozialisten (MDS)** unter Exminister Ahmed Mestiri, ein Teil der **Bewegung der Volkseinheit (MUP II)** und die **Unabhängigen Demokratischen Sozialisten (DSI)** unter Hassib Ben Ammarm, welche sich der Neo-Destour enger verbunden fühlt als den anderen Oppositionsparteien.

Handicaps der Oppositionsparteien

Nicht an den Parlamentswahlen teilnehmen will hingegen die von Ahmed Ben Salah geführte MUP I, da sie Wahlen für ein Manöver hält, bei dem Demokratie mit Pluralismus gleichgesetzt werde und das Mehrparteiensystem mit Wahlen. Sie meint, daß die Neo-Destour das bestehende System mit einigen kosmetischen Veränderungen beibehalten wolle. An den Wahlen gleichfalls nicht teilnehmen wird die offenbar einflußreiche **Bewegung der Islamischen Tendenz (MTI)** unter Abdelfattah Mouron, nachdem im Juli d.J. alle ihre Führer verhaftet und zu langen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Die MTI, die bislang Gewalt als Mittel zur Veränderung ablehnte, gibt das Ziel an, daß „die Massen ihr legitimes Recht zur Selbstbestimmung ohne jede Bevormundung wieder erhalten“.⁵

Schließlich: Da bis vor kurzem auch die meisten Zeitungen der Opposition verboten waren, können sich die Tunesier in der verbleibenden Zeit ohnedies kein Bild von den Unterschieden machen, die zwischen den einzelnen Gruppen bestehen. Die lange Zeit herrschende Repression und das allgemeine politische Klima beeinträchtigen eine demokratische Bildung der Massen – zum Vorteil der Neo-Destour. Dies zumal ihr am Vorabend des Wahlereignisses der Schachzug gelang, mit der Zentralgewerkschaft UGTT eine Nationale Front ins Leben zu rufen. Die UGTT soll auf gemeinsamen Listen etwa 1/5 der Plätze erhalten. Die PSD wähnt sich so sicher, am 1. November 1981 mehr als 50% der Stimmen auf sich vereinen zu können.

Gegen diesen Entschluß regt sich allerdings starker Widerstand von Seiten der Gewerkschaftsbasis, die darauf dringt, daß die Gewerkschaft sich nicht als politische Partei präsentiert. Der UGTT-Generalsekretär steht nach letzten Meldungen nicht auf der gemeinsamen Liste der Nationalen Front. Das beweist, daß die gemeinsame Front nur ein Ergebnis des Drucks der Neo-Destour auf die Gewerkschaft ist.

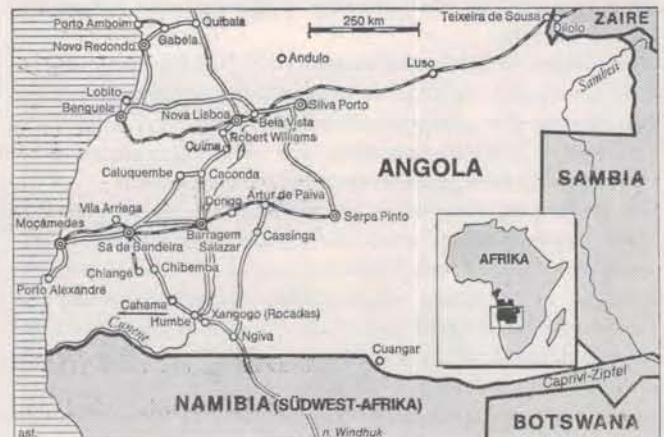
Das politische Leben in Tunesien ist immer noch gespannt. Die gesamte Opposition verlangt eine Demokratisierung auf allen Ebenen sowie Veränderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Sektor.

Anmerkungen:

- 1) Vorwärts, Nr. 9/24.1.1980
- 2) Economie et Politique, L'Economie Tunesienne en Crise..., Ibn Khaldoun, März 1981, S.14
- 3) Dialogue, Tunis, Nr. 360/27.7.1981
- 4) Vgl. Le Monde, Paris, 12.9.1981 und Le Maghreb, Tunis, Nr. 16/25.6.1981
- 5) Le Maghreb, Nr. 23-25 und 10/1981

Hans Mayer

Südafrikas Angola- krieg geht weiter



Die südafrikanischen Truppen haben Anfang Oktober d.J. zu einer zweiten Offensive angesetzt. Aus den vorläufigen Verlautbarungen des angolischen Verteidigungsministeriums ging hervor, daß die Südafrikaner ihre Truppen im Raum Cuamato, westlich von Ngiva und ca. 100 km nördlich der Grenze zu Namibia, massierten und von dort aus Angriffe auf die Städte Mangua und Xangongo vortrugen.¹ Das straft alle bisherigen Mitteilungen des Kriegsministeriums in Pretoria Lügen, die behaupteten, Südafrika hätte sich völlig aus Angola zurückgezogen. Der Krieg um Angola dauert also an.

Dahinter verbirgt sich ganz offensichtlich die Absicht der südafrikanischen Militärführung, sich in dem zunächst im August d.J. eroberten 150-200 km breiten Grenzstreifen zu verschanzen. Die Mitte Oktober einsetzende Regenzeit böte dann die Gewähr, daß ihre Luft- und Artillerieüberlegenheit im Stellungskrieg voll ausgespielt werden könnte. Die dauerhafte Besetzung dieses Gebiets durch Südafrika käme dem seit langem anvisierten Kriegsziel einer Pufferzone gleich.

Der Plan zur Errichtung einer Pufferzone auf angolischem Territorium ist alt und läßt an seiner Herkunft keine Zweifel. Im Windhoek Advertiser, einem Blatt das häufiger Neuigkeiten aus Pretoria zu vermelden hat, wurde am 29. Juni 1979 ein Artikel publiziert, der mit einem gezielten Verweis auf die Lage im Südlibanon die Besetzung Südanngolas als geeignete Taktik zur Bekämpfung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) empfahl.² Nach Meinung des Londoner New African sind die Parallelen zwischen der südafrikanischen Aggression und ähnlichen Aktionen der Israelis im Libanon überwältigend.³ Seit langem ist bekannt, daß beide Länder, Südafrika und Israel, auf militärisch-nuklearen Bereich zusammenarbeiten.



RSA-Schützenpanzer in Angola

Es nimmt auch nicht Wunder, daß der CIA im Mai d.J. eine Studie zur Operationsplanung in Afrika und (!) im Nahen Osten erstellte. In diesem Dokument wird, wie in NATO-Kreisen allgemein, mehr oder weniger unverhohlen eine Ausweitung des Angolakrieges befürwortet. Indiz dafür ist u.a. die Äußerung des ehemaligen NATO-Oberbefehlshabers für Nordeuropa, General Walker, Südafrika solle seine Aktivitäten jenseits der Grenze zu Angola verstärken. Dabei bereitet sich die südafrikanische Armee militärisch und logistisch auf einen konventionellen Krieg vor, wie der Oberbefehlshaber der südafrikanischen Besatzungstruppen, Charles Lloyd, in Namibia Anfang August d.J. selbst bekanntgab.

Innerhalb der Pufferzone kommt dem Statthalter Südafrikas, Jonas Savimbi, eine besondere Rolle zu. Er soll in Ngiva eine Gegenregierung proklamieren. Am 4. September 1981 hatte die südafrikanische Armee in der angolischen Provinz Cuando-Cubango einen Entlastungsangriff für den arg in Bedrängnis geratenen UNITA-Banden J. Savimbis unternommen und so deren Flucht vor den Volksstreitkräften für die Befreiung Angolas (FAPLA) in die besetzte Cunene-Provinz ermöglicht.

Angola und die SWAPO hielten dagegen

Dort bleibt den schwachen Kräften der UNITA allerdings wenig mehr als die Repression der Bevölkerung. Einen eigenständigen militärischen Faktor, wie die christlichen Rechtsmilizen im Südlibanon, stellt sie momentan nicht dar. Dies zu ändern, darauf zielt die jüngst erfolgte Aufhebung des Clark-Amendments durch den US-Senat. Damit wird die 1975 unterbrochene Unterstützung regierungsfeindlicher Kräfte in Angola durch den CIA wieder voll legalisiert.

Das Hauptziel, die Destabilisierung Angolas, ist und bleibt aber in absehbarer Zukunft Sache der südafrikanischen Armee und ihrer Söldnertruppe. Allerdings stoßen die Südafrikaner dabei auf einen zunehmend stärkeren militärischen Gegner.

Der südafrikanische Oberkommandierende mußte nach einer ersten Bilanz Anfang September d.J. zugeben, daß sich die FAPLA und die SWAPO im Westen der südafrikanischen Offensive unter dem Schutz enormer Verminderung der Straßen und des Geländes zum Teil rasch abgesetzt hätten.⁶ Der erste Großangriff im August 1981 war zwei Wochen später vor Cahama zum Stillstand gekommen. In einem anschließenden Gegenangriff der angolischen Streitkräfte waren die Südafrikaner dann zunächst auf 6 Verteidigungszentren zurückgeworfen worden.

Hans Quaas
Im zerbombten Cahama.
Augenzeugenbericht von Südafrikas Angolaüberfall



Ruinen und Bombentrichter in Cahama

In der Nacht zum 5. September rollten wir – eine Gruppe von 35 Journalisten, Angolaner und Ausländer – auf der strategisch wichtigen Straße Lubango-N'giva in Richtung Cahama. Der kühle Fahrtwind ließ uns auf den offenen Militärlastwagen frösteln. Bei Cahama verlaufe die Frontlinie, hatte uns Capitaõ Oliveira Silva vom Stab in Lubango gewarnt. Überdies fliege die Luftwaffe Pretorias auch außerhalb des 40.000 qkm großen okkupierten Gebietes brutale Terrorangriffe. Und das angolansische Verteidigungsministerium hatte wiederholt in den letzten Tagen Überfälle auf Cahama gemeldet und festgestellt, daß die Interventen – entgegen ihren eigenen Behauptungen – nicht abgezogen sind. Wir mußten also auf der Hut sein.

Nach knapp zweistündiger Fahrt wurde es gegen 6 Uhr im Osten etwas heller. Der mit unzähligen Sternendiamanten übersäte tropische Nachthimmel wich der Morgendämmerung. Wir freuten uns auf die wärmenden Sonnenstrahlen.

Wir passierten den Flecken Tchibemba – etwa auf der halben Wegstrecke gelegen. Er wurde seit Tagen in den Berichten über den südafrikanischen Luftterror genannt: Bis zum 29. August hatten die Luftpiraten hier achtmal ihre tödliche Bombenlast ausgeklinkt. Ausgebrannte und zerschossene Fahrzeuge standen am Rand der Straße, die jetzt durch einen dichten Buschwald führte. Er hatte nach der langen Trockenzeit eine schmutzig-grünlich-graue Farbe. Kurz nach 7 Uhr hielten wir zu kurzer Rast. Das Brummen der Automotoren verstummte.

Plötzlich heulte ein Düsenjäger heran. Noch ehe alle im Dickicht Deckung finden konnten, war das helle Bellen von Raketenabschüssen zu hören, hatte der Todesvogel wieder gedreht.

Die Salve hatte das Führungsfahrzeug unseres Konvois getroffen, einen jungen angolansischen Offizier und seinen Begleiter schwer verwundet. Ein Jeep wendete, um die Verletzten ins nächste Hospital zu bringen. Als wir wieder unseren Wagen erreichten, sahen wir, daß auch der britische Rundfunkreporter Mike Woodridge von einem Raketensplitter getroffen worden war. Doch er konnte die Fahrt fortsetzen.

Bald fuhren wir in Cahama ein. Früher eine pulsierende Stadt, bot sie jetzt ein grausiges Bild: Alle massiven Häuser auf und hinter der langgestreckten Hauptstraße sind durch Direktbeschuß oder durch die Explosionswelle zerstört. Das gleiche Schicksal ereilte die traditionellen Lehmhütten am Ostrand. Die Einwohner sind entweder geflüchtet oder konnten – oft noch unter dem Beschuß der Luftpiraten – evakuiert werden. Außer Soldaten ist niemand geblieben. Die Südafrikaner feuern – wie wir am eigenen Leibe erfuhren – auf alles, was sich bewegt.

Und schon wieder zwang uns der an- und abschwellende Lärm feindlicher Düsenjäger, unter Bäumen, in Bombentrichtern oder

Gräben Deckung zu suchen. Wieder drang das Geräusch der Raketenabschüsse, das Knattern von automatischen Bordwaffen an unser Ohr. Diesmal galt der Angriff einer Militärkolonne. Erneut beschossen wurde auch eine Militärambulanz, die schon am Vortage beim Verwundetentransport wrackgeschossen und liegengelassen war.

Alles das sahen wir mit eigenen Augen. Aber Südafrika behauptete vor der UNO, es habe seine Aggression eingestellt!

Am Ortszugang ragte das Balkenskelett einer Baracke empor. Auf dem Fußboden türmten sich zerfetzte Kartons mit kostbaren Medikamenten. Daneben umgestürzt und verbogene Krankenbetten, ein aus dem Fundament gerissener Patientenstuhl. Hier befand sich das Ambulatorium des Kreises Cahama. Hier halfen Ärzte und Schwestern in aufopferungsvoller Arbeit, Menschen wieder gesund zu machen.

Die Bomben trafen erbarmungs- und unterschiedslos Dienststellen, Wohnstätten, die Schule, die Tankstelle, das Kreisbüro für die Alphabetisierungskampagne. Den Häusern zerbarsten die Dächer, oft sind nur die Außenwände geblieben. Durch leere Fensterhöhlen und zerbrochene Türen starrte das Grauen. Hier und dort lagen noch Bündel armseliger Habe, die die Frauen vor der Flucht eilig schnürten, aber nicht mehr mitnehmen konnten. Wo mögen ihre Besitzer sein? In der Sicherheit eines Evakuierungslagers oder auf der Flucht? Sind sie vielleicht gar bei den barbarischen Bombenangriffen umgekommen, aus Wassermangel im Busch verdurstet oder unterwegs von den Söldnern Pretorias abgeknallt worden? Niemand kann diese Fragen beantworten.

Vor einem zerschossenen Gebäude flatterten im leichten Wind Wandzeitungen. Sie informierten über die Vorbereitungen des Jugendkongresses im November. Auf ihm wird der Beitrag der jungen Generation zur Erfüllung der MPLA-PDA-Beschlüsse, also zur Stärkung der angolansischen Volksmacht, beraten. Dagegen richteten sich Pretorias Bomben und Raketen.

Die wegen ihres Viehreichums für die Versorgung wichtige Provinz Cunene soll keinen Beitrag mehr für Angolas Entwicklung leisten können. Mit seinem unerklärten Krieg gegen die Volksrepublik Angola möchte sich das Rassenregime jenseits der Nordgrenze des illegal okkupierten Namibia eine breite Pufferzone schaffen. In ihr soll die ausgehaltene Terrorbande der UNITA Jonas Savimbis installiert werden, wie Präsident José Eduardo dos Santos vor der Presse in Luanda erklärte. Damit soll die Lösung des Namibia-Problems auf der Grundlage der UNO-Resolution 435/78 erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden. Aber, so fügte der Präsident der Volksrepublik Angola hinzu: „Die Politik Südafrikas ist zum Scheitern verurteilt!“

Dafür kämpfen auch die Verteidiger der Ruinen von Cahama. (Quelle: Vorwärts, Basel, 1.10.1981)

So konnte zumindest ein Teil der Verbindungswege zwischen den Provinzen Cuando-Cubango und Huila freigehalten werden, obgleich nach wie vor von südafrikanischen Luftangriffen bedroht. Die südafrikanische Luftwaffe beherrscht nach der präventiv erfolgten Zerstörung großer Teile der neu installierten Radareinrichtungen und der Luftabwehr wieder relativ uneingeschränkt den Luftraum im äußeren Süden Angolas. Auch sind die Verluste an anderem Kriegsgerät für die FAPLA enorm.

Aber die Kriegsberichterstattung aus Pretoria beschönigte zu einem nicht unbeträchtlichen Teil. Wie schon in der Vergangenheit trafen die Luftangriffe überwiegend die Zivilbevölkerung, weniger Radareinrichtungen und schon gar nicht SWAPO-Stützpunkte, die das angebliche Ziel bildeten. Zwar ist die SWAPO durch den südafrikanischen Aggressionsakt mit Sicherheit in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt, aber die Aussage des südafrikanischen Generals Geldenhuys, wonach die SWAPO logistisch verkrüppelt und für mindestens ein Jahr ausgeschaltet und in den Norden Angolas verjagt worden sei,⁷ muß wohl als drastische Übertreibung gewertet werden. Selbst die Rand Daily Mail in Johannesburg meinte, „in 6 bis 9 Monaten werden die Vorräte der SWAPO mindestens ... wieder aufgefüllt sein“.⁸

Diplomatische Alleingänge der USA

So wirken die durch den Aggressionskrieg verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten Angolas erheblich belastender. Der Krieg im Süden Angolas, obwohl geographisch begrenzt, ist wirtschaftlich eine Katastrophe für dieses Land. Tausende arbeitsfähige Männer müssen zur Verteidigung herangezogen werden. Die knappen finanziellen Mittel des vom Kolonial- und Bürgerkrieg ausgebluteten Landes können nur in unzureichendem Maß dem wirtschaftlichen Aufbau zugeführt werden. Mehr als 50% der Regierungsausgaben fallen der Verteidigung zum Opfer, das sind 1981 umgerechnet 1,8 Mrd Dollar.

Zwar muß die Mehrzahl der Bevölkerung Angolas noch nicht hungern. Noch ist die Getreidekammer im angolischen Hochland von den Kriegshandlungen weitgehend verschont geblieben. Aber die vor der südafrikanischen Armee geflohenen 100.000, damit sind es insgesamt über 1/2 Mio Flüchtlinge, bringen ernste Versorgungsprobleme mit sich. Hinzu kommt, daß die Bevölkerung der vom Krieg betroffenen Landstriche für lange Zeit ihrer wirtschaftlichen Grundlagen beraubt wurde. Die Rassisten haben landwirtschaftliche Geräte abtransportiert: ein großer Teil des Viehs der Trockenzone wurde einfach vernichtet.

Derweilen versuchen die Mitglieder der 1977 gegründeten westlichen Kontaktgruppe – zu ihr gehören neben der Bundesrepublik, die USA, Frankreich, Großbritannien und Kanada – verzweifelt, die in den letzten Monaten zwischen ihnen aufgetretenen Risse wieder zu kitten.⁹ Auf einem Außenminister-Treffen der von der SWAPO als „Fünferbande“ titulierten Kontaktgruppe Ende September d.J. wurde zwar beschlossen, die Namibia-Initiative zu reaktivieren, so recht mochte freilich niemand daran glauben. Laut Spiegel schließen selbst Bonner Diplomaten Geheimabsprachen zwischen der Reagan-Administration und Südafrika nicht aus.¹⁰

Das jüngste Treffen zwischen dem Vertrauten des südafrikanischen Außenministers Brian Fourie und dem US-Unterstaatssekretär Chester Crocker in Zürich, verdeutlichte sehr augenscheinlich, daß die USA sich ihre Führungsrolle bei der Lösung des Namibia-Problems nicht nehmen lassen wollen. Den Südafrikanern wurden dort die neuen Lösungsvorschläge zur Billigung unterbreitet, noch bevor sie als Verhandlungsgrundlage den Schwarzafrikanern vorgelegt wurden.

Der führende Repräsentant der Afroamerikaner in den USA, Randall Robinson, sieht denn auch zur Zeit keine Zeichen, die erkennen ließen, daß die USA an einer friedlichen Regelung wirklich interessiert wären. Nach seiner Meinung handelt es sich um ein neues Manöver im Rahmen der bekannten Verzögerungstaktik Washingtons und Pretorias.¹¹

Die restlichen Kontaktgruppenmitglieder scheinen dem – gewollt oder ungewollt – nicht mehr entgegenzusetzen zu wollen als die sich wiederholenden vagen Andeutungen über die Modifizierung der Resolution 435.¹² In diesem Rahmen bemühen sie sich intensiv um eine Unterstützung durch die sog. „gemäßigten“ Frontstaaten Lesotho, Sambia und neuerdings auch Zimbabwe; zuletzt auf der Commonwealth-Konferenz in Australien.

Die UN-Vollversammlung zu Namibia vom September d.J. bestätigte zwar unzweideutig die Resolution 435 und forderte die finanzielle, materielle und militärische Unterstützung der SWAPO, umfassende Zwangsmaßnahmen scheiterten jedoch wie seit Jahren am Veto der USA im Sicherheitsrat. Das Abrücken der anderen Kontaktgruppenmitglieder von diesem Abstimmungsverhalten allein reicht nicht aus, um die USA daran zu hindern, im Verein mit Pretoria die SWAPO mit allen Mitteln zu bekämpfen. Notwendig ist vielmehr die vorbehaltlose Anerkennung der UN-Position und die Anwendung von wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen zu ihrer Durchsetzung. Dies ist die einzige Möglichkeit eine Gefahr der Ausweitung des Krieges im Südlichen Afrika zu bannen.

Der Wille der SWAPO zu einer friedlichen Lösung aber auch zum Kampf ist ungebrochen. Die weitere Zunahme der Guerilla-Aktivitäten in Namibia und die erfolgreichen militärischen Aktionen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in der Republik Südafrika in den letzten Monaten lassen die Hoffnungen Südafrikas und seiner Erfüllungsgehilfen in Washington nach einer militärischen Ausschaltung der SWAPO mehr als trügerisch erscheinen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 8.10.1981
- 2) Vgl. Facts and Reports, Amsterdam, 18.9.1981
- 3) New African, London, Oktober 1981
- 4) Vgl. Facts and Reports, a.a.O.
- 5) Vgl. Südafrikanischer Digest, Bern, 9.9.1981
- 6) Vgl. FAZ, 17.9.1981
- 7) Vgl. ebenda
- 8) Vgl. Stuttgarter Zeitung, 23.9.1981
- 9) Siehe: AIB 10/1981, S. 7-8
- 10) Der Spiegel, 28.9.1981
- 11) Vgl. New African, a.a.O.
- 12) Wortlaut in: AIB 10/1981, S.8

SERVICE CIVIL INTERNATIONAL, Deutscher Zweig e.V. – AFRIKA-KOMMISSION –

Freiwillige für Workcamps gesucht

In Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen in Afrika (Senegal, Sierra Leone, Elfenbeinküste, Ghana, Togo, Nigeria, Botswana und Lesotho) vermittelt die Afrika-Kommission des SCI im Sommer 1982 wieder Teilnehmer in internationale Workcamps (3-6 Wochen).

Die Freiwilligen helfen durch unbezahlte Arbeit beim Aufbau einer Infrastruktur wie Schulen, Hospitälern u.ä. Dies wird großenteils zur Unterstützung von Selbsthilfeprojekten der ländlichen Bevölkerung durchgeführt.

Voraussetzung zur Teilnahme ist die Beteiligung an zwei Vorbereitungsseminaren im April und Juni 1982. Im Herbst führen wir dann ein Auswertungstreffen durch.

Wir erwarten auch die weitere Mitarbeit in der Afrika-Kommission, beispielsweise bei unserer Solidaritätsarbeit in der BRD.

Informationsmaterial und Voranmeldung (mit Vermerk AIB-Anzeige) bis Ende Dezember 1981 an:

SCI – Afrika-Kommission, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1



Interview mit Agha Alan

Die besondere Situation der Kurden in Türkisch-Kurdistan

In der Bundesrepublik leben heute 250.000 bis 300.000 Kurden, die überwiegende Mehrheit von ihnen aus Türkisch-Kurdistan. Sie sind hier vor allem in drei Organisationen organisiert, der Föderation der Arbeitervereine Kurdistans (KOMKAR), der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und den Fortschrittlich-Demokratischen Arbeitervereinen Kurdistans e.V. (KKDK). Über die Lage in Türkisch-Kurdistan, die Lage der Kurden in der BRD, die Organisation selbst und ihr Verhältnis zu anderen kurdischen und türkischen Organisationen sprach K. Freitag mit Agha Alan, Gründungsmitglied der Föderation Türkischer Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) zur Aktionseinheit von türkischen und kurdischen Arbeitern, die der 5. FIDEF-Kongreß vom April 1981 in Dortmund verabschiedete.

FRAGE: Herr Alan, könnten Sie bitte zunächst Ihre Organisation vorstellen?

A. ALAN: Die Fortschrittlich-Demokratischen Arbeitervereine Kurdistans (KKDK) sind am 19.8.1979 offiziell in Köln gegründet worden und danach in anderen Städten in der BRD. Heute haben wir 12 Vereine und über 50 Komitees der Solidarität mit den KKDK, die sich bald alle zu einer gemeinsamen Föderation zusammenschließen sollen. In der Schweiz, Belgien, Frankreich, Holland, Schweden und Dänemark bestehen bereits entsprechende Einzelvereine.

Die KKDK ist eine Organisation kurdischer Arbeiter im Ausland und keine politische Partei. Sie ist aber insbesondere mit dem Revolutionären Demokratischen Kulturverein Kurdistans (DDKD), einer Massenorganisation der kurdischen Jugend in der Türkei und den Revolutionären Demokraten Kurdistans (SDK), einer politischen Organisation dort, solidarisch.

FRAGE: Welche politische Linie verfolgt die KKDK denn bezüglich der Probleme Kurdistans und im Verhältnis zu anderen Organisationen?

A. ALAN: Wie ich schon andeutete, ist es nicht die Aufgabe der KKDK, Kurdistan zu befreien. Wir beschäftigen uns mit der materiellen, politischen und kulturellen Lage unserer Landsleute in Europa und versuchen allerdings auch, die Öffentlichkeit über die Unterdrückung unseres Volkes durch die türkischen Kolonialisten sowie deren Hintermänner aufzuklären. Darüber hinaus fühlen wir uns allerdings besonders den Revolutionären Demokraten verbunden, die für ein unabhängiges Kurdistan kämpfen. Gleichzeitig sind wir mit allen anderen demokratischen Kräften innerhalb und außerhalb der Türkei solidarisch.

Was andere Organisationen in Türkisch-Kurdistan angeht, so haben wir ein solidarisches Verhältnis zu Organisationen wie Özgürlük Yolu (Weg der Freiheit), die sich im Frühjahr 1981



Verlassener Pascha-Palast im kurdischen Taurusgebirge

zur Sozialistischen Partei von Türkisch-Kurdistan (TKSP) umgewandelt hat und zu der die hiesige KOMKAR etwa das gleiche Verhältnis hat wie wir zu den Revolutionären Demokraten und zum DDKD. Als KKDK und KOMKAR haben wir hier keine verschiedenen Ziele. Wir arbeiten auch zusammen.

Unterschiede bestehen in unserer Einschätzung der Situation in der Türkei bzw. in Kurdistan, verschiedener Organisationen und der Möglichkeiten von Aktionseinheit. Die TKSP sagt z.B., daß in Kurdistan feudalistische Produktionsverhältnisse herrschen. Wir hingegen sind der Meinung, daß in Kurdistan überall die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestimmend sind. Deswegen sagen wir, daß es in Kurdistan eine Arbeiterklasse gibt, die sich folglich auch in einer eigenen Partei organisieren soll und die eine zu schaffende Nationaldemokratische Front der Arbeiter, Bauern, Kleinbürger und revolutionärer Intellektueller führen muß. Die mit den türkischen Kolonialisten kollaborierende Kompradorenbourgeoisie und die Großgrundbesitzer (Agas) sind davon ausgeschlossen.

Leider existiert bis heute weder die proletarische Partei noch die Front, die alleine zusammen die notwendige nationaldemokratische Volksrevolution durchführen könnten. Diese Revolution wird als erster Schritt zur sozialistischen Revolution verstanden. Im Gegensatz zu den Revolutionären Demokraten treten Özgürlük Yolu bzw. die TKSP weder eindeutig für die Führungsrolle der Arbeiterklasse noch für die Unabhängigkeit Türkisch-Kurdistans ein, die unter Umständen der erste Schritt zu einem kurdischen Gesamtstaat wäre, zu einem unabhängigen, sozialistischen und

vereinten Kurdistan.

Natürlich befürworten wir gleichzeitig die Einheit der Völker und sind Vorkämpfer für dieses Ziel. Diese Einheit muß jedoch auf dem freien Willen der Völker beruhen. Unter den Gegebenheiten einer sozialistischen Türkei würde sich die Frage der staatlichen Unabhängigkeit Kurdistans daher unter Umständen neu stellen.

FRAGE: Wie soll denn diese Unabhängigkeit erreicht werden?

A. ALAN: Das kurdische Volk muß zunächst alle friedlichen Mittel ausschöpfen. Der bewaffnete Kampf bleibt als letztes Mittel. Dafür ist die Bildung der erwähnten Nationaldemokratischen Front unter Führung der Partei der Arbeiterklasse jedoch die unbedingte Voraussetzung.

FRAGE: Überall in Kurdistan (Iran, Irak, Syrien, Türkei) gibt es eine Demokratische Partei Kurdistans (DPK). Wie stehen Sie zu ihr?

A. ALAN: Die DPK der Türkei strebt nach Unabhängigkeit und trifft für eine nationaldemokratische Volksrevolution ein, ist jedoch stark nationalistisch und verhält sich entsprechend negativ zur türkischen Arbeiterklasse, die für uns ein Verbündeter ist. Außerdem interessiert sie sich im Gegensatz zu uns nicht für übergreifende Fragen wie den internationalen Frieden und die Abrüstung. Sie ist jedoch eine patriotische Kraft und ein Verbündeter.

Die DPK des Irak ist reaktionär und immer noch von den Barzanis beherrscht, deren CIA-Verbindungen notorisch sind.

Türkisierung der Kurden

FRAGE: Wie verhalten Sie sich zu den türkischen Organisationen?

A. ALAN: Als KKDK arbeiten wir auch mit der FIDEF zusammen, obwohl wir sowohl bezüglich der Türkei als auch bezüglich der Probleme der Kurden in der BRD durchaus unterschiedliche Auffassungen haben. Zusammen haben wir z.B. am 4. April 1981 in Bonn gegen die Aufrüstung demonstriert.

Im Gegensatz zur FIDEF betrachten wir aber etwa die Junta in Ankara als faschistisch. Darüber hinaus befremdet es uns, daß die FIDEF, die sich sehr wohl und zu Recht z.B. über die Bildungspolitik der Bundesregierung betreffs der türkischen Kinder beschwert, sich bis heute überhaupt nicht mit den spezifischen Problemen der kurdischen Arbeiter und Kinder befaßt hat.

FRAGE: Sie sprachen vom türkischen Kolonialismus. Worin äußert sich dieser?

A. ALAN: Nach dem faschistischen Putsch hat sich die Lage in Kurdistan weiter verschlechtert. Die Gefängnisse reichen nicht mehr aus, und allenthalben werden Massenprozesse gegen kurdische Patrioten durchgeführt. Dazu gehört nicht nur der sog. PKK (Kurdische Arbeiterpartei; d. Red.)-Prozeß, sondern auch der Prozeß, der seit dem 19. November 1980 beim Militärgericht in Diyarbakir gegen 62 Mitglieder der DDKD läuft. Daß all diese Maßnahmen von Folter und Mord und totaler Mißachtung internationaler Rechtsnormen begleitet sind, bedarf kaum der Erwähnung.

Auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Sektor zeigt sich die durch die Gründung der türkischen Republik verstärkte koloniale Situation Kurdistans darin, daß Kurdistan einerseits das Gebiet ist, in dem das gesamte türkische Erdöl produziert wird und sich die größten Chromvorkommen der Erde befinden. Daneben gibt es große Vorkommen an Kupfer, Blei, Zink, Kohle und Phosphat, sowie Staudämme zur Erzeugung von Elektrizität. All diese Rohstoffe werden jedoch aus Kurdistan zur Verarbeitung an die Westküste oder ins Ausland geschafft, während Kurdistan dann als Markt für

Resolution des 5. Kongresses der FIDEF

Die Aktionseinheit der demokratischen Kräfte der Türkei weiterentwickeln

Der 5. Kongreß der FIDEF findet zu einem Zeitpunkt statt, in dem in der Türkei zehntausende Demokraten, Patrioten verhaftet, die Tätigkeit der Parteien TIP, TSIP und CHP (sozialdemokratisch orientierte Republikanische Volkspartei des B. Ecevit; d. Red.) eingestellt, DISK (progressive Zentralgewerkschaft; d. Red.) verboten, zahlreiche führende Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensleute in die Gefängnisse eingesperrt und in Türkisch-Kurdistan die Unterdrückung und die Repressalien verschärft wurden. Die Militärdiktatur hob alle Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung auf. Die praktizierte an den Interessen der in- und ausländischen Monopole orientierte Politik konfrontierte Millionen von werktätigen Familien mit Hunger. Wie bei allen brennenden Fragen der Werktätigen ist die Herstellung der Aktionseinheit aller Arbeiter aus der Türkei gegen die Atomraketen, die Abenteuer, in die die militaristischen US-Kreise die Türkei hineinziehen wollen, die wichtigste bevorstehende Aufgabe. (...)

Aktionseinheit heißt gemeinsames Handeln ohne Bedingungen, indem man nicht die unterschiedlichen Gesichtspunkte, sondern von uns allen geteilte Forderungen zur Grundlage nimmt. Die Aktionseinheit spielt aus der Sicht des aktiven gemeinsamen Kampfes um die aktuellsten und dringendsten gemeinsamen Forderungen und der Einheit aller demokratischen Kräfte eine lebenswichtige Rolle. Wir können auch die Meinungsverschiedenheiten unter uns schrittweise beseitigen, indem wir die Aktionseinheit stärken. (...)

Wir, die der DIB-FAK, dem Solidaritätskomitee mit Gercek, der FIDEF, HDF, KOMKAR, KKDK und Mala Gele Kurd angehörenden Arbeiter, werden unsere Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen und unsere Stimmen für die Demokratie, die Freilassung der verhafteten Demokraten, die Beendigung der Folter, die Aufhebung des DISK-Verbots, die Einstellung der Unterdrückung der Gewerkschaften und die Zulassung der antifaschistischen Parteien erheben. Wir werden die sofortige Freilassung von Abdullah Bastürk, Ahmet Işvan, Nedim Tarhan, Mehdi Zana und Ismail Besicki fordern.

Beim Herangehen an alle auf die Türkei oder Bundesrepublik bezogenen Fragen in der nächsten Arbeitsperiode werden wir versuchen, das gemeinsame Handeln der der DIB-FAK, dem Solidaritätskomitee mit Gercek, der FIDEF, HDF, KOMKAR, KKDK und Mala Gele Kurd angehörenden Arbeiter weiter zu entwickeln. Wir werden die Wege dafür suchen und finden. Denn die Einheit ist die wichtigste Aufgabe von uns, den Arbeitern. Alle FIDEF-Organisationen werden entsprechend dieser Auffassung tätig werden.

Auf dem 5. Kongreß einstimmig angenommen.

(Quelle: Türkei-Informationen, Düsseldorf, Nr. 3/1981, S.30)

die dort hergestellten Fertigprodukte dient.

Kurdistan ist deshalb innerhalb der unterentwickelten Türkei die ärmste Region und Reservoir von Rohstoffen und billigen Arbeitskräften. Während es in Städten wie Ankara, Izmir und Istanbul für 500 Personen durchschnittlich einen Arzt gibt, kommen in Kurdistan 5.575 Personen auf einen Arzt. Während der türkische Durchschnitt 25,1 Krankbetten auf 10.000 Personen ist, sind es in Kurdistan nur 5,4 Krankbetten. Während alleine der Koban-Staudamm in Kurdistan stündlich 1.500.000 kW Strom erzeugt, haben die meisten kurdischen Dörfer überhaupt keinen Strom. Unzählige Dörfer sind wegen fehlender Straßen nur in den Sommermonaten zu erreichen.

Die meisten Kurden sind Analphabeten. In den Schulen – 40% der Dörfer haben überhaupt keine – ist die kurdische Sprache, die im Gegensatz zum Türkischen zur iranischen Sprachfamilie gehört, verboten. Der türkische Staat versucht, die Kurden, deren nationale Existenz er überhaupt leugnet, zu türkisieren und hat zu diesem Zweck nicht nur „regionale Internatsschulen“ eingerichtet, sondern in den vergangenen Jahrzehnten auch Tausende Kurden zwangsweise in kleinen Gruppen in die Westtürkei umgesiedelt. Massenverhaftungen durch die Polizei und auch Zerstörun-

gen ganzer Dörfer durch die Armee zählen seit je zum festen Bestandteil der türkischen Politik in Kurdistan.

FRAGE: Wird heute das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes von den erwähnten türkischen Organisationen anerkannt?

A. ALAN: Die Türkische Kommunistische Partei (TKP) z.B. sagt seit kurzem, sie trete zwar für Autonomie in der gegenwärtigen Etappe ein, erkenne aber weitergehende Lösungen einschließlich der Unabhängigkeit grundsätzlich an. Eine ähnliche Linie vertritt die Arbeiterpartei der Türkei (TIP), während die Türkische Sozialistische Arbeiterpartei (TSIP) sich bereits klarer für die Unabhängigkeit ausgesprochen hat. Eine völlig entgegengesetzte Haltung nimmt hingegen die China-orientierte sog. Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei (TIKP), die die Zeitung Aydinlik herausgibt, ein.

Die NATO unterdrückt unsere Rechte mit

FRAGE: Der Widerstand des kurdischen Volkes scheint mir einige spezifische Probleme zu haben, so z.B. die Existenz von Stammes- und Religionsgegensätzen.

A. ALAN: Das von Ihnen wohl angesprochene Problem der schiitischen Alawiten, im Gegensatz zur sunnitischen Mehrheit, besteht im Grunde nur in den türkisch-kurdischen Kontaktregionen. Das gilt etwa für die Gegend von Elazig oder Kahramanmaras, wo diese Auseinandersetzungen als Vorwand für die Verhängung des Kriegsrechts von der Reaktion organisiert wurden. Mitten in Kurdistan spielt das keine Rolle.

Stammesgegensätze und Blutrache, wie sie sowohl von der Reaktion als auch von den Apocular (Kurdische Arbeiter-

partei - PKK) ausgenutzt wurden, braucht das Regime jetzt nicht mehr. Die Apocular sind nur noch im Ausland, speziell in der BRD, als Provokateure zu gebrauchen. Ihre Gewalttätigkeiten gegen andere Organisationen, z.B. am 1.11.1980 bei einer Veranstaltung der kurdischen KUK in Hannover oder Anfang dieses Jahres in Frankfurt, liefern den Behörden den Vorwand, gegen alle fortschrittlichen Ausländerorganisationen vorzugehen.

FRAGE: Welche spezifischen Probleme haben die Kurden in der BRD?

A. ALAN: Die Probleme bestehen im Bereich Schule, Sozialberater, Dolmetscher, Rundfunk und Fernsehprogramm. Wir fordern kurdischsprachige Dolmetscher und Sozialberater und kurdische Programme, da viele von uns nur Kurdisch sprechen. In Schweden, wo es nur rund 4.000 Kurden gibt, haben sie kurdischen Schulunterricht und zwei Stunden pro Woche ein kurdisches Programm im Radio.

Der Grund für den Unterschied ist natürlich der, daß die Türkei ein NATO-Partner ist und die BRD die nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes deshalb mitträgt. Wir sind darüber hinaus in einer ungünstigen Lage durch unseren mangelnden Organisationsgrad. Alle kurdischen Organisationen in der BRD haben vielleicht zusammen 20.000 Mitglieder. Der Grund ist der, daß die kurdischen Intellektuellen zu spät hierhin kamen. Die Arbeiter, die von zu Hause aus größtenteils analphabetische Bauern waren, waren allein zur Gründung entsprechender Organisationen nicht in der Lage. Wir sind jetzt drei Jahre organisiert und haben Tausende von Arbeitern gewonnen. Die Zahl der Sympathisanten dürfte sogar über 100.000 liegen. In Kurdistan selbst ist die Situation in dieser Hinsicht günstiger, wie das Ergebnis der Municipalwahlen vom 14.9.1979 gezeigt hat.

Argument-Taschenbücher (AS) Programm 1981

Entstehung der Arbeiterbewegung (AS 63) (erscheint: Frühjahr 1981)

Wer ist heute das historische Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen? Sucht man die Antwort bei der Arbeiterbewegung, dann muß ihre Genese allseitig und interdisziplinär von der Ökonomie bis zur Ideengeschichte erforscht sein. Gerade das Studium ihrer Anfänge ist orientierend für das Verständnis der sehr differenzierten Erscheinungen in ihrer sozialen Zusammensetzung, ihrer politischen Ziele usw. Neuere Forschungen, theoretische und methodische Versuche zur gegenwärtigen Diskussion über eine 'Geschichte von unten' und generell in den historischen Sozialwissenschaften, vereinigt dieser Sammelband für Lehrer und Studenten der Politik, Soziologie, Geschichtswissenschaften sowie für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. (Redaktion: Lars Lambrecht)

Prävention · Medizin und Politik/Soziale Medizin IX (AS 64) (erscheint: Frühjahr 1981)

Umweltverursachte Erkrankungen und Präventionsmöglichkeiten: Beispiele Krebs, Koronare Herzerkrankungen; Krankheiten im Gefolge von Luftverschmutzung und anderen Schadstoffwirkungen, Alkohol- und Tabakabusus, Übergewicht. Dabei werden die beschränkten Möglichkeiten medizinischer Ansätze (Verhaltensprävention) gegenüber den denkbaren politischen Antworten (Verhältnisprävention) - teilweise an Beispielen aus Italien, Skandinavien, England etc. - dargestellt.

Gulliver 9: 'Zweite Kultur' in England, Irland, Schottland, USA (AS 65) (erscheint: Frühjahr 1981)

Ansätze einer Theorie »Zweiter Kultur«: Gegenüberstellung der Konzeptionen der Old and New Left in der Sozial- und Kulturgeschichtsforschung in den USA (dem berühmten US-Historiker P.S. Foner zum 70. Geburtstag gewidmet); Unterrichtseinheit über proletarische Jugend in den USA; Konferenzberichte und Besprechungen.

Forum Kritische Psychologie 8: Handlungsstrukturtheorie 2 (AS 66) (erscheint: Sommer 1981)

Beiträge u.a. von: S. Greof, W. Jantzen, M. Stadler.

Projekt Automation und Qualifikation VI: Automationsarbeit: Empirie 3 (Arbeiterformen) (AS 67) (erscheint: Sommer 1981)

Die empirischen Untersuchungsergebnisse werden resümiert und verdichtet zu Vorschlägen an Industriosozologen und Gewerkschaften. Schwerpunkt: Arbeiterbiographie.

Alternative Wirtschaftspolitik 3: Das Inflationsproblem (AS 68) (erscheint: Sommer 1981)

Nach einem Überblick über die theoretischen Inflationserklärungen, geht es im ersten Teil um die Frage, welche theoretischen und praktischen Konzepte alternative Wirtschaftspolitik dem Inflationsphänomen entgegenzusetzen hat. Kann man die Inflation mit der Monopoltheorie erklären? Wie tauglich sind Preiskontrollen als Inflationsbekämpfungsmaßnahmen? — Der zweite Teil behandelt politische Fragen im Zusammenhang mit dem Inflationsproblem. In den 70er Jahren hat es einen spektakulären Wechsel im Zielkatalog bürgerlicher Wirtschaftspolitik gegeben. Nicht mehr Vollbeschäftigung, sondern Geldwertstabilität steht heute auf Platz Eins der anzustrebenden Ziele — gleichgültig, ob die Regierungen sozialdemokratisch oder konservativ sind.

Gewerkschaften und Gesundheit (AS 69) (erscheint: Sommer 1981)

Zum Thema 'Arbeitswelt und Gesundheitsgefährdung' wird der Stand der Belastungsforschung referiert (Stichworte: Monotonie, Bildschirmarbeitsplätze, Schichtarbeit u.a.) Weitere Themen sind: Gewerkschaften und Sozialpolitik, betriebliche Gesundheitspolitik, Arbeitermedizin, gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Ärzte und Gewerkschaften.

Projekt Ideologie-Theorie (PIT): Bereichstheorien (AS 70) (erscheint: Herbst 1981)

In diesem Band geht es um die Ausarbeitung einer Theorie des Ideologischen für die einzelnen ideologischen Mächte und ihre Wirkungsfelder: Staat/Politik, Schule und Familie/Erziehung, Recht/Justiz, Religion/Kirche, Literatur, Kunst usw.

Gulliver 10: Women · Zwischen Voluntarismus und Revolution (AS 71) (erscheint: Herbst 1981)

Bestandsaufnahme zum Projekt der Womens' Studies in GB/USA; aktuelle Stellungnahmen von politischen Parteien und Gewerkschaften zum Status der Frau; Diskussion zum Thema Sprache und Sexismus; Einschätzung der Theoriebeiträge und Erkenntnisleistungen der sogenannten »feministischen« Literaturkritik; Kommentare zur Darstellung der Frau im nicht-kommerziellen Film und Theater; Unterrichtseinheit.

Forum Kritische Psychologie 9: Ideologie-Diskussion (AS 72) (erscheint: Herbst 1981)

'Subjektive' Aspekte des Faschismus

Jahrbuch für kritische Medizin 7 (AS 73) (erscheint: Sommer 1981)

Deutsche Arbeiterbewegung vor dem Faschismus (AS 74) (erscheint: Herbst 1981)

Redaktion: Heiko Haumann und Axel Schildt. Themenbereiche: Arbeiterbewegung und Analyse der Weltwirtschaftskrise; Strategien der Arbeiterbewegung gegen staatlichen Demokratieabbau und heraufziehenden Faschismus; politische Spaltung der Arbeiterbewegung.

Ladenpreise:

je Band 15,50 DM (f.Stud. 12,80 DM);

Preise im Abonnement:

12,80 DM (f.Stud. 11,— DM)

Argument-Verlag, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65, Tel.: 030/4619061

Mohammed Sarkash/Seamus O'Faolain

Afghanische Rebellen und die Aussicht auf Frieden (3. Teil)



Afghanische Rebellen – von den USA mit sowjetischen Waffenfabrikaten beliefert, um größere „Beute“ vorzutauschen

Im Frühjahr 1981 hatte der britische Außenminister Lord Carrington geräuschvoll eine EG-Initiative für eine Verhandlungslösung zu Afghanistan vorgebracht – ohne damit bei den Regierungen der Demokratischen Republik Afghanistan (DRA) und der Sowjetunion auf Gegenliebe zu stoßen. Unannehmbar war für sie, daß das zweistufige Konferenzprojekt der EG den Ausschluß der DRA und eine breitestmögliche internationale Beteiligung vorsah. Unter negativen Vorzeichen stand der Carrington-Vorschlag auch insofern, als er dem pakistanischen Vorstoß vom Januar/Februar 1981 zur Aufnahme bi- oder trilateraler Verhandlungen mit Afghanistan (und eventuell dem Iran) zuwiderlief, der im 3. und letzten Teil unserer Afghanistan-Serie von M. Sarkash/S. O'Faolain eingehend vorgestellt wird.

Die DRA-Regierung reagierte auf das Entgegenkommen des pakistanischen Zia-Regimes unmittelbar positiv. Sie legte am 13. Mai 1981 einen umfassenden Vorschlag für eine politische Lösung vor, der nun in ihrer 8-Punkte-Erklärung vom 23. August d.J. (Wortlaut siehe Kasten) erweitert worden ist u.a. um die Variante auch möglicher multilateraler Verhandlungen mit den Nachbarstaaten und der Einbeziehung von Vertretern der Vereinten Nationen.

Die afghanische Regierung ringt um eine Verbreiterung und Stärkung ihrer Herrschaft durch eine Reihe von nationalen und internationalen Initiativen. Sind sie erfolgreich, so sagt die Regierung, dann wird es keine weitere Notwendigkeit von sowjetischen Truppen in Afghanistan geben.

Das Kernstück von Babrak Karmals nationalen Bemühungen war zusammengefaßt in seinem Aufruf vom Dezember 1980 für eine Nationale Vaterländische Front, um verschiedene politische und wirtschaftliche Kräfte in die afghanische Regierung einzubeziehen.

Das ist nicht das erste Mal, daß B. Karmal und der Parcham-Flügel (der zusammen mit dem Khalq-Flügel die Volksdemokratische Partei Afghanistans – VDPA – bildet, zu deren Hauptgründern B. Karmal zählt) einen solchen Appell herausgegeben haben. Sie begannen in der Tat vor 15 Jahren damit, als B. Karmal zur ersten seiner beiden Legislaturperioden in die Nationalversammlung Afghanistans gewählt wurde.²⁵

Karmals Projekt der Vaterländischen Front

Als die VDPA im Januar 1965 ihren ersten Parteitag abhielt, rief sie zu „einer Allianz von Arbeitern, Bauern, fortschrittlichen Intellektuellen, Künstlern, städtischen und ländlichen Kleinbesitzern und nationaler Bourgeoisie in einer Front“ auf, um Afghanistan von seiner Rückständigkeit zu befreien.²⁶ Zwei Jahre später, als Khalq („Volk“) und Parcham („Fahne“) sich spalteten, war es B. Karmals Parcham-Flügel, der damit fortfuhr, für eine breite Front einzutreten, mit der das erste Stadium einer national-demokratischen Revolution durchsetzbar sei.

Die Idee einer breiten Front war noch immer ein zentrales

Ziel der VDPA (ihre Wiedervereinigung kam 1977 zustande; d. Red.) nach ihrer Machtübernahme vom April 1978. Aber sie trat in den Hintergrund, als die Gegensätze zwischen Khalq und Parcham wuchsen. Jede Hoffnung für eine solche Front wurde weiterhin durch gewisse Fehleinschätzungen und Irrtümer der Regierung unterdrückt. Diese umfaßten eine zeitweilige brutale Durchsetzung fortschrittlicher Reformen (z.B. Landreform, Alphabetisierungskampagne, Frauenbildung usw.), eine strenge und oft autoritäre Parteistruktur, und die Konzentration von Entscheidungen in den Händen von Paschtu-sprechenden Afghanen unter Ausschluß gewisser Minderheiten.

Diese Fehler provozierten vor allem die Hazara- und Nuristani-Minderheiten (die anfangs mit der Revolution sympathisierten), wesentliche innere Widerstandsbewegungen zu bilden. Während dieser Periode starteten auch maoistische und andere „linke“ Parteien unkoordinierte Aktionen gegen die Regierung.

Babrak Karmal, der in der Revolutionsregierung von 1978 Vizepremier gewesen war, legte erneut den Schwerpunkt auf die Idee einer Front, als er im Dezember 1979 die Macht übernahm. B. Karmal führte das Konzept einer Front in seiner Rede vom Dezember 1980 einen Schritt weiter, indem er das Zusammentreten eines „Konstituierenden Kongresses“ guthieß. Er war darauf bedacht, „religiöse Kräfte“ unter den vielen Gruppen einzubeziehen, die diesen Kongreß bilden würden. Die Regierung hat ihre nationalistischen Aufrufe für die Front untermauert durch eine geringere Betonung ihrer sozialistischen Orientierung, das Zurückstellen der Landreform und sogar durch die Erlaubnis der Rückkehr einiger früherer Großgrundbesitzer in bestimmte Gebiete.²⁷ Zusammengenommen mit der allgemeinen Unpopularität des heiligen Krieges der Peshawar-Rebellen gegen Modernismus und Kommunismus hat diese Politik einige Erfolge gebracht. Wie ein indischer Journalist bemerkte, „beginnt eine überraschende Anzahl von religiösen Führern mit der Karmal-Regierung zu kooperieren, trotz ihres Mißtrauens gegen sie“.²⁸

Unerhoffte Friedensinitiative Pakistans

Es gab auch eine gewisse Bewegung unter den vor 1978 amtierenden Regierungsbeamten und unter anderen Afghanen außerhalb des Landes in Richtung auf die Idee der Teilnahme an einer breiten Front.

Der Erfolg einer solchen Front wird ein außerordentliches Maß von Flexibilität der afghanischen Regierung erfordern. Zum jetzigen Zeitpunkt hat sie anfängliche Schritte unternommen, die vermuten lassen, daß es eine solche Flexibilität gibt.

Zum Jahresbeginn 1981, acht Monate nachdem B. Karmal den Wunsch nach Gesprächen mit Pakistan und dem Iran bekanntgegeben hatte, wurde eine internationale Friedensbemühung von einer überraschenden Quelle gestartet: Pakistan.

Die zentrale Frage, die auf dem Spiel steht, ist die Schließung ihrer Grenzen durch Pakistan und Iran, um Rebellen-einfälle nach Afghanistan zu verhindern. Zeitgleichzeitig würde ein Zeitplan für den Rückzug der sowjetischen Truppen erstellt. Am 3. Januar 1981 ersuchte der Außenminister Pakistans, Aga Shahi, öffentlich den UN-Generalsekretär, einen Repräsentanten zu benennen, um Friedensgespräche zwischen Afghanistan, Pakistan und dem Iran einzuberufen. Er bat darum, daß Afghanistan an den Gesprächen durch die regierende Volksdemokratische Partei vertreten sein sollte und nicht durch die Regierung – eine Bedingung, die es Zia ul-Haq erlaubte, sich von Babrak Karmals Regierung zu distanzieren.

Sogar mit dieser Vorbehaltsklausel enthielt der Vorstoß klare Zugeständnisse an zwei Fronten: Zum ersten Mal war keine Rede von der Teilnahme von Rebellen-Kräften an den Gesprächen, und Pakistan erklärte sich bereit, offen mit Babrak Karmals Partei zusammenzutreffen.

Fast über Nacht antwortete Afghanistan zustimmend und machte im Gegenzug ein wichtiges Zugeständnis. Während Afghanistan bisher eine UN-Teilnahme an Friedensgesprächen abgelehnt hatte, stimmte es nun Gesprächen unter UN-Schirmherrschaft oder zumindest mit UN-Beobachtern zu. Der nächste Akt entfaltete sich vor dem Hintergrund einer wichtigen Islamischen Konferenz in Taif/Saudi Arabien Ende Januar 1981. Pakistans General Zia traf sich mit UN-Generalsekretär Kurt Waldheim, um konkrete Schritte hin zur Aufnahme von Gesprächen zu besprechen. Ihre Unterredung ignorierte weitgehend die außerordentlich lautstarken Interventionen der Rebellengruppe Islamische Partei (unter G. Hekmatyar; siehe I. Teil in AIB 9/1981, S. 26-28; d. Red.), die ihre Einbeziehung in jedwede Regelung verlangte. Später konstatierte Pakistans A. Shahi auf der Konferenz – wie verlautete, – daß man mit Gesprächen nicht auf den Iran warten könne, der immer noch darauf bestand, daß die sowjetischen Truppen gehen und die afghanischen Rebellen beteiligt werden sollten, bevor irgendein Friede

Sadats Eingeständnis

Ägyptens Präsident Anwar al-Sadat machte in einem Fernsehinterview mit dem NBC-Korrespondenten Peter Miller am 22. September d.J. in Kairo enthüllende Aussagen über die Waffenquellen der afghanischen Rebellen, die unter Regierungsoffiziellen und CIA-Führungskräften „Kopferbrechen“ bzw. „Verwirrung“ hervorriefen.

„Lassen sie mich dieses Geheimnis enthüllen. Im ersten Moment, als das afghanische Ereignis geschah, kontaktierten mich die USA hier, und der Transport von Waffen zu den Afghanen begann von Kairo aus mit US-Flugzeugen.“ So A. Sadat wörtlich. Unmittelbar nach dem sowjetischen Eingreifen in Afghanistan vom Dezember 1979, präzierte er dann, „sandten mir die USA Flugzeuge und sagten mir: 'Bitte öffnen Sie Ihre Lager für uns, so daß wir den Afghanen die für ihren Kampf benötigten Waffen geben können', und ich gab ihnen die Waffen.“

Das Besondere an diesen ägyptischen Waffen: Sie stammen aus sowjetischen Beständen, die vor dem 4. Nahostkrieg vom Oktober 1973 an Ägypten geliefert worden waren. Präsident Sadat unterstrich, er wolle die Waffenzufuhr an die afghanischen Rebellen solange fortsetzen „bis die Afghanen... die Sowjets aus ihrem Land getrieben haben werden“. Dies zumal sich, so fügte A. Sadat hinzu, Washington in der Entlohnung der aus den ägyptischen Militärdépôts entnommenen Waffen „sehr großzügig“ gezeigt habe. Immerhin erhält Ägypten derzeit die neben Israel größte jährliche Militärhilfe der USA in Höhe von 1 Mrd. Dollar.

NBC-Korrespondent P. Miller brachte bei ägyptischen Regierungsstellen in Erfahrung, daß die von Kairo aus gelieferten Waffen direkt über Pakistan zu den Rebellen gelangten. Derzeit würden Waffen aus ägyptischer Produktion geliefert, die Imitationen der sowjetischen Originale seien.

Sadats Aussagen sind das erste offizielle Eingeständnis eines beteiligten Regierungsvertreters, daß die seitens der Sowjetunion immer wieder unterstellte geheime Großoperation gegen die Demokratische Republik Afghanistan tatsächlich stattfand und weiter stattfindet. Präsident Sadat erbrachte ferner den Nachweis, daß dieser Waffenstrom im Rahmen eines großangelegten gemeinsamen Hilfsprogramms für die afghanischen Rebellen fließt, hauptsächlich über Pakistan und überdies China. Schließlich überführte A. Sadat die zahlreichen Versicherungen von US-Regierungsvertretern (u.a. von Z. Brzezinski, dem Sicherheitsberater J. Carters) der Lüge, daß der Großteil der Waffenbestände sowjetischer Bauart in Händen der Rebellen von diesen im Kampf gegen die afghanische Armee oder die sowjetischen Truppen in der DRA erbeutet worden seien.

„Nie hat es“, so resümiert die Washington Post, „ein offizielles Eingeständnis der Operation gegeben. Und die Tatsache, daß es nur von einem der am meisten prowestlichen Regierungsoberhäupter kommt, hat das Gros des offiziellen Washington unglücklich gemacht.“

(Zit. nach: International Herald Tribune, Zürich, 24. und 25.9.1981)

Erklärung der afghanischen Regierung

1. Hauptziel und Grundinhalt einer politischen Regelung muß die Gewährleistung einer vollständigen und effektiven Einstellung der bewaffneten und anderen äußeren Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Demokratischen Republik Afghanistan (DRA) sowie die Schaffung von Bedingungen sein, unter denen eine solche Einmischung auch in Zukunft ausgeschlossen ist.

2. Im Zusammenhang damit, daß die bewaffneten Einfälle in Afghanistan und andere subversive Aktionen gegen dieses Land heute vor allem von pakistanischem Territorium aus erfolgen, hat die DRA-Regierung der Regierung Pakistans wiederholt vorgeschlagen – und sie schlägt dies erneut vor –, daß sich Vertreter beider Länder treffen, um Fragen zu erörtern, die mit der Aufnahme von Verhandlungen zusammenhängen, deren Ziel der Abschluß eines Abkommens über die Normalisierung der Beziehungen ist.

Im Rahmen solcher Verhandlungen wäre die Regierung der DRA bereit, auch andere zwischen Afghanistan und Pakistan bestehende Probleme zu erörtern, um die afghanisch-pakistanischen Beziehungen zu normalisieren, um Stabilität und Ruhe zu gewährleisten.

Die Regierung der DRA bekräftigt auch ihren Vorschlag an die Regierung der Islamischen Republik Iran, Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, ein Abkommen über die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und eine umfassende, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern – einschließlich Fragen des Handels, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des Transits und der kulturellen Beziehungen – auszuarbeiten.

Abkommen zwischen Afghanistan und Pakistan sowie zwischen Afghanistan und dem Iran müssen allgemeingültige Bestimmungen enthalten, die die gegenseitige Achtung, die Souveränität und die Bereitschaft betreffen, die Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der guten Nachbarschaft und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu entwickeln, sowie konkrete Verpflichtungen in Bezug auf das Unterbinden bewaffneter und jeglicher anderer feindseliger Aktionen gegeneinander vom eigenen Territorium aus einschließen.

3. Die DRA-Regierung gibt **bilateralen Verhandlungen** sowohl mit Pakistan als auch mit dem Iran den Vorzug und hält sie für besonders vielversprechend, ist aber gleichzeitig bereit, auf trilateraler Ebene zu verhandeln, wenn Pakistan und der Iran dies wünschen. Die fehlende Bereitschaft eines der genannten Staaten zur Aufnahme von Verhandlungen soll jedoch kein Hindernis für die Aufnahme eines Dialogs zwischen Afghanistan und dem anderen Staat wie auch für entsprechende Vereinbarungen und deren anschließende Realisierung sein.

Natürlich kann sich die Seite, die zunächst von Verhandlungen Abstand nähme, ihnen anschließen und später eigene Verhandlungen mit der DRA aufnehmen.

Die DRA-Regierung erhebt keine Einwände gegen die **Teilnahme des UN-Generalsekretärs** oder seines Vertreters an ihren Verhandlungen mit den Regierungen Pakistans und Irans, seien es bilaterale oder trilaterale.



Unterstützung gewinnt B. Karmal (l.) zunehmend unter islamischer Geistlichkeit

Ja zu einer politischen Lösung

4. Die DRA-Regierung wird den Afghanen, die sich aus bestimmten Gründen zeitweilig auf dem Territorium Pakistans oder anderer Nachbarstaaten aufhalten, im Falle ihrer Rückkehr in die Heimat volle Freiheit und Sicherheit gewährleisten, wie es im Beschluß des Präsidiums des Revolutionsrates vom 18. Juni 1981 und anderen offiziellen Dokumenten der DRA über die **Generalamnestie** festgelegt ist.

Die DRA-Regierung garantiert diesen Personen Sicherheit, Freiheit der Wahl des Wohnortes und eine gleichberechtigte Teilnahme an der Lösung des Bodenproblems auf der Grundlage der Agrarreform. Für sie werden die notwendigen Lebensbedingungen sowie die Voraussetzungen für eine fruchtbare Arbeit und gesellschaftliche Tätigkeit zum Wohle der Heimat geschaffen.

Den Nomaden, den Stämmen und den Viehzüchtern wird nicht nur Weideland zur unentgeltlichen Nutzung auf gerechter Grundlage gewährt, sondern auch das Recht, sich auf dem Territorium des Landes frei bewegen zu können. (...)

5. Bestandteil der politischen Regelung müssen internationale **Garantien** für die zu erreichenden Vereinbarungen über die **Einstellung und Nichtwiederaufnahme der bewaffneten und andere Einmischung** in die Angelegenheiten Afghanistans sein.

Die Staaten, die die genannten Garantien geben, müssen sich strikt der Einmischung jeglicher Art enthalten und mit all ihrer Autorität hinter den zu treffenden Vereinbarungen stehen. Die Garantiestaaten sollen ein entsprechendes Dokument annehmen, in dem sie sich verpflichten, die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Afghanistans sowie seinen nichtpaktgebundenen Status zu respektieren. Die DRA ihrerseits würde ihre Treue zur Politik des Friedens und der Nichtpaktgebundenheit sowie ihr Streben nach einer Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen mit allen Ländern, in erster Linie mit den Nachbarn, bekräftigen.

Die Regierung der DRA, die die endgültige Zusammensetzung der Garantiestaaten nicht von vornherein festlegt, ist nach wie vor der Ansicht, daß zu ihnen die **UdSSR und die USA sowie einige andere Staaten** gehören müssen, die sowohl für Afghanistan als auch für seine Nachbarn, die sich an Verhandlungen beteiligen, akzeptabel wären.

Die Festlegung internationaler Garantien muß ebenso wie die Lösung aller anderen Fragen, die die Interessen Afghanistans betreffen, unter Beteiligung der DRA-Regierung erfolgen. Dabei hat sie nichts dagegen, daß die Erörterung der mit der Ausarbeitung internationaler Garantien verbundenen Fragen gleichzeitig mit zwei- und dreiseitigen Verhandlungen zwischen Afghanistan, Pakistan und dem Iran beginnt und parallel zu diesen Verhandlungen verläuft. In der ersten Zeit könnte eine solche Erörterung in Form inoffizieller multilateraler Konsultationen und später auch auf einen entsprechenden internationalen Forum geschehen.

6. Im Falle der Einstellung und garantierten Nichtwiederaufnahme der bewaffneten Intervention und aller anderen Formen von Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans würden die Gründe entfallen, die Afghanistan zwingen, sich an die UdSSR mit der Bitte zu wenden, ein **begrenztes sowjetisches Truppenkontingent** auf sein Territorium zu entsenden. Entsprechend würde eine politische Regelung, einschließlich der Ausarbeitung internationaler Garantien, es ermöglichen, gemäß Vereinbarung zwischen der afghanischen und der sowjetischen Seite den Modus und die Termine, mit anderen Worten den Zeitplan für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan festzulegen. Der Truppenabzug würde im Zuge der Realisierung der erreichten Vereinbarungen erfolgen.

Je schneller Vereinbarungen, die eine Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans ausschließen, getroffen und realisiert werden, desto schneller wird der Abzug der sowjetischen Truppen beginnen und zum Abschluß gelangen – und umgekehrt.

7. Eine politische Regelung der Situation um Afghanistan, die wie aus den oben dargelegten Erwägungen hervorgeht, stufenweise ausgearbeitet und realisiert werden könnte, würde der festen Überzeugung der DRA-Regierung zufolge nicht nur den Interessen des afghanischen Volkes und der Völker der Nachbarstaaten entsprechen, sie würde auch zur Beseitigung der in dieser Region insgesamt entstandenen Spannungen führen. (...)

8. Bei allen Verhandlungsvarianten – zweiseitigen, dreiseitigen oder mehrseitigen – stehen in Bezug auf Garantien nicht die Fragen zur Diskussion, die die in Afghanistan bestehende Ordnung, die Zusammensetzung seiner Regierung wie auch andere **innere Angelegenheiten Afghanistans** betreffen. Diese Fragen wurden und werden **auch in Zukunft allein vom afghanischen Volk und sonst niemandem gelöst.**

(Quelle: Statement of the DRA Government on the Problem of Political Settlement, Kabul, 24.8.1981)

überhaupt in Erwägung gezogen werden könne.²⁹

Saudiarabische Regierungsbeamte behaupteten, daß nur starker Druck seitens konservativer arabischer Staaten Zia davon abhielt, noch schneller auf Gespräche zuzusteuern.

Auf der Außenministerkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Neu-Delhi im Februar 1981 wiederholte der afghanische Außenminister Dost seinen Wunsch nach bilateralen Gesprächen mit Pakistan und mit Iran (womit er Pakistans Vorschläge für dreiseitige Gespräche ablehnte). Er stellte fest, daß die Anwesenheit der UNO bei den Gesprächen willkommen sein würde, aber die Gespräche dürften nicht unter der Schirmherrschaft der UNO stattfinden. Die Konferenz endete, ohne daß ein Zeitplan für Gespräche festgelegt wurde und mit einer Resolution, die den Rückzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan forderte.



Zia ul-Haq (M.) und seine Armeespitze spielen eine Schlüsselrolle im Afghanistankonflikt

Zias Bestrebungen, zu einem Arrangement mit Afghanistan zu kommen, sind durch eine Reihe sich schnell anhäufender Spannungen motiviert, die drohen, den Sturz seines Regimes zu bewirken. An seiner Ostflanke erhält sein langjähriger Feind Indien gerade neue sowjetische Militärausrüstungen im Wert von einigen Milliarden Dollar. Im Jahr 1980 hielt Zia etwa 2/3 seiner Viertelmillionen-Armee im Osten und Norden im Aufmarsch gegenüber Indien. An der Westgrenze entziehen die auf etwa 1-15 Mio geschätzten Afghanen in Pakistan der Staatskasse 200 Mio Dollar pro Jahr und nehmen der 2,5 Mio zählenden, ohnehin unzufriedenen Belutsch-Bevölkerung lebenswichtige Vorräte weg.³⁰

Die wachsende belutschische Opposition gegen die Regierung findet ihre Ergänzung in neuen Aktivitäten der Pakistansischen Volkspartei des Ex-Premiers Bhutto (1979 von Zia hingerichtet) und anderer regierungsfeindlicher Organisationen. Eine breite Koalition dieser Parteien, die alle von Zia verboten sind, hat von ihm eine Normalisierung der Beziehungen zur afghanischen Regierung gefordert.³¹

Diese Koalition übte in einer Reihe von Demonstrationen 1981 in Peshawar und Lahore ... schweren Druck auf Zia aus. Ebenso wurde berichtet, daß es eine Untergrundzelle von linksgerichteten Volkspartei-Aktivisten in Kabul gibt, wo auch einer von Bhuttos Söhnen gesehen wurde.³²

Diese militärischen und politischen Erschütterungen fallen in eine Zeit der wachsenden wirtschaftlichen Krise, da Pakistans Auslandsverschuldung im Jahr 1980 über 10 Mrd Dollar hinausschoß.³³ Zusätzliche Sparmaßnahmen, die Zia durch internationale Banken und Finanzorganisationen aufgezwungen wurden, könnten sehr wohl General Zias enge politische Basis weiter aushöhlen. Zia begreift, daß mit jedem Tag, an dem Sowjettruppen in Afghanistan und Rebell-

streitkräfte in seinem Land stehen, die gegen ihn ausschlagenden Faktoren anwachsen. Sein Kurswechsel wurde von Aga Shahi beschleunigt, der argumentiert, daß sich Pakistan von zu enger US-Abhängigkeit lösen und ein festes Mitglied der Nichtpaktgebundenen-Bewegung werden sollte. Im Moment sieht es so aus, als habe A. Shahi die mehrheitliche Unterstützung der herrschenden Kreise für diese Weltsicht gewonnen, die die Suche nach einem Arrangement mit Kabul einschließt.³⁴

Die Kräfte, die versuchen, diese Politik zu durchbrechen, werden vom Herausgeber der Pakistan Times, Z.A. Suleri angeführt, der lieber Ronald Reagans Umarmung erwidern und ein US-Hilfspaket von mehreren Milliarden Dollar annehmen würde. Suleri verurteilt öffentlich sowohl die Nichtpaktgebundenen-Bewegung als auch die Islamische Konferenz, und wurde lange Zeit für Zias Sprachrohr gehalten.

Z.A. Suleris Hoffnung besteht darin, daß Pakistans Bedarf für einen Hilfsumfang, den nur die USA anbieten können, Zia zurück auf die Position Washingtons und von jeglichem Arrangement mit der afghanischen Regierung wegdrängen wird (dieser Trend ist inzwischen in Zias Politik dominierend geworden; d. Red.).

Vorschläge für Gespräche mit Pakistan und dem Iran wurden von Anstrengungen der afghanischen Regierung begleitet, ihre internationale Unterstützung zu erweitern. Der Leiter einer Reisedelegation von 3 britischen Labour-Parlamentariern nach Afghanistan im Januar 1981 kehrte mit der Feststellung zurück: „Ich unterstütze im allgemeinen die Karmal-Regierung.“³⁵

Bezeichnenderweise unterhalten die Vereinigten Staaten, die die offizielle Anerkennung solcher Staaten wie Angola, Kuba und Vietnam ablehnen, immer noch eine Botschaft und diplomatisches Personal in Kabul. Wenn Babrak Karmal darin Erfolg hat, die politische Basis seiner Regierung zu verbreitern, wird die Wahrscheinlichkeit weiterer internationaler Anerkennung und eines Paketes, das den eventuellen Rückzug sowjetischer Truppen einschließt, erhöht. *Schluß*

(Quelle: CounterSpy, Washington, Nr. 3/Mai-Juni 1981, S. 24-33)

Anmerkungen:

- 25) Gewisse Ideen der VDPA haben ihre Wurzeln in der ersten reformistischen Regierung (unter König Amanullah; d. Red.) in Afghanistan (1919-29), welche durch eine Revolte reaktionärer religiöser Kräfte zerschlagen wurde. Die Ideen kamen nach dem 2. Weltkrieg in Forderungen von Studenten und Intellektuellen nach einer parlamentarischen Verfassung und freien Wahlen wieder auf. Vgl. L. Poullada, Reform und Rebellion in Afghanistan, 1919-29, Cornell 1973
- 26) F. Halliday, Revolution in Afghanistan, in: New Left Review, London, November/Dezember 1978, S.22
- 27) New Statesman, 5.12.1980
- 28) Guardian, London, 6.8.1980
- 29) International Herald Tribune, Zürich, 6.2.1981
- 30) Typisch für diese Spannungen ist die Empörung über die etwa 2 Mio Stück Vieh, die die Afghanen nach Belutschistan gebracht haben und die mit den lokalen Schafsherden um das ohnehin spärliche Weideland wetteifern.
- 31) Im Februar 1981 forderten Pakistans neun bedeutendste oppositionelle politische Parteien Zias Absetzung und bildeten ein Oppositionsbündnis, die Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie. Siehe AIB 5/1981, S.41; d. Red.
- 32) Boston Globe, 25.12.1980
- 33) New York Times, 16.7.1980
- 34) Siehe Financial Times, London, 10.2.1981
- 35) The Guardian Weekly, London, 18.1.1981

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bei Redaktion
und Post bekanntgeben!**

Rainer Falk

ASEAN – Neutralitätszone oder Spielball neokolonialer Interessen?



ASEAN-Gipfel (v.l.n.r.): Premiers Lee (Singapur), Hussein (Malaysia, jetzt M. Mohamad), Suharto (Indonesien), Marcos (Philippinen), Kukrit (Thailand)

Die in der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) zusammengefaßten fünf Staaten werden in den westlichen Metropolen heute als „Damm gegen den Sozialismus“ (Indochina) gehandelt, ihre weltpolitische Rolle an der Kampucheafrage festgemacht. An Attraktivität aber haben die ASEAN-Länder auch durch ihre forcierte kapitalistische Entwicklung hinzugewonnen. Die neokolonialistischen Investoren drängen sich, wie unser Überblicksbeitrag von R. Falk und die Bilanzierung der Weltbank-Strategie in Indonesien zeigen. Wir beginnen in diesem Heft außerdem mit der gesonderten Vorstellung der fünf ASEAN-Länder. Indonesien, der volkreichste Staat Südostasiens, macht den Anfang.

Seit der Niederlage der USA in Indochina Mitte der 70er Jahre gibt es ein wachsendes, vor allem strategisch motiviertes westliches Interesse an den fünf in der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) zusammengeschlossenen Ländern Thailand, Indonesien, Philippinen, Malaysia und Singapur. Sie spielen eine Schlüsselrolle in den Versuchen Washingtons, eine antivietnamesische Koalition im Fernen Osten zu schaffen¹, und sie sind mittlerweile zu einem privilegierten Kooperationspartner der Europäischen Gemeinschaft (EG) in der Dritten Welt geworden.² In der dynamischen neokolonialen Expansion Japans stellen die ASEAN-Länder ohnehin traditionell ein vorrangiges Zielgebiet dar.³

Entwicklungsalternative zu Indochina?

Obwohl bereits am 8. August 1967 in Bangkok gegründet, machen die ASEAN-Länder ihrerseits erst seit den revolutionären Veränderungen in Vietnam, Laos und Kampuchea ernsthafte Anstrengungen, die wirtschaftliche Kooperation innerhalb ihrer Staatengruppe zu intensivieren. Zwar stek-

ken diese Integrationsbestrebungen, die vornehmlich vom Auslandskapital und den mit ihm assoziierten lokalen Bourgeoisien getragen werden, vorerst noch in bescheidenen Anfängen und finden ihre Grenzen in diversen nationalen Interessengegensätzen. Gleichwohl wird hinter den in allen ASEAN-Staaten zu beobachtenden Bemühungen, das kapitalistische Wachstum zu forcieren, das Bestreben erkennbar, nach der Durchsetzung des Sozialismus in Indochina eine attraktive Entwicklungsalternative für die Region zu schaffen. Dies ist selbst noch eingeordnet in die imperialistische Systemsicherungspolitik des „Nach-Vietnam-Zeitalters“ und wird deshalb von den Westmächten nach Kräften unterstützt.

Die ASEAN-Länder verfügen über ein beachtliches ökonomisches Potential. Obwohl sie bis auf Singapur ökonomisch noch schwach entwickelt sind, gehören sie zu jener Gruppe von Entwicklungsländern, die relativ hohe Wachstumsraten aufweisen. Im Durchschnitt der Jahre 1970-79 lag das jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zwischen 6,2 (Philippinen) und 8,4% (Singapur); das Wachstum der Industrieproduktion war mit 8,4 (Philippinen) bis 11,3% (Indonesien) durchgängig höher, wobei Indonesien, Thailand und Malaysia Zuwachsraten beim Verarbeitenden Gewerbe, also der Fertigwarenherstellung, vorweisen können, die bis zu 12,5% gehen.⁴

Die ASEAN-Länder verfügen ferner über ein **Arbeitskräfte-reservoir** von etwa 130 Mio und einen beträchtlichen **Rohstoffreichtum**. Sie bestreiten über 80% des Welthandels bei Naturkautschuk und Palmöl, mehr als 70% des Weltzinnhandels, 63% bei Kokosprodukten, 57% bei Gewürzen, 15% bei Hölzern und 9% bei Reis.⁵ Sie sind darüber hinaus bedeutende Erzeuger von Erdöl, Erdgas, Kupfer, Nickel und Bauxit.

Die relativ hohen, die 60er Jahre weit übertreffenden Wachs-

tumsraten der 70er Jahre sind vornehmlich dadurch zustande gekommen, daß die Regierungen in den letzten zehn Jahren zielstrebig eine Wirtschaftspolitik verfolgten, die den Übergang der ASEAN-Länder von der importsubstituierenden Industrialisierung im Konsumgüterbereich zur Exportorientierung beträchtlich beschleunigt hat. Dies hat sich u.a. darin niedergeschlagen, daß der Anteil der Fertigwaren an der Gesamtausfuhr überall beträchtlich gewachsen ist. Er betrug beispielsweise 1978 in Thailand 25%, auf den Philippinen 32% und in Singapur 46%.⁶

Der Rohstoffanteil liegt dementsprechend immer noch hoch; aber die Ländergruppe befindet sich insgesamt auf

duktionszonen erhebliche Vorteile genießen. Solche Zonen bestehen z.B. auf den Philippinen bei Mavrivels, in Thailand in Bang Can, in Malaysia bei Penang, Selangor, Malacca und Johor und in Singapur im Freihafen, in den Produktionszonen Jurong Town, Redhill, Chai Usel und Bedok.

Oft handelt es sich vorwiegend um Zuliefer-, Montage- und Lohnveredelungsproduktion, deren Verflechtungsgrad mit der übrigen Wirtschaft äußerst gering und von daher auch keine weitere Stimulierung einer ausgewogenen Entwicklung zu erwarten ist. Diese Art der Teilindustrialisierung hat dem Auslandskapital teilweise erhebliche Positionen in den nationalen Wirtschaften verschafft. So befinden sich z.B. in Sin-

Eckdaten zu Südostasien

Land	Bevölkerung (in Mio)	Fläche (1.000 qkm)	Bruttosozial- produkt pro Kopf (1979) (in Dollar)	Analphabeten- quote in % (1976)	Lebens- erwartung (1979)	Anteil der Erwerbspersonen (in %)					
						Landwirt- schaft		Industrie		Dienstlei- stungs- sektor	
						1960	1979	1960	1979	1960	1979
Indonesien	142,9	1.919	370	38	53	75	59	8	12	17	29
Thailand	45,5	514	590	16	62	84	77	4	9	12	14
Philippinen	46,7	300	600	12	62	61	47	15	17	24	36
Malaysia	13,1	330	1.370	40	68	63	51	12	16	25	33
Singapur	2,4	1	3.830	—	71	8	2	23	38	69	60
Vietnam	52,9	330	—	13	63	81	71	5	10	14	19
Laos	3,3	237	—	—	42	83	76	4	6	13	18
Kampuchea	4,0	181	—	—	—	82	—	4	—	14	—

(Quellen: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1981, Washington, August 1981, S. 148/149 und 184/185; Länder der Erde, Köln 1981, S. 328)

dem Weg zur Eingliederung in eine mehr industriell strukturierte internationale kapitalistische Arbeitsteilung, die allerdings ihre ungleiche Struktur und ihren neokolonialen Charakter beibehält.

Diese Arbeitsteilung ist einmal dadurch gekennzeichnet, daß es sich bei den in den letzten Jahren entstandenen industriellen Kapazitäten größtenteils um relativ arbeitsintensive Teile von Produktionszweigen handelt, die wegen der günstigen Standortbedingungen aus den Industrieländern verlagert worden sind. Träger dieser Verlagerungsprozesse waren — und das ist die andere Seite dieser Arbeitsteilung — vielfach internationale Konzerne, die oft in sog. Freien Pro-

gapur 70% der Industrieproduktion in ausländischer Hand. In der Verarbeitenden Industrie Thailands handelt es sich bei 62% der Industriebetriebe um Filialen ausländischer Konzerne.⁷

Zwar haben die jeweiligen Regierungen in den letzten Jahren in mehr oder weniger starkem Maße Gesetze erlassen, die bestimmte Industriesparten der einheimischen Bourgeoisie vorbehalten oder vorschreiben, daß die einheimische Kapitalbeteiligung bei Konzernniederlassungen mindestens 51% betragen muß.

Die Generallinie der Wirtschaftspolitik in den meisten Ländern bestand und besteht jedoch darin, ausländisches Kapital über eine Vielzahl von Steuervergünstigungen, die Gewährleistung freien Profittransfers und die staatliche Garantie eines wohlfeilen und willfähigen Arbeitskräfteheeres und über diverse andere Vergünstigungen anzulocken. Dort wo der Staat selber Wirtschaftsaktivitäten entfaltet, z.B. im Bereich der Infrastruktur oder bei der Herstellung bestimmter Grundstoffe, waren diese so angelegt, daß die privatkapitalistische Expansion begünstigt, aber keinesfalls eingeschränkt wurde.

Das quasi naturwüchsige Beiprodukt dieses kapitalfreundlichen Liberalismus besteht in einer wachsenden sozialen Polarisierung. In den meisten ASEAN-Ländern werden die Löhne der Industriearbeiter durch die staatliche Unterdrückung gewerkschaftlicher und politischer Aktivitäten niedrig gehalten, oft unter dem gesetzlichen Mindestlohn. Zusätzlich dämpft die Existenz einer großen industriellen Reservearmee (bei einer Arbeitslosenrate von 7-10% und einer Unterbeschäftigungsrate von weiteren 10%) die sozialen Erwartungen der Beschäftigten. Das Ausmaß der inzwischen erreichten Einkommenspolarisierung läßt sich teilweise daran ablesen, daß z.B. in Indonesien die oberen 20% der Haushalte über fast 50% der Haushaltseinkommen verfügen, während die unteren 60% gerade 27% zur Verfügung haben.



Erklärung der indochinesischen Außenminister vom Juni 1981

1. Wütend über das Wachstum der drei indochinesischen Länder, besonders über die hervorragenden Errungenschaften des Volkes von Kampuchea auf seinem Weg zur Wiedergeburt und der Beherrschung seines Schicksals sowie über die wachsende Bereitschaft der Länder der Region zum Dialog untereinander, schmiedet die reaktionäre herrschende Clique in Peking neue Krisenpläne zur Fortführung ihrer hegemonistischen und expansionistischen Politik in Südostasien.

Unter der fortwährenden Drohung, Vietnam erneut eine Lektion zu erteilen, provoziert die reaktionäre Clique unter den herrschenden Kreisen in Peking blutige Zusammenstöße an den Grenzen zu Vietnam und Laos, heizt die psychologische Kriegsführung an, schürt Unruhen und subversive Aktivitäten und zielt auf eine Wirtschaftsblockade und den Abbruch der Beziehungen gegenüber Vietnam und Laos. Besonders ernstzunehmen ist die Tatsache, daß China im Zusammenspiel mit den US-Imperialisten und im Komplott mit einigen herrschenden Kreisen in Südostasien Waffen- und Lebensmittellieferungen für die restlichen Pol-Pot-Truppen und die reaktionären Khmertruppen im Ausland steigert und sie zur Bildung einer „Einheitsfront“ drängt, um zu verschleiern, daß sie die weltweit als völkermörderisch verurteilte Pol-Pot-Clique als Instrument gegen die Wiedergeburt des Volkes von Kampuchea und gegen die Länder Indochinas zu benutzen, eine Konfrontation zwischen den Staaten Indochinas und den übrigen asiatischen Staaten herbeizuführen und den Dialog in der Region zu untergraben suchen. China setzt seine Hilfe für die zersetzenden und subversiven Aktivitäten aufständischer maoistischer Gruppen in den Staaten Südostasiens fort. Gleichzeitig hat es sich einer internationalen Kampagne der US-Administration für eine Wirtschaftsblockade angeschlossen, die das Ziel hat, Vietnam und die anderen Staaten Südostasiens unter Druck zu setzen.

Die gegenwärtige Situation macht der Weltöffentlichkeit erneut klar, daß die Ursache für die Bedrohung der Sicherheit und Unabhängigkeit der indochinesischen Länder und für den Frieden und die Stabilität der südostasiatischen Staaten in der expansionistischen und hegemonistischen Politik der chinesischen Führer liegt, die dabei mit den US-Imperialisten gemeinsame Sache machen.

2. Es ist allgemein bekannt, daß die Völker von Vietnam, Kampuchea und Laos einen langen Kampf um die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit ihrer Heimatländer und für das Recht auf friedliches und freundschaftliches Zusammenleben mit den anderen Völkern der Welt, vor allem auch mit ihren Nachbarn, geführt haben.

Angesichts der fortwährenden Bedrohung ihrer nationalen Unabhängigkeit haben die drei Länder Indochinas keine andere Wahl als ihre Solidarität und gegenseitige Hilfe zu verstärken und die Aggression gemeinsam zu bekämpfen. Dies entspricht dem geheiligten Recht aller Nationen auf Selbstverteidigung. Wie schon wiederholt erklärt, ist die **Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kampuchea** durch die chinesische Bedrohung bedingt, wobei China mit den Imperialisten und anderen Reaktionären gemeinsame Sache macht, und in keiner Weise gegen Drittländer gerichtet. Wenn diese Bedrohung aufhört, werden Vietnam und Kampuchea sich über den Abzug vietnamesischer Truppen aus Kampuchea einigen.

Wenn Frieden und Stabilität an der Grenze zwischen Thailand und Kampuchea gesichert sind, werden Vietnam und Kampuchea sofort ein Abkommen über einen teilweisen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea treffen.

Die Sozialistische Republik Vietnam, die Volksrepublik Kampuchea und die Laotische Volksdemokratische Republik weisen erneut entschieden die Einberufung der internationalen Konferenz über Kampuchea gemäß UN-Resolution 35/6 zurück. Sie werden an dieser Konferenz nicht teilnehmen. Jede UN-Resolution in Bezug auf Südostasien ist illegal, wenn sie die Souveränität der Staaten der Region verletzt und wenn die Vereinten Nationen immer noch die Vertretung des sog. „Demokratischen Kampuchea“ der völkermörderischen Pol-Pot-Clique anerkennen, die vom Volk von Kampuchea gestürzt und von der gesamten Menschheit in Acht und Bann getan worden ist. Solange Pol Pot und seine Clique von den Vereinten Nationen gestützt werden, können diese nicht im Namen der UN-Charta einen Beitrag zu Frieden und Stabilität in Südostasien leisten.

Die drei indochinesischen Länder fordern entschieden, daß die Vereinten Nationen die Pol-Pot-Bande ausschließen, die Millionen von Menschen ermordet hat und sich der Wiedergeburt des Volkes von Kampuchea entgegenstellt, das eben erst der Hölle entronnen ist, die sie ihm bereitet hat. Und sie fordern, daß Kampuchea Sitz in den Vereinten Nationen dem Revolutionären Volksrat von Kampuchea zurückgegeben wird, der einzigen wirklichen und legalen Vertretung des Volkes von Kampuchea.

Die Sozialistische Republik Vietnam und die Laotische Volksdemokratische Republik unterstützen voll die Position des guten Willens,

die die Volksrepublik Kampuchea zum Problem der kambodschanischen „Flüchtlinge“ in Thailand einnimmt, der entsprechend die Rückkehr der „Flüchtlinge“ nach einem zuvor ausgehandelten Abkommen zwischen Kampuchea und Thailand erfolgen muß, wobei ein Land oder eine internationale Organisation vermitteln kann, die von beiden akzeptiert wird.

3. Die Sozialistische Republik Vietnam, die Volksrepublik Kampuchea und die Laotische Volksdemokratische Republik verurteilen unmissverständlich die Politik der Intervention und Aggression gegen die drei indochinesischen Völker seitens der chinesischen Regierung. **China muß seine bewaffneten Angriffe und Provokationen gegen die Sozialistische Republik Vietnam und gegen die Laotische Volksdemokratische Republik sofort einstellen**, den Unterhalt, die Ausbildung und Ausrüstung laotischer Reaktionäre im Ausland, die dann zurückkehren, um das laotische Volk zu bekämpfen, sofort beenden und Unterhalt, Waffen- und Lebensmittellieferungen an die Pol-Pot-Clique und andere reaktionäre Khmer-Truppen, die das Volk von Kampuchea bekämpfen einstellen. (...)



4. Die drei Minister stellten mit Befriedigung fest, daß trotz fortbestehender Meinungsverschiedenheiten in einigen Angelegenheiten der Region der Dialog zwischen den Staaten Indochinas und der ASEAN über die letzten Jahre erste Ergebnisse bei der Stärkung gegenseitigen Verständnisses zeigt und somit günstige Bedingungen für weitere Gespräche und eine Verständigung über die Regelung von Angelegenheiten der Region ohne Einmischung von außen geschaffen hat. (...)

Die drei indochinesischen Länder schlagen folgendes vor:

a) Eine regionale Konferenz zwischen den Staaten Indochinas und Asiens über regionale Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse abzuhalten, unter Beteiligung – als Beobachter – des Generalsekretärs der Vereinten Nationen in persönlicher Eigenschaft sowie Vertretern einiger anderer Staaten, über die noch Einvernehmen zu erzielen ist. Die Tagesordnung wird abwechselnd von den Staaten Indochinas und der ASEAN aufgestellt, und zwar auf der Basis der Gleichberechtigung. Die Staaten Indochinas schlagen vor, die Konferenz Mitte Juli 1981 in Rangun abzuhalten oder einvernehmlich in einer anderen asiatischen Hauptstadt.

b) Falls die ASEAN-Staaten zur Teilnahme an einer solchen regionalen Konferenz noch nicht bereit sind, schlagen die drei Staaten Indochinas vor, entsprechend dem Vorschlag einiger ASEAN-Staaten regionale Konsultationen auf bilateraler oder multilateraler Basis fortzusetzen, um sich über regionale Angelegenheiten von gegenseitigem Interesse zu verständigen.

c) Zur Anerkennung und Absicherung von Vereinbarungen, die bei der regionalen Konferenz über regionale Konsultationen erreicht wurden, soll unter breiterer Beteiligung über die noch Einvernehmen herzustellen ist, eine internationale Konferenz stattfinden. Wenn die Vereinten Nationen die Anerkennung von Pol Pot und seiner Clique zurückziehen, werden die Staaten Indochinas die Möglichkeit in Betracht ziehen, daß diese internationale Konferenz von den Vereinten Nationen einberufen wird.

Die drei Staaten Indochinas hoffen, daß die ASEAN-Staaten um des Friedens und der Stabilität in der Region willen und im Interesse jeder Nation auf diese Vorschläge im Geist des guten Willens positiv reagieren.

(Quelle: Hektographiertes Manuskript, Phnom Penh, 14.6.1981)

Auf den Philippinen und Malaysia ist dieses Verhältnis noch krasser. Hier haben die oberen 20% der Haushalte 54 bzw. 56,6% des Einkommens, während Singapur und Thailand vorsorglich überhaupt keine Angaben machen.⁸

Die Anhäufung von sozialem Sprengstoff wird zusätzlich vor allem durch den kapitalistischen Transformationsprozeß der Landwirtschaft forciert, die immer mehr Arbeitskräfte „freisetzt“, ohne daß diese von der Industrie absorbiert werden können. Die vornehmlich durch die „Grüne Revolution“, die in der Region schwerpunktmäßig Anwendung fand, vorangetriebenen Bodenkonzentrationsprozesse haben bewirkt, daß nach Angaben der Weltbank heute in Indonesien 89%, auf den Philippinen 81%, in Malaysia 51% und in Thailand 50% der ländlichen Arbeitskräfte ohne oder fast ohne eigenen Boden sind.⁹ Das treibt immer mehr Menschen in die Städte, wo sie in den sich ausbreitenden Slums ein Leben am Rande der Existenz führen. So wurden Mitte der 70er Jahre in Jakarta 800.000 Personen als „illegale Siedler“ eingestuft; in den Slums von Bangkok lebten bereits Anfang der 70er Jahre etwa 740.000 Menschen.

Bereits aus diesen Zahlen läßt sich die Schlußfolgerung ableiten, daß die 1976 vom 1. ASEAN-Gipfel auf Bali als Ziel der Wirtschaftskooperation verkündete Beseitigung von Hunger, Elend, Krankheit und Analphabetentum nicht mehr als ein vordergründiger propagandistischer Tribut gewesen ist. Das eigentliche Ziel des Wirtschaftszusammenschlusses besteht vielmehr in einer Stärkung der Position der lokalen Bourgeoisien und in einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit den imperialistischen Zentren. Dabei ist sowohl die Zusammenarbeit untereinander als auch das Verhältnis zu den imperialistischen Zentren gleichermaßen durch ein widerspruchsvolles Wechselverhältnis von Kooperation und Konkurrenz bzw. Konflikt bestimmt. Die Gemeinsamkeiten werden bislang vor allem durch einen antiozialistischen, vor allem gegen Vietnam gerichteten Konsens diktiert und halten zentrifugale Tendenzen in Grenzen.

Dominanz des Finanzzentrums Singapur

Will man eine kurze Bilanzierung der wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen versuchen, so läßt sich im Hinblick auf die handelspolitische Zusammenarbeit sagen, daß die ursprünglich besonders von Singapur angestrebte Formierung einer Freihandelszone bislang nicht erreicht wurde und man über erste Ansätze einer Liberalisierung für bestimmte Waren nicht hinausgekommen ist. Zudem überwiegen noch bilaterale Übereinkünfte über Zollpräferenzen zwischen einzelnen ASEAN-Mitgliedern.

Gegenüber den kapitalistischen Industrieländern treten die ASEAN-Länder zwar einheitlich für eine Lockerung des Zugangs zu ihren Warenmärkten auf, konnten bislang lediglich mit der EG die Meistbegünstigung im Außenhandel durchsetzen. Der Handel der ASEAN-Mitglieder untereinander stagniert seit Mitte der 70er Jahre bei etwa 15% ihres gesamten Außenhandels, ohne daß sich bislang eine Tendenz zur Erhöhung des Gewichts dieses Intra-ASEAN-Handels abzeichnet. Dies hängt vorrangig damit zusammen, daß viele Exportprodukte der ASEAN-Länder infolge der Ähnlichkeiten in ihrer Wirtschafts- und Produktionsstruktur untereinander in einem Konkurrenzverhältnis stehen.

Hemmend wirkt auch, daß die ökonomischen Gewichte innerhalb der Gemeinschaft ungleich verteilt sind. So steht Singapur mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 3.830 Dollar (1979) an der Spitze der Gemeinschaft, während Indonesien mit 370 Dollar das Schlußlicht bildet. Dieser Entwicklungsabstand dürfte sich – legt man die gegenwärtig annähernd gleichen Wachstumsraten der ASEAN-Ökonomien zugrunde – auf absehbare Zeit nicht verringern lassen.

Es ist mithin nicht grundlos, wenn die übrigen Mitgliedsländer der ASEAN befürchten, daß eine zu starke Handelsliberalisierung innerhalb der Gemeinschaft eine weitere Verschlechterung der Entwicklungsunterschiede zur Folge haben könnte und die führende Position Singapurs, das heute bereits als Finanzzentrum des Asienollermarktes fungiert, fast unvermeidlich zu ihren Kosten ausgebaut würde.¹⁰

Auch die industrielle Kooperation steckt noch in ganz bescheidenen Anfängen. Von den ursprünglich fünf gemeinsamen Projekten haben gegenwärtig nur noch drei – je eine Kunstdüngerfabrik in Indonesien und Malaysia und eine Soda-Asche-Fabrik in Thailand – Aussicht auf Realisierung. Gewisse Absprachen gibt es auf dem Gebiet der Energieversorgung, wobei Malaysia eine Garantie für die Ölversorgung der Partnerländer übernommen hat. Entscheidend ist aber, daß die ASEAN-Länder bis heute nicht über die ökonomische Kraft verfügen, die ihnen ohne Beteiligung des Auslandskapitals erlauben würde, über eine verstärkte industrielle Kooperation ihren Investitionsgüterbedarf zu decken. So deutet vieles darauf hin, daß die internationalen Konzerne in beträchtlichem Maße von den Integrationsbestrebungen der ASEAN-Länder profitieren.¹¹

„Einladung an das europäische Kapital“

Schon heute ist die ASEAN-Region Austragungsort einer heftiger werdenden ökonomischen Konkurrenz zwischen den drei imperialistischen Zentren.

Mit einem Anteil von 25% ist Japan heute der Haupthandelspartner der ASEAN, gefolgt von den USA mit etwa 18%. Auch bei den ausländischen Direktinvestitionen liegt Japan mit einem Anteil von über 32% an der Spitze, gefolgt von den USA mit 16% und den EG-Ländern mit 14%.

Die EG hat im März 1980 ein neues Kooperationsabkommen mit den ASEAN-Ländern unterzeichnet, das als „Einladung an das europäische Kapital“ charakterisiert wurde, sich in den ASEAN-Ländern „auf Daunen betten zu lassen, in einem Investitionsparadies, in dem die hierarchische Ordnung von Kapital und Arbeit noch auf traditionellen Füßen steht“.¹²

Das insbesondere von der Bundesrepublik, die heute bereits der größte Handelspartner der ASEAN unter den EG-Ländern ist, vorangetriebene Kooperationsabkommen ist unter einer offen antivietnamesischen Zielsetzung abgeschlossen worden: Zu Papier gebracht wurde die gemeinsame Überzeugung, daß die „wirtschaftliche Prosperität in Südostasien die beste Garantie für Freiheit und Demokratie sei“, um die „politische Stabilität“ in der Region zu verstärken.¹³ Nicht verwunderlich ist es daher auch, daß die ASEAN-Länder sich zum selben Zeitpunkt der EG-Initiative zu Afghanistan anschlossen und ihrerseits die volle Unterstützung der EG fanden, als sie in der UNO dem Pol-Pot-Regime zu internationaler Anerkennung verhalfen.

Überhaupt dürfte das weitere Verhalten der ASEAN in der Kampucheafrage den entscheidenden Kristallisationspunkt für die zukünftige internationale Rolle der Staatengruppierung bilden. Seit Mitte der 70er Jahre optieren die ASEAN-Länder für die Errichtung einer „Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität“ in Südostasien.

Damit sind jedoch unterschiedliche Vorstellungen verknüpft. Während Malaysia auf ein militärisches Disengagement der Großmächte in diesem Raum hinauswill, wobei die ausländischen Militärstützpunkte Schritt für Schritt abgebaut werden sollen, begrüßen die übrigen Mitgliedsländer die militärische Präsenz der USA in der Region.¹⁴ Trotz ihres teilweisen militärischen Disengagements nach der Niederlage in Indochina haben die USA ihre Truppenpräsenz in Thailand und auf den Philippinen beibehalten.

Die neue Administration unter Ronald Reagan hat jetzt strategische Vorstellungen für den Fernen Osten entwickelt, deren Verwirklichung in jedem Falle mit der durch die ASEAN vertretenen Konzeption einer Neutralitätszone unvereinbar ist. Danach sollen die ASEAN-Länder neben Japan, China und Südkorea zum Bestandteil einer gegen Indochina und die Sowjetunion gerichteten Koalition werden. Ein weiteres Element dieser neuen Fernoststrategie bildet eine „neue amerikanische Entschlossenheit“, d.h. die verpflichtende Bereitschaft der USA, künftig proimperialistische Regimes in der Region wieder verstärkt militärisch zu unterstützen. In diesem Sinne plant Washington für das nächste Jahr eine Erhöhung seiner Militärhilfe für die ASEAN-Länder um 25%.

Schließlich wollen die USA auch künftig – unabhängig von aktuellen Krisenentwicklungen – permanent ihre militärische Stärke in der Region zur Schau stellen. Wichtigstes Instrument hierfür ist der Ausbau der 7. Flotte, die mit 62-75 Kriegsschiffen, 450 Kampf- und Aufklärungsflugzeugen und rund 60.000 Soldaten (davon 22.000 Marineinfanteristen) bereits heute die stärkste militärische Macht in der Region darstellt.¹⁵

„Neue Entschlossenheit“ der USA

Es ist offenkundig, daß diese Pläne eine manifeste Bedrohung für das Neutralitätskonzept der ASEAN darstellen. Der auf eine Militarisierung der ASEAN zielende Druck würde rasch zunehmen und den Bewegungsspielraum der ASEAN erheblich einengen, falls den USA auf diese Weise die Wiederherstellung ihrer Vorherrschaftsrolle in Ost- und Südostasien gelänge.

An verschiedenen Punkten ist in den letzten Monaten deutlich geworden, daß die **Interessenlagen der USA und Chinas** einerseits und der ASEAN andererseits keineswegs deckungsgleich sind. Gewisse Differenzen wurden besonders während der Kampuchea-Konferenz der UNO im Juli 1981 deutlich. Während der Kampuchea-Plan der ASEAN u.a. vorsah, alle in **Kampuchea** operierenden militärischen Formationen als Voraussetzung zur Abhaltung „freier Wahlen“ zu entwaffnen, bestanden Peking und Washington hartnäckig darauf, die bewaffneten Banden Pol Pots hiervon auszunehmen.

Bei seinem Besuch in Peking vom Juni 1981 hatte US-Außenminister Alexander Haig seine Gesprächspartner unumwunden aufgefordert, ihre militärische Unterstützung für Pol Pot zu verstärken, da direkte Waffenlieferungen für die USA „einige Probleme“ schüfen.¹⁶ Nicht nur dies deutete darauf hin, daß die US-Sympathie mit der ASEAN in der Kampucheafrage nur verbaler Natur ist und es den USA in Wirklichkeit darum geht, die Kampucheafrage international am Kochen zu halten. Die gesamte Asienreise A. Haigs war ein antivietnamesisches Trommelfeuer, daß die in einigen ASEAN-Staaten aufgekommenen Hoffnungen auf eine schnelle Lösung der Kampucheafrage zusehends sinken ließ. In Auswertung der ASEAN-Außenministerkonferenz vom Juni 1981 kam die konservative Neue Zürcher Zeitung zu der bemerkenswert offenen Schlußfolgerung, daß die ASEAN-Länder „für die in Anspruch genommene amerikanische sicherheitspolitische und diplomatische Unterstützung gegen Vietnam einen politischen Preis bezahlen müssen; dieser besteht letztlich im Verzicht auf den in den fünf Hauptstädten unterschiedlich stark ausgeprägten Wunsch nach einer von Großmächteinflüssen weitgehend freien südostasiatischen Neutralitätszone und der Partizipation an den von Staatssekretär Haif in Manila geforderten 'kollektiven Politik der Starke zur gemeinsamen Abwehr der Kräfte des Bösen'“.¹⁷

Der zentrale Dissenspunkt in der strategischen Lageeinschätzung in der Region kommt vielleicht am besten darin zum Ausdruck, daß Malaysias neuer Premierminister Mahatir Mohamad kürzlich öffentlich äußerte, daß für sein Land die Hauptbedrohung nach wie vor von China ausgehe. Er setzte sich damit zusammen mit Indonesien, das eine ähnliche Position vertritt, in Gegensatz zu der von den ASEAN-Hardlinern Thailand (das jetzt sogar Sitz einer kampucheanischen „Exilregierung“ werden will) und Singapur sowie von Washington und Peking vertretenen These, alle „Gefahr“ gehe von Hanoi und Moskau aus.¹⁸

Hinter derartigen, insgesamt im ASEAN-Raum zunehmenden realistischeren Einsichten steht sicher – mehr als die Furcht vor chinesischem Revolutionsexport – die Erkenntnis, daß die gegenwärtige chinesische Politik nationalistischer, ethnozentrischer und offener auf hegemonialen Expansionismus in der Region gerichtet ist als der vorhergehende maoistische Kurs. Deutlich wird dies nicht zuletzt am Festhalten Pekings an seinen territorialen Ansprüchen im Südchinesischen Meer – eine permanente Bedrohung für die angrenzenden Staaten.

Dieser Realismus schließt zwar noch nicht die Erkenntnis ein, daß das von den ASEAN-Ländern vertretene Konzept der Äquidistanz, d.h. des gleichen Abstands zu den Blöcken, ein letztlich illusionäres, für die eigene Interessenwahrung untaugliches Konzept ist. Dennoch werden sie letztlich vor die folgende Alternative gestellt sein: entweder Unterordnung unter den US-Vorherrschaftsanspruch in der Region und Opferung des Interesses an einem Mindestmaß an Eigenständigkeit angesichts des konzertierten amerikanisch-chinesischen Drucks oder verstärktes Bemühen um Kooperation mit der sozialistischen Staatengruppe Indochinas auf der Basis der friedlichen Koexistenz.

Es läge somit letztlich im eigenen Interesse der ASEAN-Länder, die seit Mitte der 70er Jahre in der Region entstandenen Realitäten anzuerkennen und das von indochinesischer Seite im Juni 1981 unterbreitete Angebot (siehe Kästen) aufzugreifen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. U.S. News & World Report (USNWR), Washington, 10.8.1981, S.36
- 2) Vgl. hierzu: H.J. Axt, Westeuropa als neue Weltmacht? Entwicklungsstand und Perspektiven der EG-Außenpolitik (II), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1980, S. 959ff.
- 3) Vgl. dazu: W. Wallraff, Interessen und Politik Japans gegenüber der ASEAN-Gruppierung, in: Asien, Afrika, Lateinamerika (AAL), Berlin, Bd. 8, Heft 1/1980, S. 99ff.; auch: AIB 6/1981, S. 55ff.
- 4) Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1981, Washington 1981, S. 150f.
- 5) Asia Yearbook 1978, Hongkong 1978, S.70
- 6) Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1981, a.a.O., S. 164f.
- 7) Vgl. dazu: F. Fröbel/J. Heinrichs/O. Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek bei Hamburg 1977, passim.
- 8) Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1981, a.a.O., S. 196
- 9) Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 13.7.1979
- 10) Vgl. W. Pfennig, Development Through Regional Cooperation. The Example of the Association of the Southeast Asian Nations (ASEAN), in: Vierteljahresberichte. Probleme der Entwicklungsländer, Nr. 73/1978, S. 219ff.
- 11) Vgl. H. Fessen/E. Jacob/B. Wolf, Die ASEAN-Staaten: Bilanz und Perspektiven der ökonomischen Entwicklung, in: AAL, Bd. 8, Heft 3/1980, S. 475ff.
- 12) Frankfurter Rundschau, 1.3.1980
- 13) Vgl. ebenda
- 14) Vgl. hierzu: H. Fessen, Die ASEAN: Aktuelle Probleme und Tendenzen, in: Deutsche Außenpolitik, Berlin, Nr. 3/1978, S.71
- 15) Vgl. USNWR, a.a.O. und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.8.1981
- 16) Vgl. FEER, 26.6.1981
- 17) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 22.6.1981
- 18) Vgl. International Herald Tribune, Zürich, 24.8.1981 und FEER, 28.8.1981

Joel Lacamora

Geheimer Weltbankplan für Indonesien

In einer höchst vertraulichen Studie, in deren Besitz der Counter Spy und das Southeast Asia Resource Center unlängst gelangte, warnt die Weltbank die Suharto-Regierung vor einem – wie sie es einschätzte – nationalistischen Zug in der derzeitigen Wirtschaftspolitik und schreibt drastische Maßnahmen vor, um den Einzug von ausländischem Kapital zu fördern. Diese Schritte, so behauptet die Bank, würden „starke Medizin für die indonesische Wirtschaft...“ bedeuten.¹

Das geheime Dokument hebt auch die Konflikte zwischen US-amerikanischen und japanischen Investitionen in Indonesien hervor und zeigt auf, daß die Weltbank in diesem Zusammenstoß in der Tat auf der Seite des US-Kapitals steht.

Rückkehr zum „Goldenen Zeitalter“

Zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) spielte die Weltbank eine mächtige richtungsweisende Rolle in der Gestaltung der Wirtschaftspolitik des Suharto-Regimes. Die Bank spielte eine Schlüsselrolle bei der Bildung der Inter-Regierungsgruppe von Indonesien (IGGI) im Jahr 1976, bestehend aus ihr selbst, dem IMF und 13 Kreditgeber-Nationen, die als Gegenzug zu einer „Politik der offenen Tür“ gegenüber dem ausländischen Kapital die Rückzahlungsbedingungen für Schulden erleichterten, die von der vorhergehenden nationalistischen Sukarno-Regierung aufgenommen worden waren.² Die Bank war Indonesiens größter Entwicklungshilfe-Geber und der Beitrag der an Suharto vergebenen Darlehen von über 4 Mrd Dollar ist der größte, den irgendein südostasiatisches Land empfangen hat. Ihre Rolle als Gläubiger ist in eine enorme programmatische, entscheidungsbefugte Macht hinübergewachsen. Sie wird ausgeübt über Front-Gruppen wie z.B. die berühmte „Berkeley Mafia“ von Westküsten-Technokraten, die die wirtschaftlichen Grundlagen von Indonesiens „Neuer Ordnung“ nach dem vom CIA unterstützten Staatsstreich legten, der Sukarno stürzte und ein Terrorregime einleitete, das mindestens 600.000 Menschenleben kostete.

In dem geheimen 600-Seiten-Dokument mit der Überschrift „Ausgewählte Fragen der industriellen Entwicklung und Handelsstrategie“ ermahnt eine Mission der Bank, die Indonesien im Jahr 1979 besuchte, die Indonesier, zum „Goldenen Zeitalter“ zurückzukehren. Dies würde charakterisiert durch den praktisch ungehinderten Zugang ausländischen Kapitals, der zwischen 1967 und 1974 vorherrschte.

„Die Ansicht, daß private ausländische Investitionen eine führende Rolle im Entwicklungsprozeß spielen können, untermauert durch die höchst günstigen Anreize und Garantien für ausländische Investoren ... war nur für eine vergleichsweise kurze Zeitspanne nach 1967 vorherrschend“, beklagt der Bericht. „Eine Reihe von politischen Entscheidungen Mitte der 70er Jahre schränkten die Politik der 'offenen Tür' bedeutend ein.“

Die bedeutsamsten davon waren Anforderungen nach um-

fangreicheren und schnelleren Zunahmen von einheimischen Eigentumsbeteiligungen, umfangreicheren Investitionskontrollen, einschließlich der Schließung bedeutender Sektoren für private ausländische Investitionen, Verbot für ausländische Firmen, sich in Vertriebsaktivitäten zu engagieren (selbst für deren eigene Produkte), Pflicht zur schnelleren Beförderung von Indonesiern in Facharbeiter- und Managementpositionen sowie Neuaushandlung von Bedingungen, die ausländische Investitionen in den auf Naturreichtümern basierenden Industrie betrafen.“

Die Bank erwähnt nicht, daß die wichtigsten politischen Veränderungen, die sie aufzeigt, eine defensive Antwort seitens der Suharto-Regierung auf die nationalistische Massentimmung darstellten, die sich in den antijapanischen Unruhen vom Januar 1974 entlud, als der damalige Premierminister Japans, Kakwei Tanaka, Indonesien besuchte.

Zwischen 1967 und 1979 erreichten die genehmigten ausländischen Investitionen 7,1 Mrd Dollar. Die ausgeführten oder realisierten Investitionen beliefen sich auf 3,4 Mrd Dollar, wovon 2,2 Mrd Dollar oder 65% in den schnell wachsenden Industrie-Sektor strömten.

Unter den Investoren lag Japan mit 2,5 Mrd Dollar oder fast 36% klar in Führung, gefolgt von den Vereinigten Staaten mit 800 Mio Dollar oder 11%. Ein Hinweis für die starke Stellung, die ausländische Investoren in der Wirtschaft erreicht haben, ist die Tatsache, daß sie im gesamten Produktionsausstoß die staatlichen Firmen um 20-21% übertreffen. Ausländische Firmen beherrschen heute Bereiche wie Getränke, Fußbekleidung aus Leder, verarbeitete chemische Produkte, Glas und Glasprodukte, NE-Metall und elektrische Maschinen. Am Ausstoß pro Firma gemessen, sind ausländische Firmen im Schnitt doppelt so groß wie Staatsfirmen und mehr als siebenmal größer als einheimische (Privat-)Firmen. Ihre Produktionskapazität steht jedoch nicht im Einklang mit ihren Beschäftigungsmöglichkeiten, denn auf sie entfallen nur 1/10 der 683.000 in der Industrie beschäftigten Personen.

Trotz der gegenwärtig starken Stellung ausländischer Investoren sorgt sich die Weltbank um die Zukunft. Im Vergleich zum Zeitraum 1970-74, so zeigt sie auf, fiel der Zustrom von neuen genehmigten Investitionen um 34%. Nimmt man die Investitionen aus, die in das riesige Asahan-Aluminium-Verhüttungsprojekt fließen, so war der Rückgang mit 77% noch krasser.

„Viele Geschäftsleute deuteten der Mission gegenüber an, daß die Herstellungskosten für Fabrikzeugnisse in Indonesien die niedrigsten in Südostasien sein könnten, wenn es nicht das regulatorische Umfeld gäbe“, informiert die Bank die Regierung. Sie fährt fort: „Trotz der jüngsten Einschränkungen glauben ausländische Investoren immer noch, daß Indonesien mit seiner großen Bevölkerung als potentielle Kunden einen attraktiven Ort für Langzeit-Investitionen darstellt. Es besteht jedoch weniger Einmütigkeit darüber, ob das so bleiben wird, wenn sich die gegenwärtigen Trends

fortsetzen." Sie schlägt der Regierung danach vor, daß „die Anreize für diese Firmen, sich lieber hier als in einem anderen südostasiatischen Land niederzulassen, ... zur Verfügung gestellt werden müssen."

Ständiger Gegenstand des Berichts ist die Praxis unrechtmäßiger Zahlungen, „die der effektivste Weg sind, Angelegenheiten zu beschleunigen". Besondere Besorgnis wird darüber geäußert, daß US-Firmen nicht in der Lage sind, auf diesem Gebiet zu konkurrieren, da sie durch US-Gesetze einschneidend darin beschränkt sind, Bestechungsgelder zu zahlen. (...)

Die Lösung der Bank für das, was sie als ein zunehmend ungünstigeres Investitionsklima betrachtet, ist nichts weniger als eine radikale Umstrukturierung der Industrie durch ein „umfassendes Programm der Entregulierung und der Ausmerzung von Markt-Interventionen". Unter den Vorschlägen, die unmittelbar die ausländischen Investitionen betreffen, befinden sich die folgenden:

1. „Das DSP-System (Vorrangliste für Investitionen) sollte ... entscheidend verändert werden und es sollten irgendeiner ordnungsgemäß eingetragenen ... ausländischen Firma, die in legaler Weise Waren herstellt oder Dienstleistungen anbietet, im Hinblick auf Beginn oder Ausweitung jeglicher Geschäftstätigkeit keinerlei Einschränkungen auferlegt werden."

2. Die Ausbeutung von Naturreichtümern wie Kupfer, Zinn und Holz, die gegenwärtig beschränkt ist, sollte für ausländische Investoren geöffnet werden. „Das Interesse der Gesellschaft als ganzes gegenüber besonderen Einzelpersonen mit Eigentumsrechten an besonderen Firmen", führt die Bank aus, „besteht darin, daß diese Naturreichtümer auf die wirksamste Weise gehandhabt werden, um so die höchstmöglichen Rückwirkungen aus diesen Naturreichtümern zu erhalten, erzielt durch Lizenzgebühren und Steuern, die den Firmen auferlegt werden, die diese Reichtümer ausbeuten."

3. Einschränkungen des Einsatzes von ausländischen Arbeitern sollten gelockert werden. In der Tat, die Bank tritt ein für „eine klare Politik des uneingeschränkten Zuganges für hochqualifiziertes Personal aus dem Ausland..." Sogar Einschränkungen für niedriger qualifiziertes ausländisches Personal sollen aus folgenden Gründen gelockert werden: „Während ausländische Firmen auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sein können, um Positionen auf hoher Ebene zu besetzen, so neigen diese Kosten dazu, von höheren Ausgaben für die Ausbildung einheimischer Arbeiter auf niedrigeren Ebenen übertroffen zu werden."

4. Einschränkungen des Eigentums, wie die Vorschrift, daß 51% der Anteile einer Firma nach einer bestimmten Anzahl von Jahren in indonesische Hände übergehen müssen, sollen gelockert werden, teilweise deshalb, weil „ausländische Firmen, die Produktions- oder Geschäftsgeheimnisse besitzen, nicht in Gebiete investieren werden, wo ihre Kontrolle über dieses Wissen durch erzwungene Übertragung von kontrollierenden Besitzanteilen an einheimische Firmen oder Einzelpersonen bedroht wird."

5. Ausländischen Firmen sollte der Zugang zu einheimischen Krediten gestattet werden. Um diesen mit Sicherheit strittigsten ihrer Vorschläge zu rechtfertigen, behauptet die Bank, daß „in einem Land wie Indonesien, wo das zentrale Problem weniger die Mobilisierung von Ressourcen als vielmehr ihre wirksame Nutzung ist, es wenig Rechtfertigung für das Auferlegen von Beschränkungen auf Finanzierungen gibt, die den Prozeß der privaten ausländischen Investitionen begrenzen".

Diese drastischen Vorschriften in Bezug auf ausländische Investitionen sind Teil eines „Liberalisierungspaketes", das – wie die Bank hofft – „eine enge Annäherung an den freien Handel" bewirken wird. Die Abschaffung mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen sowie der Schutzzölle, die die indo-

Indonesien-Daten

Territorium: 1.919.000 qkm (etwa achtfache Fläche der BRD); I. zählt insgesamt 13.677 Inseln; Kalimantan, Sumatra, Jawa (hier leben 65% der Bevölkerung), Sulawesi und Irian-Yaya machen rund 9/10 des Landesterritoriums aus

Bevölkerung: 142,9 Mio (1979)

Hauptstadt: Jakarta (auf Jawa gelegen), mit 6,2 Mio Einwohnern

Währung: Rupiah (Rp); 100 RP = 0,37 DM (Stand August 1981)

Religion: 85% der Indonesier sind Moslems; ferner gibt es Christen, Konfuzianer und Hindus

Amtssprache: Bahasa Indonesia

Klima: großteils tropisches Monsunklima (rund 7 Monate Regenzeit, Jahresdurchschnitts-Temperatur um 28 Grad)

Staatsform: I. ist Präsidentschaftsrepublik. Seit dem Rechtsputsch vom September 1965 führt General Suharto ein Militärregime an. Im obersten Staatsorgan, dem Konsultativen („beratenden") Volkskongreß, sind nur 39% der Abgeordneten gewählt und 25% Militärs. Der Volkskongreß, der sich aus Parlamentsabgeordneten und Gebietsvertretern zusammensetzt, wählt den Präsidenten.

Die Regierungspartei GOLKAR, die von Militärs geführt wird und Staatsbedienstete und Berufsverbände repräsentiert, verfügt im Parlament mit 232 und 460 Sitzen (Wahlen vom Mai 1977) über eine absolute Mehrheit. Die relevantesten legalen Oppositionsparteien, die moslemische Partei der Einheit und Entwicklung (PPP) und die nationalistisch-christliche Demokratische Partei Indonesiens (PDI), halten 99 bzw. 29 Sitze. Die Kommunistische Partei Indonesiens und andere progressive Parteien und Massenorganisationen wurden 1965 verboten, grausam verfolgt (über 1/2 Mio Ermordete, Hunderttausende von politischen Gefangenen) und illegalisiert.

Wirtschaft: Unterentwickeltes kapitalistisches Agrarland, in dem noch immer 59% der Beschäftigten auf die Landwirtschaft, 12% auf die Industrie entfallen. Die Landwirtschaft trägt etwa 35%, die Erdölwirtschaft über 50% zum Nationaleinkommen bei. Der Industriesektor wird vom Auslandskapital dominiert. 2/3 der Bauern sind ohne Land. Infolge der drastischen Erhöhung der Öleinnahmen (rund 10 Mrd Dollar 1980/81) war die Handelsbilanz Is 1980 erstmals seit 20 Jahren ausgeglichen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg 1980 um 7%. Außenhandelspartner Nr. 1 ist Japan, auf das allein 50% der indonesischen Exporte entfallen.

Soziales: Is Pro-Kopf-Einkommen ist mit 370 Dollar (1979) das niedrigste innerhalb der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Mit einer Analphabetenrate von 38% und einer Lebenserwartung von 53 hält I. ebenfalls das Schlußlicht in der ASEAN. Mindestens 1/3 der Bevölkerung leben unterhalb der absoluten Armutsgrenze von 200 Dollar. Die Arbeitslosenziffer liegt bei 10 Mio, die Inflationsrate bei offiziellen 15,9% (1980).

Geschichte:

1602 Beginn der holländischen Kolonisierung Is

1942-45 Japanische Okkupation

1945 Befreiungskrieg gegen britisch-holländische Interventionen
Proklamation der Unabhängigkeit Is

1945-67 Präsident Sukarno als Staatsoberhaupt

1963 Eingliederung Westirians (heute Irian-Yaya)

1965 Rechtsputsch unter Führung General Suhartos

1967 Suharto wird zum Nachfolger Sukarnos ernannt

1975 I. besetzt Osttimor

1978 Wiederwahl Suhartos

1982 Für Mai sind Parlamentswahlen angekündigt

nesische Industrie von der multinationalen Konkurrenz abschirmen, wird dringend empfohlen.

Das ist natürlich genau das, was landläufig als „Chilenische Lösung" bekannt ist, nach der radikalen Demontage der Schutzzölle durch den chilenischen Diktator Pinochet im Anschluß an den Militärputsch 1973. Was die Bank nicht erwähnt, sind die Kosten einer solchen Politik. Im Fall Chile stellt beispielsweise eine kürzlich erstellte Studie des weithin anerkannten chilenischen Wirtschaftswissenschaftlers Ricardo French Davis fest, daß die von Pinochets „Chicago Boys" (US-Wirtschaftswissenschaftler um Prof. Milton Friedman; d. Red.) eingeführte Zolltarifreform zum Bankrott von fast 1.600 chilenischen Gesellschaften geführt hat und zu einem Zustand der industriellen Stagnation, der das Land bis jetzt ungefähr 8,5 Mrd Dollar gekostet hat.³

Die sich wehrende indonesische Bourgeoisie, die noch weniger gefestigt ist als Chiles verhältnismäßig mehr etablierte

und reifere Unternehmerklasse, würde wahrscheinlich ein Desaster größeren Ausmaßes erleben, wenn die Liberalisierung stattfinden sollte.

Zusätzlich zum freien Zustrom ausländischer Investitionen und zur Liberalisierung des Handels schlägt die Bank als dritten Hauptzweig ihrer Strategie der Industriereform die Rückorientierung der Industrie von der „Import-Substitution“ zur Produktion für den Export vor. Indonesien muß sich auf die Produktion und den Export von arbeitsintensiven Leichtfabrikaten spezialisieren, was – so sagt die Bank – zu seinem „verhältnismäßigen Vorteil“ sei, da es mit ungelernter Arbeitskraft „gut ausgestattet“ sei.

Die Produktion für den einheimischen Markt muß in dem Prozeß heruntergeschraubt werden. Die Bank liefert dafür die folgende Begründung:

„...der einheimische Markt in Indonesien ist gegenwärtig, gemessen an der Kaufkraft, klein... und es ist unwahrscheinlich, daß er eine hohe Wachstumsrate im industriellen Bereich stützen kann. Indonesien muß deshalb seinen Blick mehr als gegenwärtig nach außen richten.“

Was die Bank wiederum bequem zu erwähnen vermeidet, sind die Kosten ihres Rezeptes. In den meisten Gebieten, wo die „exportorientierte Industrialisierung“ als der Weg zu industriellem Wachstum angenommen worden ist (so in Brasilien, Südkorea oder den Philippinen; d. Red.), gerät sie in ernsthafte Schwierigkeiten. (...)

Die Konzentration auf die Herstellung von arbeitsintensiven Leichtfabrikaten für die Märkte fortgeschrittener Industrieländer schien einen Weg zu zeigen, das industrielle Wachstum zu hegen, ohne eine Umverteilung des Einkommens vornehmen zu müssen. Dieser Vorteil hat sich jedoch jetzt als illusorisch herausgestellt, seit wirtschaftliche Stagnation und eine Welle von Protektionismus in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern die Möglichkeiten für Leichtfabrikate aus der Dritten Welt rapide verringern und die verschiedenen „Exportprogramme“ in einen halsabschneiderischen Konkurrenzkampf untereinander zwingen. (...)

Daß ausländische Multis die Vorhut der „exportorientierten Industrialisierung“ bilden werden, wird von der Bank kaum verheimlicht. Es sind genau diese arbeitsintensiven Bereiche, wie z.B. Textilien, Leder-Fußbekleidung und Holzprodukte, in denen ausländische Firmen, die ermutigt werden sollen, in die Exportförderung zu gehen, eine starke, wenn nicht bestimmende Stellung erreicht haben. Mehr noch, die Bank schlägt die Einrichtung von „Export-Verarbeitungszonen“ vor, ähnlich denen, die jetzt in Südkorea, Hongkong und den Philippinen bestehen. Das sind Gebiete, in denen Multis Zugang zu billiger Arbeit ohne Belastung von Einfuhr- oder Ausfuhrabgaben haben können.



„Der Nutzen für die Firmen“, führt die Bank aus, „würde aus den niedrigen Kosten für zur Verfügung stehende Arbeitskraft, der vorhandenen Infrastruktur und Fabrikations-einrichtungen und aus der sichtbaren Sicherheit für einheimische und ausländische Investoren erwachsen, daß sie ohne irgendwelche institutionellen Hemmnisse frei importieren und exportieren können...“

Wenn es auch den Anschein hat, als sei das Dokument auf die Förderung des ausländischen Kapitals als ganzes gerichtet, drückt es jedoch in Wirklichkeit den Standpunkt von US- und anderen westlichen Firmen in ihrem Konkurrenzkampf mit dem japanischen Kapital aus.

Das wird indirekt durch ein Mitglied der Mission bestätigt, welches das Southeast Asia Resource Center darüber informiert hat, daß „die meisten befragten Führungskräfte entweder Amerikaner oder Europäer waren. Befragte Japaner neigten dazu, weniger geradeheraus zu sein und neigten oft dazu, eine positive Ansicht über das Reglement der ausländischen Investitionen zu äußern.“

Japanische Firmen haben wegen ihrer bekannten „Flexibilität“ im Umgang mit indonesischen Interessengruppen wie z.B. dem Militär in überwältigender Weise in Indonesien Fuß gefaßt.

Die leidige japanische Konkurrenz ausschalten

Gemeinsame Unternehmungen mit Indonesiern, ein System, in dem die Japaner sehr tüchtig geworden sind, ziehen das Feuer der Bank auf sich, die meint, daß „einheimische Beteiligung wenig mehr bedeutet als eine Zahlung an eine einheimische Firma, die dafür als Fassade fungiert, um eine Konzession zu erhalten. Vieles von dem Kapital für diese einheimischen Fassaden“, behauptet die Bank, „ist in Wirklichkeit Risiko-Kapital, das von dem ausländischen Partner oder dem ausländischen Hersteller zur Verfügung gestellt wird, der die Kontrolle über die Gesellschaft ausüben kann, sogar nachdem sie theoretisch in indonesisches Eigentum übergegangen ist, und zwar durch Langzeitmanagement und Lieferverträge.“

Einheimische Partner, so stellt der Bericht fest, werden aus einem engen Kreis von Gruppen mit hohem Einkommen herangeholt. „Ein Studium der Eigentumsstrukturen in der indonesischen Industrie zeigt, daß sich einige Hundert der größten Industriebetriebe im Teilbesitz von hochgestellten Regierungsbeamten und ihrer engen Verwandtschaft befinden.“

Gemeinsame Unternehmungen, so schließt die Bank, ermuntern diese Indonesier weniger dazu, eine geschäftliche Karriere zu machen, sie drängen sie vielmehr dazu, „ihre Beziehungen zu entwickeln und ihre Bezüge als Fassaden-Männer zu maximieren“.

In diesem Lichte betrachtet, stellt der Weltbank-Bericht über Indonesien einen bedeutsamen Zug im sich verschärfenden Konflikt zwischen US-amerikanischem und japanischem Kapital um die Kontrolle des größten nationalen Marktes in dem heute als erstes ökonomisches Wachstumsgebiet der Welt betrachteten Südostasien dar.

(Quelle: CounterSpy, Washington, Nr. 3/Mai-Juli 1981, S. 19-23)

Anmerkungen:

- 1) Soweit nicht anders bezeichnet, stammen alle Zitate aus dem Weltbank-Dokument: Weltbank, Selected Issues of Industrial Development and Trade Strategy, Washington, 29.10.1980
- 2) Pacific Asia Resource Center, Japanische Transnationale Unternehmen in Indonesien. AMPO, o.O., Band 12, Nr. 4/1980, S.4. Diese ausgezeichnete Quelle gibt einen umfassenden Überblick über japanische Investitionen in Indonesien
- 3) Elizabeth Fransworth und Stephan Talbot, Dispatches, in: The Nation, 31.1.1981, S.103

Unser Ziel 1981/82: Tausend neue Abonnenten!

Gegenwärtig hat das AIB etwa 4500 Abonnenten. Die Standardauflage liegt – je nach der Brisanz des Schwerpunktthemas der Hefte – bei 5000 bis 8000 Exemplaren. Wir sind damit die meistgelesene Monatszeitschrift zur Dritten Welt in der Bundesrepublik. Ein gutes Ergebnis, meinen wir, aber dennoch kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Wir wollen mehr. Mehr Leser. Und vor allem: Mehr Abonnenten! Denn ein kontinuierlicher Abonnentenzuwachs ist die wichtigste Grundlage für die Fortsetzung der erfolgreichen Aufwärtsentwicklung unserer Zeitschrift. Die positive Entwicklung der Abonnentenzahlen in den ersten Monaten 1981 hat uns veranlaßt, uns ein ganz konkretes Ziel zu stecken: Tausend neue AIB-Abonnenten bis zum Sommer 1982!

Appell an unsere Leser: Helft mit – werbt neue AIB-Abonnenten!

Wir wissen: Ohne die tatkräftige Mithilfe unserer Leser werden wir dieses hochgesteckte Ziel nicht erreichen können. Denn wir verfügen weder über einen umfangreichen Werbeetat noch über einen Stamm finanzkräftiger Inserenten. Auch einen kostspieligen Vertrieb über die kommerziellen Kiosknetze könnten wir uns nicht leisten, ohne den Verkaufspreis drastisch zu erhöhen. Deshalb unser Appell: Helft mit! Verbreitet das AIB in Eurem Bekanntenkreis! Bringt das AIB bei Aktionen im Freiverkauf unter die Leute! Werbt neue Abonnenten für das AIB!

Es lohnt sich, neue AIB-Abonnenten zu werben

Gleichzeitig läuft unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ weiter, und zwar mit erheblich erweitertem Buch- und Schallplattenangebot. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl zur Verfügung. Er muß nur selbst AIB-Abonnent sein; und der neue Abonnent muß das Abo bezahlt oder einfach die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt haben.



Unser Angebot: Gratishefte für Neuabonnenten!

Ab sofort erhält jeder, der das AIB für mindestens ein Jahr abonniert, unser Sonderheft 1/1981 „Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf“ zur Berliner Konferenz gratis. Damit spart er 4 DM! Das Sonderheft gibt anhand von Originalbeiträgen einen zusammenhängenden Überblick über die Positionen nationaler Befreiungsbewegungen und revolutionärer Parteien in Entwicklungsländern.

Für einen Abonnenten:

Ernesto Cardenal
Die Stunde Null
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Autorenkollektiv
**AFRIKA. Geschichte von den Anfängen
bis zur Gegenwart in vier Bänden**
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten
Pahl-Rugenstein Verlag 1979/80



Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei – Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv Verlag 1981

Eduardo Galeano
**Die offenen Adern Lateinamerikas.
Die Geschichte eines Kontinents
von der Entdeckung bis zur Gegenwart**
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten,
Peter Hammer Verlag 1981

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
Südafrika.
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, Pahl Rugenstein 1978

Lore Schultz-Wild
Die zweite Befreiung.
Alphabetisierung in Nicaragua
Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal
204 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Sergio Ramirez
Viva Sandino! Leben und Tod des
ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
157 Seiten, Peter Hammer 1981

MALIBONGWE.
Freiheitsgedichte südafrikanischer Frauen
176 Seiten, Weltkreis 1980

Michael Opperskalski
Gott ändert nichts...
Iran gestern und heute
236 Seiten, Weltkreis 1980

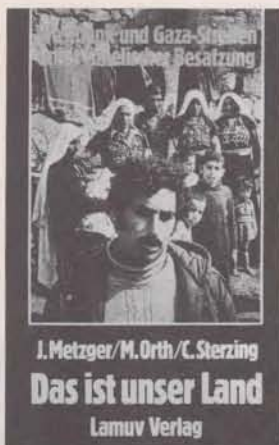
Brigitta Benzing/Kahsai Wolde-Giorgis
Das neue Äthiopien.
Vom Kaiserreich zur Revolution
196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Prosper Kivouvou
Angola. Vom Königreich Kongo zur
Volksrepublik
272 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Ein Vierteljahrhundert mit Allende.
Erinnerungen seines Privatsekretärs
429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Giesenfeld
Vietnam – Laos – Kampuchea
240 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Amendt
Das Sexbuch
249 Seiten, Weltkreis 1979



Plácido Erdozañ
San Romero de America.
Das Volk hat dich heiliggesprochen.
Die Geschichte des Bischofs von San Salvador
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Jan Metzger/Martin Orth/Chr. Sterzing
Das ist unser Land – Westbank und
Gazastreifen unter israelischer Besatzung
320 Seiten, Lamuv 1980

Hermann Kohn
El Salvador/Nicaragua.
Aufstand im US-Hinterhof
191 Seiten, Weltkreis Verlag 1981

Peter Schütt
Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.
Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?
264 Seiten, Weltkreis 1981

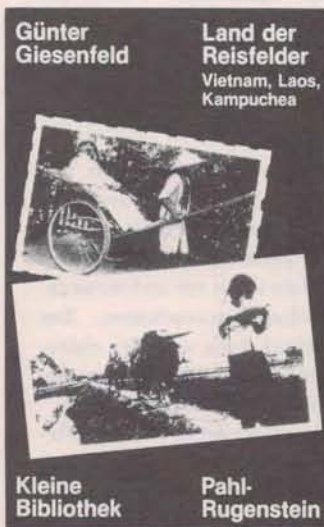
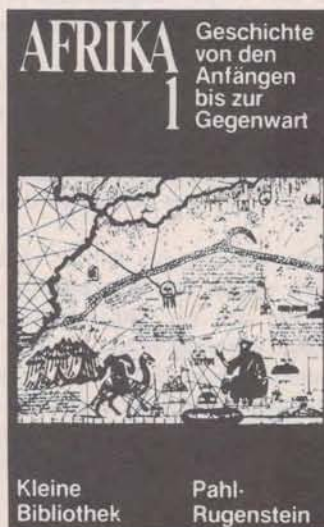
Ernesto Cardenal
In Kuba. Bericht von einer Reise
388 Seiten, Peter Hammer 1980

Wolfram Brönner
Afghanistan.
Revolution und Konterrevolution
290 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)
Befreiungsbewegungen in Afrika.
Politische Programme, Grundsätze und
Ziele von 1945 bis zur Gegenwart
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez
Vom Vergnügen des Präsidenten.
Erzählungen aus Nicaragua
141 Seiten, Peter Hammer 1981

Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer
Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und
Befreiungskampf heute
219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980





Miges Baumann

Widerstandsformen in Indonesien. Z. B. Cibinong-Citereup

Citereup ist ein kleines Dorf in der Nähe der indonesischen Hauptstadt Jakarta, an der Autobahn nach Bogor. Schwere Lastenzüge, vollgeladen mit Zementsäcken, dröhnen ständig durch die enge Straße und wirbeln den Staub auf.

Im Dorf und einige Kilometer weiter entfernt stehen zwei der leistungsfähigsten Zementfabriken Indonesiens, Citereup und Cibinong. Ca. 1500 ha ehemals fruchtbares Land wurden durch die beiden Fabriken und deren weitverzweigte Abbaugelände und Steinbrüche belegt. Schon am frühen Morgen sind Detonationen der Sprengladungen weithin zu hören.

Suhartos Elitetruppe: Wächter der Zementfabrik

Das Land wurde den Bauern einfach genommen, zum Teil sogar ohne Entschädigung. Im Dorf Lulut sind beispielsweise seit 1973 262 ha Land noch nicht bezahlt und es macht nicht den Anschein, daß die Bauern jemals noch eine Entschädigung erhalten, denn die Fabrik ist ein indonesisch-japanisch-taiwanesisches Gemeinschaftsunternehmen. Der Bruder des indonesischen Staatspräsidenten und der chinesische Finanzmann der Präsidentenfamilie, Lim Sulion, haben beträchtliche Kapitalmengen in die Fabrik gesteckt.

Gegen sie wagt niemand, sich direkt zu wehren. Einige Veteranen der KOSTRAD, Suhartos Elitetruppe zur Zeit seines Putsches 1965, sind nun als Wächter des Fabrikareals eingestellt. Die Leute erzählen sich, daß der Distriktchef von der Fabrik einen Volvo geschenkt erhalten habe, damit er die

Klagen der Bevölkerung nicht weiterleite.

Und Anlaß zu Klagen haben die Dorfbewohner, Fabrikarbeiter und umwohnenden Bauern genug: In der Nähe der Fabriken wachse kein Reis mehr, erzählen sie. Der Zementstaub betoniert die Naßreisfelder sozusagen zu, 75% der Durian-Bäume, eine beliebte tropische Waldfrucht, seien eingegangen, zweifellos wegen den Zementimmissionen. Die Blätter der Bananenstauden sind durch dermaßen großen Staubüberzug kaputt und unbrauchbar geworden. Diese Blätter werden sonst als Teller und Verpackungsmaterial für eine Vielzahl von Nahrungsmitteln verwendet. Die Erträge der Fruchtbäume und Gemüsepflanzen nehmen ab.

Der Hunger der Städteplaner nach Zement ist fast unerschöpflich und wenn die Inlandnachfrage gesättigt ist, will Indonesien ein großangelegtes Zementexportprogramm starten. Dies hat zur Folge, daß die Zementfabrik ständig expandiert und neues Land beansprucht, was besonders den Bauern größte Sorgen bereitet.

Die Entwicklungseffekte für die umliegenden Dörfer sind eindeutig negativ. Die Fabriken stellen fast ausschließlich ungelernete Arbeiter ein, und von den ca. 900 Arbeitern kommen nur wenige aus dem Dorf Citereup selbst. Die meisten Arbeiter sind zugezogen und finden im überfüllten Dorf keine rechte Unterkunft. Viele müssen mit einem Bretterverschlag von der Größe eines Bettes zufrieden sein. Dabei ist das Dröhnen der Fabrik ständig zu hören, und viele Menschen – auch kleine Kinder – leiden an Silikose, einer Vergiftung der Lunge und der Atemwege.

Die Fabrikleitung behauptet, sie hätte Filter einbauen las-



Dank der Verschmutzung durch die Zementfabrik Citereup (I.) muß nach Trinkwasser tief gegraben werden

sen, und tagsüber sieht man tatsächlich kaum Staub den Kaminen entweichen. Die Arbeiter sagen aber, daß der Staub durch eine besondere Vorrichtung tagsüber zurückgehalten und erst nachts abgelassen werde, dann allerdings sei das ganze Dorf wie in Nebel gehüllt...

Was die Dorfbewohner besonders erbittert und bedroht, ist die Tatsache, daß ihre Sod-Brunnen, denen sie Wasch- und Trinkwasser entnehmen, langsam austrocknen, weil der Grundwasserspiegel sinkt. Das Wasser fließt auf einen innerhalb des Fabrikareals maschinell gebohrten Tiefbrunnen zu. Während im Dorf vorher Brunnen mit einer Tiefe von etwa 6 m genügten, müssen die Dorfbewohner die Brunnen nun von Hand etwa 20 m tief graben, damit sie überhaupt noch auf kärgliche Reste von verschmutztem Wasser stoßen.

Auf diese Weise werden Bauern und Dorfbewohner von Citereup durch eine ins Dorf gepflanzte Industrie langsam die Lebensgrundlagen entzogen und zerstört.

Eine kleine lokale Düngerfabrik ist so ebenfalls bedroht, weil sie in einem Gebiet Phosphor abbaut, welches nun von der Zementindustrie beansprucht wird. Diese Fabrik war im Besitz einiger Dorfbewohner und bot Arbeit und Verdienst. Im Dorf ist das Unbehagen über die Zementfabrik verständlicherweise sehr groß. Ein direkter und offener Widerstand dagegen würde sich aber sicher kontraproduktiv auswirken. Zudem macht die Verflechtung der Fabrik mit der Suharto-Familie allen Angst, auch den regionalen und politischen Behörden.

Eine Delegation, die sich beim Distriktchef (Bupati) über die unzumutbaren Emissionen und den Zustand des Trinkwassers beschwerte, wurde gefragt, wieviele Personen im Dorf schon daran gestorben seien. Als die Delegation antwortete, daß es viele Kranke gäbe und Unfälle in der Fabrik auch nicht selten seien, war die Sache für den Bupati erledigt.

Eine Klinik für das Dorf wurde von der Fabrikleitung schon mehrmals versprochen, aber nichts geschah.

Hier setzte nun die Arbeit einer Gruppe von indonesischen Journalisten und anderer Interessierter ein, die versuchte,

das Problem Citereup/Cibinong in einem neuen Vorstoß zu einem öffentlich bekannten Thema zu machen und somit neue Kanäle des Protests und Widerstandes zu finden.

Natürlich mußten die Dorfbewohner darüber genauestens informiert und damit einverstanden sein. Dies bedingte:

- häufige Besuche im Dorf, viele Gespräche und genaueste Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse. Ein Mitglied der Gruppe wohnte mehrere Wochen im Dorf;
- das Einverständnis und Mitwirken von lokalen Respektpersonen wie etwa einem Haji (ein Haji ist ein angesehener und oft wohlhabender Muslim, der schon einmal nach Mekka gepilgert ist) oder Lurah (Dorfchef/Bürgermeister);
- eine permanente Bewußtseinsbildung über die Problemzusammenhänge wie sie sich im Dorf und im weiteren politischen und ökonomischen Kontext stellen.

Anwälte der Dorfbewohner Citereups

Die Gruppe versteht sich als Anwalt der Dorfbewohner und versucht Artikel darüber in der Presse unterzubringen. Falls Citereup zu einem Thema wird, können es sich Fabrikdirektion und Distriktchef nicht mehr leisten, untätig zu sein. Sie werden sicher versuchen, das Problem als von außen gesteuerte Agitation abzutun. Deshalb ist es äußerst wichtig, daß die Dorfbewohner – wenn sie danach gefragt werden – eigenständig dieselben Forderungen stellen, wie sie auch in der Presse erhoben werden. Die Argumentation muß dabei durch die Staats-Prinzipien der Pancasila (Präambel der Verfassung) begründet werden können, damit sie politisch ein Gewicht hat (in diesem Falle mit den Prinzipien „Soziale Gerechtigkeit“, „Humanität“, „Demokratie“ und „Nationalismus“). Nur wenn die Behörden öffentlich unter Druck geraten, dabei aber nicht zum vornherein ihr Gesicht verlieren, werden sie zu einer Veränderung der Zustände bereit sein.

Ich spreche hier nicht von Parteiorganisationen und weitläufigen Oppositionsbewegungen wie sie etwa durch moslemische und christliche Gruppen, Militärfraktionen oder Studentenbewegungen organisiert werden können, sondern von den lokal begrenzten Widerstandsformen kleinerer sozialer Gruppen und dörflicher Gemeinschaften. Im Gespräch mit Indonesiern nach deren Veränderungsmöglichkeiten kommen Antworten, die zusammengefaßt auf folgendes hinauslaufen:

- Direkter und offener Widerstand zieht schnell repressive Reaktionen nach sich und führt nicht zum gewünschten Ziel.

- Opposition muß, wenn sie Erfolg haben will, in der Bevölkerung fest verankert sein und von ihr ausgehen. Oft ist sie mit Erinnerungen an die heldenhaften Unabhängigkeitskämpfe verbunden.

- Meistens braucht es einen „Mediator“ (einen Haji, Lurah, Lehrer oder sonst eine angesehene Person), der die Wortführung für das Dorf übernimmt und auch über die erforderliche Sprachgewandtheit und Bildung verfügt.

- Um einen Machtfaktor darzustellen, müssen weitläufige Beziehungen zu einflussreichen Beamten, Militärs oder – wie in unserem Fall – zu Presseleuten geknüpft werden und vorhanden sein.

- Proteste müssen mit der Pancasila oder sonst einer offiziellen Staatsmaxime begründet werden können. Je feiner und sorgfältiger dabei die Formulierungen gestaltet werden, desto eher werden sie von den Mächtigen akzeptiert.

Da nicht jede Stimme gleich viel zählt, wie wir das von unseren Abstimmungsdemokratie-Spielregeln her gewohnt sind, ist es für westliche Beobachter sehr schwer, die feinen Nuancen der Machtverhältnisse, welche schließlich zum Erfolg führen können, abzuschätzen und zu verstehen.

Peter Dietzel Im Umerziehungslager Ha Tay



Im Gästehaus des Lagers Ha Tay können ehemalige Thieu-Offiziere Besuch empfangen

In der anhaltenden antivietnamesischen Stimmungsmache der westlichen Medien spielen die Umerziehungslager, in die nach der Befreiung des Südens (1975) Offiziere und Beamte des Thieu-Regimes eingewiesen wurden, nach wie vor eine zentrale Rolle. Von „Konzentrationslagern“ und „kommunistischem Betrug“ ist die Rede. Peter Dietzel, der im Rahmen einer Delegation des Vorstandes der Vietnam-Freundschaftsgesellschaft im August dieses Jahres die Sozialistische Republik Vietnam bereiste, ist dem nachgegangen.

Mit der vollständigen Befreiung Südvietnams gerieten die Propagandisten des Antikommunismus, die jede Greuelthat der US-Ledernacken zu rechtfertigen wußten, in ein Dilemma: Die „Nacht der langen Messer“, die Ermordung aller Anhänger des alten Regimes, die sie für den Fall eines Sieges der Befreiungsfront vorausgesagt hatten, fand nicht statt.

Verzicht auf Racheakte

Vielmehr praktizierte die vietnamesische Führung eine Politik der nationalen Versöhnung, die jeden Gedanken an Rache ausschloß. Einbezogen in diese Politik wurden selbst jene Kräfte aus dem Militär und Verwaltungsapparat des Thieu-Regimes, die sich schwerster Verbrechen schuldig gemacht hatten. Man verzichtete darauf, sie vor ein Kriegsgericht zu stellen und setzte stattdessen auf ihre Umerziehung, auf den Versuch, selbst aus den engsten Kollaborateuren der US-Aggressoren, aus den Schergen und Folterern des Thieu-Regimes vollwertige Staatsbürger des sozialistischen Vietnam zu machen.

Umerziehungslager wurden eingerichtet. Diese hatten zunächst alle Armee- und Verwaltungsangehörigen des alten Regimes zu durchlaufen. Soldaten und einfache Angestellte wurden nach einer dreitägigen politischen Belehrung wieder entlassen, die meisten Offiziere nach wenigen Wochen. Gegenwärtig sind noch einige Tausend – genaue Zahlen sind nicht bekannt – hohe Offiziere und Verwaltungsbeamte interniert.

Die imperialistischen Propagandazentralen, die sich um die von ihnen prophezeiten Massaker „betrogen“ sahen, fanden

jedoch schnell einen Ersatz für ihre schmutzigen Kampagnen. Da nicht sein kann, was nicht sein darf, und Kommunisten nun einmal „Unmenschen“ sind, wurden die Umerziehungslager kurzerhand zu „Konzentrationslagern mit Zwangsarbeit“ umgedichtet, in denen vietnamesische Oppositionelle zu Tausenden an Entkräftung und Unterernährung starben. Das antikommunistische Weltbild war wieder in Ordnung.

Wir haben ein solches Lager besucht. In der Provinz Ha Son Binh, 25 km südlich von Hanoi, liegt in der Gemeinde My Hung, umgeben von Reisfeldern, das Umerziehungslager Ha Tay. Sein Kommandant, Oberstleutnant Nguyen Van Mo, informiert uns über seine Arbeit.

Ursprünglich für kriminelle Gefangene gegründet, erhielt das Lager nach der Befreiung des Südens den Auftrag, ehemalige Kader der Saigoner Verwaltung und Armee aufzunehmen. 462 Insassen sind es zur Zeit. „In ihrer Mehrzahl hohe Offiziere, die große Verbrechen gegen das Volk begangen haben.“

Was geschieht mit ihnen im Lager? „Nach der Politik unseres Staates ist der Hauptinhalt jeder Erziehung die Erziehung zur Arbeit. Sie ist Pflicht jedes Bürgers.“ Das Lager unterhält einen Landwirtschaftsbetrieb, eine Ziegelei und eine Möbelwerkstatt. Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden, wie in anderen Betrieben Vietnams.

Die Einteilung zur Arbeit berücksichtigt den Gesundheitszustand jedes einzelnen. Trotzdem gibt es Anpassungsschwierigkeiten, da die meisten manuelle Arbeiten bisher nicht gewohnt waren. Einige der Internierten sind zu einer Dolmetscher-Gruppe zusammengefaßt, die Übersetzungsarbeiten für Behörden und Verlage ausführt.

Als wir die Möbelwerkstatt besichtigen, fällt uns auf, daß die Arbeitsbedingungen hier wesentlich günstiger sind als in jenem Holzverarbeitenden Betrieb, den wir am Tag zuvor in Hanoi besucht hatten. Überhaupt scheint die Arbeit im Lager mehr Beschäftigungstherapie und erzieherische Maßnahme zu sein, als daß von ihrem Ergebnis eine Wiedergutmachungsleistung erwartet würde.

Zur Lagerordnung gehören regelmäßige politische Vorträge über die Geschichte und Politik Vietnams, über internationale Themen. Den Lagerinsassen stehen eine Bibliothek,

Ein ausführliches Interview mit dem bekannten vietnamesischen Publizisten und Literaturwissenschaftler Nguyen Khac Vien hat der Vietnam-Kurier, Organ der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam (Duisburger Str. 46, 4000 Düsseldorf 30), im August d.J. als Extraheft publiziert. Hier ein Ausschnitt:

NGUYEN KHAC VIEN: Wenn man von Umerziehung spricht, so ist nicht das ganze Volk gemeint, sondern nur eine bestimmte Kategorie. Die Umerziehung betrifft die Verantwortlichen des alten Regimes, diejenigen, die den Krieg geführt, die Bevölkerung bombardiert, gefoltert und massakriert haben, und besonders die alten Offiziere und gewisse politische Verantwortliche.

Nach der Befreiung existierten in unserem Land US-amerikanische und chinesische Subversionsnetze weiter fort und sie schufen eine Situation, die die Gefahr eines Bürgerkrieges in den Bereich des Möglichen rückte. 20 Jahre lang war das Land von den US-Amerikanern besetzt gewesen, die eine Armee von mehr als 1 Mio und eine Polizei von 200.000 Mann aufgebaut hatten. Und die versuchen immer noch, einen Bürgerkrieg zu provozieren.

Uns stehen große Mächte gegenüber: die USA und China

Nach einer Revolution gibt es nichts bedrohlicheres als eine solche Situation, besonders, wenn ausländische Mächte eine un stabile Situation aufrechterhalten wollen. Und es sind große Mächte die uns gegenüberstehen: die USA auf der einen Seite und China auf der anderen.

Ein Bürgerkrieg kann nur provoziert werden, wenn es gut ausgebildete und gut ausgerüstete Agenten gibt. Deshalb sind die alten Offiziere ins Lager eingewiesen worden, nicht wegen ihrer damaligen Verbrechen – wir verzeihen sie ihnen. Wenn man sie einem Tribunal vorführen würde, müßte man sagen: Sie haben so viele Menschen getötet, daß sie entweder die Todesstrafe oder lebenslange Haft erhalten müßten. So behält man sie also zur Beobachtung und stellt anhand von Gesprächen und der Beobachtung ihres Verhaltens fest, ob sie noch konterrevolutionär sind oder nicht.

Wenn man sie auf freien Fuß setzt, können sie den Bürgerkrieg provozieren oder nicht? Das ist die entscheidende Frage. Wir entlassen sie nur nach und nach, weil die US-Amerikaner eine sehr große Zahl von ihnen ausbildeten und noch einige übrig sind oder auch, weil die äußere Situation sehr gespannt ist und immer noch Kriegsrisiken von außen bestehen. Die Masse der Soldaten und Polizisten, etwa 1 Mio, sind gleich entlassen worden.

Man hat nur die Offiziere und hohen Verantwortlichen festgehalten. Der Grund, warum sie länger festgehalten werden, liegt in der aggressiven Politik der USA und Chinas, die uns gezwungen haben, einige Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen. Es gab Fälle, daß wir einige entlassen haben, die danach Verbrechen begangen haben und Menschen ermordeten. Es gibt immer noch Agentennetze, die Kader umbringen, die die Industrie sabotieren und Betriebe in Brand setzen. Auch Verlage und Bücher wurden von solchen Agentennetzen angezündet.

Über die damaligen Verbrechen sagen wir: Schwamm drüber! Wenn wir meinen, daß ihr nicht mehr gefährlich seid, entlassen wir euch; wenn wir meinen, daß ihr weiter plant, uns zu vernichten, halten wir euch noch fest. Wenn jemand freigelassen wird, dann kehrt er in sein Wohngebiet, in sein Dorf zurück und auch dort wird er kontrolliert. Und einige Berufe wird er nicht ausüben können.

FRAGE: Es gibt ja nun auch z.B. Pädagogen, Fachleute, Wissenschaftler, die ja auch Repräsentanten oder zumindest Mitläufer des Thieu-Regimes waren. Wurden solche Kräfte an ihren Arbeitsplätzen einfach übernommen?

NGUYEN KHAC VIEN: Wenn man von repräsentativen Kräften des alten Regimes spricht, so denken wir an die Verantwortlichen des politischen Apparates und nicht an die Bevölkerung. Der gesamte Lehrkörper unterrichtet an den Schulen weiter; in einigen Fächern wie Mathematik, Physik ist das kein Problem. Anders ist das z.B. im Fach Philosophie oder Geschichte. Einige Geschichts- und Philosophieprofessoren, Professoren in Spezialfächern, die wirklich und nachgewiesenermaßen reaktionäre Tendenzen an den Tag gelegt haben, können nicht weiter unterrichten in ihren Fächern, sie können aber Englisch- oder Französisch-Unterricht geben.

Das größte Problem stellen die Rechtsanwälte und Juristen dar. Viele von ihnen verteidigten früher die Interessen von Banken oder

Privatunternehmen. Das gibt es heute nicht mehr. Also, was sollen sie machen?

FRAGE: Wie ist das mit Richtern und hohen Justizbeamten?

NGUYEN KHAC VIEN: Einige von ihnen sind einverstanden, als Lehrer zu arbeiten. Im allgemeinen haben sie genug Geld, um einen kleinen Handwerksbetrieb aufzumachen. Sie leiden keine Not, sondern leben besser als die staatlichen Kader.

FRAGE: Aber solche Kräfte können unter Umständen einen feindlichen ideologischen Einfluß – z.B. auf die Jugend – ausüben...

NGUYEN KHAC VIEN: Natürlich muß man vorsichtig sein. Aber sie vertreten keine richtige ideologische Kraft.

In Vietnam existiert die Bourgeoisie nicht mehr, seit sie keine ausländische Hilfe mehr erhält. Es ist nicht wie bei der europäischen Bourgeoisie, die Wurzeln im eigenen Land hat. In Vietnam ist die Bourgeoisie direkt an das französische oder US-amerikanische Kapital gebunden gewesen. Sobald man die Nabelschnur durchschneidet, existierte sie nicht mehr. Aber was ihre Ideen anlangt, so existieren sie noch eine Zeit lang weiter.

Es gibt auch keine richtige Opposition, wie wir das in „Vietnam '80“ schon erklärt haben. In Vietnam gibt es eben keine Personen oder Parteien, die vor der Öffentlichkeit auftreten und sagen: So, wir werden diese Partei ablösen, wir werden es besser machen. Keiner würde das glauben.

Dabei gibt es Gründe für Unzufriedenheit. Diese oder jene Politik müßte man ändern, diese oder jene Person müßte man ablösen. Vieles gibt es, was man ändern muß. Aber es gibt sehr wenige Leute, die die Regierung wechseln wollen.

FRAGE: Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten?

NGUYEN KHAC VIEN: Ja, trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Denn das würde sofort die chinesische Invasion im Norden und die US-amerikanische Invasion im Süden bedeuten.

Es gibt 10 Mio Bauern, die ihre Dörfer verlassen hatten, um in der Stadt zu leben. Mehrere Jahre lang hatten sie von der US-amerikanischen Hilfe gelebt. Es gab 2 Mrd Dollar pro Jahr an amerikanischer Hilfe. Jetzt sind die 2 Mrd weggefallen. Es gab mehrere Millionen Menschen ohne Arbeit, die sogar die Gewohnheit, regelmäßig zu arbeiten, verloren hatten.

Das ist sehr wichtig. Sie sehen den Bauern, der von seiner Erde enturzelt ist und während mehrerer Jahre als Cafetier, als Schieber in der Stadt lebte und jetzt wieder ins Dorf gehen soll. Das fällt ihm sehr schwer. Das ist die schwierigste Frage. Denn es gab viele Schieber, Dieber, Prostituierte – einige Millionen Menschen insgesamt.

Vietnam hat ähnliche Schwierigkeiten wie viele andere Länder der Dritten Welt. Ökonomisch ist es sehr arm, verfügt über wenig Kapital, weist veraltete soziale Strukturen auf und hat dazu 40 Jahre Krieg hinter sich. Seit dem Überfall der Japaner im Jahr 1940 ist Vietnam praktisch im Krieg gewesen. Das ist eine ungeheure Belastung. Ein Land der Dritten Welt und 40 Jahre Krieg – das bedeutet große Armut. Die Aggression und der Druck von außen halten ein gespanntes Klima aufrecht.



AIB-Mitherausgeberin Jutta v. Freyberg im Gespräch mit N. K. Vien

Radio und Fernsehen zur Verfügung. In einer Sanitätsstation kümmert sich eine Ärztin um ihre Gesundheit. Sport gehört zur Freizeitgestaltung.

Die Unterkünfte sind einfach und sauber. Die 15 kg Lebensmittel, die jedem Internierten pro Monat zustehen, entsprechen der zur Zeit gültigen Ration für Studenten, aber auch für Arbeiter. Alle zwei Monate kann Besuch empfangen werden. Dann haben die Insassen die Möglichkeit, für drei Tage mit ihren Familien in einem gesonderten Teil des Lagers zusammenzuleben.

In der Tat macht das Lager einen mustergültigen Eindruck. Nichts deutet darauf hin, daß hier irgendjemand einer unwürdigen oder gar unmenschlichen Behandlung unterworfen würde. Dies wird mittlerweile selbst von solchen Besuchern anerkannt, die — wie jüngst Spiegel-Redakteur Terzani — nur schwer verhehlen können, daß ihnen die dort festgehaltenen Verbrecher des alten Regimes im Grunde näherstehen, als ihre Bewacher.

Wenn die Umerziehungslager dennoch selbst bei jenen Kräften zu Diskussionen Anlaß geben, die den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes mit Sympathie und Anteilnahme verfolgt hatten, so geschieht dies häufig mit dem Hinweis auf die Dauer der Internierung.

„Sie dürfen dabei nicht vergessen“, erläutert Oberstleutnant Nguyen Van Mo, „nach dem 2. Weltkrieg wurden Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt. In Vietnam haben wir uns zu einem anderen Weg entschlossen. Indem wir sie nicht zum Tode verurteilen, leisten wir einen Beitrag zur nationalen Versöhnung. Dies entspricht der humanistischen und revolutionären Linie unserer Partei.“

In der Tat wären viele der Lagerinsassen, hätte man sie 1975 vor ein Kriegsgericht gestellt und nach den Rechtsgrundsätzen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse abgeurteilt, heute nicht mehr am Leben. Würde nicht allein der Vorwurf der Kollaboration mit einer feindlichen Macht jede Haftstrafe rechtfertigen?

Gewiß, Resozialisierung und nationale Versöhnung, Umerziehung statt Strafe, dieses Konzept der vietnamesischen Führung beinhaltet auch den Verzicht auf die gerichtliche Feststellung von Schuld und Verantwortung jedes einzelnen. Im Vordergrund steht nicht die begangene Tat, sondern das Verhalten, das die Angehörigen des alten Regimes bei ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaft erwarten lassen.

Wie wird das beurteilt? Der Kommandant des Lagers verweist auf die Bestimmungen, die der Ständige Ausschuß der Nationalversammlung Vietnams für die Behandlung in den Umerziehungslagern erlassen hat. „Die Entwicklung des einzelnen wird nach drei Kriterien beurteilt: Erstens sein aufrichtiges Bereuen der Schuld und der Wille zur Wiedergutmachung, seine Bereitschaft, sich zu einem guten Staatsbürger zu entwickeln; Zweitens die Anerkennung und Befolgung der Lagerordnung. Und schließlich seine Aktivität bei der Arbeit und beim Lernen, sein Einfluß auf die anderen Mitglieder des Lagers.“

Bei entsprechender Führung werden die Insassen von der Lagerleitung zur Entlassung vorgeschlagen. In Ha Tay waren es 333 seit Bestehen des Lagers.

Verführt ein solches Verfahren nicht zur Heuchelei und Unaufrichtigkeit, nur um aus dem Lager herauszukommen? Die Verantwortlichen in Vietnam wissen, daß sie dieses Risiko eingehen. Offen wird daher darüber gesprochen, daß auch die angespannte Situation an der Grenze, wo sich das Land faktisch im Kriegszustand mit China befindet, Einfluß nimmt auf die Dauer der Internierungen.

Unsere Gesprächspartner machen uns noch auf einen weiteren Umstand aufmerksam: „Eine Politik der nationalen Versöhnung bedeutet nicht nur Umerziehung der Verantwortlichen des alten Regimes. Sie setzt auch bei unseren Menschen, die unsagbares Leid durch die Aggressoren und ihre Kollaborateure haben erdulden müssen, die Bereitschaft voraus, auf Haß und Rache zu verzichten. Das braucht Zeit — auf beiden Seiten.“

Im Südwind steht nichts über ...

... Ferien in der Karibik
... Miss-World-Wahlen in Südafrika
... die Brunst der Seepferdchen im Amazonas

... hingegen halten wir Sie auf dem Laufenden über die entwicklungspolitische Szene in der Schweiz

Ich wünsche ein Abo des Südwind (6 Nr. 12.—)

Ich wünsche ein Probeexemplar gratis

Südwind

Postfach 661
CH - 5001 Aarau

Name: _____

Adresse: _____

Inhalt Nr.4/81: Kalter Wind von Rechts, Nestlé und der Hunger, Bittere Pillen für die 3. Welt, Mitterand — ein geläuterter Giscard ? Nr.5/81: Agrochemie, Zimbabwe.



Patenschafts-BON

Reis für die Menschen in Vietnam

Hilfsaktion Vietnam e.V.
Bismarckstraße 33 · 4000 Düsseldorf 1
Telefon (02 11) 36 01 09
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf
(BLZ 300 101 11) Kto.-Nr. 1 016 250 300
Postcheckkonto Essen Nr. 900 40-430

diesen Teil bitte abtrennen und ausgefüllt an die Hilfsaktion Vietnam e.V. zurücksenden !

P A T E N S C H A P T S B O N

Ich/wir übernehme/n für ein Jahr die Patenschaft für

----Vietnamesen und werde/n per Dauerauftrag monatlich

----DM auf ein Spendenkonto der Hilfsaktion Vietnam

überweisen.

Unterschrift _____

Vor- u. Zuname _____ genaue Anschrift _____

(die Patenschaft für die Reisration für 5 Vietnamesen beträgt monatlich DM 15,-; für 10 Vietnamesen DM 30,-; für 50 Vietnamesen DM 150,- usw.)

Spenden an die HILFSAKTION VIETNAM können steuerlich abgesetzt werden.

Während die im Juli d.J. eingeleitete Offensive der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) andauert, begab sich der salvadorianische Juntapäsident J.N. Duarte auf Werbetrip nach Kostarika, Panama und in die USA. Die Präsidenten Carazo und Royo bezogen freilich Position zugunsten einer politischen Lösung, wie sie im August d.J. von Mexiko und Frankreich favorisiert worden war. Dasselbe tat auch am 23.9.1981 die Interparlamentarische Union auf ihrer 68. Konferenz in Havanna. Mit überwältigender Mehrheit (Stimmenverhältnis 632:43) verabschiedete sie eine Resolution, in der sie die Massenmordpolitik und andere Menschenrechtsverletzungen in El Salvador verurteilte, eine politische Lösung forderte, die gemeinsame Erklärung Mexikos und Frankreichs begrüßte sowie die FMLN und die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) als repräsentative politische Kraft anerkannte, die an jeglichem Verhandlungsprozeß beteiligt werden müsse. Ein entsprechendes Votum gaben auch die Sozialistische Internationale (siehe Kasten) und die holländische Regierung ab. Die internationale Isolierung der Junta scheint ein unumkehrbarer Prozeß...

Als J. Napoleon Duarte am 19. September d.J. zu seiner zweiwöchigen Visite in den USA eintraf, rückten er und die Reagan-Administration erstmals vorsichtig von ihrem kategorischen Nein zu politischen Verhandlungen mit der FDR/FMLN ab — allerdings unter spalterischen Vorzeichen. Der FDR und ihrem sozialdemokratischen Präsidenten Guillermo Ungo bot man die Teilnahme an den für März 1982 angesetzten Wahlen für den Fall an, daß diese ihre Unterstützung der FMLN-Guerilla aufkündigten. G. Ungo hat im Namen der FDR dieses Angebot zurückgewiesen und erklärt, Wahlen unter der jetzigen Regierung seien eine Farce. Das meint auch der 1981 abgelöste US-Botschafter in El Salvador, R. White: „Die US-Regierung weiß genau, wenn Guillermo Ungo, der Vorsitzende der FDR, zur Wahl antritt, wird er innerhalb von 24 Stunden tot sein.“

Trotz dieser Scheinzugeständnisse mußten J.N. Duarte und R. Reagan am 24. September d.J. auch im US-Senat eine vorläufige Niederlage einstecken. Mit 54:42 Stimmen entschied der Senat, daß das beantragte 114-Mio-Dollar-Paket an Militär- und Wirtschaftshilfe für das salvadorianische Regime nur gewährt werden könne, falls innerhalb des nächsten Halbjahres ein Ende der Menschenrechtsverletzungen, Fortschritte bei Reformen sowie die Bereitschaft zu ersten politischen Verhandlungsschritten und zur Veranstaltung freier Wahlen seitens der Junta nachgewiesen würden. J.N. Duarte bezeichnete diese Bedingungen als „unakzeptabel“ und R. Reagan forderte den Senat auf, seine Auflagen für die US-Militärhilfe an El Salvador noch einmal zu überdenken, ansonsten seien „ernste Rückwirkungen auf unsere Außenpolitik“ unausbleiblich.

Erklärung des FMLN-Oberkommandos

Der revolutionäre Volkskrieg schreitet voran



In den letzten Wochen entwickelte sich eine scharfe öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem privatem Unternehmertum und den christdemokratischen Führern der Regierung. Während die sog. Produktionsallianz ein „Symposium“ veranstaltete, auf dem lautstark die von der Christdemokratischen Partei (PDC, ihr Vorsitzender José Napoleon Duarte ist Junta-Präsident; d. Red.) betriebene offizielle Politik attackiert wurde, versuchten zur gleichen Zeit Delegationen verschiedener kapitalistischer Sektoren (die einen verfolgen die „harte“, die anderen die „gemäßigte“ Linie) bei ihren USA-Besuchen, die Reagan-Regierung dazu zubringen, ein „neues Militärmitglied“ als künftiges Regierungsoberhaupt El Salvadors zu akzeptieren.

Tauziehen um die Christdemokraten

Faktisch gesehen ist eine militärische Verschwörung im Gange, mit der die Absetzung von Duarte und seinen Christdemokraten bezweckt werden soll. US-Botschafter Deane R. Hinton war ständig auf Reisen, um den von Garcia (Oberst Guillermo Garcia ist Verteidigungsminister der Junta; d. Red.) geplanten „Militärputsch“ aufzuhalten.

Trotz dieser Druckausübung hat die Reagan-Regierung den Entschluß gefaßt, auch weiterhin Duarte und seine PDC in der Junta zu unterstützen. Sie möchte einerseits nicht das

Risiko eingehen, daß Veränderungen in der Junta den Zerfall der angeschlagenen reaktionären Macht beschleunigen dürfen und sich andererseits durch ihre El-Salvador-Politik nicht allzu jäh isolieren, falls Duarte die zunehmend zurückhaltendere Unterstützung der christdemokratischen Regierungen und Parteien Europas und Lateinamerikas verlieren würde.

Mit wachsender Unglaubwürdigkeit und Mißbilligung behauptet die Reagan-Administration tagtäglich vor dem Kongreß und der öffentlichen Meinung des eigenen Landes, sie würde angeblich in El Salvador eine „gemäßigte reformistische“ Regierung unterstützen. Die Vertreibung der PDC aus der Junta würde Washington dazu zwingen, seine militärische Intervention gegen das salvadorianische Volk unverhohlen fortzusetzen. Diese El-Salvador-Politik der USA wird heute lediglich noch von faschistischen Diktaturen wie Chile, Uruguay, Südafrika, Israel und anderen unterstützt, die ebenso wie die Junta weltweit isoliert sind und jedes Prestige verloren haben.

Um keine Zweifel an der Entscheidung der US-Regierung aufkommen zu lassen, hat D.R. Hinton in seiner Rede am 1. August d.J. vor der US-Handelskammer die Unterstützung für die PDC nochmals betont und das Privatunternehmertum aufgerufen, der Junta Rückhalt zu geben. Das war als klare Antwort auf den Druck zu verstehen, der von dem kürzlich abgehaltenen Symposium der Produktionsallianz

ausging.

Derzeit verhandelt der US-Botschafter mit einem als „gemäßigt“ geltenden Sektor von Unternehmern über ihre Bedingungen für die Übernahme einiger Ministerien.

El Salvador befindet sich heute in einem wirtschaftlichen Chaos. Selbst Botschafter Hinton mußte zugeben, daß das Nationalprodukt um 25%, die Privatinvestitionen um 70% und die Importe um 52% unter den entsprechenden Vergleichszahlen aus dem Jahre 1978 liegen. Auf dem Symposium der Produktionsallianz wurde ein katastrophales Bild von den Devisenreserven und der Industrie des Landes gezeichnet. Die Arbeitslosigkeit und brutale Repression geißeln grausam die arbeitende Bevölkerung.

Die wirkliche Ursache für den zugespitzten Kampf innerhalb der herrschenden und regierenden Klasse liegt vor allem darin, daß sie aufgrund der wachsenden Kraft, Fähigkeit, Volksunterstützung und Entwicklung der von der FMLN geführten revolutionären bewaffneten Volksbewegung die Kontrolle über die Stabilität des Landes verloren hat. Die von den Faschisten geführten Junta-Streitkräfte sind in all ihren spektakulären und kostspieligen Militäroffensiven gegen FMLN-Stützpunkte an dem heldenhaften und unbesiegbaren Widerstand unserer bewaffneten Kämpfer gescheitert. Die FMLN wird in ihrem Kampf moralisch und materiell vom einfachen arbeitenden Volk, das grausam ermordet wird und einer grenzenlosen brutalen Repression ausgesetzt ist, unterstützt.

Gescheiterte Militäroffensiven der Junta-Armee

Nach jeder Offensive hat das faschistische Oberkommando verkündet, es hätte die Volksbefreiungskräfte „hinweggefegt“, obwohl seine Truppen jedesmal vom Kampffeld aus geschlagen und demoralisiert den Rückzug antreten mußten, während unsere Kämpfer aufrecht, siegreich, erfahrener und mit einer noch höheren Moral ausgerüstet, den Kampf fortsetzten. Die FMLN-Einheiten erleiden weniger Verluste. Sie entreißen dem Gegner eine größere Anzahl von Waffen und Munition, um diese dann wiederum gegen die Junta-Truppen einzusetzen.

Die Junta-Armee muß in ihren feindlichen Militäroffensiven ständig Niederlagen einstecken, obwohl sie massive Waffenlieferung von der US-Regierung erhält und nordamerikanische Berater aktiv am Kampf teilnehmen. In ihrer Verzweiflung benutzen die Faschisten und ihre imperialistischen Herren Vernichtungswaffen, die das internationale Recht verbietet. Dazu gehören Gase, die den Tod durch Erbrechen und Durchfall bewirken und die in den vergangenen Monaten in Chalatenango, Morazán, San Vicente und Guazapa eingesetzt wurden.

Die letzte Niederlage bei einer solchen Offensive erlitten die Streitkräfte in Guazapa in den Tagen vom 28. Juli bis 2. August: drei Bataillone der speziell ausgebildeten sog. „Brigade Atlacatl“, die durch Nationalgardisten, Artillerie (sechs Kanonen 105), Flugzeuge und Panzerwagen verstärkt wurde und von den Yankees bis auf die Zähne ausgerüstet ist, wurde von unseren FMLN-Kräften zurückgeschlagen und zum Abzug gezwungen. Die Junta-Truppen verloren dabei 142 Mann. Die FMLN entriß dem Gegner Waffen und Munition, zerstörte einen schweren Panzer, zwei kleinere Panzer sowie eine Planierdraht aus dem Junta-Militärbestand.

Aus Wut und Verzweiflung über ihre Niederlage ordneten die faschistischen Oberkommandierenden die Vernichtung der Zivilbevölkerung an: über 100 Menschen, vor allem wehrlose Kinder und Frauen, starben im Kugelhagel der Junta und an den Auswirkungen der Vernichtungsgase. Die bewaffneten revolutionären FMLN-Kräfte verloren lediglich

sieben Kämpfer, die in einem fast Mann-gegen-Mann-Kampf gefallen sind.

Im März und April dieses Jahres wurde der Gegner nach 55 Kampftagen ebenfalls aus Guazapa zurückgeschlagen. Im Mai erlitt er eine Niederlage in Morazán und im Juni/Juli scheiterte seine Offensive gegen unsere Stellungen am Vulkan von San Vicente, Cerros de San Pedro sowie im Norden derselben Provinz und in der Provinz Chalatenango. Im Laufe der Operation gegen unsere Stellungen in Chalatenango drangen konterrevolutionäre salvadorianische Truppen in honduranisches Gebiet ein, töteten Bewohner der Flüchtlingslager und operierten vom benachbarten Land, von der Anhöhe El Tigre, aus.

Ihr Versuch, die auf salvadorianischem Boden stationierten Einheiten unserer bewaffneten revolutionären Kräfte zu vernichten, blieben ebenfalls fruchtlos. Das honduranische Volk versteht heute, welch große Gefahr von dem faschistisch geführten Heer El Salvadors und den US-Imperialisten für seine Souveränität, Ruhe und Selbstbestimmung ausgeht. Gegenwärtig konzentriert der Gegner Kräfte, um unsere Stellungen in Morazán zu vernichten. Aber auch hier wird ihnen eine Abfuhr erteilt und sie werden geschlagen werden. Seit dem 19. Juli unternimmt die FMLN ununterbrochen Sabotageakte an elektrischen Leitungen, zerstört Zufahrtsstraßen und legt den Junta-Truppen Hinterhalte. Diese von der FMLN-Generalkommandantur organisierte Kampagne entwickelt sich entsprechend den vorgesehenen Plänen erfolgreich.

Weder die US-Regierung noch die Junta, weder die von Calvani geführten venezolanischen Christdemokraten, die Duarte eifrigst Hilfe leisten, noch Garcia und die übrigen faschistischen Kräfte, weder die Produktionsallianz noch irgend jemand der herrschenden Klasse glaubt ernsthaft daran, daß durch die für den März 1982 vorgesehene Wahlmaskerade die Krise zu überwinden und das Land zu „befrieden“ sei, wie wiederholt von Duarte verkündet wurde. US-Botschafter Hinton unterstützt weiterhin in der Öffentlichkeit diese Wahlen, obwohl weder er noch seine Regierung Hoffnungen in sie setzen.

Nein zur Wahlmaskerade im März 1982

Wie kann man ernsthaft auf einen Versuch vertrauen, ein Land durch eine Wahlmaskerade „befrieden“ zu können, das so viele schmutzige Wahlschwindel erlebt hat und heute dem Völkermord preisgegeben ist, das von Hunderttausenden Flüchtlingen verlassen wurde und sich inmitten eines Krieges befindet.

Diesen Krieg werden die Wahlbetrüger, die Mörder, Folterknechte, Plünderer, Korruptierten und Korruptierer, die Blutsauger und Diebe, die Vaterlands-Ausverkäufer und ihre imperialistischen Herren, mit einem Wort, all diejenigen verlieren, die sich seit einem halben Jahrhundert illegal an der Macht halten. Lediglich die Überläufer, die wie Duarte und seine Komplizen aus den demokratischen Reihen zur Reaktion übergewechselt sind, sowie jene, die die Wahlschwindel immer gemanagt haben, können sich etwas von den März-Wahlen erhoffen.

Es ist deshalb nicht befremdend, daß bei Verkündung dieser Wahlmaskerade die korruptierte und blutbeschmutzte Kamerilla der Führer der verhaßten **Partei der Nationalen Versöhnung (PCN)**, Ende der 40er Jahre gegründete Partei der Großgrundbesitzer, Finanzoligarchie und rechten Militärs; d. Red.) auf der Bildfläche auftauchte und sich im Wirbel der unheilbaren Krise der reaktionären Macht in scheinpolitische Aktivitäten gestürzt hat. Die PCN nimmt teil an politischen Verhandlungen mit der US-Regierung und an Verschwörungen gegen die Christdemokraten in der Jun-



Von Juntaschergen ermordete „Subversionsverdächtige“

ta, indem sie vorgibt, daß die „Lösung“ in Wahlen liege, die von ihr wie in der Vergangenheit und im gleichen Stil gewonnen würden.

All das sind Zeichen für den unabänderlichen Zerfall und die Blindheit eines im Todeskampf liegenden Regimes, das mit oder ohne US-Unterstützung zum Untergang verurteilt ist. Um wirklich saubere und demokratische Wahlen in El Salvador durchführen zu können, ist zunächst dem Despotismus und der Korruption ein Ende zu setzen. Nur dann wird es wirklich freie Wahlen geben. Niemand mit Menschenverstand kann heute wirklich an „Lösungen“ glauben, die keine Basis in der revolutionären Bewegung, in der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) und FMLN haben, bzw. schlimmer noch, die gegen sie gerichtet sind.

Vor kurzem tauchte auf der politischen Bildfläche unseres Landes die **Salvadorianische Demokratische Mobilisation (MDS)** auf, geführt von zwei bekannten Anwälten, René Fortin Magaña und Nelson Segovia, die über Verbindungen zu wichtigen Sektoren des nationalen und transnationalen Privatunternehmens und eine bekannte politische Laufbahn verfügen. (...)

Wir schätzen und respektieren das zivile Bündnis, das sich in der MDS zu gruppieren begonnen hat. Wir respektieren die Ansichten der MDS und ihrer Führer. Es wäre zu wünschen, wenn diese Organisation eine patriotisch gesinnte, konstruktive Hilfe im Kampf unseres Volkes für die Verteidigung seiner Würde, seines Rechts auf Leben und Freiheit, auf dem Wege zur Erringung seiner Ideale, von Unabhängigkeit, Frieden und sozialen Fortschritt, darstellen würde. Wir sind sicher, daß die MDS fähig ist, diese Unterstützung zu leisten. Desto mehr erfüllt es uns mit Sorge, daß die MDS vom rechten Wege abgekommen ist und sich mit antipatriotischen Kräften in der Illusion zusammengetan hat, pragmatische nächstgelegene Ziele durchsetzen zu können. Auf diese Weise wird es ihr nur gelingen, sich in die Reihen des Gegners zu mischen, gegen den unser Volk heldenhaft kämpft.

Einige Kreise der Reagan-Regierung und der salvadorianischen Rechten hofften darauf, die revolutionäre und demokratische Bewegung spalten sowie die internationale Hilfe,

die uns vor allem die europäische und lateinamerikanische Sozialdemokratie gewährt, schmälern zu können. Es gibt sogar Personen, die mit dem Gedanken spielen, eine pseudo-„sozialdemokratische Partei“ zuzugründen, um der Nationalrevolutionären Bewegung (MNR; sie stellt derzeit mit Guillermo Ungo den FDR-Präsidenten; d. Red.) den Platz streitig zu machen. Das sind alles absurde Vorhaben, die lediglich auf dem Hintergrund der politisch hoffnungslosen Krise zu verstehen sind, in der sich das Regime befindet.

Es sei an dieser Stelle wiederholt: Nichts und niemand kann verhindern, daß das salvadorianische Volk auch weiterhin seine Avantgarde, die FMLN, unterstützt. Nichts und niemand wird uns spalten bzw. international isolieren können. Nichts und niemand wird letzten Endes den Sieg der Revolution verhindern können.

Wir haben bewiesen, daß weder das salvadorianische Volk noch die FMLN mit Waffengewalt und mit einer Politik des Völkermords in die Knie gezwungen werden kann. Diejenigen Kräfte, die diesen zum Scheitern verurteilten Weg gehen möchten, haben weder die Kraft noch die ausreichenden Fähigkeiten, uns zu vernichten.

Um das erreichen zu können, müßten sie die wachsende US-Intervention akzeptieren und fördern. Das würde bedeuten, das Vaterland zu verraten, das Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung mit Füßen zu treten, unser Land einem entwürdigenden Kolonialismus zu unterwerfen, sich selbst in niederträchtige Lakaien der imperialistischen Herren zu verwandeln und letztendlich aus dem Heer ein Marionetteninstrument zu machen.

Die US-Regierung bereitet neue Schritte in Richtung einer wachsenden Militärintervention vor. Es sind weitere Lieferungen von Waffen und Vernichtungsgasen an die faschistischen Kräfte sowie ein erhöhter Einsatz von US-Beratern geplant. Sie bereitet eine Aggression gegen Nikaragua vor und drängt das honduranische Heer, an der Aggression gegen das salvadorianische Volk und das befreite Nikaragua teilzunehmen.

Die FMLN richtet die Waffe in der Hand gegen diejenigen faschistischen Kräfte und ihre imperialistischen Herren, die den Völkermord betreiben. Sie kämpft gegen eine Militärintervention, die diese Kräfte im vergangenen Januar initiiert haben und wird im Falle einer ausländischen Intervention den Invasoren widerstehen. Die FMLN erhebt die Fahne des Vaterlandes und wird niemals seine Unterjochung zulassen.

Die FMLN wird auch einer US-Aggression trotzen

Es ist eine falsche Behauptung, die Republik würde nur solange existieren, solange die Streitkräfte existieren, die sich in ein Völkermord- und Marionettenheer des US-Imperialismus verwandelt haben. Die Republik wird leben, wenn sie unabhängig und souverän ist, sie wird erstarken und blühen, wenn es für unser Volk Demokratie und Gerechtigkeit gibt. Wir sehen uns gezwungen, gegen dieses Heer zu kämpfen, auch wenn wir anerkennen, daß es in seinen Reihen einen starken Sektor patriotischer, aufrechter und demokratischer Offiziere und Soldaten gibt, die auf das arbeitende Volk gehetzt werden. Sie stammen selbst aus dem Volk und haben ihre soziale Herkunft nie verleugnet.

Wir wenden uns abermals an sie: Wir strecken unsere Hände den eurigen offen entgegen und sind entschlossen, die eurigen zu ergreifen, um Seite an Seite mit der Waffe in der Hand vereint gegen die Feinde des Vaterlandes zu kämpfen. Wir führen einen revolutionären und patriotischen Volkskrieg, der vor dem moralischen und politischen Gewissen des salvadorianischen Volkes und der Menschheit gerechtfertigt ist. Gleichzeitig sprechen wir uns jedoch für Wege

Eindrücke aus Morazan

Die Guerilla ist in die Offensive gegangen. Ihre Strategie ist die der Offensive geworden, nicht durchgängig und nach allen Seiten, aber der Gegner wird von den kontrollierten Zonen aus immer wieder herausgefordert. Diese Zone können die militärischen Kräfte der Junta nur mit großem Aufwand gefährden, immer nur im Moment des Angriffs und immer nur zu einem Teil, weil die Zonen groß sind und die Guerilla sehr beweglich ist.

Das hat vor kurzem so ausgesehen, daß die Junta ungefähr 4.000 Mann eingesetzt hat, um einen kleinen Teil von Morazan anzugreifen – ohne Erfolg. Das Militär ist unfähig, der Taktik der Guerilla etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen. Das letzte Mal ist es dem Militär im März gelungen, einen Ring um eines der Guerillazentren zu legen. Die Leute in Morazan sagen, daß das den Juntastreitkräften nie wieder gelingen wird, weil die Guerilleros daraus gelernt haben. Das Militär greift eine Zone an – die Guerilla hat ihre Rückzugsmöglichkeiten nach mindestens drei verschiedenen Seiten schon vorher organisiert.

Flexible Verteidigung der Guerilla-Hochburgen

Diese Angriffe sind mehr oder weniger provoziert. Man muß davon ausgehen, daß die Militärführung unter einem permanenten Zugzwang steht. Die politische Konstruktion dieser Regierung beinhaltet per Definition, daß militärisch die Guerilla schon so gut wie geschlagen ist, politisch sowieso, „weil sie ja keine Unterstützung des Volkes hat“. Wenn sich jetzt die Guerilla ruhig verhalten würde, in ihren relativ abgelegenen und ökonomisch nicht gerade wichtigen Zonen im Norden, dann würde wahrscheinlich gar nichts weiter passieren, würde das Heer in Ruhe die ökonomisch und strategisch wichtigen Zonen an der Küste, in den Städten und an den Hauptverkehrswegen kontrollieren und irgendwann die Wahlen abhalten.

Sie verhält sich aber nicht ruhig, sondern nutzt die Konzentration, die sie im Norden hat, dazu aus, permanent und überall im Land anzugreifen. Sie ist in San Salvador, in San Miguel, in Santa Ana, überall, allerdings nicht in der gleichen Stärke. Sie ist aber jederzeit verstärkbar durch einsickernde Guerilleros, die eben aus ihren Zonen herausgehen und überall im Land angreifen können. D.h. die Präsenz der Guerilla ist jeden Tag in jedem Teil des Landes sichtbar.

Die Aktionen sind so angelegt, daß das Heer eigentlich kaum Möglichkeiten hat, direkt zu antworten. Das sind kurze, schnelle Aktionen mit organisierten Rückzügen, keine großen Besetzungen, keine längeren Gefechte. Dadurch wird das Heer dazu gezwungen, diese Hochburgen anzugreifen. Der Guazapa, der knapp 30 km von San Salvador entfernt liegt, wurde bereits das sechste Mal angegriffen. Jede der Hauptverkehrsstraßen, die sternförmig von San Salvador ausgehen, ist von diesem und von anderen Guerillagebieten aus jeden Tag angreifbar. In Morazan gab es vier Offensiven, in San Vicente waren es drei; in Chalatenango sieht es ähnlich aus wie in Morazan.

Das Heer ist gezwungen, permanent seine Kräfte hin und her zu verlagern, da es nicht genug Kräfte mobilisieren kann, um gleichzeitig an mehreren Stellen die Guerillazonen angreifen zu können. Das Heer benötigt für einen Angriff auf die Guerillaregionen ca. 4.000 Mann. Daher laufen immer höchstens zwei dieser Großoperationen gleichzeitig. Die offensive Strategie der Guerilla liegt also darin, das Militär zu Aktionen gegen ihre Hochburgen zu zwingen. Unternimmt das Militär dann eine seiner Großaktionen gegen die kontrollierten Zonen, so verhält sich die Guerilla zunächst defensiv und läßt die Armee erschreckend weit in ihr Gebiet eindringen.

Die Strategie der Guerilla ist dabei: Je weiter die Armee reinkommt, desto länger sind ihre Nachschubwege, auf einem Gebiet, das die Guerilla im Gegensatz zur Armee bestens kennt. So kann das Militär durch Hindernisse, Minen usw. immer wieder aufgehalten werden und ist dadurch gezwungen, sich auch nachts zu bewegen. In diesem Moment wird die Guerilla wieder offensiv und greift die Marschkolonnen an.

Die Guerilla führt also einen permanenten offensiven Kleinkrieg, in dem die Armee ihre waffentechnische und zahlenmäßige Überlegenheit nicht entfalten kann und andererseits hohe Verluste hinnehmen muß, wodurch auch die Moral der Soldaten ständig geschwächt wird. Es wird berichtet, daß es innerhalb der Armee erhebliche Disziplinschwierigkeiten, besonders eine stark steigende Zahl von Krankmeldungen, gibt.

Der wichtigste von der Guerilla beabsichtigte Effekt dieser Strategie sind ständige kleine, stichelnde politische Niederlagen für die

Armee. Die Glaubwürdigkeit der großkotzig auftretenden Militärführung wird innerhalb der Truppe untergraben – aber auch unter den Leuten, die es sich einen Haufen Geld und Unannehmlichkeiten kosten lassen, dieses Heer zu finanzieren und moralisch und politisch zu rechtfertigen. Darauf ist die Strategie und die Taktik der Guerilla, die so sehr geringe Verluste zu beklagen hat, bewußt angelegt.

Diese Beschreibung ist nicht umfassend, sie konzentriert sich auf einige wichtige Aspekte: Ich habe extrem wenig an militärischer, im Sinne von hierarchischer, Struktur vorgefunden. Die Guerilla hat meines Erachtens sehr viel von den Fähigkeiten der Campesinos (Bauern, Landarbeiter), von ihrer Art zu kämpfen, von ihrer Art sich zu bewegen, in sich aufgenommen.

Diese Vorgehensweise hat zur Folge, daß viele Aktionen wirklich ohne Befehl laufen und eine sehr große Eigeninitiative vorhanden ist. Die militärische Führung der Guerilla bestimmt die Strategie für größere Aktionen, während die taktische Vorgehensweise während dieser Aktionen den Verantwortlichen der kleinen Einheiten überlassen bleibt. Dies ist ein wichtiger Grund für die bisherigen Erfolge der Guerilla. Diese Einheiten bestehen meist aus zwölf Leuten oder, wenn es escuadras sind, aus 40 bis 50 Mann. Größere Einheiten bewegen sich kaum.

Die Kommandanten der ursprünglichen ERP (Revolutionäres Volksheer), der alten Guerilla, sind im wesentlichen Kommandanten von größeren Abschnitten oder im zentralen Kommandostab für ganz Morazan; und die Mehrheit der Kommandanten sind Campesinos, wie auch die Führer der kleinen Einheiten. Die Kommunikation unter den Leuten in solchen Einheiten läuft mit relativ wenigen theoretischen Diskussionen. Wenn politische Diskussionen stattfinden, diskutieren sie sehr hart, sehr kontrovers, aber an praktischen Fragen wie zum Beispiel: „Können wir jetzt an diesem Ort eine Produktion organisieren oder nicht?“



FMLN-Guerilleros in der Provinz Morazan

Anders als in den ländlichen Gebieten – auch in den inzwischen von ihr kontrollierten Zonen – war es für die Guerilla sehr schwer, in den Städten eine reale militärische Kraft aufzubauen. Dies gilt ganz besonders für die Hauptstadt San Salvador, wo während der Januaroffensive (1981, siehe AIB 3/1981, S. 12-14; d. Red.) der Guerilla vieles schiefgegangen ist. Wie schwierig der Aufbau militärischer Strukturen dort ist, kann man sich kaum vorstellen.

Die Städte und vor allem San Salvador, gleichen einem Heerlager. Sie sind total kontrolliert, total bespitzelt – Blockwartssystem. Diese Kontrolle beschränkt sich nicht aufs Registrieren, sondern die Sicherheitskräfte der Junta schlagen sofort zu, wenn sich irgendwo ein Verdacht ergibt. Dennoch gibt es heute in San Salvador eine Stadtguerilla, die sich im Aufbau befindet und zunehmend handlungsfähiger wird. (...)

(Quelle: Informationsdienst El Salvador – IDES, Westberlin, Nr. 52/2.10.1981, S. 1-2)

Erklärung zu El Salvador vom 25.9.1981 Sozialistische Internationale

Die Sozialistische Internationale unterstützt voll und ganz die Gemeinsame Erklärung der Regierungen Frankreichs und Mexikos zu El Salvador vom 28. August 1981, in der beide Länder ihre Besorgnis über die äußerst ernste Situation in diesem mittelamerikanischen Land zum Ausdruck brachten und die Notwendigkeit grundlegender sozialer, wirtschaftlicher und politischer Veränderungen unterstrichen.

Die Sozialistische Internationale hebt vor allem die Notwendigkeit einer umfassenden politischen Lösung in El Salvador hervor, an der die Allianz der FDR/FMLN als eine wichtige politische repräsentative Kraft mitwirken sollte. Die derzeitige Situation des von der Regierung sanktionierten Terrorismus macht demokratische Wahlen sinnlos. Nur politische Verhandlungen, deren Ergebnis Frieden ist, können eine geeignete Grundlage für Wahlen schaffen.

Die Sozialistische Internationale verurteilt erneut die derzeitige Regierung der Vereinigten Staaten wegen ihrer massiven militärischen Unterstützung für die von Napoleon Duarte geführte Junta. Ein solches militärisches Eingreifen führt lediglich zu weiterem Terror und Tod.

Die Sozialistische Internationale hat schon oft ihr Engagement für eine politische Lösung und für die Sache des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit in El Salvador deutlich gemacht. Wir werden es weiterhin unter Beweis stellen.

Die Sozialistische Internationale bekundet ihre volle Solidarität mit ihrer Mitgliedspartei, der Nationalrevolutionären Bewegung, und deren Führer Guillermo Ungo, Präsident der Demokratisch-Revolutionären Front von El Salvador.

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 41/1981, S.25)

aus, die zur Durchsetzung der Ziele unseres Volkes, zur Verhinderung des weiteren Blutvergießens und der Zerstörungen führen. Wir haben die Vorschläge angesehener Persönlichkeiten verschiedener Länder unterstützt, eine internationale Vermittlung einzuleiten, um dem Völkermord ein Ende zu setzen und eine gerechte Lösung für diesen gerechten Krieg zu finden.

Die ganze Welt kann bezeugen, daß diese Vorschläge von der US-Regierung und der christdemokratischen Militärjunta abgelehnt wurden und mit der Intensivierung des Völkermordes an der Zivilbevölkerung und dem Einsatz von Gasen, die Kinder, Frauen und Greise töten, beantwortet wurde. Sie glauben uns militärisch vernichten und das Volk terrorisieren zu können.

Die Erfahrung der vergangenen Monate hat gezeigt, daß es unmöglich war und auch künftig sein wird, uns im Kanopf zu vernichten. Haig, Duarte, Garcia und Abdul (Gutierrez, Vizepräsident der Junta; d. Red.) verkündeten, daß wir den Vorschlag einer internationalen Vermittlung lediglich deshalb unterstützen würden, weil wir militärisch schwach seien. Angesichts dieser Lüge verweisen wir auf die aufrechten, bewaffneten, heldenhaften und unbesiegbaren Kämpfer der FMLN in Guazapa, Chalatenango, im Vulkan von San Vicente, Cerro de San Pedro, Cabañas, Morazán und Usulután. Sie haben 3,5 oder 6 fürchterliche gegnerische Offensiven miterlebt und sind als Sieger aus unzähligen Kämpfen hervorgegangen.

Die FMLN ruft alle Völker der Welt, humanitäre Institutionen, Regierungen und Persönlichkeiten auf, die Freiheit, Frieden, Menschenrechte und Gerechtigkeit lieben, den Völkermord an dem salvadorianischen Volk zu verurteilen, gegen die völkerrechtlich verbotene Anwendung von Vernichtungsgasen sowie gegen weitere Waffenlieferungen und den Einsatz von US-Beratern zu protestieren. Sie ruft dazu auf, die interventionistischen Pläne gegen unser Volk und gegen Nikaragua zu verurteilen.

Die FMLN klagt die Reagan-Regierung des Mordes an Tausenden Kindern und der Zivilbevölkerung generell an. Sie wendet sich an das Volk der USA, durch verstärkte Anstrengungen seiner aggressiven Regierung die Hände zu binden.

Wir sind für den Dialog und zu einer Übereinkunft mit all denjenigen bereit, die sich unabhängig von politischen, ideologischen und sozialen Meinungen gegen den Völkermord und die imperialistische Intervention in unserem Land stellen, die Respektierung der Menschenrechte fordern und die von der Junta und Washington geplante Wahlmaskerade im März 1982 zurückweisen.

Wir möchten einen gerechten Frieden für das salvadorianische Volk und dafür kämpfen wir. Wir sind davon überzeugt, daß ein solcher Friede nur garantiert wird, wenn die machtausübenden faschistischen Kräfte vertrieben werden und die Unabhängigkeit unseres Landes verteidigt wird.

In einer Zeit, in der sich der Gegner des salvadorianischen Volkes in seinen inneren Konflikten aufreibt und mit allen Mitteln versucht, die einen durch die anderen zu ersetzen sowie um die Gunst der US-Imperialisten buhlt und sie zur Intervention aufruft, verweist die FMNL nochmals auf die sieben elementaren Punkte eines Programms, nach dem eine Revolutionär-Demokratische Regierung handeln sollte.

Kernaufgaben einer Revolutionären Regierung

Die Installation einer solchen Regierung würde die endgültige Lösung der nationalen Krise und die Schaffung von Frieden, wirklicher Unabhängigkeit und Freiheit bedeuten. Es sind folgende Punkte:

1. Die Revolutionär-Demokratische Regierung wird sich unter Teilnahme aller patriotischen, demokratischen und revolutionären Sektoren bilden, die zum Sturz der Völkermord-Diktatur beigetragen und sich gegen die Intervention des Imperialismus und seiner Marionetten in unserem Land gestellt haben.

2. Die Revolutionär-Demokratische Regierung wird die nationale Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht des salvadorianischen Volkes garantieren und verteidigen.

3. Die Revolutionär-Demokratische Regierung wird dem salvadorianischen Volk Frieden, Freiheit, Wohlstand und Fortschritt garantieren. Es werden politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen eingeleitet, die eine gerechte Verteilung des Reichtums, die Nutznießung von Kultur und Gesundheit sowie die wirksame Ausübung demokratischer Rechte durch die große Mehrheit sicherstellen.

4. Die Revolutionär-Demokratische Regierung wird den Zusammenschluß des Revolutionären Volksheeres mit dem patriotischen und demokratischen Sektor des Diktatur-Heeres zu einer Armee neuen Typs fördern. Diese Armee wird dem salvadorianischen Volk und seinen Interessen treu sein, sowie seinem Auftrag, Frieden, Unabhängigkeit und Souveränität des Vaterlandes zu schützen und die von der Revolution eingeleiteten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwandlungen zu garantieren.

5. Die Revolutionär-Demokratische Regierung wird Glaubensfreiheit und freie Ausübung religiöser Kulthandlungen garantieren.

6. Die Revolutionär-Demokratische Regierung wird alle Privatunternehmer unterstützen, die sich gegen den Völkermord und die imperialistische Intervention gestellt haben sowie zur Kooperation auf der Grundlage der Realisierung ihres Programmes bereit sind und zur Ankurbelung der nationalen Wirtschaft beitragen.

7. Die Revolutionär-Demokratische Regierung wird im internationalen Rahmen eine Politik des Friedens und der Nichtpaktgebundenheit verfolgen.

Vereint um bis zum Endsieg zu kämpfen!

Revolution oder Tod!

Wir werden siegen!

(Quelle: Erklärung der FMLN-Generalkommandantur, hektographiertes Material, El Salvador, 7.8.1981)

Mexikanische Linksparteien Erklärung der Einheit



Im August d.J. vereinbarten die Führungen von fünf Linksparteien des mittelamerikanischen Landes ihren Zusammenschluß zur Vereinigten Partei der Mexikanischen Linken (PUIM), der von der Parteienbasis allerdings noch zu bestätigen ist. Die Linksallianz, die seit 1979 zusammengenommen über 18 Sitze im Parlament verfügt, steckt sich für die allgemeinen Wahlen im Juli 1982 das Ziel, ein breites Bündnis der demokratischen Opposition zu formieren. Die regierende Revolutionäre Institutionelle Partei (PRI) hat unterdessen Planungsminister Miguel de la Madrid zu ihrem Präsidentschaftskandidaten erkoren, als dessen Hauptkonkurrenten die Kandidaten der konservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN: Pablo Emilio Madero) und der PUIM angesehen werden.

Die internationale Lage ist gespannt. Es besteht die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Die traditionelle Vormachtstellung der USA verstärkt sich unter der Regierung Reagan. Sie baut die Beziehungen zu den Militärdiktaturen aus, unter denen die Völker Lateinamerikas, Asiens und Afrikas leiden. Sie verschärft den Rüstungswettlauf und beschließt, die Neutronenbombe, die das menschliche Leben auslöscht, Sachwerte dagegen nicht zerstört, in großem Ausmaß bauen zu lassen. Reagan sabotiert die geplante Nord-Süd-Konferenz in Cancún dadurch, daß er für seine Teilnahme als Bedingung die Abwesenheit Kubas stellt, das die Nichtpaktgebundenen vertritt.

Trotz der US-Militärhilfe für die Gorilla-Regimes in El Salvador und Guatemala kämpfen unsere Brudervölker weiter mit der Waffe in der Hand für ihre Freiheit. In Lateinamerika werden die Arbeiterorganisationen stärker, die die Diktaturen bekämpfen, unter denen die Völker leiden. Das heldenhafte Nicaragua festigt seine Revolution trotz aller Aggressionen und Drohungen, und Kuba bereitet sich darauf vor, jedweder Aggression zu begegnen, die durch die Kriegstreiberei und den Antikommunismus Reagans ausgelöst wird.

Rechtsdrift im regierenden Block

Das ungerechte internationale Währungssystem, ein Instrument der großen imperialistischen Mächte, und die Kontrolle, die diese Mächte über die Energie- und anderen Rohstoffquellen ausüben, stürzt die unterentwickelten Länder in ein wachsendes Außenhandelsdefizit, in Abhängigkeit vom Ausland und Auslandsverschuldung.

Auch Mexiko entgeht dieser Wirklichkeit nicht, und als kapitalistisches Land, das dem Druck des Imperialismus unterworfen ist, durchlebt es eine entscheidende Phase seiner wirtschaftlichen und politischen Entwicklung.

Es steht an einem Scheideweg: Entweder festigen sich die extrem konservativen Tendenzen des regierenden Blocks, die bei der imperialistischen ökonomischen Durchdringung durch die wachsende Vormacht der Monopole unterstützt werden, oder es setzt sich das Bestreben des arbeitenden Volkes nach einer vom Volk getragenen demokratischen, unabhängigen Entwicklung im Leben des Landes durch.

Der Hunger quält die Arbeiter und armen Bauern, die Löhne der überwältigenden Mehrzahl der Arbeiter werden täglich niedriger, während die Inflation unkontrolliert steigt. Es geschieht genau das Gegenteil von dem, was die Regierung so oft versprochen hat, und nirgends sieht man den Überfluß, den wir zu verwalten lernen müssen, wie man zu Beginn des Ölbooms sagte. Die Drohung, das Gesetz zur Förderung der Viehwirtschaft anzuwenden, schwebt über den Bauern. Der Peso verliert immer mehr an Wert, ohne daß die Regierung etwas gegen die Spekulanten und Finanzleute unternimmt, die in völliger Freiheit Kapital exportieren können.

Die Dominierung der Wirtschaft durch das Erdöl ist kaum noch zu verheimlichen und zeigt sich vor allem dann, wenn die Regierung beginnt, auf unverantwortliche Art und Weise mit den Rohölpreisen zu spielen. Die angekündigte Kürzung des Haushalts um 1/4, die die Inflation nicht aufhalten wird, ist ein Zeichen für die Verschärfung des Rechtskurses die Verwendung der Staatsfinanzen zur Abdeckung sozialer Bedürfnisse einzuschränken. Die Steuerreform wird nicht durchgeführt und die Regierung weitet indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer aus, die die Arbeiter bestrafen, und da sie den großen Kapitalisten ungeheure Zuschüsse und andere Pfründe gewährt, muß sie im Ausland Kredite aufnehmen, um zu Geld zu kommen, wodurch die Auslandsverschuldung astronomische Zahlen erreicht.

Die Finanzbourgeoisie hat die Fäden der wirtschaftlichen Macht in der Hand und weitet so unbestreitbar ihren politischen Einfluß aus. Durch die systembedingte Korruption in Politik und Verwaltung blutet das Land aus.

Um diesen Wirtschaftskurs zu unterstützen, knüpfen Oligarchie und Regierung ein dichtes Netz antidemokratischer Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung: Repression gegen Einzelpersonen und Ermordung unabhängiger Gewerkschaftsführer, dauernde Angriffe der Behörden und der Großgrundbesitzer gegen die Bewegung der Landarbeiter und die Perfektionierung eines Wahlsystems, das die Arbeiter von den Wahlen fernhält.

Auf der anderen Seite wächst die Unzufriedenheit der Arbeiter und der Bevölkerung, vervielfältigen sich die Aktionen der Gewerkschaften und der Bauern gegen die Regierungspolitik, gegen den gewerkschaftlichen „charrismo“ (die PRI-Regierungshörigkeit der Gewerkschaftsführungen; d. Red.) und gegen die Vorherrschaft der Monopole und der

Großbourgeoisie.

An der Basis der sozialen und politischen Organisationen wächst der Wille zur Einheit und die Entschlossenheit, sich dem reaktionären Kurs entgegenzustellen, den die gegenwärtige PRI-Regierung dem Land aufzwingt. Die revolutionäre Linke, die von der Regierung unabhängig ist, gewinnt an Einfluß und politischem Ansehen und damit die Möglichkeit, ihr organisatorisches Niveau wie ihre Fähigkeit zu erhöhen, die Unzufriedenheit des Volkes in die richtigen Bahnen zu lenken und im geeigneten Augenblick die Macht zu übernehmen.

Angesichts dieser nationalen und internationalen Situation und im Bewußtsein ihrer Pflichten der Arbeiterklasse und allen Werktätigen gegenüber haben die Leitungsorgane der Mexikanischen Arbeiterpartei, der Mexikanischen Volkspartei, der Sozialistischen Revolutionären Partei, der Bewegung der Sozialistischen Aktion und Einheit und der Mexikanischen Kommunistischen Partei beschlossen, ihren Organisationen den Zusammenschluß ihrer Kräfte zu einer einzigen Partei vorzuschlagen. Die Notwendigkeit der Einheit der sozialistischen revolutionären Kräfte wird von allen demokratisch denkenden Männern und Frauen anerkannt und ihr gilt das Bestreben der Kämpfer verschiedener politischer Organisationen, die eine sozialistische Revolution wollen. Aus dieser Notwendigkeit heraus haben die Leitungsorgane dieser fünf Parteien nach intensiven Diskussionen diesen Beschluß gefaßt.

Zielpunkt revolutionäre Arbeiterdemokratie

Die Grundlage dieses Beschlusses und der Gründung einer neuen revolutionären Partei ist die jahrelange Übereinstimmung von Prinzipien und Zielen dieser fünf Organisationen. Ohne die Bedeutung spontaner Bewegungen der Werktätigen zu bestreiten, sind wir der Meinung, daß systematische politische Organisation und die Kampfkraft einer Partei unersetzliche Elemente sind, wenn man die völlige soziale und nationale Befreiung erreichen will, unersetzliche Elemente für den jetzigen und zukünftigen demokratischen und revolutionären Kampf der Arbeiter und des ganzen Volkes.

Die revolutionäre Partei, auf die wir orientieren und die nach den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus handeln wird, wird ein Instrument des Kampfes der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes sein. Es wird breiteste innerparteiliche Demokratie herrschen, wobei alle Mitglieder an die Beschlüsse der Mehrheit gebunden sind, die Minderheit jedoch das Recht hat, ihre Meinung zu äußern. Sie wird eine Massenpartei sein und ihre Führung wird demokratisch gewählt werden.

Ziel dieser Partei wird es sein, die politische Macht zu übernehmen und diese kapitalistische Gesellschaft in eine solche umzuwandeln, in der die wichtigsten Produktionsmittel sich in Gemeineigentum befinden und die Macht von allen ausgeht, und nicht das Privileg einiger Weniger ist. So wird ein neuer Mensch entstehen, frei von den Vorurteilen und der Ungleichheit, die durch das Privateigentum entstehen. Diese grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse ist unser sozialistisches Ideal. Wenn die Arbeiter an der Macht sind, bedeutet dies die revolutionäre Arbeiterdemokratie. Es wird möglich sein, die mexikanische Gesellschaft grundlegend zu verändern, sie zu demokratisieren, die Nation zu Gerechtigkeit und Wohlstand für das arbeitende Volk zu führen, ohne irgendwelche Ausbeutung und Unterdrückung, mit wirklicher Unabhängigkeit vom Imperialismus und von jedwedem anderen Zentrum internationaler Macht.

Die allgemeinen Wahlen im Juli 1982 stellen die unabhängige Linke vor neue Aufgaben, die sie sorgfältig erfüllen

muß. Es ist wichtig, energische Schritte zu unternehmen, um die Vormacht der Regierungspartei zu brechen, die Demagogie der Parteien der Rechten, der PAN und der Sinarquistas, zu bekämpfen, damit die Linke durch den Wahlkampf dazu beitragen kann, daß das Volk mehr Rechte erhält und einen besseren Lebensstandard erreichen kann.

Auch wenn die Gründung der neuen revolutionären Partei dazu beitragen wird, diese kurzfristigen Ziele zu erreichen, sind sich die fünf beteiligten Organisationen darüber einig, daß es nötig ist, breite Bündnisse mit anderen demokratischen und linken Kräften zu schaffen mit dem Ziel, der PRI und der Regierung bei den Wahlen ein breites Oppositionsbündnis entgegenzustellen.

Die neue revolutionäre Partei hofft, daß sich noch andere Kräfte beteiligen werden, die sich dieser gemeinsamen Verpflichtung anschließen wollen, und daß sie in ihre Reihen nicht nur die Mitglieder unserer fünf Parteien aufnehmen kann; sie hofft, daß sie sich auf der Basis einer Satzung, einer Grundsatzklärung und eines Aktionsprogramms entwickeln wird und allen Männern und Frauen unseres Landes offensteht, die bereit sind, ihre Kraft dem organisierten Kampf für Demokratie und Sozialismus in unserem Vaterland zur Verfügung zu stellen.

Mexiko, 15. August 1981

Für die Mexikanische Arbeiterpartei: Heriberto Castillo

Für die Sozialistische Revolutionäre Partei: Roberto Jaramillo Flores

Für die Mexikanische Kommunistische Partei: Arnoldo Martinez Verdugo

Für die Bewegung der Sozialistischen Aktion und Einheit: Miguel Angel Velasco.

Für die Mexikanische Volkspartei: Alejandro Gascón Mercado.

(Quelle: Oposición, Mexiko-Stadt, 23.8.1981, S.4)

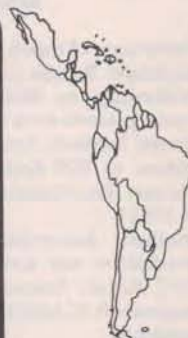
Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V. Bonn

ila - literatur

Römerstraße 88, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228 / 65 86 13

- Lateinamerika — Kirche zwischen Diktatur und Widerstand 186 S. 5,00 DM
- Wahlen in Lateinamerika — Ein Weg zur Demokratisierung? 100 S. 6,00 DM
- Etwas geben — viel nehmen. Entwicklungshelfer berichten 112 S. 6,00 DM
- Argentinien auf dem Weg zum Völkermord 238 S. 11,00 DM
- Unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgebracht. Über die Unterentwicklung in Bolivien 400 S. 12,00 DM
- Pressespiegel. Die wichtigsten Artikel der deutschsprachigen Presse (1980) zu:
 - Bolivien 75 S. 6,80 DM
 - Chile 110 S. 12,00 DM
 - Nicaragua 72 S. 5,00 DM
 - El Salvador 88 S. 6,00 DM
- Die peruanische Gewerkschaftsbewegung — von den Anfängen bis 1979 100 S. 6,00 DM
- Ecuador — Brasilien am Pazifik 112 S. 5,00 DM
- Soziale Kämpfe und Klassenstruktur in El Salvador 44 S. 3,00 DM
- Pacific Prison, 30-cm-LP 10,00 DM

Nähere Angaben
und weitere
Literatur zu
Lateinamerika
in der
kostenlosen
Materialliste
erhältlich bei
der ila



Jürgen Walter

Die „grüne Insel“ der Karibik



Dominika gehört zur Gruppe der Windward-Islands, der westindischen Antillen, und liegt etwa 500 km nördlich der Küste Venezuelas (siehe Graphik). Sie ist die größte der vier Inseln dieser Gruppe, zu der außerdem die ehemals britischen Besitzungen St. Lucia, St. Vincent, und das seit zwei Jahren befreite Grenada sowie die Grenadines gehören.

Auch Dominika ist vulkanischen Ursprungs und über 350 Flüsse, die das ganze Jahr über Wasser führen, machen es zur „grünen Insel“ der Karibik. Dennoch ist es der weniger zahlreichen weißen Strände wegen touristisch bei weitem noch nicht so erschlossen wie die benachbarten Inseln, obwohl die derzeitige Regierung einige Anstrengungen unternimmt, dies zu ändern.

Ein wichtiger Schritt zur Befreiung Dominikas war 1976 die Gründung des antiimperialistischen Unabhängigen Volkskomitees, einer Avantgarde-Organisation, aus der schließlich die marxistisch-leninistisch orientierte Demokratische Arbeiterpartei (DLP) hervorging.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei, unter Premierminister Patrick John, führte Dominika 1978 zwar in die Unabhängigkeit, doch bereits ein halbes Jahr später wurde die John-Regierung wegen ihrer Verbindung zu Südafrika gestürzt. Eine linke Mehrparteien-Koalition unter Führung der DLP übernahm die Regierung. Differenzen über strategische

und taktische Positionen führten jedoch kurz vor den Parlamentswahlen 1980 zur Spaltung der Linken und schwächte die demokratischen Kräfte entscheidend. Unmittelbare Folge davon war der hohe Wahlsieg der proimperialistischen Freiheitspartei (FP), die 17 von 21 Parlamentssitzen gewann (bei jedoch nur etwa 50% der errungenen Stimmen).

Die Linke Dominikas hat sich seitdem in der Dominikanischen Befreiungsbewegung (DLM) neu formiert. Relevanteste Kraft ist dabei nach wie vor die Demokratische Arbeiterpartei, deren Generalsekretär Rosie Douglas in einem Interview (siehe auch Kasten) die programmatische Orientierung seiner Partei u.a. wie folgt umriß:

- umfassende Landreform zugunsten der Bauern,
- Aufbau einer nationalen Wirtschaft auf der Basis von staatlicher, kooperativer und privater Investition,
- kostenlose Ausbildung und Gesundheitsfürsorge,
- garantierter Minimalverdienst und Vollbeschäftigung für alle Arbeiter,
- Beendigung der Diskriminierung von Frauen,
- antiimperialistische Außenpolitik, Solidarität mit Befreiungsbewegungen und den demokratischen Kräften in den kapitalistischen Staaten.

Die FP-Regierung unter Premierministerin Eugenia Charles bedient sich seit ihrer Amtsübernahme aller propagandistischen Mittel, um in enger Zusammenarbeit mit der Kirche (die einzige Tageszeitung, *The New Chronicle*, wird vom Bischof in Roseau herausgegeben) ein „Bollwerk gegen den Weltkommunismus“ zu errichten. Sie ist somit treuer Vasall der US-Imperialisten, die gerade dem revolutionären Grenada in jüngster Zeit immer unverhohlener mit militärischer Intervention drohen.¹

Doch gerade aus den USA drohte der Charles-Regierung die bislang größte Gefahr. Ende April 1981 wurden in New Orleans zehn schwerbewaffnete Ku-Klux-Klan-Mitglieder verhaftet, die vorhatten, auf Dominika ein weißes Terrorregime zu errichten². Ursprünglich war Grenada Ziel der Gangster gewesen; solange dies der Fall war, hatte das FBI still gehalten. Erst als die Regierung eines „befreundeten“ Staates in Gefahr schien, wurden die Putschisten vor Gericht gestellt. In Dominika wurden in diesem Zusammenhang Ex-Premier Patrick John sowie der Befehlshaber der Streitkräfte wegen angeblichen Putschversuchs verhaftet³. Nach Verhängung des Ausnahmezustands im Februar dieses Jahres (s.w.u.) diente dies als Vorwand, die nach wie vor linksorientierten Verteidigungskräfte aufzulösen und deren Aufgaben dem loyaleren Polizeikorps zu übertragen. Erst danach, Mitte Juli 1981, konnte es sich die Regierung erlauben, den Ausnahmezustand wieder aufzuheben.⁴ Die englische Kolonialherrschaft hinterließ dem jungen Staat eine Bananen-Monokultur, vergleichbar der Situation in den mittelamerikanischen „Bananenrepubliken“.

Dominika-Daten

Territorium: 751 qkm (z. Vgl.: BRD 248.097 qkm)
Hauptstadt: Roseau (ca. 25.000 Einwohner)
Bevölkerung: ca. 80.000 Einwohner, überwiegend afro-negroiden Ursprungs sowie etwa 400 indianische Ureinwohner
Sprache: Englisch; Umgangssprache vielerorts Patois
Religion: ca. 80% Katholiken, 20% Protestanten
Währung: East-Caribbean-Dollar (EC\$); 1 EC\$ = 0,85 DM (Stand: Juli 1981)
Wirtschaft: Exportlandwirtschaft: Bananen (ca. 80%), daneben Zitrusfrüchte und Kokosnüsse; kleinbäuerlich: Früchte, Nahrungsmittel, Kakao, Dominika ist Mitglied der Karibischen Wirtschaftsgemeinschaft (CARICOM)
Geschichte:
1493 Entdeckung durch Kolumbus
17. Jhdt. Eroberungsversuche von Engländern und Franzosen scheitern am Widerstand der indianischen Ureinwohner
1748 Englisch-französische Übereinkunft für die Neutralität Dominikas
1763 Vertrag von Paris; Anschluß an England
1778 Eroberung durch Frankreich
1783 Rückgabe an England
1805 Französische Truppen legen Feuer in Roseau und verlassen die Insel erst nach Zahlung von 12.000 Pfund
1958 Mitglied der westindischen Föderation
1967 Mit Großbritannien innerhalb des Commonwealth „assoziiertes Staat“
3.11.1978 Proklamation der Unabhängigkeit

Auch in Dominika wird der Markt von einem multinationalen Unternehmen kontrolliert, der Geest-Industries, die den dominikanischen Bauern derzeit 19 EC-Cents (ca. 15 Pfennig) für das Pfund Bananen zahlt. Zweiwöchentlich werden die Bananen von Containerschiffen der Firma nach England verschifft. Von dort kommen dann mit den gleichen Schiffen Kunstdünger, hochgiftige Insektizide und industrielle Fertigwaren, deren Preise um ein Vielfaches schneller steigen als die Kosten für die Bananen.

Diese Monowirtschaft hat zur Folge, daß die Bauern auf Gedeih und Verderb von reichen Ernten und dem jeweiligen Bananen-Weltmarktpreis abhängig sind. Die Verwüstungen, die der Hurrikan „David“ 1979 anrichtete, als er zahllose Menschen obdachlos machte und eine ganze Jahresernte vernichtete, hatten deshalb katastrophale Auswirkungen. Viele Arbeitskräfte verließen und verlassen immer noch das Land, um sich ihren Lebensunterhalt anderswo zu verdienen. Die Arbeitslosenquote liegt derzeit bei über 50%, unter den Jugendlichen beträgt sie sogar 75%.

Das nach englischem Muster errichtete **Schulsystem** ist zwar einigermaßen gut ausgebaut, dennoch liegt die Analphabetenrate bei fast 50%. Es fehlen vor allem qualifizierte Lehrer; oft müssen ältere Schüler in den unteren Klassen unterrichten. Die Bildungsinhalte sind entsprechend dem Weltbild



der lokalen Bourgeoisie stramm antikommunistisch und verbreiten im wesentlichen die am „american way of life“ orientierte Idee von der Überlegenheit der „freiheitlichen Demokratie“ nach westlichem Vorbild.

Die staatliche **Gesundheitsfürsorge** ist völlig unzureichend. Es besteht zwar ein Anspruch auf ärztliche Behandlung in den wenigen Krankenhäusern, die dafür zur Verfügung stehenden Ärzte sind jedoch hoffnungslos überlastet. Die freiberuflich tätigen Ärzte in der Hauptstadt behandeln nur Privatpatienten aus der Oberschicht; in die Dörfer kommt zweimal im Monat ein Arzt zur allgemeinen Sprechstunde.

Da die Charles-Administration wie kaum eine andere Regierung der Region die Interessen des US-Imperialismus vertritt, hat sich in kurzer Zeit eine schlagkräftige bewaffnete Befreiungsbewegung gebildet. Sie hat ihre ideologischen Wurzeln in der von Jamaika ausgehenden Rastafari-Bewegung⁵. Die „Dreads“, wie die Rastamen ihrer langeingerollten Locken wegen genannt werden, traten im Februar 1981 erstmals mit einer spektakulären Aktion an die Öffentlichkeit. Sie entführten den Vater eines Regierungsmitglieds, um im Austausch die Freilassung zweier wegen angeblichen Mordes zum Tode verurteilter Genossen zu erzwingen. Die Regierung verhängte daraufhin den Ausnahmezustand, worauf es zu brutalen Übergriffen der Polizei auf die Bevölke-

Grenada war ein Meilenstein

Die Demokratische Arbeiterpartei Dominikas (DLP) wurde bei den letzten Parlamentswahlen vom Juli 1980 mit einem Stimmenanteil von 22% stärkste Oppositionspartei (vor Labour mit 15% und der Allianz der Befreiungsbewegung-DLMA mit 7%) und hält 2 der insgesamt 21 Parlamentssitze. Ihr Führungsmitglied O.J. Seraphine fungierte in der Phase von Juni 1979 bis Juli 1980 als Premierminister einer linken Koalitionsregierung. Unser Autor Jürgen Walter sprach bei einem kürzlichen Dominika-Aufenthalt mit DLP-Generalsekretär Rosie Douglas. Hier ein Ausschnitt.

FRAGE: Auch in Dominika gibt es mittlerweile eine bewaffnete Widerstandsbewegung, die in jüngster Zeit durch spektakuläre Aktionen für Schlagzeilen sorgte. Wie stehen Sie zur Notwendigkeit und Berechtigung des bewaffneten Befreiungskampfes innerhalb des karibischen Raumes?

R. DOUGLAS: Der bewaffnete Kampf ist ein notwendiger Teil der nationalen Befreiungsrevolutionen. Seine Notwendigkeit hängt natürlich von den objektiven und subjektiven Gegebenheiten in jedem Land ab. In Lateinamerika und in der Karibik war und ist er vielerorts der einzige Weg zur Befreiung der unterdrückten Massen (z.B. Nicaragua, El Salvador, Grenada).

Der Imperialismus unterstützt offen diese Unterdrückung durch seine Marionettenregimes in dieser Region und fordert dadurch den bewaffneten Widerstand geradezu heraus. Es ist die Gewalt wirtschaftlicher und sozialer Unterdrückung, die die Menschen zwingt, sich zu verteidigen. Der bewaffnete Kampf ist eine Defensiv-Maßnahme zur Verteidigung der Menschlichkeit, die hier seit Jahrhunderten mit Füßen getreten wird.

FRAGE: Hatte bzw. hat die Revolution in Grenada irgendwelche Auswirkungen auf die politische Entwicklung innerhalb des karibischen Raumes?

R. DOUGLAS: Die Revolution in Grenada war ein Meilenstein im Befreiungskampf der Menschen in der englischsprachigen Karibik. Sie erschütterte den Glauben, daß parlamentarische Demokratie nach westlichem Muster der einzig gangbare Weg sei.

Diese vom britischen Imperialismus geschaffene Struktur zur Verteidigung seiner Klasseninteressen wurde durch ein System von Volksherrschaft ersetzt, das in Grenada schrittweise ausgebaut wird. Die Revolution in Grenada hat ihre Wurzeln im langen und opferreichen Kampf der karibischen und lateinamerikanischen Völker gegen Sklaverei und Kolonialismus. Es ist die Fortsetzung des Kampfes, den Simon Bolivar, José Martí und Che Guevara begonnen hatten.

Natürlich war diese Revolution ein Schlag ins Gesicht des Imperialismus, da seine Signalwirkung die ganze Region erfaßte. Der Imperialismus hat nicht länger das Monopol in diesem Raum. Es gibt eine Regierung, die für die unterdrückten Massen der karibischen Völker sprechen kann. Grenada folgt Kuba und Nicaragua in der Verbreitung neuer Horizonte des Sozialismus innerhalb dieser Hemisphäre.

rung kam. So wurden erst kürzlich in der Nähe der Hauptstadt die Leichen von fünf ermordeten Jugendlichen gefunden, die zuvor in Polizeigewahrsam genommen worden waren.⁶

Das französische Interesse an „stabilen“ Verhältnissen auf Dominika dokumentiert der Einsatz von Kampfhubschraubern aus den benachbarten Départements Guadeloupe und Martinique gegen die im Landesinnern versteckten Guerillatrupps. Ob sich daran nach dem Machtwechsel in Frankreich etwas ändern wird, bleibt abzuwarten.

Verstärkt haben sich seit Ronald Reagans Amtsantritt hingegen die Aktivitäten des CIA, um ein zweites Grenada im Bereich der Antillen zu verhindern. Die siegreiche Revolution dort hat den karibischen Völkern nämlich gezeigt, daß sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können. Es bedarf deshalb gerade in der jetzigen Phase des Befreiungskampfes unserer solidarischen Unterstützung für die fortschrittlichen Kräfte dieser Region.

Anmerkungen:

- 1) Die Tageszeitung, 9.9.1981
- 2) Free West Indian, Grenada, 6.6.1981
- 3) Latin America Regional Reports Caribbean, London, 17.7.1981
- 4) Latin America Weekly Report, London, 24.7.1981
- 5) Nicaragua Aktuell, Nr. 6/1980, S. 22f. Siehe Einschätzung zur Rastafari-Bewegung in: AIB 7-8/1981, S. 67-69; d. Red.
- 6) Free West Indian, Grenada, 1.8.1981

Hanne Denk

Anklage gegen das Duvalier-Regime

Unter der Schirmherrschaft des Lateinamerika-Büros der Sozialistischen Internationale, der Lateinamerikanischen Sektion für Menschenrechte und des Weltfriedensrats fand vom 18.-20. September d.J. in Panama-Stadt die 1. Kontinentale Solidaritätskonferenz mit dem Volk von Haiti statt.

Neben der Christdemokratischen Partei (PDC) und der Vereinigten Partei der Kommunisten Haitis (PUCH) hatten zahlreiche Komitees und Organisationen haitianischer Flüchtlinge aus Kanada, den USA und verschiedener lateinamerikanischer Staaten zu diesem Treffen aller antiduvalieristischen Kräfte aufgerufen.

Erklärtes Ziel der Konferenz war es, die Weltöffentlichkeit über die tatsächlichen Verhältnisse dieser Karibikinsel zu informieren, die in den westlichen Massenmedien als Touristenparadies angepriesen wird. Sodann sollte sie internationale Unterstützung für den Kampf des haitianischen Volkes gegen die 25jährige Duvalier-Diktatur initiieren. Schließlich



Haitis Erbdiktator Baby Doc



wurde mit der Konferenz angestrebt, „eine Vereinigung der organisierten Opposition voranzutreiben“.¹

Nachdem mehrere Vertreter der Untersuchungskommission – darunter der Vorsitzende der panamaischen Kommission Damian Castillo Duran, der Rektor der Universität von El Salvador Miguel Angel Pareda, sowie ein Repräsentant der haitianischen Flüchtlinge – mit Beiträgen über die Notwendigkeit internationaler Solidarität die Tagung eröffnet hatten, gingen die ca. 200 Delegierten dazu über, in verschiedenen Arbeitsgruppen Einzelaspekte der Situation Haitis zu untersuchen, um schließlich Vorschläge für internationale Maßnahmen vorzulegen.

Politische Gefangene und „boat people“ zuhau

So wurde von der Konferenz angeregt, eine weltweite Kampagne für die politischen Gefangenen und Verschwundenen Haitis zu starten. 25 Jahre Tyrannei unter Francois Duvalier („Papa Doc“ genannt) und seit 1971 unter seinem Sohn Jean Claude Duvalier („Baby Doc“) führten das Land in politisches und ökonomisches Elend. So zählt Haiti zu den ärmsten Staaten Lateinamerikas, weist es die höchste Kindersterblichkeit und Analphabetenrate (auf dem Land 94%) des Kontinents auf.²

Menschenrechtsverletzungen und Terror zählen zum Alltag. Nach mehreren Streiks in der zweiten Hälfte der 70er Jahre erfaßte im Herbst 1980 eine erneute Repressionswelle die Insel. Gegenwärtig bekanntestes Opfer ist der am 28. November 1980 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilte Vorsitzende der Christdemokratischen Partei, Silvio Claude. Er wurde nur wenige Monate nach Legalisierung seiner Partei verhaftet.

Ein weiteres Anliegen der Solidaritätskonferenz galt den Arbeits- und Lebensbedingungen der über 1 Mio zur Flucht

gezwungenen Haitianer, die vor allem in den USA und dem Nachbarland Haiti, der Dominikanischen Republik, leben. „Sowohl die haitianischen Landarbeiter als auch die in anderen dominikanischen Wirtschaftszweigen beschäftigten Haitianer treffen auf Zustände der Ausbeutung und Unterdrückung stärker als die dominikanischen Arbeiter und sind vor allem Opfer einer Rassendiskriminierung“,³ erklärte das dominikanische Solidaritätskomitee mit dem haitianischen Volk.

Der Aufforderung der Vereinigten Union der Emigranten (UDEH) nach Solidarität folgten bereits 19 dominikanische Organisationen, darunter Gewerkschaften und Parteien. Die



Situation der haitianischen Flüchtlinge, der sog. „boat people“ (Bootsleute) droht sich nach einem jüngst zwischen den USA und der haitianischen Regierung geschlossenem Abkommen zuzuspitzen, „demzufolge die US-Küstenwache mit US-Immigrationsbeamten und Vertretern der Regierung in Port-au-Prince an Bord jedes die haitianischen Gewässer nach Osten oder Norden verlassende Schiff kontrolliert“.⁴ Flüchtlinge, die keine Ausreisegenehmigung vorweisen können, werden nach Haiti zurückgebracht.

Auf schärfsten Protest bei den Konferenzteilnehmern und Organisationen stieß das Vorhaben R. Reagans, die haitianische Halbinsel Saint Nicolás sowie die Inseln Tortuga und Gonave zum Zwecke einer US-Militärbasis zu erwerben. Dieser Schritt Washingtons wurde als Bedrohung für den gesamten mittelamerikanischen und karibischen Raum gewertet. Der Erfolg dieser Kontinentalen Solidaritätskonferenz mit dem Volk von Haiti dürfte sich letztlich auch danach bemessen, inwieweit sie es vermochte, den Einigungsprozeß der antidualieristischen Kräfte innerhalb und außerhalb Haitis einen Schritt weiter voranzubringen. In diesem Sinne appellierte die UDEH an die Teilnehmer, einen ersten Kongreß der antidualieristischen Opposition einzuberufen, um dort über die Möglichkeit eines Minimalprogramms zur Gründung einer Front der antidualieristischen Opposition zu diskutieren.⁵

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Conferencia Continental de Solidaridad con Haiti, Hrsg. Comité Haitiano de Organización de la Conferencia de Solidaridad (CHOCS), Seccional de Mexico, September 1981, S.6
- 2) Siehe dazu: AIB 7-8/1979, S. 16ff.
- 3) Siehe: Comité Dominicano de Apoyo a la Conferencia Continental de Solidaridad con Haiti, Santo Domingo, 16. September 1981, S.3
- 4) Zit. nach: Frankfurter Rundschau, 6.10.1981
- 5) Nach: Mensaje de la UDEH a la Conferencia Continental de Solidaridad con Haiti, September 1981, Hektographiertes Material

Resolution der Haiti-Solidaritätskonferenz

Die Konferenz der Solidarität mit dem Volk von Haiti nahm nach der Untersuchung der in diesem Land herrschenden Situation folgende Resolution an:

1. Anklage in jenem Land der Aufrechterhaltung eines Regimes, für das die generelle Anwendung des Terrors und die Verweigerung der elementarsten Bürgerrechte charakteristisch ist. Gleichzeitige Verurteilung der Korruption, die die duvalieristische Administration kennzeichnet, welche schon das Niveau eines Weltkandals erreicht, da sie sich Fonds aneignet, die sie von verschiedenen Regierungen und internationalen Institutionen erhält.
 2. Forderung der Freilassung Silvio Claudes und aller politischen Gefangenen, die in willkürlichen und ungerechten politischen Prozessen, die jeder legalen Handhabung entbehren, verurteilt wurden. Die Freiheit muß allen verurteilten und nicht verurteilten politischen Gefangenen gewährt werden, d.h. auch den Verschwundenen wie Anselmo Noel und René Hermance. Gefordert ist die Abschaffung des Antikommunistischen Gesetzes vom 28. April 1969.
 3. Forderung der bedingungslosen und sofortigen Rückkehr aller im Exil Lebenden und der Respektierung ihres Rechts – genauso wie bei den Gefangenen, deren Freiheit wir fordern –, frei ihren politischen Aktivitäten nachzugehen. (...)
 5. Anklage dessen, daß die Existenz des Duvalier-Regimes, das sich mittels der Präsidentschaft auf Lebenszeit zu verewigen sucht, das größte unmittelbare politische Hindernis für das haitianische Volk ist, um die Einführung eines demokratischen Lebens zu bewerkstelligen. (...)
 6. Feststellung, daß im Kampf zur Vertreibung der Duvalier-Tyrannie dem haitianischen Volk und seinen Organisationen das unveräußerliche Recht zusteht, alle Kampfformen einschließlich des bewaffneten Kampfes anzuwenden, wie es in der Allgemeinen Deklaration des Völkerrechts, gebilligt am 4. Juli 1976 in Argelia, schriftlich niedergelegt wurde.
 7. Anklage der Absicht des nordamerikanischen Imperialismus, eine Militärbasis in der Mole von Saint Nicolás zu errichten. Wir Delegierte geben den Kampf nicht auf, bis zu sehen sein wird, daß diese neue interventionistische Absicht endgültig zunichte gemacht ist, die mit der kriminellen Komplizenschaft der Tyrannei rechnet und danach trachtet eine neue Verletzung des Selbstbestimmungsrechts des haitianischen Volkes zu begehen. Die Errichtung einer Militärbasis in Haiti stellt ein neues Aggressionsinstrument des nordamerikanischen Imperialismus in der Karibik und Mittelamerika dar.
 8. Anklage des Verhaltens der transnationalen Presse, die einen Mantel des Schweigens über die täglich von der Regierung Duvalier begangenen Greuelthaten hüllt und Haiti nur als ein Land „mit Sonne, exotischen Schönheiten usw.“ vorstellt. (...)
 10. Die Konferenz stellt fest, daß die Einheit der Organisationen, die auf unterschiedliche Art und Weise gegen die Tyrannei der Duvaliers kämpfen, eine unerläßliche Bedingung für die Beseitigung der Diktatur ist. Diese Einheit ist umso wichtiger, da sich nach 24 Jahren bestätigt hat, daß keine Organisation für sich alleine in der Lage ist, die Tyrannei zu zerstören. In diesem Sinne, setzt sich diese Konferenz für das ernsthafte Bemühen ein, auf diesem Weg zur Einheit, die den Sieg garantiert, voranzuschreiten. (...)
- Die Einheit muß all die Kräfte einschließen, die konsequent entschlossen sind gegen die duvalieristische Regierung zu kämpfen und muß auch jene Gruppen erreichen, die sich aus verschiedenen Gründen bei diesem Treffen nicht einfanden. (...)

(Quelle: Comisión de Asuntos Políticos de la Conferencia Continental con el Pueblo Haitiano, Resoluciones, Panama-Stadt, 19. September 1981, S. 1-4)

FDCL

FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM
CHILE – LATEINAMERIKA gemeinnütziger e.V.
SAVIGNYPLATZ 5 · 1000 Berlin 12 · Tel.: (030) 3135065

Griff nach der Bombe das deutsch-argentinische Atomgeschäft

Aus dem Inhalt:

Atucha II: die stationäre Bombe • Der Anfang der atomaren Zusammenarbeit • Nichtverbreitungsvertrag unterlaufen • Die „friedliche“ Bombe • Waffenhandel der BRD mit Argentinien • Argentinien – ein friedfertiger Staat? • Die Freunde der KWU und die Menschenrechte • BRD – Argentinien: Alte Freundschaft • Wirtschaftspolitik gegen das Volk • Gewerkschaftsbewegung in Argentinien • Atomenergie und Arbeitsplätze • Solidaritätsaktionen • Dokumente
Umfang: 144 Seiten, Preis: 6,50 DM
Zu beziehen bei: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

Peter Garcia

Das neue Gesicht Brasiliens

Nach wie vor äußerst labil sind die „Öffnungstendenzen“ des brasilianischen Regimes hin zu einer von den Militärs „kontrollierten Demokratie“, wie sie als Konzept während der Amtszeit Präsident Ernesto Geisels entwickelt worden war (siehe AIB 9/1980, S. 10-11). Schlagartig deutlich wurde dies Anfang August d.J., als General Golbery do Couto e Silva von seinem Posten als Leiter des brasilianischen Zivilkabinetts zurücktrat. Golbery galt als wichtigster Exponent des Öffnungskurses und hatte in den drei Monaten zuvor eine Reihe politischer Niederlagen gegenüber den Ultrarechten innerhalb des Militärregimes (den sog. Medicistas) hinnehmen müssen.

Golbery konnte weder eine Bestrafung der für ein Bombenattentat in Rio de Janeiro verantwortlichen Offiziere noch seine Reformvorschläge für die Gouverneurs-, Parlaments- und Gemeindewahlen im November 1982 durchsetzen. Auch vermochte er eine von Wirtschaftsminister Delfim Neto betriebene Änderung des Sozialversicherungssystems, die einseitig zu Lasten der Arbeiterschaft gehen soll, nicht abzuwenden. Golberys Rücktritt bringt den wohl einschneidendsten Rechtsruck innerhalb des Militärregimes zum Ausdruck, seit der Öffnungsprozeß mit dem Amtsantritt von General Figueiredo ohnehin ins Stocken geraten ist. Der nachstehende Bericht, den unser Mitarbeiter Peter Garcia im Anschluß an einen kürzlichen Brasilienaufenthalt abgefaßt hat, beleuchtet die ökonomisch-sozialen Hintergründe der aktuellen Entwicklung.

In Brasilien hat sich einiges geändert. Wendepunkt war der Amtsantritt des Präsidenten Figueiredo im März 1979. Die Demokratisierung „auf Befehl“ ist für die Militärs ein bitteres Eingeständnis: Sie sind unfähig, einen Weg aus der schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise ihres Landes zu finden. Das brasilianische Wirtschaftswunder ist tot. Die von oben verordnete Demokratisierung ist aber gleichzeitig auch von unten erzwungen. Alle Unterdrückungsmaßnahmen haben den Protest der Massen nicht ersticken können. 1978 traten in den Großbetrieben der Region São Paulo, wo 55% der brasilianischen Industriekapazitäten konzentriert sind, eine 1/2 Mio Metallarbeiter in den Ausstand. Seitdem ist die Welle der Streiks in den unterschiedlichsten Wirtschaftszweigen nicht mehr einzudämmen.

1982 – Wahljahr mit neuen Parteien

Für das Jahr 1982 sind Kommunalwahlen geplant. Die ersten „freien“ Wahlen nach 17 Jahren Militärherrschaft – unter Aufsicht eines Präsidenten im Generalsrang! Aber auch deshalb nicht ganz so frei, weil die Brasilianische Kommunistische Partei (BCP) weiterhin verboten bleibt. Im Gegensatz zu früher ist die Mitgliedschaft in der BCP jedoch nicht mehr mit Gefängnishaft und Folter bedroht.

In den Massenmedien, besonders in den Zeitungen, hat der Wahlkampf schon vor Monaten mit aller Intensität begonnen. Nach Auflösung der beiden offiziellen Parteien im November 1979 – auf Anordnung des Präsidenten – traten fünf neue Parteien auf den Plan. Die Demokratische Soziale Partei, die Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewe-



Kathedrale in Sao Paulo: Protestveranstaltungen finden häufig in Kirchen statt

gung und die Brasilianische Volkspartei vertreten die Interessen der Wirtschaft und des Großbürgertums. Die Brasilianische Arbeiterpartei ist sozialdemokratischer Tendenz. Nur die Partei der Arbeiter hat eine gewisse Basis in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse. Gegenwärtig werden zwischen den zwei zuletzt genannten Parteien Vereinigungsgespräche geführt, wobei die Impulse dazu von den Sozialdemokraten ausgingen.

Präsident wird bis 1984 weiterhin General Figueiredo bleiben. 1964 hatte er am Militärputsch teilgenommen, der die Militärdiktatur einleitete. Unter Geißel war er Chef des Geheimdienstes. Trotz seiner Vergangenheit zählt er zu den gemäßigeren Militärs, die eine Rückkehr zu bürgerlich-demokratischen Verhältnissen befürworten — ohne Kommunisten und vorerst als kontrolliertes Experiment.

Nicht nur die Opposition der rechten Militärs erschwert die Durchsetzung des vorsichtigen Reformkurses. Wirtschaftlich ist Brasilien in einer prekären Lage. Die Auslandsschulden betragen ca. 150 Mrd DM — die höchsten der ganzen Welt. Davon müssen in diesem Jahr etwa 43 Mrd DM zurückgezahlt werden, zusammen mit 18 Mrd DM Zinsen. Bei einer Inflation von 110% pro Jahr und einer defizitären Handelsbilanz ist Brasilien genötigt, weitere Kredite aufzunehmen, um Rückzahlungen und Zinsen zu decken. Somit wird die Auslandsverschuldung Ende des Jahres auf 175 Mrd DM ansteigen.

Landwirtschaftliche Produkte machen immer noch einen wesentlichen Teil der Exporte aus: Kaffee, Soja, Zucker, Kakao und Baumwolle. Aus Profitsucht wird die Lebensmittelproduktion für den Inlandsbedarf vernachlässigt. Dadurch ist Brasilien gezwungen, Lebensmittel zu importieren, u.a. Reis, Weizen und Fleisch im Gesamtwert von ca. 2 Mrd DM. Die soziale Situation ist ähnlich trostlos. Überall fehlen menschenwürdige Wohnungen. Allein in den Elendsvierteln Rios leben 2 Mio Menschen, dazu weitere 3 Mio in den benachbarten „Schlaf-Städten“ Nova Iguazú, Nilópolis, Duque de Caxias und São João do Meriti.

In Nova Iguazú, der größten dieser Satelliten-Städte, wohnen 1,5 Mio Menschen in 290.000 Häusern, viele davon mit nicht mehr als 9 qm Wohnfläche. Weniger als 30% der Häuser haben fließendes Wasser und nur 8% sind an die Kanalisation angeschlossen. Für 150.000 Kinder Nova Iguazús ist in den wenigen Schulen kein Platz.

Auf dem Land sieht das Bild noch hoffnungsloser aus. 80% der in der Landwirtschaft Beschäftigten verfügen nicht über das kleinste Stück eigenes Land. Brasilien exportiert bekanntlich Kaffee. Aber die Kaffeepflücker verdienen so wenig, daß dieser Artikel für sie unerschwinglich ist.

Die „Geißelten“

Im März und April dieses Jahres drangen die „Flagelados“ zu Tausenden in Lebensmittellager und Märkte ein, um ihren Hunger zu stillen. Die „Geißelten“, das sind die Landarbeiterfamilien aus den von der Trockenheit heimgesuchten Gebieten im Nordosten Brasiliens. Aber die wirkliche Geißel ist dort nicht die Trockenheit. Viel schlimmer ist der Feudalismus, der ungebrochen weiterexistiert.

Zugegeben, die Verhältnisse im Nordosten sind am krassesten. Aber die Landbevölkerung leidet auch im entwickelten Süden. Die Milch ist so teuer geworden, daß nur noch wenige Kinder in den Genuß dieses Nahrungsmittels kommen. Im Staat Rio Grande do Sul besetzten 250 Landarbeiter das brachliegende Land eines Großgrundbesitzers. Ihre Forderung: „Gebt uns dieses Land zur Bearbeitung!“ Die Behörden stellen sich taub, bieten Alternativen im Amazonas-Dschungel an.

Millionen Landarbeiter ziehen in die Städte, nehmen jede



noch so schwere und schmutzige Arbeit an. Wie Ariseu Lemos, Müllmann in Porto Alegre. Nach 18 Jahren härtester Nacharbeit verdient er gerade 200 DM im Monat, 1/3 mehr als den Mindestlohn. Bei einem Arbeitsunfall wurde ihm fast ein Bein abgequetscht. Rente konnte er dafür nicht beantragen. Hauptsache: Er behielt den Arbeitsplatz. Er gibt sein Bestes, will nicht daran denken, daß er erst 39 Jahre alt ist und wie 65 nur deshalb aussieht, weil er verbraucht und abgehärmt ist. Welche Pläne er für seine Kinder hat? Sie sollen nur nicht Müllmänner werden.

Auf den ersten Blick scheint Brasilien wenigstens hinsichtlich der ärztlichen Versorgung gar nicht so schlecht abzuschneiden: 102.000 Ärzte auf 120 Mio Einwohner, was sich noch gerade in den von der Weltgesundheits-Organisation empfohlenen Grenzen hält. Aber Statistiken verbergen oft die Realitäten. Denn 20.000 dieser Ärzte sind arbeitslos, weitere 35.000 haben nur gelegentlich eine Beschäftigung oder sind teilzeitbeschäftigt.

Falsch wäre die Annahme, daß es allen Ärzten mit festem Arbeitsplatz gut geht. Den Arzt-Millionären mit eigener Praxis in den mondänen Vierteln von Rio und São Paulo stehen 33.000 Ärzte im Dienst der staatlichen Gesundheitsfürsorge (INAMPS) gegenüber, die zum Teil 2-3 Arbeitsplätze ausfüllen müssen und im Schnitt monatlich nicht einmal 1.400 DM erhalten. Es kam deshalb nicht überraschend, als im Juni 1981 in Rio und São Paulo über 20.000 Ärzte für bessere Lebensbedingungen in den Streik traten.

Während auf der einen Seite 1/5 der brasilianischen Ärzte arbeitslos ist, kennt 1/3 der Bevölkerung Brasiliens, also 40 Mio, keinerlei ärztliche Versorgung. In vielen ländlichen Gebieten gibt es nicht einen Arzt. Jährlich sterben 350.000 Brasilianer an Krankheiten, die man durch Vorsorge vermeiden oder durch Behandlung leicht heilen könnte. Bis zum 5. Lebensjahr stirbt auf dem Land jedes 2. Kind.

Fährt man im Nordosten in das Landesinnere, so sieht man kurz vor oder hinter den abgelegenen Ansiedlungen kleine, halbrunde Erdhügel. Sie sind dicht nebeneinander gedrängt, manchmal über 100 Stück, jeder einzelne von ihnen mit provisorisch aus Stoff oder Papierfetzen hergestellten bunten Fähnchen geschmückt. Sie sind einfach im Freien aufgeschüttet, von keinem Zaun geschützt. Fragt man im Dorf, was die Hügel und die Fähnchen bedeuten, so erhält man als Antwort: „Das sind Engel-Gräber.“ „Engel?“ „Ja, so nennt man die kleinen Kinder, die sterben, bevor sie gesündigt haben.“

In den Zeitungen findet man Anzeigen, die Schaudern verursachen: „Habe keine Arbeit und verkaufe Auge an Meistbietenden.“ Oder: „Biete eine Niere zum Verkauf an, weil ich in finanziellen Schwierigkeiten bin.“ Aus einem wirklichen Horrorfilm scheint die folgende Nachricht zu stammen: „Die 19jährige Fatima Oliveira aus São Paulo lag wegen einer Magengeschichte im Krankenhaus. Eines Morgens erwachte sie – ohne ihre Augen!. Die Krankenhausleitung erklärte den schockierten Verwandten, daß ein Irrer dem Mädchen die Augen herausgerissen habe. Nur, daß sie davon nichts gemerkt hat und sonst keinerlei Verletzungen aufwies.“ Augenkrankheiten sind in Brasilien überdurchschnittlich häufig und Netzhäute ein gefragter Artikel – für die, die eine Netzhaut-Transplantation bezahlen können. In einigen Fällen seien auch vorher schon Augen auf unerklärliche Weise in Krankenhäusern São Paulos „abhanden“ gekommen. Unmenschlichkeit, die nicht zu überbieten ist.

Brasilien ist das größte katholische Land der Welt. Aber bis jetzt hat sich die Kirche als ziemlich unwirksamer Schutz gegen Elend, Hunger und Ungerechtigkeit erwiesen (ohne die positive Rolle vieler brasilianischer Kirchenvertreter geringzuschätzen zu wollen). Auf das Glück im Leben nach dem Tod zu warten, ist für viele katholisch getaufte Brasilianer kein Ausweg in einer Situation der Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. Daraus ist die zunehmende Popularität der Wahrsager, Beschwörer, Hellseher usw. sowie der Naturreligionen afrikanischen Ursprungs zu erklären, die auch bei den vorwiegend aus Europa stammenden Südbrazilianern immer mehr Anhänger gewinnen.

Mehr Eigenständigkeit gegenüber den USA

Während der Aberglaube und die Naturreligionen dort Tradition haben, sind gewisse Änderungen in der brasilianischen Außenpolitik neueren Datums.

Auf seiner Reise im Juni 1981 nach Lima stellte sich Figueiredo den Fragen peruanischer Journalisten. Dabei wurde er nach seiner Meinung zu Richard Nixons Ausspruch gefragt, Brasilien hätte sich in eine Art Gendarm der USA in Südamerika verwandelt. Figueiredo wies diesen Ausspruch mit allem Nachdruck zurück: „... Brasilien mischt sich nicht ein, und darf und wird sich nicht in die inneren Angelegenheiten der befreundeten Länder einmischen. Noch weniger wird es als Gendarm tätig werden, für wen auch immer... Der Andenpakt hat sich in ein mächtiges politisches Instrument in Lateinamerika verwandelt. Das ist der Grund für die Annäherung Brasiliens an den Andenpakt..., damit die Länder des Andenpakts und Brasilien zusammen auf den internationalen Foren die gleiche Sprache zur Verteidigung der südamerikanischen Interessen sprechen... Brasilien lehnt jede Art von militärischer Achse, Vertrag oder Pakt ab, mit wem es auch sei. Brasilien weist jede Art von Machtdiplomatie oder -politik von sich...“

Zur bevorstehenden „Nord-Süd“-Konferenz in Mexiko sagte er (Brasilien wird teilnehmen): „Wir verteidigen eine gerechtere Politik, und gleichzeitig versuchen wir deutlich herauszustellen, daß diese Gerechtigkeit weniger ein Akt von Güte gegenüber den (Entwicklungs-)Ländern darstellt, sondern ganz und gar auch im Interesse eben der hochentwickeltesten Länder ist.“ (O Estado de S. Paulo, 28.6.1981)

Die immer stärker werdende brasilianische Bourgeoisie möchte von den USA als gleichberechtigter Partner behandelt werden. Sie ist nicht mehr bereit, die Bevormundung aus den USA widerspruchslos hinzunehmen. Außerdem sind die USA ein ernsthafter Konkurrent im Exportgeschäft. Aus diesen Faktoren erklären sich gewisse anti-US-amerikanische Akzente in der brasilianischen Außenpolitik. Allerdings hat die Konfrontation mit den USA ihre Grenzen – die Diffe-

renzen zwischen beiden Ländern sind nicht prinzipieller Art. Es ist kein endgültiger Bruch mit den USA beabsichtigt.

Das Bestreben Brasiliens nach mehr Eigenständigkeit in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ist durchaus ernst zu nehmen. In der letzten Zeit hat Brasilien den USA mehr als einmal einen Schuß vor den Bug gesetzt. So, als dieses Land Anfang 1980 das US-Embargo gegen die Sowjetunion ablehnte. Und nicht zu vergessen ist auch die Teilnahme Brasiliens an den Olympischen Spielen 1980 in Moskau. Eine weitere Demonstration der Unabhängigkeit war der Kauf von Atomkraftwerken in der BRD – gegen massiven Druck aus den USA. Und ein neueres Beispiel ist die Ablehnung der Einmischungspolitik Washingtons in die inneren Angelegenheiten El Salvadors.

Brasilien ist an guten Beziehungen zu den Ländern Lateinamerikas aus zweierlei Gründen interessiert: Einmal möchte es sein eigenes politisches Gewicht in der internationalen Arena durch das der anderen lateinamerikanischen Länder vergrößern, um die Erweiterung des eigenen Spielraums schneller erreichen zu können. Zweitens ist die brasilianische Bourgeoisie für ihre exportorientierte Industrie auf offene Märkte angewiesen.

Hinter der friedlichen Nutzung der Atomkraft steht ein drohender Schatten: die Möglichkeit einer zukünftigen brasilianischen Atombombe. Immer deutlicher bildet sich in Brasilien ein militärisch-industrieller Komplex heraus, der etwa 300.000 Arbeiter, Angestellte und Techniker beschäftigt und dem jährlich (umgerechnet) Hunderte von Mio DM für Forschungszwecke zur Verfügung stehen. Der Gesamtwert der Produktion lag im letzten Jahr bei etwa 12 Mrd DM. Im Produktionsprogramm sind fast alle modernen Waffensysteme enthalten: Die Palette reicht von der Maschinenpistole über 50-t-Panzer und Raketen-Geschütze bis hin zu Flugzeugen. Ein eigenes U-Boot-Modell ist in Planung.

Die Nachbarstaaten verfolgen mit Unbehagen das stetige Anwachsen der Produktionskapazitäten in der brasilianischen Rüstungsindustrie. Die Tatsache, daß der brasilianische Rüstungsetat in den letzten 15 Jahren um das Vierfache gestiegen ist, scheint Figueiredos Verurteilung der Machtpolitik Hohn zu sprechen.

(Literatur u.a.: Juni-Ausgaben (1981) der Zeitungen O Estado de S. Paulo und Folha da Tarde, Porto Alegre; Verschiedene Ausgaben der Granma, Havanna; Länder der Erde, Köln 1981, S. 84-92)

Zeitschriftenschau

IKA, Zeitschrift für internationalen Kulturaustausch, Nr. 18/August 1981

1 Jahr neue IKA-Redaktion ● Aus der Rede Iscort Cartens' zur Ermordung seines Freundes ● „Land und Freiheit: Zum Kampf der Landarbeiter in Andalusien ● Buchbesprechung: Südwind – Gastarbeiterdeutsch ● Kurzgeschichte: „Und im Licht waren für ihn alle Möglichkeiten enthalten“ ● Griechenland: Das Schattentheater in Griechenland ● Karagiosis-Spieler sind Lebenskünstler ● Hunger in Griechenland ● Bildungspolitik: Bildungspolitik im arabischen Sektor Israels ● Anantha Murthy, ein indischer Schriftsteller ● Brasilien: Die Bombenleger von Rio ● Die Musikgruppe Vissungo ● Zwei verschiedene Welten ● Bericht eines brasilianischen Arbeiters ● Südafrika: Die Geschichte der Nongqause von Gxara ● Mbogos Ernte oder: Die Teilung der Welt ● Materialien, Zeitschriftenschau Einzelpreis 4,- DM, Abo 16 bzw. 25,- DM Bezug: CON-Vertrieb, Westerdeich 38, 2800 Bremen

Ila-info, Nr. 49/Okttober 1981

Peru: Der Weltmarkt frißt die Revolution ● Chile: Der Tag als Victor Jara starb ● Die Friedman-Wirtschaft ● Washingtons Guatemala-Politik ● Aus der Solidaritätsbewegung, Buchbesprechungen u. a. Einzelpreis 2,50 DM Bezug: Ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn

Blätter des iz3w, Nr. 96/September 1981

Horn von Afrika: Äthiopien ● Die umstrittene Revolution ● Flüchtlinge am Horn von Afrika ● Die ungelöste nationale Frage ● Gleichberechtigung der Frauen ● Chile: Die Diktatur institutionalisiert ihren Terror ● Solidaritätsarbeit: Das BMZ streicht dem Bundeskongreß die Gelder ● Umwelt: Umwelt, Rohstoffe, Dritte Welt ● Nachrichten und Berichte zu Honduras, Cancun und Libanon Einzelpreis 4,- DM, Abo 25,- bzw. 35,- DM Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

AB 14. OKTOBER
AN JEDEM KIOSK:

NR.6
1981/'82

**DIE VERSAFTUNG
MITTELEUROPAS**

**LITERATUR
AUF DEM STRICH**

**PHÖNIXE,
FRISCH GEHÄUTET**

**GEHT DOCH
NACH DRÜBEN**

**DIE PRIVATE
ANEIGNUNG
DES DRAMAS**

**DICHTUNG
UND NEUROSE**

**APOKALYPTISCHES
TAGEBUCH**

**BOB DYLAN'S
HOPE-SHOW**

**KULTURFÖRDERUNG
UND DEUTSCHE
PROVINZIALITÄT**

5 MARK 1981/'82
literatur



Zwischen Kriegskrediten
und Weinerlichkeit · Selbst-
gebackenes & Selbst-
geschriebenes · Der Renegat
als literarisches Prinzip ·
Sinn und Verderb der Gewerbsleserei · Vom
Risiko der Kritiker GmbH & Co. KG
Beiträge von: Bernt Engelmann · Hermann
P. Pivitt · Gerd Fuchs · F. C. Delius · Klaus
Stiller · Christian Geissler · Uwe Timm ·

**DIE VERHURUNG
DES
GEWERBES**

Wolfgang Pohrt · Martin Walser · Michael
Schneider · Horst Tomayer · Henryk M.
Broder · Roman Ritter · Peter Dahl · Karl
Pawek · Stephan Reinhardt · Paul Kersten
Lothar Baier · Arno Klönne

Hermann L. Gremliza
Günter Herburger · Hans-
Christoph Buch · Michael
Scharang · Walter Boehlich
Christel Dormagen

konkret

Rainer Falk

Mitterrands Wahlsieg – Chance für ein neues Verhältnis zur Dritten Welt (2)

Die künftige Dritte-Welt-Politik Frankreichs wird nicht zuletzt daran zu messen sein, inwieweit die neue Regierung willens und in der Lage ist, sich der Wahrnehmung von Stellvertreteraufgaben im Rahmen der imperialistischen Globalstrategie zu versagen.

In diesem Zusammenhang geht es nicht nur um bloße Eigenständigkeit in der Außenpolitik, sondern vor allem darum, daß Frankreich in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Neokolonialismus und der Befreiung eindeutig Partei ergreift. Mit dem Solidaritätsprinzip in den Beziehungen zu den Entwicklungsländern Ernst zu machen, müßte auch heißen, die aus der eigenen kolonialen Vergangenheit herrührenden Bindungen auf eine neue, demokratische Grundlage zu stellen, überkommene neokoloniale Abhängigkeitsverhältnisse zu beseitigen und den aus der Konkursmasse des französischen Kolonialreichs noch verbliebenen „Überseebesitzungen“ die Unabhängigkeit zu gewähren. Ein weiterer Prüfstein für den neuen Kurs ist schließlich Frankreichs Verhalten in den anstehenden Auseinandersetzungen um die Verwirklichung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung.

Solidarität der Dritten Welt als Selbsthilfe

„Die Solidarität für die Entwicklung mit der gesamten Dritten Welt scheint mir insgesamt als ein Schlüssel unserer gemeinsamen Zukunft und als eine Notwendigkeit für uns. Der Dritten Welt zu helfen, das heißt: sich selbst aus der Krise zu helfen“,⁸ formulierte François Mitterrand in seiner Eröffnungsrede vor der UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) Anfang September 1981 in Paris.

Damit liegt die neue Regierung einerseits durchaus auf der Linie des Brandt-Berichts, der im Sinne eines weltweit angewandten Neokeynesianismus unter der Losung der „Interdependenz“ und der „gemeinsamen Interessen“ eine beträchtliche Ausweitung des Ressourcentransfers in die Dritte Welt fordert⁹. Andererseits gibt es in den Organisationen der französischen Linken, von der Sozialistischen Partei (SP) bis zur Französischen Kommunistischen Partei (FKP), in den beiden Gewerkschaftsverbänden CFTD und CGT sowie in verschiedenen Solidaritätsorganisationen¹⁰, durchaus ein Bewußtsein darüber, daß ein progressiver Ausweg aus der strukturellen Krise der französischen Wirtschaft ohne die Verstärkung der Solidarität mit der Dritten Welt nicht möglich ist.

Politiker wie der neue Minister für Zusammenarbeit und Entwicklung, Jean-Pierre Cot, der eher dem linken PS-Flügel zugeordnet wird, sehen deshalb, ohne in die platte Formel „die Dritte Welt als Krisenanker der Industriestaaten“ zu verfallen, einen engen Zusammenhang zwischen dem eingeschlagenen Kurs der Veränderungen und der Verwirklichung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung: „Was wir

unseren Partnern wie unserer eigenen öffentlichen Meinung vermitteln müssen, ist die unermüdliche Demonstration, daß die Entwicklung der Dritten Welt sich mit unseren Interessen trifft und daß wir unsere wirtschaftlichen Probleme nur durch die Verwirklichung einer neuen internationalen Ordnung lösen können... Parallel dazu müssen wir unsere Ideen davon präzisieren, was eine effiziente Entwicklungsstrategie sein kann, d.h. eine auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse orientierte Strategie, die sich aber ihrerseits noch einfügt in die Suche nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Der Kampf dafür ist zugleich ein Kampf für die neue nationale Ordnung.“¹¹

Die konzeptionellen Vorstellungen zur neuen französischen Dritte-Welt-Politik sind – wie auch die Innenpolitik der französischen Sozialisten – nicht frei von der sozialdemokratischen Idee eines „Dritten Weges“, von Michel Rocard, dem Exponenten der rechten Strömung der SP, kürzlich auf den Begriff gebracht als „Mittelweg zwischen imperialistischem Kapitalismus und bürokratischem Kommunismus, ein Weg, der Entwicklung organisiert und plant, während er gleichzeitig die freie Initiative und freie Konkurrenz sichert, ohne die es im Endeffekt keine lebendige Gesellschaft gibt“¹².

Bei seiner Mittelamerika-Reise in der ersten August-Hälfte 1981 ermunterte Claude Cheysson, der neue französische Außenminister, die sandinistische Führung Nikaraguas in folgender Weise: „Das sozialistische Frankreich verfolgt mit großer Sympathie die beispielhaften Bemühungen Ihrer Bewegung nach einem dritten politischen Weg.“¹³

Anerkennung der Befreiungsbewegung El Salvadors

Trotz dieser und anderer Ungereimtheiten hat die neue französische Regierung in einer verhältnismäßig kurzen Zeit in zahlreichen, die Dritte Welt betreffenden Einzelfragen Position bezogen und konkrete Maßnahmen angekündigt. Sie sind dem aktuellen Kurs der Reagan-Administration (Spar- und Hochzinspolitik, konterrevolutionärer Interventionismus) teilweise deutlich entgegengesetzt und bedeuten im Kontext der aktuellen internationalen Lage de facto eine Unterstützung der Dritten Welt an wichtigen Abschnitten der Auseinandersetzung:

• Für die Auseinandersetzung um eine **Neue Weltwirtschaftsordnung** ist es nicht bedeutungslos, daß Paris neuerdings die Souveränitätsrechte der Entwicklungsländer betont und ihnen ein „Recht auf Entwicklung“ zubilligt. Finanzminister Jaques Delors führte dazu vor der Pariser LLDC-Konferenz aus: „Es gebührt ihnen, ihnen allein, den Sinn und das Ziel der Entwicklung, die sie anstreben, und den Typ der Gesellschaft, die sie in ihren Ländern entwickeln wollen, zu definieren. Die Geberländer müssen aufhören, ihnen in dieser Hinsicht ihre eigene Wahl und ihre eigenen Prioritäten aufzudrängen.“ Es gehe um die „strikte

Achtung der Souveränität" der Entwicklungsländer durch die Geberländer.¹⁴

● In dem projektierten Fünfjahrplan will Paris seine **Entwicklungshilfe** bis 1988 auf 0,7% des Bruttosozialprodukts erhöhen. Auf der LLDC-Konferenz sagte F. Mitterrand verbindlich zu, bis 1985 die öffentliche Hilfe für diese Ländergruppe auf 0,15% des französischen BSP anzuheben. Darüber hinaus sollen die Bedingungen bei der Vergabe von Geldern verbessert werden.

● Frankreich will künftig die Bemühungen der Entwicklungsländer zur **Stabilisierung der Exporterlöse** unterstützen. Es hat sich deshalb für die Bemühungen im Rahmen der Welthandelskonferenz UNCTAD um einen Gemeinsamen Fonds und internationale Ausgleichslager (Buffer Stocks)

ausgesprochen und eine Ausweitung des Stabex-Systems aus dem Lomé-Abkommen der EG mit den AKP-Staaten auf alle Entwicklungsländer vorgeschlagen.

● Frankreich plädiert schließlich dafür, den Nord-Süd-Gipfel von Cancun (Oktober 1981) mit dem Ziel einer baldigen Aufnahme der **globalen Verhandlungsrunde** in der UNO durchzuführen.

Kurz nach dem Amtsantritt hat die neue französische Regierung eine rege diplomatische Aktivität entfaltet, die in der regionalen Schwerpunktsetzung einige neue Akzente setzt und möglicherweise in der Zukunft die einseitige Konzentration auf Afrika aufgeben könnte:

● Im August 1981 brachte Claude Cheysson zum Ausdruck, daß Algerien, wohin Präsident Mitterrand im November d.J.

François Mitterrand

Rede vor der UN-Konferenz der LLDCs

(...) Darum kommen wir wieder darauf zurück, Bedingungen zu schaffen, die es erlauben, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Wir müssen ihnen (den am schwächsten entwickelten Ländern – LLDCs; d. Red.) die Hilfe von außen bringen, die ihnen die Mittel verschafft, nicht nur zu überleben, sondern auch sich weiterzuentwickeln, d.h. die Mittel der Hoffnung. (...)

Frankreich ist sich dieser dringenden Notwendigkeit bewußt. Aber Frankreich weiß auch, daß die Frage der Entwicklung offen bleibt, auch wenn die unmittelbare Not beseitigt wird. Man muß hier und heute in Paris gemeinsam die Hilfeleistungen in Angriff nehmen, die wir den am wenigsten entwickelten Ländern geben können – im Rahmen einer allgemeinen Perspektive, mit der die Herausforderung der Unterentwicklung beantwortet werden muß und nicht mit irgendeiner Absicht, der Spaltung, der Alibi- oder Ersatzbeschaffung.

Fünf Bereiche des Handelns für Frankreich

Frankreich beabsichtigt, in fünf Hauptbereichen tätig zu werden:

1. Es wünscht, daß in den Nord-Süd-Beziehungen ein Geist der geteilten Verantwortung das Mißtrauen und die Indifferenz ersetzt. Ein neuer Wille des gegenseitigen Verständnisses und Handelns muß sich manifestieren. Die Gespräche auf der Ebene der Staatschefs, die im Oktober (1981; d. Red.) in Cancun stattfinden werden, werden dazu beitragen, diesen Willen zu festigen. Das Engagement in globalen Verhandlungen wird es erlauben, ihn in konkretes Handeln umzusetzen, entsprechend den beiderseitigen Interessen. Gemeinsam mit seinen Partnern wird Frankreich sein möglichstes tun, damit dieser Wille sich kurzfristig niederschlagen wird.

2. Frankreich unterstreicht die Wichtigkeit, den Ländern des Südens konkret dabei zu helfen, die harten Schwierigkeiten zu überwinden, die durch die Erhöhung ihrer Energierechnung hervorgerufen wurden. Es hat in Nairobi vorgeschlagen, eine Liste der neuen und erneuerbaren Energien aufzustellen. Es unterstützt voll und ganz das Vorhaben, eine „Energiefiliale“ der Weltbank zu schaffen, die bei gleicher Verantwortlichkeit der Länder des Nordens und des Südens die Entwicklung der Energie der Dritten Welt zur gemeinsamen Sache machen würde.

3. Frankreich anerkennt, daß jeder Entwicklungsprozeß, besonders wenn sein Rhythmus schnell ist, umfassend verfügbarer Finanzen bedarf. Ohne sie blieben die Vorhaben ohne Zukunft. Die Verpflichtungen, die die internationale Gemeinschaft übernommen hat, sind in den Jahren des starken Wachstums und Wohlstandes nicht eingehalten worden. Es ist nötig, daß sie dennoch eingehalten werden, auch wenn die Umstände heute weniger günstiger sind. Frankreich hat sich entschlossen, seinen eigenen Rückstand bis 1988 einzuholen, im Rahmen seines nächsten wirtschaftlichen Entwicklungsplans, mit dem Ziel von 0,7% des Bruttosozialprodukts, das die Vereinten Nationen verabschiedeten.

In dieser Hinsicht verlangt die Lage der am wenigsten entwickelten Länder eine besondere Anstrengung. Die Idee, für die am wenigsten entwickelten Länder einen wichtigen Teil der Gesamtsumme der öffentlichen Hilfe zu reservieren, erscheint uns vollkommen angemessen.

4. Es erscheint uns unerlässlich, den Entwicklungsländern in ihrer Gesamtheit, und besonders den am wenigsten entwickelten Län-



dem, mehr Stabilität und Kontinuität bezüglich ihrer Einnahmen zu verschaffen. Das Gleichgewicht zahlreicher Volkswirtschaften hängt von den Exporterlösen eines einzigen Produktes ab. Diese Einnahmen voraussehen zu können, ist die unerlässliche Bedingung der Entwicklung.

Aus diesem Grunde zeigt sich Frankreich der Stabilisierung der Einnahmen der Dritten Welt, die sich aus dem Export der Rohstoffe ergeben, günstig gesinnt. Es handelt sich dabei einerseits um Verträge über bestimmte Produkte, und wir begrüßen bei dieser Gelegenheit die Anstrengungen der UNCTAD auf diesem Gebiet und erneuern unseren Beitritt zum gemeinsamen Fonds. Es handelt sich auch um finanzielle Mechanismen, die die Schwankungen der Einnahmen ausgleichen, wie im Fall der Stabex (Kurzformel für das System der Stabilisierung der Exporterlöse; d. Red.) der EWG.

Folglich sollte die Gesamtheit der am wenigsten entwickelten Länder über die Vorteile verfügen können, über die einige von ihnen schon verfügen. Frankreich hat im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft verschiedene Vorschläge dieser Art vorgebracht.

5. Schließlich muß die Suche nach Besserung begleitet werden von der Anstrengung, die Identität der Völker zu wahren und ihre Kommunikation untereinander zu fördern. (...)

Wie soll man die Technologie daran hindern, ein Faktor der Vorherrschaft für die einen und der Entfremdung für die anderen zu werden, sich der Kultur aufzustülpen. Erinnern wir uns daran, wenn wir die Kulturen vernachlässigen und die Traditionen verachten, zwingen wir sie dazu, sich zu verhärten, zu erstarren, von sich selbst das Bild einer armseligen Karikatur abzugeben, ganz einfach, um nicht untergehen zu müssen. (...)

(Quelle: Le Monde, Paris, 2.9.1981)

reisen will, neben Mexiko und Indien zu jenen drei Ländern der Dritten Welt gehöre, zu denen Frankreich besonders enge und möglichst dauerhafte Beziehungen wünscht.¹⁵

• In einem gemeinsamen Communiqué zwischen Mexiko und Frankreich wurde am 28.8.1981 die Demokratisch-Revolutionäre Front El Salvadors als „repräsentative politische Kraft“ anerkannt, ein Schritt, den Fidel Castro als „sehr positiv, gut und gerecht“ einschätzte, der „Frankreich wie Mexiko zur Ehre gereicht“.¹⁶

• Auf der Anti-Apartheid-Konferenz der UNO im Mai d.J. in Paris signalisierte Claude Cheysson, daß Frankreich sich künftig im UN-Sicherheitsrat bindenden Wirtschaftssanktionen gegen das rassistische Südafrika nicht mehr in den Weg stellen würde.

• Anlässlich einer Nahost-Reise Anfang September 1981 traf C. Cheysson in Beirut mit Yassir Arafat, dem Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), zusammen, wobei jedoch nicht mehr als eine Bestätigung der bereits vorher ausgesprochenen Anerkennung des Rechtes des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat, bei gleichzeitiger Anerkennung des israelischen Rechts auf einen Staat in garantierten Grenzen herauskam. Die Anerkennung der PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes steht freilich noch immer aus.¹⁷

Die neue Dynamik der französischen Diplomatie in der Dritten Welt darf indessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß wirklich entscheidende Veränderungen bislang noch ausblieben. Dies betrifft vor allem den Rückzug des französischen Militärs aus Afrika und die Auflösung von Frankreichs neokolonialistischen, die Souveränität vieler afrikanischen

Staaten einschränkenden Vertragsverhältnissen. François Mitterrand hat hier mit dem fragwürdigen Verweis auf die libyschen Aktivitäten auf dem Kontinent bisher lediglich die Bereitschaft zur „Reduktion“ der französischen Militärpräsenz angekündigt, und sowohl in der Regierungserklärung als auch in diversen Verlautbarungen Außenminister Cheysson hieß es sibyllinisch, Frankreich stehe zu seinen vertraglichen „Verpflichtungen“.

Gleichfalls gibt es bislang keine konkreten Vorstellungen über die Zukunft der Überseedepartements Guadeloupe, Guyana, Martinique und Réunion. Ob Paris bereit ist, diesen die volle Unabhängigkeit zu gewähren, ist eine der zahlreichen Nagelproben auf das Bekenntnis zur Solidarität, die die französische Dritte-Welt-Politik zukünftig noch zu bestehen haben wird.

Anmerkungen:

- 8) Le Monde, Paris, 2.9.1981
- 9) Vgl. dazu: R. Falk/D. Boris/H. Mayer, „Das Überleben sichern“. Fortschritte und Grenzen im Bericht der Nord-Süd-Kommission, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/1980, S. 667-684
- 10) Repräsentative Positionen dieser Organisationen sind abgedruckt in: La France et le tiers-monde, Grenoble 1979, passim
- 11) Le Monde, 1.9.1981
- 12) M. Rocard, How to spread the power in the world, in: Socialist Affairs. Socialist International Information, London, Nr. 2/1981, S.73
- 13) Die Welt, 6.8.1981
- 14) Le Monde, 5.9.1981
- 15) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.8.1981
- 16) Le Monde, 1.9.1981
- 17) Vgl. dazu: Le Monde, 1.9.1981 und 2.9.1981

ERNESTO CARDENAL

**Friedenspreisträger
des Deutschen
Buchhandels 1980**



„Die Dichtung Ernesto Cardenals ist ein Gang durch die Geschichte seines Kontinents, Erinnerung an Leiden und Hoffnung der Völker und wortgewaltige Mahnung zur Liebe als dem einzigen Element der Veränderung. Sein Werk ist gegründet auf die Hoffnung an die noch nicht entfaltenen Möglichkeiten eines Menschen. Cardenal hat die Kraft eines Poeten, dessen Welterfahrung Wort wird. Er schreibt eine sinnhafte, anschauliche Dichtung, reich an Realität, keinem Dogma verpflichtet und christlich im Sinne einer Humanität, in der gesellschaftliches Engagement und Individualismus einander nicht ausschließen. Als Dichter und Priester ist er Teil der Gesellschaft der Zukunft, die – nach seinen eigenen Worten – im Keim schon überall auf der Erde existiert.“

**Peter
Hammer
Verlag**

Postfach 200415
5600 Wuppertal 2

Bitte fordern Sie unser
Gesamtverzeichnis an.

Seine Bücher im Peter Hammer Verlag

Das Evangelium der Bauern von Solentiname.

Gesamtausgabe. 680 Seiten. Leinen. DM 36,80

Die Stunde Null.

Von der Heiligkeit der Revolution/Gebet für Marilyn Monroe/Für die Indianer Amerikas/ Das Buch von der Liebe. Taschenbuchausgabe. 400 Seiten. DM 14,80 (2. Auflage)

Nationallied für Nicaragua. Drei Gedichte. Unveränderte Neuauflage; früherer Titel „Orakel über Managua“. 88 Seiten. Broschiert. DM 12,-

Psalmen.

48 Seiten. Großformat. DM 6,80 (10. Auflage)

In Kuba

Bericht von einer Reise. Mit einem Nachwort von Johann Baptist Metz. Taschenbuchausgabe, 400 Seiten. DM 16,80

Ufer zum Frieden. Ein Meditationsbuch mit Fotos von Conrad Contzen. 64 Seiten. Großformat. DM 19,80 (3. Auflage)

Musik, die zum Himmel steigt.

Primitive religiöse Poesie. 112 Seiten. Broschiert. DM 12,80

Unser Land mit den Menschen, die wir lieben.

Gedichte. Mit Bildern aus Solentiname und dem neuen Nicaragua. 64 Seiten. Großformat. DM 19,80

„Aus tiefster Überzeugung, für die Millionen Männer und Frauen, die immer noch ohne Zugang zur Kultur sind, ihr Fleisch und Blut geopfert haben, verurteilen wir entschieden den schrecklichen Rüstungswettlauf, der wahnsinnige Ausmaße annimmt. Diese Ablehnung haben wir gemeinsam mit allen Völkern der Welt, auch mit dem der USA, das so viel bewundernswerten Mut und Solidarität gezeigt hat, als es sich der kriminellen Aggression seiner Regierung gegen Vietnam entgegenstellte.“ So heißt es in der Abschlusserklärung eines Kongresses lateinamerikanischer Intellektueller, an dem über 300 Kulturschaffende des Halbkontinents teilnahmen. Er stand unter dem Motto „Intellektuelle für die Souveränität der Völker Lateinamerikas“ und tagte vom 4.-7. September 1981 in Havanna.

Unter den Rednern waren der kubanische Kulturminister Armando Hart (wir dokumentieren Teile aus seiner Eröffnungsrede) sowie die prominenten Schriftsteller Gabriel García Márquez, Ernesto Cardenal (Wortlaut seiner Rede folgt in AIB 1/1982) und Julio Cortázar. Im Mittelpunkt der Debatten standen die Aufgaben der Intellektuellen im lateinamerikanischen Befreiungskampf und die Konsequenzen des Wettrüstens. In Havanna verabschiedet wurden u.a. Resolutionen gegen den Bau der Neutronenbombe durch die Reagan-Administration, zur Solidarität mit den kämpfenden Völkern Mittelamerikas (Guatemala, El Salvador) sowie für die Garantierung der Souveränität Belizes. Der Kongreß würdigte die Verdienste des kürzlich verstorbenen panamesischen Expräsidenten Torrijos im Kampf gegen die US-Hegemonialpolitik und für soziale Gerechtigkeit.

Einen Höhepunkt revolutionärer Kultur markierte der griechische Komponist Mikis Theodorakis, der unmittelbar zuvor mit seinem „Canto General“ (mit Texten von Pablo Neruda) eine Tournee durch Kuba und Nikaragua unternahm. M. Theodorakis verstand dies – wie das nachstehende Gespräch illustriert – als einen spezifischen Beitrag zur Unterstützung der revolutionären Regierungen in Nikaragua und Kuba und zum Kampf gegen die Diktatur in Chile.



Rede Armando Harts auf dem Kongreß lateinamerikanischer Intellektueller **Unsere kulturelle Identität verteidigen!**

(...) Wenn wir die Dominierung Lateinamerikas durch die Imperialisten angreifen, dann verteidigen wir eine gesamte Kultur für die ganze Welt. Diese Anklage ist nicht die private Überlegung eines einzelnen ehrlichen und klar denkenden Menschen. Sie beruht auf den dramatischen Berichten, die man in der Presse liest, oder auf den Untersuchungen, die unsere Intellektuellen durchgeführt haben zu dem Völkermord und der Gewalt, unter der die Mehrheit der Länder dieses Kontinents leiden, oder zu den miserablen Bedingungen, unter denen die Bewohner der sog. „villas miserias“ (Elendsviertel) ihr Leben fristen müssen, oder zu dem Hunger, dem ungesunden Leben und der Unwissenheit Hunderter Millionen Menschen auf dem Land, die der grausamsten Ausbeutung ausgeliefert sind, oder zu den Bedingungen, unter denen in weiten Teilen des Kontinents Menschen am Rande der Zivilisation leben.

Lateinamerikas soziales Drama verpflichtet

Und zur selben Zeit gibt dieses imperialistische Land Milliarden Dollar für einen Rüstungswettlauf aus, der zu einem nuklearen Holocaust führen kann, wenn es der Menschheit nicht gelingt, ihn aufzuhalten. (...)

In Lateinamerika beträgt die Zahl der Analphabeten über 15 Jahren 40 Mio. Das sind offizielle Zahlen, die Wirklichkeit ist noch schlimmer. Wenn man die Ziffern für einzelne Länder konkretisiert, wird das Problem angsterregend. Die offizielle Analphabetenquote liegt in Bolivien bei 37%, in Guatemala bei 54% und in Haiti bei 77%. Bei sehr optimistischer Schätzung kann man sagen, daß jeder Vierte kein Buch lesen oder die Überschriften einer Zeitung entziffern,

keinen Brief schreiben und kein Dokument unterzeichnen kann.

Den Hintergrund bilden enorme Beschränkungen des Bildungswesens, das zur Versorgung der riesigen Bevölkerung nicht ausreicht und eine hohe Zahl von frühzeitigen Schulabgängen. Und das in einem Kontinent, in dem 41% der Bevölkerung unter 14 Jahren sind, d.h. wo es 150 Mio Kinder und Heranwachsende gibt. (...)

Unsere Intellektuellen tragen das Banner einer humanistischen und wirklich volksverbundenen, d.h. schöpferischen Kultur und verpflichten sich, sie zu verteidigen. Diese Verpflichtung ist für sie etwa Natürliches. Sie erleben das soziale Drama Lateinamerikas und sind bereit, Anklage zu erheben. Diese Anklage ist die wichtigste Gemeinsamkeit zwischen den kulturschaffenden Männern und Frauen dieses Kontinents. Der Versuch, die Einheit der Künstler auszuweiten und zu vertiefen, muß dazu führen, daß wir darüber nachdenken, welche Themen wir analysieren müssen und wer unsere Feinde sind. (...)

Im Mittelpunkt des Einflusses, den die imperialistischen Kreise auf die Kultur unserer Völker haben, steht ein Problem, das für die moderne Weltkultur lebenswichtig ist. Der Generalsekretär der UNESCO, Amadou Mahtar M'Bow, hat erklärt, daß der Zusammenhang zwischen Kommunikationsmitteln und Kultur ein Dreh- und Angelpunkt im Kampf um kulturelle Unabhängigkeit und freiheitliche Kultur ist. Diese Beziehung wird bei der Kontrolle der Imperialisten über das Verlagswesen, Kino, Fernsehen, Rundfunk, Presse, Werbung und den allgemeinen Informationsfluß deutlich.

Die internationale Kommission der UNESCO zur Untersuchung der Probleme der Kommunikation weist in ihrem

vorläufigen Bericht darauf hin, daß das Recht auf Kultur untrennbar verbunden ist mit dem Recht auf das Nachrichtenwesen. Sie hebt hervor, daß die Kommunikationsmittel insgesamt dabei sind, zu den wichtigsten Instrumenten der kulturellen Entwicklung zu werden. Die Bombardierung mit falschen und verdrehten Informationen, die die Imperialisten durchführen, hat zur Folge, daß Hunderte Mio Menschen umgeben von Lügen leben.

Die USA kontrollieren 75% der internationalen Fernsehprogramme und 50% aller Filme der Welt. In Lateinamerika kommen 60-70% der Fernsehprogramme aus den USA. Vor einigen Jahren machte der Anteil der USA an den Gesamtausgaben der Welt für Publikationen 62% aus. Die 10 Unternehmen, die im Publikationswesen dominieren, sind amerikanische. Die USA kontrollieren 60-70% des Verlagswesens der kapitalistischen Welt. Das Monopol, das die großen Unternehmen der USA auf den Buchmarkt ausüben, erleichtert es ihnen, unseren Völkern ihre pseudokulturellen Schemata einzupfropfen. Wir können das Schulsystem und die Finanzierung von Forschung und Entwicklung auf den verschiedensten Gebieten hinzufügen, die von den USA in den letzten Jahrzehnten durchgeführt wurden. Bis 1940 gab es mehr als 300 Stiftungen zu diesem Ziel, 1968 25.000. In den letzten Jahren ist ihre Zahl so sehr gewachsen, daß man heute die genaue Zahl nicht mehr weiß. Diese Stiftungen werden dazu benutzt, sich einzumischen und die „Gehirnwäsche“ zu fördern. (...)

„Gehirnwäsche“ – Domäne der USA

Die USA kontrollieren fast 30% aller Massenmedien. Mittlerweile haben in Lateinamerika und in der Karibik nur 60% aller Menschen Zugang zu einem Radio, nur 6% zu Druckerzeugnissen. In Lateinamerika haben 40% keinen Zugang zu Nachrichtenmitteln und Informationsmedien. (...)

Genossen, die Fakten und Zahlen, die wir weiter oben erwähnt haben, und die anderen, die ihr selbst schon kennt, bestätigen die grausame Wahrheit: die hegemonistische Kontrolle des US-Imperialismus hat zu einer solchen Internationalisierung der technischen Belange von Information und Kommunikation geführt, daß keine Nation Lateinamerikas sich dem allein entgegenstellen kann. Aber gemeinsam können wir uns ihr nicht nur entgegenstellen, sondern sie überwinden. (...)

Die USA sind eine Gesellschaft, in der rassische Minderheiten brutal unterdrückt werden, unter ihnen viele lateinamerikanischer oder karibischer Herkunft. Inmitten großen materiellen und technologischen Reichtums herrschen noch immer die schamerfüllendsten, schockierendsten und inhumansten Systeme rassistischer und somit sozialer Unterdrückung der Menschheitsgeschichte. Eine solche Gesellschaft kann kein Modell der Demokratie sein. (...)

Die Völker Lateinamerikas und der Karibik haben keine Verwendung für eine solche Demokratie. Das ist nicht die Art von Demokratie, die im 20. Jahrhundert gefragt ist. Die Vereinigten Staaten haben vor langer Zeit aufgehört, ein Beispiel eines demokratischen Systems zu sein. Sie haben einmal das Banner der Menschenrechte erhoben, aber ihre Ignoranz und Arroganz haben verhindert, daß sie diesen Slogan auch auf sich selbst angewendet haben. Sie sind vom Dogma der US-Freiheit vergiftet und verstehen die Wirklichkeit einer Welt nicht, die die Freiheit erobern will, welche von den Imperialisten hinweggefegt wurde.

Nun erheben sie das Banner gegen den internationalen Terrorismus, während sie selbst den internationalen Terror ausüben und vorantreiben. Sie wenden die Taktik des Diebes an, der nach dem Verbrechen laut ruft „Haltet den Dieb!“ Was Simón Bolívar ein Jahr vor seinem Tod prophezeit hat,

ist nun wahr geworden: „Die USA scheinen dazu bestimmt zu sein, Amerika im Namen der Freiheit ins Unglück zu stürzen.“ Während sie behaupten, daß wir undemokratisch seien, praktizieren sie selbst eine nicht zu tolerierende Einmischung. (...)

Die Verteidigung unserer kulturellen Identität ist nicht nur ein intellektuelles Prinzip. Schöpferische Freiheit in Kunst und Kultur geht einher mit der Tatsache, daß wir freie und unabhängige Staaten werden.

Aus diesen Gründen ist es wichtig, daß unsere Völker und ihre Intellektuellen sich eng zusammenschließen, um eine internationale Kampagne gegen die monopolistische Kontrolle über die Technologie zu starten, die zur Verbreitung von Informationen und Kultur verwendet wird. Wie in den Zeiten Bolívars, San Martíns, O'Higgins', Juaréz' und Martí müssen wir zuerst die Ketten ausländischer Ausbeutung zerschlagen, um Ignoranz und geistige Sklaverei zu zerschlagen. Es gibt keine ältere, humanere und weltweit besser verankerte Idee als die des Friedens. Seit Hiroshima und Nagasaki haben die bedeutendsten Wissenschaftler die Wichtigkeit dieses Punktes im Atomzeitalter herausgehoben. Die Existenz der Menschheit steht auf dem Spiel. Die Atombombe, die 1945 auf Hiroshima fiel zerstörte eine Stadt von 100.000 Menschen, und immer noch leiden Menschen unter den Auswirkungen dieses Verbrechens.

Heute lagern in den Militärarsenalen Tausende von Wasserstoffbomben, die die ganze Menschheit auslöschen könnten. Verantwortungsbewußte Kenner der Situation sind auf der Hut. Es genügt zu untersuchen, was viele von ihnen geschrieben und gesagt haben. Niemand kann sich vorstellen, wie die Welt nach einem thermonuklearen Krieg aussehen würde.

Alle Auffassungen über Kunst und Kultur würden jeglichen Sinn verlieren. Es ist gespenstisch, sich vorzustellen, wie die Welt nach einer Kette von Atomexplosionen aussehen würde. Picasso zeigt in seinem Bild Guernica die Schrecken des Krieges, aber die Realität übertrifft wie immer die Vorstellungskraft des Künstlers. Kein Künstler wird diese Welt mehr abbilden können, kein Mensch wird sie betrachten können, es wird keine Kunst mehr geben, da Kunst nur für Menschen existiert. (...)



V. Contreras Tapia: Auferstehung des Volkes

Es wurde ein mächtiges System von ideologischen und kulturellen Beziehungen geschaffen, das alle Völker der Erde zusammenbringt, unter ihnen talentierte und gebildete Leute. Das System der internationalen kulturellen Beziehungen, das Euch untereinander und mit den Intellektuellen der USA, Europas, der sozialistischen Staaten, Afrikas und Asiens verbindet, kann und muß ein Mittel im dauernden Kampf für Frieden und für die Ideale sozialen und kulturellen Fortschritts werden. (...)

(Quelle: Granma Weekly, Havanna, 13.9.1981)

Gespräch mit Mikis Theodorakis

Lateinamerikas Völker brauchen eine alternative Volkskunst



Während eines Gesprächs zwischen dem berühmten griechischen Musiker Mikis Theodorakis und dem kubanischen Dichter Nicolás Guillén, bei dem sich beide sofort verstanden, sagte Guillén: „Der modernen Poesie kann alles fehlen: Versmaß, regelmäßige Reime, aber nie der Rhythmus, denn Poesie ist Rhythmus.“

Der Komponist stimmt dem zu: „Natürlich, am Anfang war der Rhythmus.“ Und mit dieser Variation der biblischen Schöpfungsgeschichte gibt uns M. Theodorakis Aufschluß über einen Teil seiner Persönlichkeit. Denn sein Körper und Geist strahlen ständig Rhythmus aus, und zwar nicht im Sinne von oberflächlicher Bewegung, sondern von äußerst lebhafter Energie und Dynamik, die ihn dazu befähigen, ständig kreativ und aktiv zu sein. (...)

Aber diese Dynamik, die ihn dazu befähigt, eine Musik zu komponieren, die jedes Publikum der Welt begeistert, kommt nicht nur in seinem künstlerischen Werk zum Ausdruck, sondern hat auch dazu geführt, daß er an den Kämpfen seines Volkes für Freiheit und soziale Gerechtigkeit aktiv teilgenommen hat. (...)

In seinem musikalischen Werk wird das Eigene, Nationale, mit dem Kampf der Völker der Welt verbunden. So versuchen seine Lieder, die Verständigung mit anderen Völkern zu ermöglichen, obwohl sie gleichzeitig sehr griechisch sind, das authentischste musikalische Erbe seines Landes, dessen wirklich volksverbundener, moderner Ausdruck sind. So entstanden sein wunderbarer „Canto General“, mit Texten von Pablo Neruda, oder seine Musik zu Filmen wie „Estadio de sitio“ oder „Actas de Marusia“. Und er beschäftigt sich mit dem Kampf der Völker für Freiheit, Frieden und Sozialismus in anderen Teilen der Welt, will selbst auf seine Art daran teilnehmen. Daher wollte er auch nach Kuba und Nikaragua kommen: er wollte seinen „Canto General“ als Würdigung und Zeichen dafür, daß er die revolutionären Bestrebungen dieser Länder unterstützt, aufführen. Er sagt dazu:

„Erst vor ein paar Monaten kam ich nach Kuba, um an der Tagung des Weltfriedensrats teilzunehmen. Dabei hatte ich das Glück und die Ehre, den Volksführer Fidel Castro zu treffen. Er lud mich ein, wiederzukommen, um den 'Canto General' hier aufzuführen und riet mir, damit auch nach Nikaragua und in andere lateinamerikanische Staaten zu gehen, um den Versuchen der USA, diese Region kulturell zu beherrschen, entgegenzuwirken und diesen Versuchen eine Art revolutionäre Volkskunst entgegenzusetzen und zu zeigen, daß wirkliche Kunst auf Seiten derer steht, die für Freiheit und Sozialismus kämpfen.“

Mein Traum: den „Canto General“ in Chile spielen

Ich habe Kuba kurz nach der Revolution besucht. Damals traf ich ein bewaffnetes, glückliches Volk, das stolz war auf das, was es vollbracht hatte und ein Land, das dabei war, das Dunkel der Unterdrückung zu verlassen. Und heute, bei der Wiederkehr, fast 20 Jahre später, treffe ich dasselbe Volk, aber noch jünger und glücklicher, sehr viel stolzer, reifer, und entschlossener, ein Land mit allen Anzeichen des unaufhaltsamen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Wachstums. (...)

Zur Zeit geschieht in Kuba, was immer geschieht, wenn die USA sehen, daß ein Volk auf einem Entwicklungsweg erfolgreich ist, der ihren imperialistischen Interessen entgegengesetzt ist: Es wird versucht, dieses Volk mit allen Mitteln anzugreifen. Zur Zeit greift der CIA zu einem der kriminellsten Mittel der Zerstörung, dem bakteriologischen Krieg, wie Fidel in seiner Rede am 26. Juli enthüllte. Aber ich habe gesehen, daß das kubanische Volk deswegen seine

Fröhlichkeit nicht verliert oder in Panik verfällt. Es ist standhaft, sicher mit einer ehrlichen Regierung und auf dem Weg, einen wirklich proletarischen Staat zu schaffen.“

Mikis Theodorakis geht dann auf die Aggressionen ein, unter denen Nikaragua gegenwärtig zu leiden hat, weil es beschlossen hat, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und eine revolutionäre Haltung einzunehmen.

„Aber das schüchtert die Völker nicht ein, und sogar genau das Gegenteil scheint zu geschehen. Denn gegenwärtig scheint es mit den Befreiungsbewegungen in Lateinamerika aufwärts zu gehen, wie wir in El Salvador, aber auch in Chile sehen, wo der Widerstand sich neu orientiert und stärker wird. Ich habe mir selbst das Versprechen gegeben, den 'Canto General' am Grab Pablo Nerudas zu spielen, sobald das chilenische Volk die Junta besiegt hat. Und ich glaube, an dem Tag, an dem das erreicht ist, wird das mein bester Beitrag dazu sein, den Traum Wirklichkeit werden zu lassen, den glaube ich jeder politisch ehrenhafte Mensch hat: Die Befreiung der Völker Lateinamerikas.“

Er erklärt uns dann, wie der „Canto General“ entstand. „Als ich dieses volkstümliche Oratorium nach dem großartigen Buch von Pablo Neruda plante, haben mir er selbst und Salvador Allende dabei geholfen, die Texte auszusuchen, die darin enthalten sein sollten. In diesem Augenblick dachte ich eigentlich daran, es in Chile aufzuführen, um mein Volk im Kampf gegen die Militärjunta zu unterstützen. Aber als ich fertig war, hatte sich Griechenland schon befreit, in Chile dagegen hatten die Putschisten Allende gestürzt und ermordet. Also mußte ich das Gegenteil machen: Ich führte den 'Canto General' 1974 in Griechenland auf, als Zeichen der Solidarität mit dem von neuem unterdrückten chilenischen Volk.“

Auf die Frage, warum er den Text eines chilenischen Dichters gewählt habe, antwortet er: „Weil der 'Canto General' das Lied des Entstehens, der Blüte, des Kampfes und der Opfer aller Völker Lateinamerikas ist. So erfüllen wir durch den 'Canto General' eine heilige Pflicht: niemals zu vergessen, daß die Gewalt auf diesem Kontinent immer noch dominiert und das seine Völker uns brauchen. Man kann den Faschismus ohne internationale Solidarität nicht besiegen. Ich versuche immer, in meine Musik die Texte bedeutender Dichter miteinzubeziehen, das erleichtert die Verständigung mit dem Publikum. Es versteht dann leichter, was ich mit meiner Musik sagen will. Außerdem war das schon immer typisch für die Musik meines Landes: ihre Verbindung mit der besten Poesie. Das heißt bei mir: Viele meiner Werke enthalten Texte von Ritsos, Seferis, Elitis...“

„Wodurch versuchen Sie sie (die von den USA bzw. Multis beherrschte Schallplattenproduktion und deren Verbreitung über die Massenmedien; d. Red.) zu verdrängen, was bieten sie stattdessen an?“, fragten wir ihn.

„Sie überschweben uns mit ihrer künstlichen Musik, mit dieser leichten Musik, die zu erreichen versucht, daß die Menschen sich in hohle, entfremdende Unterhaltung flüchten, daß sie ihre Probleme vergessen und nicht mehr für eine bessere Welt kämpfen. Die griechische Musik hat die gegenteilige Wirkung: Sie führt dazu, daß man sich erinnert, und sich zu erinnern ist gut, nicht schlecht. Sie führt dazu, daß das Volk im Gedächtnis behält, was war (Widerstand gegen die 1967 installierte Militärjunta; d. Red.) und versteht, was kommen muß. Und das gefällt natürlich dem Imperialismus nicht, der versucht, in unserem Land in allen Bereichen zu dominieren. Aber das Volk widersteht seinen Ansturm und verteidigt seine eigene Musik.“

(Quelle: Granma Weekly, Havanna, 16.8.1981)

Das Vermächtnis Frantz Fanons



F. Fanon (l.) auf der Allafrikanischen Völkerkonferenz 1958 in Accra

Sein Hauptwerk „Die Verdammten dieser Erde“ gilt als „Klassiker“ der Dritte-Welt-Literatur und ist eines der einflussreichsten Werke über Probleme des anticolonialen Befreiungskampfes. Es fand bis hinein in die Studentenbewegung der späten 60er Jahre in der BRD Resonanz. 1978 ehrte der UN-Sonderausschuß gegen Apartheid neben Persönlichkeiten des Befreiungskampfes der schwarzen Völker wie Martin Luther King, W.E.B. DuBois und Paul Robeson Frantz Fanon mit einer Veranstaltung und beschloß sein Lebenswerk zu propagieren. F. Fanons in einem unerhört ausdrucksstarken Stil geschriebene Veröffentlichungen spiegeln vor allem die Intensität wider, mit der er seine persönlichen Erfahrungen verarbeitet und sich im Befreiungskampf für die kolonial unterdrückten Völker einsetzte.

Am 20. Juli 1925 wurde Frantz Fanon als Sohn eines schwarzen Zollinspektors auf Martinique geboren. 1939 kam er in das Lycée Schoelcher, wo er Aimé Césaire zu seinen Lehrern zählte, neben Leopold Senghor und Léon Damas der Begründer des Konzepts der Negritude – der Rückbesinnung auf die gesamten kulturellen Werte der schwarzen Welt. Nach dem 2. Weltkrieg beteiligte er sich an dessen Wahlkampagne zur französischen Nationalversammlung, die A. Césaire als kommunistischer Abgeordneter für Martinique gewann. Seit 1943 war Frantz Fanon Freiwilliger der Freien Französischen Streitkräfte in der Karibik gewesen, nach Beendigung seiner Lyzeumszeit nahm er 1947 in Lyon ein Medizinstudium auf.

In dieser Zeit verstärkten sich seine bereits bei den Truppen gemachten Erfahrungen. Konfrontiert mit der rassistischen Feindseligkeit und Überheblichkeit sowie dem Paternalismus der kolonialen Metropole, versuchte er in seinem ersten Buch eine Antwort zu geben auf die Problematik des Lebens Schwarzer in einer „weißen“ Umwelt.

„Schwarze Haut, weiße Masken“, erschienen 1952, beschäftigte sich vor allem mit zwei Aspekten: Zum einen setzte er sich mit der Erziehung von Schwarzen in der Karibik und in Frankreich – durch Sprache und Verhaltensnormen – zu „Weißen“, „weiß“ Denkenden und Handelnden auseinander. Zum anderen analysierte er dieses Phänomen, indem er sein Funktionieren auf folgenden Prozeß zurückführte: Die in der westlichen Welt praktizierte Identifizierung von „schwarz“ mit Niedrigkeit, Dürftigkeit und Bösen, dagegen von „weiß“ mit gut, edel, verstandesmäßig und überlegen führt – da „weiß zu sein“ für „den Schwarzen“ unerreichbar ist – bei ihm zum Selbsthaß, zur Unterwerfung, zur Zementierung von Rassismus.

1953 übernahm Frantz Fanon eine leitende Stellung im Hospital von Blida in der Nähe Algiers und praktizierte im Bereich der psychiatrischen Medizin. Die dort gemachten Erfahrungen mit der psychischen Verletzung algerischer Patienten, zugleich aber mit dem Rassismus der französischen Kolonisten brachten ihn auf die Seite der 1954 begonnenen algerischen Revolution.

1957 verließ er Algerien, um der Verhaftung zu entgehen, und ging nach Tunis. Dort arbeitete er im Gesundheitsdienst der FLN, lehrte an der Universität und wurde Mitglied der Redaktion des El Moudjahid (Der Freiheitskämpfer), der Zeitung der Befreiungsbewegung.

1959 erschien sein nächstes Buch, „Soziologie einer Revolution“, das erneut wesentlich die psychischen Aspekte der Kolonisierung zum Inhalt hatte, jedoch auch auf die Entwicklung des Befreiungskampfes einging.

Es markierte damit auch inhaltlich den Übergang von der Beschäftigung mit psychiatrischen Problemen zum eigenen direkten Engagement im Befreiungskampf. Dies äußerte sich auch in den diplomatischen Missionen, die er für die FLN unternahm, darunter die Teilnahme an den Allafrikanischen Völkerkonferenzen von 1958 und 1960 sowie als Botschafter in Ghana (1960), wo er neben Kwame Nkrumah die bald darauf ermordeten Patrice Lumumba und Felix Moumié, den Führer der Kamerunesischen Volksunion UPC, traf.

Am 6. Dezember 1961 starb Frantz Fanon nach kurzer Erkrankung an einem Krebsleiden.

Zwei Werke wurden posthum veröffentlicht: 1964 „Für die afrikanische Revolution“, eine Sammlung seiner Artikel im El Moudjahid, die seinen Internationalismus dokumentiert. Fast gleichzeitig mit seinem Tod erschien „Die Verdammten dieser Erde“.

In diesem Werk faßte F. Fanon in emphatischer und teils brillant präzierender Sprache seine bisherige Thematik zusammen und beschäftigte sich mit weiteren Aspekten des Befreiungskampfes. Dabei kam er oft zu weitsichtigen Einschätzungen, z.B. über die negative Rolle der jungen bourgeoisen Herrscher der unabhängig gewordenen Länder oder über den Niedergang der alten nationalistischen Parteien.

Frantz Fanon legte ein klares Bekenntnis für eine sozialistische Gesellschaft ab und ging ausführlich auf die Rolle der Gewalt im Freiheitskampf ein, die er aus dem Gewaltcharakter kolonialer Unterdrückung ableitete. Indes zeichnet seine Darstellung hier Mißverständlichkeit aus, indem sie dazu tendiert, die revolutionäre Gewalt als Prinzip statt als Mittel des Kampfes darzustellen.

Parteiisch für die „Verdammten dieser Erde“

F. Fanon kommt das große Verdienst zu, die Frage nach der Rolle der Klassen beim Befreiungskampf in Afrika gestellt zu haben. Jedoch gelangt er hierbei zu fragwürdigen Folgerungen, die meist das Ergebnis vorschneller Verallgemeinerungen begrenzter Erfahrungen auf alle afrikanischen Länder sind, und die selten durch Fakten bestätigt werden. Unter Widersprüchen – z.B. die Einordnung der „ausgebeuteten“ Bauernschaft als „außerhalb des Klassensystems“ – bezeichnet F. Fanon z.B. die Bauernschaft als einzige revolutionäre Klasse, die zudem zur Führung des Kampfes befähigt sei, während er der afrikanischen Arbeiterklasse vorwirft, sei sie – als „privilegiert“ – politisch nicht verlässlich, ähnlich auch die Intelligenz. Ergänzt wird Frantz Fanons Beurteilung der Bauernschaft durch die des „Lumpenproletariats“ aus gestrandeten und verletzten Landflüchtigen in den Slums der Städte. Diese, als noch nicht mit dem Kolonialsystem verbundene Fraktion der Bauernschaft konstituierte eine der spontansten und am radikalsten revolutionären Kräfte des Volkes und sei damit stärkster Verbündeter der Bauern.

Frantz Fanons Thesen bewegen sich im Widerspruch etwa zu Theoretikern wie Amilcar Cabral und zu den historischen Erfahrungen. Ihre Schwäche ist, daß der Autor sie ohne umfassende Kenntnis der afrikanischen Realität zu entwickeln versuchte, daß sie daher vielfach Verallgemeinerungen aufgrund einzelner Phänomene darstellen. Andererseits hat das vielfach Zwingende seiner Beobachtungen und seiner Darstellungen zur verbreiteten Übernahme seiner Annahmen beigetragen. Theoretisch ist sein Beitrag letztlich begrenzt und sind viele Positionen inzwischen z.B. durch die Revolutionen in Angola oder Moçambique in seinen Teilen zur Klassenfrage usw. „widerlegt“.

Aktualität besitzt F. Fanon dennoch – nicht zuletzt dadurch, daß in den iranischen Moscheen vor der Revolution von 1979 die persische Ausgabe von „Die Verdammten dieser Erde“ kursierte.

J. Ostrowsky

Berichtigung

Im vorletzten Rückblick zur PAIGC-Gründung in AIB 9/1981, S. 38 ist uns leider ein technischer Fehler beim Umbruch unterlaufen, für den wir uns entschuldigen:

Der 5. Absatz, rechte Spalte („Schon 1920 wurde ein Zirkel ... Forderungen diskutiert und formuliert.“) gehört in die linke Spalte, vor den 5. Absatz.

Von Banya, Pedro und Manuel – Kinderbücher zur Dritten Welt

Man kann nicht behaupten, daß die Dritte Welt – oder die Länder und Völker, die man heute unter diesem Begriff subsumiert – jemals ein weißer Fleck in der Kinderbuchlandschaft gewesen wäre. Schon die sich emanzipierende Bourgeoisie des 17. und 18. Jahrhunderts schrieb ihre Träume von Exotik, Reichtum und Macht ferner Länder für ihre Sprößlinge auf – man denke nur an die zahlreichen „Robinsonaden“. Mit dem aufkommenden Imperialismus schwappte eine Flut ebenso abenteuerlicher wie aggressiver „Kolonialerzählungen“ in die Kinderstuben und noch heute stellt man bei einer Übersicht über Kinderbücher mit historisch-geographischer Thematik fest, daß die europäischen Entdecker und Eroberer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas den bedeutendsten Anteil des Buchangebots in dieser Sparte stellen.

Wenn sich in der BRD seit Beginn der 70er Jahre die Bemühungen um eine authentische und an den Interessen der unterdrückten Völker der Dritten Welt orientierte Literatur verstärkt und teilweise durchgesetzt haben so kann doch dieser Prozeß längst nicht als abgeschlossen gelten. Die hier vorgestellten Bücher dokumentieren neuere Tendenzen der Suche nach ansprechenden und originellen Formen in progressiv-parteilicher Intention und sind an jeweils unterschiedliche Lesalter gerichtet:

Gerd Simon, *Banya aus Thailand schreibt Briefe an die Kinder in Deutschland*. Zeichnungen von Theo Scherling, Verlag Gerd Simon & Claudia Magiera, München 1980 (2. verbesserte Auflage), 32 S., 9,60 DM

Fredrik Vahle, *Ich erzähle von Pedro*. Geschichten, Lieder und Märchen aus Mexiko, Fotos von Annemarie Salm, Middelhaue Verlag, Köln 1980, 76 S., 14 DM

Fredrik Vahle, *Manuel oder die Reise zum Anfang der Welt*. Geschichtenroman in vier Teilen, mit Foto-Grafiken von Annemarie Salm, Lamuv Verlag, Bornheim-Merten 1981, 126 S., 9,80 DM.



Gerd Simon hat mit „Banya aus Thailand“ eine Gestaltungsweise gewählt, die geeignet erscheint, beim Leser persönliches Angesprochenheit und Verbundenheit mit denjenigen, über die berichtet wird, hervorzurufen. Er läßt einen thailändischen Bauernjungen in vier Briefen über sich und das Leben seiner Familie berichten. Im individuellen Schicksal werden typische soziale Situationen deutlich gemacht.

Die Bauern am Fluß „Mutter des Wassers“ müssen hart arbeiten, um ihre nackte Existenz sichern zu können. Unglücksfälle und Mißernten führen unweigerlich zu Verschuldung, zu Abhängigkeit von wucherischen Händlern, zum Verlust der einfachen Produktionsmittel. Die Auswanderung in die große Stadt Bangkok, die mit Hoffnungen auf ein besseres Leben verbunden ist, wird eher zum weiteren Abstieg. Ein anderes Bild dieses Landes als es von den Illustrierten hierzulande verbreitet wird, mit Sirikit und goldenen Tempelchen, idyllischem Landbau und tropischer Urlaubsatmosphäre.

Es wäre aber falsch, dieses Buch schlicht als „Information“, als Sachbuch zu begreifen. Mit den ebenso unaufdringlich wie einfühlsam geschilderten Gedanken und Emotionen des Jungen Banya stellt sich nicht nur mehr Wissen, sondern auch Nacherlebbares ein.

Es gibt nicht wenige Bücher mit ähnlicher Thematik, die alles daransetzen, zu zeigen, daß viele Menschen der Dritten Welt in Armut und Elend leben – etwas, was die meisten Kinder bei uns im Grunde wissen. Gerd Simon dagegen versucht zu zeigen, welche Bedingungen

hier eine Rolle spielen; er zeigt gesellschaftliche Widersprüche und die Prozesse der Pauperisierung auf und regt zu weiteren Fragen nach dem „warum?“ an. Was man allerdings vermißt, sind Überlegungen zu Alternativen. Etwas bemüht heißt es am Schluß: „Banya, du mußt groß und stark werden; dann wirst du dafür kämpfen können, daß alle Kinder gleich viel zu essen haben und alle Kinder zur Schule gehen können“ (S.31). Doch was hat schon eine solche Andeutung zu sagen, wenn das Aufbegehren zuvor niemals ins Auge gefaßt oder auch nur erwogen wurde.

Gerade in seiner einfachen Ausstattung ist das Buch hervorragend und zweckmäßig gemacht. Mit dem knappen Text in Schreibschrift, den gut integrierten Fotos und Zeichnungen eignet es sich für das früheste Lesalter sowie zum Vorlesen und Besprechen.

Geschichten, Lieder und Märchen aus Mexiko stellt Fredrik Vahle in dem Bändchen „Ich erzähle von Pedro“ vor. Das erste Kinderbuch des seit langem als Liedermacher für Kinder („Die Rübe“, neu: „Der Elefant“) bekannten Autors berichtet in einer Rahmenerzählung über Ereignisse großer und kleiner Art im Leben eines sechsjährigen mexikanischen Jungen. Es entsteht ein Bild vom Leben Pedros und seiner Leute, das nicht nur deren unmittelbare Lebenstätigkeit umfaßt, sondern in dazwischen montierten Mythen, Märchen, Liedern und Spielen das spezifische Denken und Fühlen, die Geschichte und die indianischen Traditionen des Landes vor Augen führt.

Diese Konzeption gibt insofern neue Wege vor, als sie die herkömmliche Dritte-Welt-Kinderliteratur, die meistens auf das Dokumentarische fixiert ist, mit der Einbeziehung des Geschichtlich-Kulturellen um eine wesentliche Dimension erweitert. So wird einerseits der heutige Zustand als eine gemachte, d.h. geschichtliche Situation erfahrbar, andererseits das Interesse an Sagen und „Geschichten aus der Geschichte“ nicht isoliert, sondern auf die Gegenwart der arbeitenden Menschen dieses Landes und ihrer Kinder gerichtet.

Die Erzählung über die „seltsamen Götter“, die Weißen, die Tod und Vernichtung über das Volk der Azteken bringen, steht neben der Beschreibung der Hüttenstadt Pedros, vermittelte Kritik am Habitus bormierter Touristen neben der mittelamerikanischen „Blindekuh“-Variante, Alltagsberichte neben den Märchen, die die Großmutter Uraka erzählt.

Die häufigen Schnitte und Wechsel in der Erzählung werden durchaus nicht als chaotisch empfunden, erfordern jedoch eine größere Aufmerksamkeit und Ausdauer bei der eigenständigen Lektüre als etwa Banyas durchgängig gestaltete Kinderkorrespondenz. Als einzelne Geschichten eignen sich viele Stücke jedoch schon zum Vorlesen für jüngere Kinder.

Während „Ich erzähle von Pedro“ die aktuelle-politische Situation kaum tangiert und gesellschaftliche Widersprüche eher in ausgesprochen individuellen Erscheinungsformen aufspürt, bilden diese Komplexe in Fredrik Vahles neuestem Buch den unmittelbaren Anlaß zum Erzählen wie auch den dynamischen Hintergrund der Handlung. Der vierteilige sog. Geschichtsroman „Manuel oder die Reise zum Anfang der Welt“ berichtet über den großen „Feldzug gegen die Unwissenheit“ in Nicaragua nach dem Sieg der Sandinistischen Befreiungsfront über Somoza und seine Garde.

Im Mittelpunkt steht der Junge Manuel, der unter die Alphabetisatoren aufgenommen wurde, obgleich er eigentlich noch zu jung ist. Es wird davon berichtet, wie dieser Sohn aus einer wohlhabenden Familie in Managua überhaupt dazu kam, zu Sicherung und zum kulturellen Ausbau der Revolution beitragen zu wollen; seine Reise an den „Anfang der Welt“, die Insel Solentiname im großen Nikaraguasee – wo schon Ernesto Cardenal gewirkt hatte bis zur Vertreibung durch die Somoza-Schergen –, um dort zum Einsatz zu kommen; sein Leben in der Rolle eines „Lehrers und Lerner“ unter ihm völlig ungewohnten Bedingungen, seine Schwierigkeiten und seine Erfolge.

Die sensible und zahlreiche Episoden umfassende Schilderung von Manuels Weg, der auch für ihn insofern einen „Anfang der Welt“ bedeutet als er eine sinnvolle und wichtige Arbeit leistet, ist wie schon in dem früheren Buch verbunden mit historischen, kulturellen u.ä. Exkursen. Fredrik Vahle hat dabei durchgängig Erlebnisse, Recherchen, Eindrücke seiner eigenen Reise nach und durch Nicaragua im Sommer 1980 verarbeitet, die er zusammen mit Annemarie Salm, deren Foto-Graphiken den Band illustrieren, unternahm, um dem Minister für Kultur eine Solidaritätsspende von 40.000 DM zu überreichen, die bei Auftritten gesammelt wurde.

So hat mit dem Buch von Manuel jene Solidaritätsbekundung mit dem neuen Nicaragua eine weitere hervorgebracht, die ebenso gelungen wie aktuell ist.

Bernd Dolle

Theater zu El Salvador

Im Zeitraum 18. Oktober bis 30. November d.J. geht die älteste zeitgenössische US-Straßentheater-Gruppe San Francisco Mime Troupe auf Tournee quer durch die Bundesrepublik.



Die Szenerie des Lehrstückes „Der letzte Tango in Huahuateno" entspricht der aktuellen Situation in El Salvador und macht sich an realen Personen und Ereignissen fest. Die Rolle der US-Militärhilfe für die Junta, deren angeschlagenes Prestige, die Massakerpolitik ihrer Kommandos, der Widerstand der Bauern und Guerilla – all dies wird vorgeführt. Musiknummern und Tanzeinlagen sorgen für Abwechslung.

Aktivitäten für Angola/Namibia

Die Vereinigung von Mitarbeitern des Deutschen Entwicklungsdienstes und das Organisationskomitee der Afrikasolidaritätsgruppen wandten sich in einem **Offenen Brief** vom 17.9.1981 an die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen, um sie angesichts der südafrikanischen Angolainvasion an das UN-Waffenembargo gegen Südafrika zu erinnern. U.a. würden in den letzten Jahren gelieferte bundesdeutsche Unimogs von der Rassistenarmee für Operationen in Namibia und Angola eingesetzt. Die Verfasser fordern daher die Bonner Instanzen auf, „den verfassungswidrigen Export von militärischen Ausrüstungsgegenständen nach Südafrika zu unterbinden und das UN-Waffenembargo voll zur Anwendung zu bringen.“

Eine **Angola-Dokumentation** mit Hintergrundmaterialien zur Invasion Südafrikas hat am 14.9.1981 die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) herausgebracht. Neben einer Zwischenbilanz des Kriegszuges enthält das 14seitige Papier eine Chronologie südafrikanischer Aggressionsakte gegen die Frontstaaten, die Beschreibung des SWAPO-Zentrums „Cuanza“ in Angola und einen Spendenaufruf für die Südwestafrikanische Volksorganisation Namibias (SWAPO). Das Material ist zum Stückpreis von 0,50 DM zu beziehen bei der AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.

Die Beratung von Unterstützungsmaßnahmen für die SWAPO und den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) ist angesichts des vergrößerten Flüchtlingsstroms und der jetzt kritischen Versorgungslage in Angola dringlicher denn je geworden. Sie wird im Mittelpunkt des 2. Internationalen Workshops der ICSA (Internationales Komitee gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika, gegr. 1977) stehen, der vom 6.-8. November 1981 in Frankfurt angesetzt ist. Anmeldungen bei: ICSA, c/o medico international, Homburger Landstr. 455, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611 - 232229.

Ausländerwoche der Freundschaft

Zu einer „Woche der Freundschaft gegen die Ausländerfeindlichkeit“ vom 14.-20. Dezember 1981 hat die Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD (FIDEF) aufgerufen.

Damit will sie die Versuche neonazistischer Kräfte, Ausländerfeindlichkeit zu schüren, das soziale Klima in der Bundesrepublik zu vergiften und die Menschen hier in zwei gegeneinander Haß empfindende Lager zu spalten mit Freundschaft zwischen Deutschen und Ausländern kontern.

Vorschläge und Informationen: FIDEF, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1.

Boycott gegen Vietnam beenden!

Die Mitgliederversammlung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam vom 4.10.1981 in Düsseldorf hat die Bundesregierung in einer politischen Erklärung aufgefordert, auf die USA und China einzuwirken, um die von ihnen „angeheizten Spannungen in Südostasien abzubauen“.

In der Erklärung wird auf die „historische Mitschuld“ Bonns an den US-Kriegsverbrechen in Vietnam verwiesen, die von der Bundesregierung mit abgetragen werden müßten, und zwar u.a. durch die endliche Auszahlung

der bewilligten Aufbauhilfe von 89 Mio DM, die Aufnahme der SR Vietnam in das Entwicklungshilfeprogramm der BRD, die Unterstützung humanitärer Vietnam-Hilfsorganisationen und das Entgegenwirken gegen diverse antivietnamesische Kampagnen hierzulande.

Medienhandbuch Dritte Welt

Das im Jugenddienst Verlag erschienene „Medienhandbuch Dritte Welt. Filme und Tonbildreihen“ (hrsg. vom Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V., Wuppertal 1981, 9,80 DM) bietet auf 282 S. eine übersichtliche Zusammenstellung von Medien zum Thema Dritte Welt, die bei nichtkommerziellen Verleiherinnen erhältlich sind. Sie können bei Solidaritätsveranstaltungen, in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit eingesetzt werden.

Vorangestellt sind dem Überblick über teils mit Kurzrezensionen versehene Filme und Tonbildreihen eine kritische Erörterung entwicklungspolitischer Begriffe und Erfahrungsberichte über den Einsatz audiovisueller Medien. Ein alphabetisches Sach- und Länderregister und ein Verleiherverzeichnis runden das Handbuch ab, das als wichtiges Nachschlagewerk für Dritte-Welt-Initiativen, Lehrer und Filmclubs zu empfehlen ist.

Aktuelle Platten- und Buchtips: Südafrika, Nicaragua

Das Centre Against Apartheid der Vereinten Nationen hat in Zusammenarbeit mit dem Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) eine **Doppel-LP „Konzert für Soweto“** herausgebracht. Unter Bezug auf ein gleichnamiges Konzert, das im Jahr 1980 in Düsseldorf stattfand, werden einige der dort aufgetretenen Künstler (allerdings nicht im Life-Mitschnitt) vorgestellt: Auf den ersten 2 Seiten präsentieren **James Madhlope Phillips und der Bremer Chor „Die Zeitgenossen“** südafrikanische Freiheitslieder (identisch mit ihrer LP „Inkululeko“). Es folgen jeweils 5 der besten Kompositionen von **Bongi Makeba und Jabula** auf den Seiten 3 und 4.

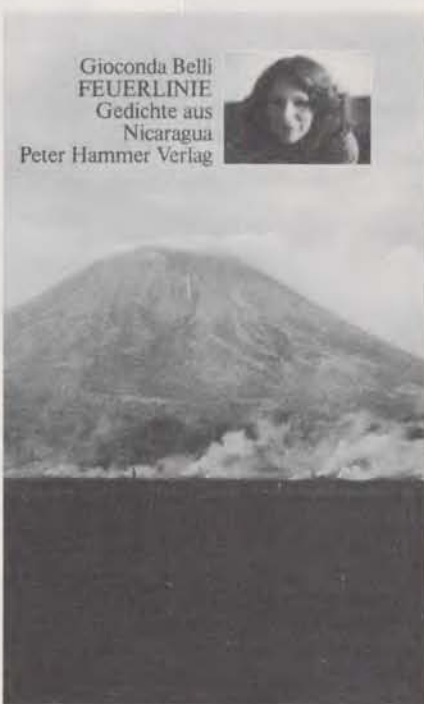
Die Doppel-LP ist zum Preis von 22 DM beim ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt erhältlich.

Seit der Befreiung von der Somoza-Diktatur macht Nicaragua auch literarisch von sich reden, wie drei attraktive neue Buchtitel aus und über Nicaragua zeigen.

Das erste, „**Unser Land mit den Menschen, die wir lieben**“ ist ein **Gedichtband** von **Ernesto Cardenal** mit Bildern, die die Bauern aus Solentiname gemalt haben und mit Photographien aus Nicaragua. Bei diesem Buch macht sowohl das Anschauen als auch das Lesen Spaß. Es ist im **Peter Hammer Verlag** erschienen und kostet 19,80 DM

In diesem Jahr erschienen ist der **Gedichtband „Feuerlinie“** der nikaraguanischen Guerillera **Gioconda Belli**, die sehr eindrucksvoll den Alltag im Befreiungskampf der Sandinistas aus der Sicht einer kämpfenden Frau beschreibt. Es ist ebenfalls im **Peter Hammer Verlag** erschienen und kostet 12,80 DM.

Der dritte Titel „**Vom Vergnügen des Präsidenten**“ ist ein Band mit Erzählungen des



nikaraguanischen Schriftstellers und Regierungsmitglieds **Sergio Ramirez**. In den drei Teilen des Buches nimmt er in unterschiedlichen Stilformen die Dekadenz der Bourgeoisie aufs Korn. Im ersten Teil, mit politischen Fabeln übertitelt, wird die Ausdruckskraft der märchenartigen Kurzgeschichten noch durch Holzschnitte ergänzt. Das Buch ist ebenfalls im **Peter Hammer Verlag** erschienen und kostet 16,80 DM.

Südafrika-USA

Im September d.J. hat eine Studienkommission der Rockefeller-Stiftung einen 500-Seiten-Bericht mit dem Titel „Südafrika: Die Uhr läuft ab“ vorgelegt. Die u.a. von H. Kissinger und dem liberalen Exaußenminister C. Vance beratene Kommission artikuliert darin die Sorgen eines Teiles der US-Bourgeoisie gegenüber dem Konfrontationskurs der Reagan-Administration.

Deren bedingungslose Unterstützung der konzeptionslosen, aggressiven Politik des südafrikanischen Rassistenregimes könne, so befürchten die Verfasser, langfristig den Interessen des US-Kapitals eher schädlich als dienlich sein. Die Unterdrückung der „Schwarzen“ und ihrer Organisationen in Südafrika biete nicht die Gewähr dafür, die bestehenden Verhältnisse zu sichern. Sie radikalisiere diese vielmehr und müsse zwangsläufig zu einer gewaltsamen Revolution führen. Das Beispiel anderer afrikanischer Staaten zeige, daß es zum Zwecke der „Eindämmung sowjetischen Einflusses“ eher sinnvoll sei, sich rechtzeitig mit den „Kräften des Wandels“ zu arrangieren.

Soviel richtige Einsichten diese Einschätzung enthalten mag, sowenig Neues vermag die Studie an praktischen Konsequenzen anzubieten: Sie kommt nicht der UN-Forderung nach allgemeinem Wahlrecht nach, sondern favorisiert ein für Afrikaner eingeschränktes Wahlrecht. Die Verfasser votieren nicht für ein Wirtschafts- und Waffenembargo, wie es die UNO verlangt, sondern sie plädieren für ein teilweises Technologie-(!)Embargo und für die Nichtausweitung bestehender Investitionen. In dem von den Verfassern vorgeschlagenen „dezentralisierten, föderalistischen“ System sind Bantustans vorgesehen. Schließlich geht es den Autoren ganz im Sinne des Botha-Regimes darum, daß nicht eine afrikanische Mehrheit die Weißen dominiere.

Naher Osten

Während des Besuches Menachim Begin in Washington kamen er und Ronald Reagan am 10.9.1981 überein, die militärisch-strategische Zusammenarbeit der USA und Israels in der Nahostregion auszubauen. Laut Alexander Haig denkt man dabei an eine „vereinte Planung, gemeinsame Studien und Anstrengungen, die äußeren Bedrohungen der Region begegnen“ sollen (International Herald Tribune, 11.9.1981), an koordinierte Überwachungsmaßnahmen (Satelliten, AWACS) oder an gemeinsame Seekriegsmanöver in nächster Zukunft.

Die Arabische Front der Standhaftigkeit und Konfrontation (gegr. 1977 von Syrien, Libyen, Algerien, dem Südemen und der PLO) wertete dieses Abkommen und die vorausgegangene US-Attacke gegen Libyen (Abschuß zweier libyscher Flugzeuge am 19.8.1981) als Übergang Washingtons zur „direkten Konfrontation“ gegen die gesamte arabische Nation. Auf ihrem 5. Gipfeltreffen vom 17./18. September d.J. in Bengasi riefen die Führer der Standhaftigkeitsfront und der anwesende iranische Außenminister M.H. Musawi die Regierungen der arabischen Welt zum Einsatz aller Druckmittel, einschließlich der Ölwanne und der Petrodollarguthaben, gegen die amerikanisch-israelische Bedrohung auf. Sie sicherten insbesondere Libyen und der PLO/Syrien ihre Unterstützung, darunter militärische Hilfe, zu.

Palästina

Einem neuen Plan der Begin-Regierung zufolge soll am 1.12.1981 die Militärverwaltung in den besetzten Gebieten abgeschafft und durch einen israelischen Zivil-Gouverneur ersetzt werden, der dem Militärgouverneur untersteht. Das Militär soll weiterhin für Ruhe und Ordnung sorgen.

Gleichzeitig bekundete die israelische Regierung ihre Absicht, zum einen die Zahl der israelischen Siedler im Westjordangebiet bis 1985 um 110.000 zu erhöhen. Zum anderen sucht sie zielstrebig die arabischen Städte im Westjordangebiet finanziell auszutrocknen, indem ihnen fortan die Annahme von Spenden aus arabischen Ländern verboten wird, während kollaborierende Bürgermeister aus kleinen Dörfern großzügig unterstützt werden.

Der Plan für die Zivilverwaltung wurde prompt von Ägypten als ein vertrauensbildender Schritt bezeichnet.

Karim Khalaf, der Bürgermeister von Ramallah erklärte, daß es für ihn keinen Unterschied zwischen einem Besatzer-Gouverneur in Uniform oder im Anzug gäbe. Und Bassam Shakaa, der Bürgermeister von Nablus, stellte fest: „Letztendlich wollen sie die Westbank annektieren.“ (Time, Washington, 5.10.1981)



Sudan

Die nach dem Ableben Sadats für die USA nicht abwägbaren Entwicklungen in Ägypten und der Region haben die Bedeutung des sudanesischen Numeiri-Regimes angehoben. Ghaafar al-Numeiri war am 25. Mai d.J. als erstes arabisches Staatsoberhaupt offiziell auf Sadats Kapitulationspolitik von Camp David eingeschwenkt, was ihn im Innern wie im arabischen Raum isolierte. Immerhin ließ es sich die Reagan-Administration 100 Mio Dollar Militär- und 115 Mio Dollar Wirtschaftshilfe kosten, den in Bedrängnis geratenen G. Numeiri zu stützen.

Die sich rapide verschlechternde ökonomische Situation im Sudan hatte seit Mai d.J. zu zahlreichen Streiks geführt, auf die das Regime mit einer Verhaftungswelle und der Schließung der Universitäten antwortete. Mitte September d.J. begann mit der Verhaftung von 17.000 Personen als „Herumtreiber

und illegale Einwanderer“ der umfassendste Schlag gegen die sich formierende Opposition. Schließlich wurden am 5.10.1981 die Nationalversammlung und die Volksversammlung der autonomen Südregion aufgelöst.

Seit Anfang Oktober d.J. versuchte Numeiri, von A. Sadat lautstark unterstützt, mit Meldungen über angebliche libysche Angriffe auf den Westsudan von seinen innenpolitischen Querelen abzulenken. So erklärte denn auch US-Außenminister Alexander Haig, Numeiri drohe eher ein Putsch als eine libysche Invasion (International Herald Tribune, Zürich, 9.10.1981). Am 12.10.1981 setzte A. Haig hinzu, daß die USA bereit seien, dem Numeiri-Regime im Falle einer Bedrohung jede erdenkliche militärische Hilfe zu gewähren.

Türkei-BRD

Mit einem Jubiläumsgeschenk von 590 Mio DM prämierten die Bonner Regierungsparteien das einjährige Bestehen der Militärdiktatur in der Türkei. Die am 15.9.1981 unterzeichneten bilateralen Verträge sehen 460 Mio DM Wirtschaftshilfe und 130 Mio DM Militärhilfe vor. Letztere hat eine Laufzeit bis Ende 1982, wobei das Lieferverhältnis von Neu- zu Überschußmaterial aus Bundeswehrbeständen bei 80:20 geblieben ist.

Die demokratischen Kräfte nutzten den Jahrestag allerdings zum vielfachen Protest gegen das Militärregime. Die sozialistische Fraktion des Europa-Parlaments zog sich aus dem EG-Türkei-Ausschuß zurück, „solange die parlamentarische Demokratie in der Türkei nicht wiederhergestellt ist und die Menschenrechte nicht respektiert werden“. „Die Gewerkschaftsfunktionäre“, so der DGB in einer Stellungnahme am 10.9.1981, „die willkürlich aus politischen Motiven in Haft gehalten werden, sind unverzüglich freizulassen.“

In zahlreichen Orten wurden Mahnwachen abgehalten. Am 12. September 1981 forderten 8.000 Demonstranten in Dortmund: Freiheit für die Gewerkschafter und Demokraten in der Türkei! Schluß mit der Unterdrückung des kurdischen Volkes! Weg mit der Militärdiktatur!

Panama

Zunehmend verstärken sich die Verdachtsmomente einer CIA-Beteiligung beim tragischen Tod des Generals Omar Torrijos Herrera, Chef der Nationalgarde Panamas. O. Torrijos war am 31. Juli d.J. bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen. Die mexikanische Zeitung Excelsior vermeldete „Informationen aus diplomatischen und Geheimdienstkreisen“ Washingtons, darunter Äußerungen des ehemaligen CIA-Abteilungschefs M. Hugel, denenzufolge die Haltung Torrijos ein gefährliches Hindernis für die neue Mittelamerikapolitik der Reagan-Administration dargestellt habe (vgl. Afrique Asie, Paris, 14.9.1981).

Der Tod des Generals bedeutet in der Tat einen schweren Verlust für die demokratisch-antiimperialistischen Kräfte Lateinamerikas. Wichtigstes Verdienst O. Torrijos, der von 1968-78 das Präsidentenamt innehatte, war die nach sechsjährigen Verhandlungen 1977 erfolgte Ratifizierung eines neuen Panamakanal-Vertrages mit der Carter-Regierung.

Kurzinformationen



Auch gelang es dem 52jährigen Politiker, eine weitgehende Nationalisierung der United Fruit Company in Panama durchzusetzen. O. Torrijos leistete ferner einen herausragenden Beitrag bei der Unterstützung der Befreiungsbewegung Nikaraguas (siehe Torrijos-Interview in AIB 7-8/1981, S. 52-55) und teilte die antiinterventionistische Position Mexikos zu El Salvador. Unter seiner Führung hatte sich Panama zugleich zu einem aktiven Mitglied der Bewegung der Nichtpaktgebundenen entwickelt.

Nikaragua

Angesichts zunehmender ökonomischer Schwierigkeiten, in die Nicaragua durch das Ausbleiben der US-Wirtschaftshilfe und durch Boykottmaßnahmen einiger einheimischer Unternehmer geraten ist, rief die Regierungsjunta am 9.9.1981 für ein Jahr den wirtschaftlichen und sozialen Notstand aus. Gleichzeitig verkündete sie eine Reihe von Gesetzen, die Wirtschaftsdelikte wie Devisenschmuggel, Sabotage usw. künftig unter Strafe stellen. Ebenso gilt die Verbreitung von Falschmeldungen, die zu Hamsterkäufen von Lebensmitteln oder Sabotagemaßnahmen führen, fortan als Delikt. Nach Absprache mit den Gewerkschaftszentralen wurden auch das Streikrecht für die Dauer des Notstands außer Kraft gesetzt und weitere Landbesetzungen verboten. Eine Kürzung des Staatshaushalts um 5% und eine gestaffelte Erhöhung der Importzölle sollen weitere Einsparungen ermöglichen. Wegen der wachsenden Bedrohung durch US-Manöver in der Karibik und die zentralamerikanischen Armeen wurde zudem für einen Monat zur Generalmobilmachung aufgerufen. Verteidigung und Produktion sind mehr denn je die wichtigsten Aufgaben der Revolution.

Belize

Am 21. September 1981 wurde Belize, ehemals britische Kolonie, in die Unabhängigkeit entlassen. Am Tag darauf beantragte Premierminister George Price die Aufnahme in die

UNO und erklärte den Beitritt zur Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Die Aufnahme in die UNO wurde von dem guatemaltekischen Diktator Romeo Lucas Garcia scharf verurteilt, da sein Land Anspruch auf das Territorium Belizes erhebt. Obwohl seinem Land weitgehende Zugeständnisse gemacht wurden (siehe AIB 5/1981 und 2/1980), gab er sich nicht zufrieden und verweigerte Belize die Anerkennung. Schon am 17.9.1981 hatte Mario Sandoval Alcaron, Präsidentschaftskandidat der guatemaltekischen Bewegung der Nationalen Befreiung (MLN) von der Regierung Lucas gefordert, Belize den Krieg zu erklären. Zu ersten Zwischenfällen zwischen guatemaltekischen Truppen und der britischen Schutzmacht, die noch 1.600 Mann in Belize stationiert hat, kam es schon am Tag der Unabhängigkeitserklärung, als 47 guatemaltekische Flugzeuge demonstrativ die belizische Grenze überflogen und ebenso demonstrativ von britischen Kampfflugzeugen bewacht wurden.



Argentinien

Die argentinischen Militärs kündigten im September d.J. an, sie wollten bis 1987 an der Macht bleiben. Während der noch dreijährigen Amtszeit Präsident Violas sollen keine Wahlen stattfinden und auch das Verbot der parteipolitischen Aktivität weiter bestehen bleiben. Von Teilen der Armee und dem oppositionellen Parteienbündnis Multipartidaria, das sich aus Radikalen, Peronisten und Christdemokraten zusammensetzt, wird dagegen die Forderung erhoben, 1984 Präsidentschaftswahlen abzuhalten.

Auch in Fragen der Wirtschaftspolitik ist die Armee zerstritten, nachdem der ehemalige Wirtschaftsminister der Regierung Videla Ende September d.J. potentiellen US-Investoren ein neues Privatisierungskonzept für staatliche Firmen, darunter des Mediennetzes, unterbreitete.

Laut Latin America Weekly vom 2.10.1981 haben sich kürzlich oppositionelle nationalistische Militärs, die den forcierten Wirtschaftsliberalismus der Junta kritisieren, zur Gruppe Nationalistischer Offiziere zusammengeschlossen.

Kolumbien

Die Auseinandersetzungen zwischen Guerilleros und Militärs in Kolumbien nehmen immer mehr den Charakter eines Krieges an, an dem sich allein 10.000 Soldaten beteiligen. Die Bewaffneten Revolutionären Kräfte Kolumbiens (FARC), eine Guerillaorganisation, die bereits in den 50er Jahren entstanden ist und Verbindungen zur kolumbianischen Kommunistischen Partei (PCC) unterhält, konnten in diesem Jahr, die Zahl ihrer Fronten von 10 auf 12 erhöhen. Eine andere Guerillabewegung, die populistische M-19, die besonders durch spektakuläre Aktionen wie die Besetzung der dominikanischen Botschaft im letzten Jahr von sich reden machte, konnte ihre Operationen ebenso ausweiten. Dies gelang ihr, obgleich bis zur Jahresmitte 1981 mehrere M-19-Kommandos aufgrrieben und sie von der Armeeführung für liquidiert erklärt worden war.

Das Regime J.C. Turbay Ayalas (siehe AIB 10/1980, S. 27-30), das sich immer mehr zu einer Militärdiktatur unter der Regie des Kriegsministers General Camacho Leyva entwickelt, reagierte mit einem Amnestieangebot, das allerdings nur 8 Guerilleros nutzten. Die M-19 erklärte sich bereit die Waffen niederzulegen, falls der seit 30 Jahren andauernde Ausnahmezustand sowie das Gesetz über die nationale Sicherheit aufgehoben und alle politischen Gefangenen freigelassen würden. Die Antwort: Das Militär verstärkte die Vertreibung und Inhaftierung von Bauern, die in Guerillagebieten leben. Oppositionspolitiker wurden festgenommen und gefoltert. Zwischen November 1980 und Juli 1981 wurden mindestens 62 von ihnen ermordet.

NOTSTAND

Die Revolution der Hoffnungen ist bedroht.
Wirtschaftlicher Druck aus Washington, militärische Bedrohung aus den Nachbarländern, Boykott der Getreidelieferungen, Sperrung von Krediten und Kapitalflucht gefährden die erreichten Ziele:

Soziale Gerechtigkeit.
Alphabetisierung und Bildung für alle.
Gesundheitsprogramme.
Agrarreform.

Damit Nicaragua seinen Weg weitergehen kann,
damit Freiheit möglich bleibt,
braucht es unsere Solidarität.
Gerade jetzt.



Informationsbüro Nicaragua e.V.
Friedrichstr. 10 · 5600 Wuppertal 1
Stadtparkasse Wuppertal
Konto 976 738 (BLZ 330 500 00)
Spendenquittung möglich.

Bolivien

Von der nach dem Rücktritt Garcia Mezas an die Macht gekommenen Junta wurde Anfang September d.J. General Celso Torrelio Villa zum neuen Präsidenten Boliviens gekürt.

Er signalisierte Bereitschaft, in Einzelfragen Zugeständnisse gegenüber der Volksbewegung zu machen. So verfügte er die Auflösung des von G. Meza gebildeten paramilitärischen Sicherheitsdienstes. Obwohl die politischen Parteien und Gewerkschaften verboten bleiben sollen, befürwortete er einen „sozialen Waffenstillstand“, der mittels eines Dialogs der Junta mit der Gewerkschaftszentrale COB bewerkstelligt werden sollte.

Laut AFP vom 14.9.1981 hatten fünf führende COB-Repräsentanten in einem Manifest für einen solchen Dialog auf der Basis einer „Minimalplattform“ plädiert, die fordert: „uneingeschränkte Generalamnestie, Achtung der gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte, Achtung der Menschenrechte, Aufhebung aller restriktiven Maßnahmen, Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Arbeiter, Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Wiedereinstellung der aus politischen oder gewerkschaftlichen Gründen entlassenen Arbeiter, Achtung der Autonomie der Universitäten, Schutz der Bodenschätze des Landes, Einhaltung der Verfassung.“

In einer Erklärung der Minenarbeiter der größten Kupfermine des Landes vom September d.J. fordern diese die Anerkennung der Gewerkschaften, die Freilassung der inhaftierten Gewerkschaftsführer und Amnestie für jene Gewerkschafter, die im Ausland leben. Außerdem verlangen sie eine regelmäßige Anpassung ihrer Löhne an die Lebenshaltungskosten, was angesichts einer derzeitigen Inflationsrate von 40% (International Herald Tribune, 24.9.1981) überlebensnotwendig erscheint.

Lateinamerika-Menschenrechte

Auf Anregung der Lateinamerikanischen Organisation für Menschenrechte, der Menschenrechtskommission Panamas (CONDESOPAZ) und des Weltfriedensrates fand am 21.-23. September d.J. in Panama-Stadt eine internationale Konferenz über Menschenrechte und Frieden statt. Drei große Themenkomplexe standen auf der Tagesordnung: Erstens das Wettrüsten in der Welt und seine Auswirkungen auf die Menschenrechte, wobei vor allem die wachsende Militarisierung im mittelamerikanischen und karibischen Raum durch die Reagan-Administration verurteilt wurde. Weiter wurden soziale Mißstände (wie das Analphabetentum) und deren Bedeutung für die Menschenrechte untersucht. Das dritte Arbeitsthema befaßte sich mit Terror und Repression seitens reaktionärer, rassistischer und faschistischer Regimes und der daraus resultierenden Bedrohung für den Frieden.

Die Konferenz erstellte ein Aktionsprogramm, das u.a. die Gründung von Untersuchungskommissionen zu den Verbrechen der Diktaturen in Chile, Mittelamerika und der Karibik, Untersuchungen über somozistische Aktivitäten in Honduras sowie die Eröffnung einer weltweiten Solidaritätskampagne für die Opfer der Repression in Staaten Südamerikas wie Paraguay, Uruguay, Kolumbien usw. vorsieht.

Iran

Aus den dritten Präsidentschaftswahlen der Islamischen Republik Iran ging am 2.10.1981 Ali Khomeini als Sieger hervor. Er vereinigte 95% der insgesamt 16,8 Mio abgegebenen Stimmen auf sich, über 2 Mio Stimmen mehr als sein im August d.J. ermordeter Vorgänger Ali Rajai. Der Teheraner Freitags-Imam A. Khomeini (42) ist amtierender Generalsekretär der Islamisch-Republikanischen Partei, gehörte dem 1979 gebildeten geheimen Revolutionsrat an und war am 28. Juni d.J. bei einem Sprengstoffanschlag lebensgefährlich verletzt worden.

Angesichts dieses überwältigenden Votums zugunsten eines engen Vertrauten Ayatollah Khomeinis werden selbst in den USA Zweifel am Einschätzungsvermögen der Exilopponenten A. Bani-Sadr und M. Radjavi laut, die der islamischen Führung völlige Isolierung attestierten und einen baldigen Sturz voraussagten. „Trotz der ansteigenden Gewaltanwendung im Iran“, so die Time vom 12.10.1981, „fühlt man in Washington, daß das Khomeini-Regime nicht in erster Gefahr ist: 'Es gibt keine Beweise dafür, daß es an Volksunterstützung oder Kontrolle über die Regierungsmechanismen verloren hat.'“



Bewaffnete Volksmujahedin in Teheran

Dies ist offenbar so, obgleich die islamische Führung am 30. September d.J. einen weiteren schweren Schlag (siehe auch AIB 10/1981, S. 28-31) hatte hinnehmen müssen. Bei einem Flugzeugabsturz nahe Teheran war die komplette militärische Spitze des Iran, von Verteidigungsminister Musa Namdschu bis zum Kommandierenden der Revolutionsgarden Mohsen Kohlados, tödlich verunglückt. Sie waren soeben von einer Siegesfeierlichkeit aus der Ölprovinz Khuzistan zurückgekommen, wo tags zuvor der irakische Belagerungsring um Abadan nach elfmonatigem Kampf gesprengt worden war.

China

Am 30. September d.J. bestätigte das Staatsoberhaupt der VR China (VRCh), Marschall Jeh Tschien-jing, offiziell die von den Massenmedien gemeldeten Angebote Pekings zur Wiedervereinigung mit Taiwan. In dem Neun-Punkte-Vorschlag wird u.a. offeriert:

- der „Provinz Taiwan“ soll ein Sonderstatus innerhalb der VRCh eingeräumt werden;
- sie soll ihr wirtschaftliches und soziales System sowie ihre eigene Armee beibehalten;

- taiwanesischen Regierungsvertreter könnten in den „nationalen politischen Gremien“ Gesamtchinas Führungspositionen übernehmen;

- Unternehmern aus Taiwan würden bei Investitionen in der VRCh Profite garantiert und taiwanesischen Wirtschaftsfachleuten Schlüsselpositionen zur Lenkung des industriellen Modernisierungsprozesses in der VRCh angeboten.

Trotz eines neuerlichen Vorstoßes Pekings zur Inangsetzung von Wiedervereinigungsverhandlungen am 10. Oktober d.J. verhärtete sich die ablehnende Haltung der taiwanesischen Regierung, die das Angebot lediglich als „Propagandatrik“ wertete. Die Wiedervereinigungsangebote fielen zeitlich mit der Nachricht aus Washington zusammen, daß Präsident R. Reagan bereit sei, zwischen der VRCh und Taiwan zu vermitteln.

Weltbank-Weltwährungsfonds

Vom 29.9.-2.10. d.J. war in Washington die Jahrestagung der beiden internationalen Währungsinstitutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IMF). A. Claussen (Bank of America), neuer Chef der Weltbank, propagierte voll den Kurs der Reagan-Administration: eindämmen der Inflation durch eine restriktive Fiskalpolitik. Sein Lösungsvorschlag heißt „Freie Marktwirtschaft“, gekoppelt mit „angemessenen politischen Richtlinien“. Nur die wirtschaftlich schwächsten Drittländer erhalten noch Direktkredite, während alle anderen „auf privates Auslandskapital vertrauen“ sollen.

Seit wann fließt Privatkapital immer zu den Ärmsten? Die Befürchtung liegt nahe, daß sich die in Weltbank/IMF tonangebenden kapitalistischen Industrieländer ihren Verpflichtungen zu entziehen trachten und die Dritte Welt der Mißwirtschaft beschuldigen. Die Forderungen der Drittländer nach Aufstocken des Kreditvolumens von 4 Mrd auf 12 Mrd Dollar nach besseren Konditionen (derzeit 13,99% Zinsen), nach Änderung der Stimmrechte und damit zu einer echten Entwicklungsbank wurden von den Repräsentanten der Weltbank und des IMF vereint abgewiesen.

Olympische Bewegung

Die südkoreanische Hauptstadt Seoul soll Austragungsort der Olympischen Sommerspiele im Jahre 1988 sein. So entschied das Internationale Olympische Komitee (IOC) mit 52:27 Stimmen auf seiner 84. Vollversammlung in Baden Baden Ende September 1981.

International aufgewertet wurde damit eine von den USA ausgehaltene Militärdiktatur unter Chou Du Hwan (siehe AIB 1 und 11-12/1980), die für die Repression und das Massenelend in Südkorea verantwortlich zeichnet. Andererseits bieten die Spiele Gelegenheit, die Boykotteure der Moskauer Olympiade 1980 (Vorwand: sowjetische Afghanistanpräsenz) in Sachen Demokratie und Menschenrechte in Südkorea (US-Truppenpräsenz und Kwangju-Massaker von 1980) in die Pflicht zu nehmen.

Genschers Rendezvous mit Peking

Einige Regierungen des „freien Westens“ scheinen, je mehr sie dem Konfrontationskurs der J.Carter/R. Reagan anhängen, wieder eine umso größere Vorliebe für Glücksspiele, genauer Kartenspiele, zu entwickeln. Als Glücksspieler präsentierte sich Anfang Oktober d.J. der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, als er in Peking bei Deng Xiaoping und anderen chinesischen Führungspersonlichkeiten vorstellig wurde.

Im Juni d.J. hatte US-Außenminister Alexander Haig zum Abschluß seines Chinabesuches „ein hohes Maß an Übereinstimmung“ zwischen den USA und China, gerade auch in globalstrategischen Fragen feststellen können. Der Nationale Sicherheitsrat in Washington hatte die VR China aus der Liste kommunistischer Länder gestrichen und damit den Grundstein für direkte US-Waffenlieferungen an Peking gelegt. Folgerichtig stieg prompt auch in Bonn wieder das Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit mit China.

Fast deckungsgleich lautete das Verhandlungsergebnis, das H.D. Genscher aus dem „Reich der Mitte“ mitbrachte. Von „großer Übereinstimmung in weltpolitischen Fragen“ zwischen Peking und Bonn war da die Rede. In Peking hatte der Bundesaußenminister die Sowjetunion aufgefordert, „die Rüstung in Europa nicht weiter auszubauen“, eine „demokratische Alternative“ für Kambodscha gefordert (an der die Pol-Pot-Banden beteiligt wären) sowie den Umstand gewürdigt, daß die VR China in diesem Fall bereit wäre, Kambodscha als „blockfrei“ zu akzeptieren.

Apropos „blockfrei“. China und der NATO-Block stützen nach wie vor das im Januar 1979 verjagte „blockfreie“ Massenmord-Regime der Pol Pot/Yeng Sary/Khieu Samphan („Rote Khmer“), das seine Truppenreste auf diese Weise auf thailändischem Boden am Leben erhält. Diese Unterstützung umfaßt Waffen- und Finanzhilfe ebenso wie politische Einigungsversuche zwischen der Pol-Pot-Clique, dem ebenfalls in Peking protegierten Prinz Sihanouk und den ultrarechten „Weißen Khmer“. Und sie umfaßt massiven Druck im Rahmen der UNO und speziell auf die südostasiatischen ASEAN-Staaten (siehe Beiträge in diesem Heft).

„Alternative“ für Kambodscha?

Ist diese Politik „demokratisch-alternativ“ nur, weil sie die Destabilisierung der vom Krieg der USA bzw. Chinas ausgepowerten Länder Kambodscha, Vietnam und Laos betreibt? Oder ist sie nicht eher menschenverachtend? Ist sie dies nicht schon allein deshalb, weil sie durch die Stützung jener Kräfte, die 1975-79 in Kambodscha rund 3 Mio Menschen abschlachteten, das kambodschanische Volk erneut mit Vernichtung bedroht? Was sonst könnte dieses Volk erwarten, sollten die „Roten Khmer“ mit ihren abgewrackten „neuen“ Verbündeten je wieder in Phnom Penh einziehen? Außerdem, China und die Westmächte tun auf diese Weise alles, um eine reale Demokratisierung in Kambodscha wieder zurückzurollen, die in den 1981 abgehaltenen ersten freien Wahlen zum Ausdruck kam. Mit dem Votum von 95% des kambodschanischen Volkes im Mai 1981 für die Regierung Heng Samrin ist diese im übrigen deutlich legitimiert worden.

Oder sollte H.D. Genscher mit seiner „demokratischen Alternative“ für Kambodscha doch noch etwas anderes im Auge gehabt haben? Vielleicht hängt es zusammen mit dem, was er „humanitäre Hilfe“ für China nannte? Aber auch die fortgesetzten Aggressionsakte Chinas gegen Vietnam kann man wohl ebenso wenig als „humanitär“ ausweisen wie die Favourisierung einer „demokratischen Alternative“ in Kambodscha mit Pol Pot und Co.

Schließlich, Absichten zur „Friedenshilfe“ kann man H.D. Genschers Anliegen nun auch wieder nicht unterstellen. Denn in diesem Fall hätte er im Februar/März 1979 zumindest ein Sterbenswörtchen gegen den chinesischen Kriegszug gegen Vietnam einwenden oder im Oktober 1981 vorort in Peking die chinesische Führung zur



H. D. Genscher zu Gast bei Deng Xiaoping

Wiederaufnahme der einseitig aufgekündigten Verhandlungen mit Vietnam drängen müssen.

Doch nichts dergleichen geschah, nur Gegenteiliges: Die von Bonn einst bewilligten 89 Mio DM Aufbauhilfe für Vietnam sind formal zurückgehalten, faktisch gestrichen worden. Stattdessen verhandelte H.D. Genscher lieber über Wirtschafts- und Entwicklungshilfe für die VR China, was de facto auch den weiteren Ausbau der bundesdeutschen Militärhilfe für China einschließt. Womit die Bundesregierung einmal mehr klargestellt haben dürfte, wie ernst es ihr mit einem aktiven Beitrag zur Entspannungsförderung in Ostasien in Wirklichkeit ist.

Und was ist mit der „chinesischen Karte“? Sie auszuspielen, d.h. den Antisowjetismus Pekings für eigene Interessen auszunutzen, hatte 1966 F.J. Strauß als erster deutscher Politiker gefordert. Er griff damals Überlegungen von US-Strategen auf, die Anfang der 60er Jahre aufgrund des zu erwartenden Scheiterns des Kalten Krieges eine Neuorientierung der US-Außenpolitik anstrebten. 1969 schloß US-Präsident R. Nixon mit China die sog. Anti-Hegemonie-Klausel, in der beide Seiten u.a. eine „Eindämmungspolitik“ gegenüber der Sowjetunion vertraten.

Die Aufnahme engerer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und China ließ dennoch bis in die 70er Jahre (Ende des US-Vietnamkrieges) auf sich warten. Damals lehnte die sozialliberale Bundesregierung allerdings ein gegen den Ost-West-Entspannungsprozeß ausgerichtetes Ausreizen der „chinesischen Karte“ ab – im Unterschied zu den zuhauf nach China pilgernden Unionspolitikern, die ganz nebenbei die Zusammenarbeit bundesdeutscher Rüstungskonzerne wie Messerschmitt-Bölkow-Blohm mit chinesischen Stellen einfügten.

Gegen Ende der 70er Jahre schwelgten dann die Bonner Regierungs- und Oppositionsparteien gleichermaßen in übergroßen Erwartungen von Mrd.-Aufträgen für die bundesdeutsche Industrie, welche man sich aus dem Einstieg in Deng Xiaopings Modernisierungsprogramm erhoffte. 1980/81 folgte eine allgemeine Ernüchterung, wurden doch zahlreiche der industriellen Großaufträge storniert.

H.D. Genscher versicherte man nun bei seinem Rendezvous in Peking, den eingegangenen wirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Und in Bonn plädiert man für die diesbezügliche Geduld, ist man doch – in Anlehnung an die globale Konfrontationspolitik Washingtons – den Pekinger Standpunkten in internationalen Kernfragen näher gerückt. H.D. Genschers Griff nach der „chinesischen Karte“ ist sogleich ein Spiel mit hohem Risiko.



- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1981 zu Südafrika (Preis 2,- DM zuzügl. Porto)
- ...Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/1981 zur Berliner Konferenz (Preis 4,- DM)
- ...Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/80 zur Türkei (2,-)
- ...Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/80 zu F.J. Strauß (2,-)
- Ich abonniere das AIB ab Nr.... bis auf Widerruf*
- Ich bestelle AIB Nr....
- Ich möchte Probeexemplare und Register (Jahr:...)

--	--

Vorname, Name

--	--

Straße

Beruf

--	--

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 966 bei der Volksbank Marburg (BLZ 53390000).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr.

 BLZ

*Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost: Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos (50,- DM oder mehr): ...DM. Kündigungen frühestens nach 1 Jahr, Kündigungsfrist 2 Monate



Für zwei Abonnenten:

Autorenkollektiv
Länder der Erde.
 Politisch-ökonomisches Handbuch
 7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein
 1981

Peter Krieg
Der Mensch stirbt nicht am Brot allein
 Lesebuch zum Film „Septemberweizen“
 192 Seiten, Großformat, Peter Hammer
 1981

Lutz Görner spricht Nâzim Hikmet
Ich liebe mein Land
 30-cm-LP, Verlag Pläne 1981

Quilapayun
UMBRAL
 30-cm-LP, Verlag Pläne

Bitte mit
Postkartensporto
freimachen

Ich habe als neuen AIB-Abonnenten geworben:

Name:
Adresse:
Mein Name:
Meine Adresse:
Mein Prämienvunsch:

- Der neue Abonnent hat die umseitige Abbuchungsvollmacht ausgefüllt.
 Der neue Abonnent überweist den Abobetrag-selbstständig auf eines der AIB-Weltkreis-Verlags-Konten (Prämienzusendung erfolgt nach der Überweisung).

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die
Zeitgenossen,
Bongi Makeba, Jabula
Konzert für Soweto
30-cm-Doppel-LP
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Ernesto Cardenal
**Unser Land mit den Menschen
die wir lieben**
Gedichte. Mit Bildern aus
Solentiname und dem neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp
Kuba, Vom Zuckerrohr zur Zukunft
144 Seiten, reich illustriert
Weltkreis 1978

Miriam Makeba
Country Girl
30-cm-LP, Verlag Pläne



... wenn Sie eine Zeitung suchen,

- die informiert – analysiert – kommentiert
- die Partei bezieht
für demokratischen und sozialen Fortschritt
für das Recht auf Arbeit, Bildung und Ausbildung
für internationale Zusammenarbeit und Abrüstung
- die solidarisch ist mit dem Kampf der Völker
gegen Imperialismus und Faschismus
- die Antikommunismus und Antisowjetismus für eine
Grundtorheit unserer Epoche hält
und den Meinungsstreit nicht mit psychologischem
Krieg verwechselt –

eine Zeitung,

- die diese Haltung auch in einem umfangreichen
Kulturteil zum Ausdruck bringt –

dann ist die **DEUTSCHE VOLKSZEITUNG** richtig für Sie !



Sie sollten diese Wochenzeitung kennenlernen. Mitteilung Ihrer Anschrift auf dieser Karte genügt!

Bitte senden Sie mir unverbindlich und kostenlos einige Ausgaben der **DEUTSCHEN VOLKSZEITUNG**:

.....
Vor- und Zuname

.....
Beruf

.....
Straße / Nr.

.....
Postleitzahl / Wohnort

Bitte mit
Postkarten-
porto
freimachen

Werbeantwort

An die

DEUTSCHE VOLKSZEITUNG

Oststraße 154 - Postfach 2726

4000 Düsseldorf

In ihr schreiben:

Prof. Wolfg. Abendroth	Dr. Karl Heinz Götze	Peter Maiwald	Erasmus Schöfer
Therese Angeloff	Prof. Horst Herrmann	Dr. Jutta Menschik	Margot Schroeder
Prof. Hans W. Bartsch	Dr. Florence Hervé	André Müller	Peter Schütt
Arno Behrisch	Prof. Rudolf Hickel	Prof. Michael Nerlich	Dr. Hannelis Schulte
Prof. Frank Benseler	Dr. Richard Hiepe	Prof. Norman Paech	Monika Sperr
Horst Bethge	Michael Höhn	Dr. Karl Pawek	Jürgen P. Stössel
Wolfgang Beutin	Prof. Hans Heinz Holz	Prof. Lothar Peter	Norbert Stratmann
Prof. Wilhelm R. Beyer	Prof. Horst Holzer	Hans Platschek	Dr. Horst D. Strüning
Michael Charlier	Prof. Jörg Huffschnid	Prof. Uta Ranke- Heinemann	Prof. G. Stuby
Peter O. Chotjewitz	Mechtild Jansen		Dieter Süverkrüp
Franz J. Degenhardt	Prof. Gerhard Kade	E. A. Rauter	Uwe Timm
Lottemi Doormann	Dietrich Kittner	Josef Reding	Dr. Karl Unger
Klaus Eder	Franz Xaver Kroetz	Prof. Renate Riemack	Peter Weiss
Dr. Elisabeth Endres	Prof. H.-J. Krysmanski	Erika Runge	Gaby Zipfel
Anatol Feid O. P.	Prof. Reinhard Kühnl	Prof. H.-J. Sandkühler	u. a.
Pastor Peter S. Gerlach	Steffen Lehdorf	Pfarrer Werner Sanß	

Redaktionskollegium:

Helmut Bausch (Vorsitz); Peter Baumöller; Walter Bloch; Dr. Hans Brender; Alexander Goeb; Helmut Haensch; Dr. Agnes Hüfner; Dr. Mathias Jung; Emmi Kuhlmei; Winfried Lierenfeld; Bernd Mansel; Erich Rudolf; Reiner Taudien; Fritz Wolf; Bernhard Wortmann.
Ständige Beratung: Fritz Hollstein